

Greta Jasser,
Alexander Hensel, Leander Fricke

POST- PANDEMISCHER POPULISMUS

Zum Fortleben der Anti-Corona-Proteste
in Niedersachsen

Greta Jasser, Alexander Hensel, Leander Fricke
Postpandemischer Populismus

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch
Pollux – Fachinformationsdienst (FID) Politikwissenschaft



und die Open Library Community Politik 2026 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

Vollspensoren: Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Universitätsbibliothek Bielefeld | Ruhr-Universität Bochum | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Universitätsbibliothek Duisburg-Essen | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Eichstätt-Ingolstadt | Universitätsbibliothek Erfurt | Goethe-Universität Frankfurt am Main | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek | TIB – Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften und Universitätsbibliothek | Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) | Justus-Liebig-Universität Gießen | Universitätsbibliothek Graz | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Universitätsbibliothek Heidelberg | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Landesbibliothek Oldenburg | Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Universitäts- und Landesbibliothek

Münster | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitätsbibliothek Mannheim | Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Potsdam | Universitätsbibliothek Rostock | Universitätsbibliothek der RPTU Kaiserslautern-Landau | Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt | Universitätsbibliothek St. Gallen | Universitätsbibliothek Tübingen | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar | Zentralbibliothek Zürich | ETH Zürich | ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | Universitätsbibliothek Klagenfurt

Mikrospensoring: Leibniz-Institut für Europäische Geschichte / Bibliothek | Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit | Pädagogische Hochschule Freiburg

Greta Jasser, Alexander Hensel, Leander Fricke

Postpandemischer Populismus

Zum Fortleben der Anti-Corona-Proteste in Niedersachsen

[transcript]

Dieses Buch ist im Rahmen des Projekts »FoDEx« am Institut für Demokratieforschung (IfDem) an der Georg-August-Universität Göttingen entstanden.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY-ND 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2026 © Greta Jasser, Alexander Hensel, Leander Fricke

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlagkonzept: Maria Arndt

Druck: Druckhaus Bechstein GmbH, Wetzlar

Lektorat: Dr. Robert Lorenz (SPLENDID. Text- & Webdesign);

Philipp Scharf (FoDEx)

<https://doi.org/10.14361/9783839477717>

Print-ISBN: 978-3-8376-8187-1 | PDF-ISBN: 978-3-8394-7771-7

Buchreihen-ISSN: 2702-9050 | Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Teil I: Ausgangspunkt und Vorgehen der Studie

1 Einleitung	11
Totgesagte leben länger – aber warum eigentlich?	11
Die Studie	13
Dank	15
2 Anti-Corona-Proteste	17
Protestmerkmale und -entwicklung	17
Regionale Proteste in Niedersachsen	24
Forschungsbeitrag	27
3 Theoretischer Zugang	29
Ansätze aus der Bewegungsforschung	29
Eigene Forschungsperspektiven	35
4 Forschungsdesign	37
Forschungsansatz: Fallstudien	37
Forschungslogik und Fallauswahl	39
Daten und Methoden	44
Exkurs: Forschungsobjekt <i>Telegram</i>	48
Forschungsethik	50

Teil II: Beobachtung und Analyse von Post-Corona-Protesten in Niedersachsen

5 Rahmenanalyse der Gelegenheitsstrukturen	55
Politische Gelegenheitsstrukturen	56
Diskursive Gelegenheitsstrukturen	61
Zwischenfazit	66
6 Detailanalyse: Case-Reports zu den Protestgruppen	69
Fall 1: »Es reicht! Hannover« (ERH)	70
Fall 2: »Schneemänner mit Würde« (SMW)	85
Fall 3: »Grundrechte Osnabrück« (GRO)	96
Fall 4: »Rote Linie Hildesheim« (RLH)	109
Fall 5: Spazierende Stammtische	122
7 Vergleichsanalyse: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	129
Überblick: Regionale Mobilisierung und Strukturen	129
Organisation und Ressourcen	134
Aktionsrepertoire	139
Deutungsmuster	147

Teil III: Ergebnis und Diskussion

8 Ergebnis: Warum sie weiter protestieren	159
Was war: Politisierung und Prägung in der Pandemie	160
Was ist: Die Post-Corona-Konstellation	163
Was nun? Im Dilemma zwischen Fortbestand und Veränderung	167
9 Diskussion: Populismus in und nach der Pandemie	171
Krisen und Populismus	172
Populismus, Pandemie, Bewegungen	174
Postpandemischer Populismus	178

10 Rück- und Ausblick	189
Erkenntnisse	189
Anknüpfungspunkte	191
Was sich aus den Protesten lernen lässt	193
 Literaturverzeichnis.....	 201

Teil I: Ausgangspunkt und Vorgehen der Studie

1 Einleitung

Totgesagte leben länger – aber warum eigentlich?

Das zitierte Sprichwort beschreibt, wie manche Phänomene ihrer fest angenommenen Vergänglichkeit trotzen. Dies gilt verlässlich für Haar- und Modetrends, zuweilen aber auch für politische Bewegungen. Letzteres zeigte sich jüngst am seltsamen Überleben der Anti-Corona-Bewegung, die in Reaktion auf den politischen Umgang mit der Covid-Pandemie ab 2020 entstand und bis Ende 2022 eine beachtliche Mobilisierungsdynamik entfaltete. Gegen die vielfältigen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie, zu denen individuelle Auflagen wie Maskenpflicht, Impfgebote und Ausgangssperren ebenso gehörten wie massive Eingriffe in ökonomische, soziale und politische Sphären, wurde vielerorts und auf verschiedene Weise protestiert. So stellten etwa Gastronom:innen leere Stühle vor ihren Lokalen auf, um sich gegen die Schließung von Restaurants zu positionieren. Auch wurden vielfältige Online-Petitionen und Straßenproteste organisiert (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 571). Eine Berliner Großdemo im August 2020, bei der Demonstrierende mit schwarz-weiß-roten Fahnen die Barrieren zum Reichstag durchbrachen, avancierte zum Symbolbild eines zunehmend radikalisierten Widerstands gegen die Corona-Politik.

So dramatisch und ikonografisch die Bilder der Corona-Proteste noch (nach)wirken mögen, ist deren Dynamik inzwischen doch deutlich erlahmt. Dies zeigt sich exemplarisch an der Zahl der Teilnehmer:innen zentral organisierter Demonstrationen. Nahmen an der zitierten

Berliner Demonstration im August 2020 noch mehrere zehntausend Teilnehmer:innen teil, kamen im Jahr 2025 gerade noch 3.600 Personen zum symbolischen Protestjubiläum in der Hauptstadt zusammen (vgl. Behrendt/Wittge/Selchow 2025). Auch in öffentlichen Debatten findet die zumeist unter dem Sammelbegriff »Querdenken« zusammengefasste Bewegung¹ kaum mehr Beachtung und gilt, spätestens seit dem offiziellen Ende der Anti-Corona-Maßnahmen Anfang 2023, als politisch obsoletes Relikt einer längst überwundenen Krisenphase.

Im scharfen Kontrast zu dieser Außensicht stehen allerdings die Aktivitäten der verbliebenen Bewegungsteile selbst. Anders als die in den Jahren 2020–22 aktiven *Anti-Corona*-Proteste während der Pandemie sind die verbliebenen *Post-Corona*-Proteste nach dem Ende der Pandemie zwar längst keine aufstrebende und vitale Massenbewegung mehr, die von Politik, Medien oder Zivilgesellschaft größere Aufmerksamkeit erhält; dennoch sind beachtliche Teile der Bewegung in den Jahren von 2022–2024 weiterhin aktiv, wie sich durch einen Blick in verschiedenste Innenstädte und auf digitale Messenger-Plattformen schnell erkennen lässt: Lokale *Post-Corona*-Protestgruppen demonstrieren vielerorts nach wie vor wöchentlich durch ihre Städte, führen mehr als nur sporadisch überregionale Demonstrationen sowie Aktionen durch und frequentieren eifrig wie zahlreich die zum Medium der Alltagskommunikation aufgestiegenen Messenger-Kanäle auf *Telegram* & Co. All dies ist in Niedersachsen genauso zu beobachten wie andernorts (vgl. Jaquet 2024), wenn auch die mediale und politische Öffentlichkeit hiervon nur selten Notiz zu nehmen scheint.

Aus Sicht der Forschung sind die verbliebene Kontinuität, Breite und der Umfang der Mobilisierung der *Post-Corona*-Proteste indes höchst

-
- 1 Aufgrund seiner spezifischen historischen und vor allem regionalen Konnotation vermeiden wir den medial gängigen Begriff »Querdenken« zur Erforschung der niedersächsischen Szenerie im weiteren Studienverlauf weithin. Gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus gerichtete Proteste, die während des Pandemiegeschehens stattfanden (2020–22), beschreiben wir als *Anti-Corona*-Proteste; die aus diesen Protesten erwachsene und nach dem Ende der Pandemie 2023 weiterhin aktive Bewegung bezeichnen wir hingegen als *Post-Corona*-Proteste.

beachtenswert. Denn spätestens mit dem Wegfall des zentralen Mobilisierungsgrunds der Anti-Covid-Bewegung – der staatlichen Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus – sollten sich deren protestpolitische Aktivitäten doch längst erledigt haben. So zumindest wäre es aus Perspektive der Bewegungsforschung zu erwarten (vgl. Opp 1996). Denn anders als stärker institutionalisierte Akteure, wie politische Parteien, reagieren soziale Bewegungen aufgrund ihrer offenen Struktur auf sich wandelnde Umweltbedingungen mitunter hoch empfindlich. Verlieren ihre Kernthemen und -konflikte an Relevanz oder werden ihre Handlungsoptionen äußerlich eingeschränkt, schwindet oftmals auch ihre organisatorische Ressourcenbasis – und damit wiederum die Mobilisierungsfähigkeit dieser Bewegungen. Infolgedessen ist eine Demobilisierung äußerst wahrscheinlich (vgl. Davenport 2014: 5).

Wie nun reagieren soziale Bewegungen auf sich verschlechternde Rahmenbedingungen? Im für sie ungünstigsten Fall geraten Bewegungen infolge nachlassender Protestenergien in eine Krise. Ihre Mobilisierung kommt zum Erliegen und die Bewegungsstrukturen zerfallen. Im günstigeren Fall gelingt es Bewegungen hingegen, auf sich wandelnde politische Gegebenheiten strategisch effektiv zu reagieren, etwa indem sie ihr Handlungsrepertoire und inhaltliches Profil anpassen (vgl. McCammon et al. 2008). Ein derartiger Wandel oder gar eine Transformation einer Bewegung erfordert Innovationsbereitschaft sowie konkrete Anstrengungen der Basis und Eliten der Bewegung. Ein hier entstehender strategischer Wettbewerb um Auswege aus der Krise kann wiederum interne Konkurrenzen zuspitzen und Konflikte befeuern, was ebenso zur Demobilisierung der Bewegungsbasis als auch zur Abspaltung sowie Radikalisierung einzelner Untergruppen führen könnte (vgl. Della Porta 2018).

Die Studie

Sowohl auf den ersten als auch auf den zweiten Blick werfen die fortwährende Aktivität und seltsame Beharrlichkeit der Post-Corona-Proteste damit verschiedene Fragen auf, die öffentlich und wissenschaft-

lich bislang kaum beantwortet worden sind: Wogegen richten sich die kontinuierlichen Proteste der Anti-Corona-Gruppen nach dem Ende der Pandemie überhaupt noch? Was genau tun die Teilnehmer:innen inzwischen auf ihren ständigen und zeitaufwendigen Veranstaltungen? Und warum halten sie so beharrlich an ihrem Engagement fest, auch wenn dieses gesellschaftlich und politisch augenscheinlich überwiegend auf Desinteresse oder sogar brüske Ablehnung stößt?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, untersucht die vorliegende Studie, wie und warum die verbliebenen Anti-Corona-Protestgruppen auch nach dem offiziellen Ende der gegen die Pandemie gerichteten Maßnahmen weiterhin beharrlich aktiv sind und was die hiesigen Protestgruppen prägt und trägt. Im Rahmen einer qualitativen Fallstudie werden mittels verschiedener Perspektiven und Instrumente der Bewegungsforschung die Organisation, Aktivitäten und politischen Forderungen ausgewählter Post-Corona-Gruppen in Niedersachsen untersucht. Die Studie ist in drei Teile gegliedert, die aufeinander aufbauen, jedoch auch einzeln gelesen werden können.

Der *erste Teil* präsentiert grundlegende Überlegungen und Orientierungen, welche die vorliegende Studie leiten und strukturieren. Hierzu gehören neben Ausgangspunkt und Fragestellung der Studie sowohl die von der Forschung bereits analysierten Eigenschaften und Entwicklungen der Anti-Corona-Proteste als auch die hierzu noch vorhandenen Wissenslücken, zu deren Schließung die Studie beitragen will (Kapitel 2). Es folgen theoretische Perspektiven und Ansätze der Bewegungsforschung, aus beziehungsweise mit denen wir unseren Gegenstand betrachten und analysieren (Kapitel 3), sowie das Forschungsdesign (Kapitel 4), das begründet, wie unsere Fallstudie ausgewählte Protestgruppen mithilfe bestimmter sozialwissenschaftlicher Methoden untersucht.

Der *zweite Teil* präsentiert die empirischen Analysen und daraus hervorgehende Ergebnisse der Studie. Dazu gehört zunächst die überblicksartige Rahmenanalyse der Gelegenheitsstrukturen der Bewegung (Kapitel 5), sodann die im Rahmen von insgesamt fünf ausführlichen Fallbeschreibungen dargelegte Detailanalyse ausgewählter Gruppen (Kapitel 6) sowie eine Vergleichsanalyse, die Gemeinsamkeiten und

Unterschiede strukturiert herausarbeitet (Kapitel 7). In einem *dritten* Teil werden die vielfältigen Analyseergebnisse zusammengefasst und diskutiert. Dabei wird zunächst die Forschungsfrage nach dem Warum und Wie des seltsamen Überlebens der Post-Corona-Proteste in Niedersachsen empirisch beantwortet (Kapitel 8). Anschließend werden die Ergebnisse der Studie theoretisch eingeordnet und zum Begriff des postpandemischen Populismus verdichtet (Kapitel 9), der als Erweiterung der bislang vorliegenden Theorie dienen soll. Abschließend werden im Rück- und Ausblick die Potenziale sowie Grenzen der Ergebnisse skizziert und diskutiert, was sich aus der Untersuchung für die politische Aufarbeitung der Pandemie lernen lässt (Kapitel 10).

Dank

Die vorliegende Studie ist das Ergebnis eines mehrjährigen Projekts, das letztlich aufwendiger als geplant geraten ist. Erstaunt über die Kontinuität, Intensität und Vielfalt der Aktivitäten niedersächsischer Post-Corona-Gruppen ist aus der ursprünglichen »kleinen« Online-Analyse eine »große« digital-analoge Ethnografie geworden, die das Phänomen mithilfe unterschiedlicher Methoden und Theorien zu fassen und zu verstehen versucht. Zugleich hat sich aus dem Forschungs- auch ein umfangreiches Publikationsprojekt entwickelt, dessen Ergebnis die vorliegende Monografie ist. Dass wir dieses Projekt durchführen und fertigstellen konnten, ist der Unterstützung und Hilfestellung verschiedener Institutionen und Personen geschuldet, denen wir zu großem Dank verpflichtet sind.

Grundlage und Rahmen des vorliegenden Forschungsvorhabens bildet das vom Land Niedersachsen finanzierte Forschungsprojekt FoDEX², das sich am Institut für Demokratieforschung (IfDem) der Georg-August-Universität Göttingen der Erforschung historischer und

2 Nähere Informationen zur »Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen« finden sich unter <http://www.fodex-online.de>.

aktueller Entwicklungen der politischen Kultur im Bundesland widmet. Sowohl dem Leiter des Projekts, Prof. Dr. Simon Franzmann, als auch den Projektmanagern Dr. Philipp Harfst und Lino Klevesath danken wir für ihre inhaltliche Beratung und organisatorische Unterstützung. Zur erfolgreichen Planung und Realisierung der Publikation haben ebenso Dr. Christian Fieseler von der Staats- und Universitätsbibliothek (SUB) Göttingen wie auch Jakob Horstmann und Pia Werner vom transcript Verlag beigetragen.

Ein ebenso großer Dank geht an die studentischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen am IfDem, die uns vor allem in der Durchführung der Feldforschung und in der Überarbeitung des Manuskripts unterstützt haben. Neben Manon Biediger, Sarah Schmidt und Dario Wehner gilt dies vor allem für Joschua Helmer, der das Manuskript klug und kritisch kommentiert hat. Von Dr. Stine Marg sowie Dr. Sabine Volk haben wir auch von externer Seite wertvolle Hinweise und Ratschläge aus Warte der Bewegungsforschung erhalten. Dr. Robert Lorenz von der Agentur SPLENDID. Text- & Webdesign und Philipp Scharf haben für ein sorgsames und professionelles Lektorat gesorgt. Schließlich sei unseren Partner:innen und Familien gedankt, die unsere zeitlich und organisatorisch fordernden Forschungsaktivitäten stets unterstützt haben.

Nicht unerwähnt bleiben sollen an dieser Stelle diejenigen Personen, die wir im Feld untersucht oder befragt haben, die unsere Forschung ganz überwiegend – zuweilen interessiert, manchmal kritisch und meist gleichmütig – gewähren ließen.

2 Anti-Corona-Proteste

Die Coronapandemie war eine multiple Krise mit mehreren relevanten Dimensionen. Sie war eine Gesundheitskrise die weltweit über sieben Millionen Menschenleben gekostet hat (vgl. Deutsches Ärzteblatt 2025). Darüber hinaus wurde sie, infolge der Lockdowns und anderer Beschränkungen, eine wirtschaftliche Krise mit teils gravierenden Folgen (vgl. Heidingsfelder/Lehmann 2020; Béland et al. 2021). Unter den pandemischen Bedingungen wurden außerdem vorhandene soziale Ungleichheiten stärker sichtbar und verschärft (vgl. Ryan/Nanda 2022), sodass überdies von einer sozialen Krise zu sprechen ist. Die Politik zur Eindämmung der Pandemie hat zudem demokratische Rechte weitgehend beschnitten (vgl. Edgell et al. 2021) und politische Konflikte hervorgebracht. Insofern war die Coronakrise auch eine politische Krise, die Bürger:innen zahlreiche Opfer abverlangt hat (vgl. Katsanidou et al. 2022). Zulianello und Guasti bezeichnen die Covid-19-Pandemie daher auch als »sui generis multidimensional crisis« (2025: 561).

Protestmerkmale und -entwicklung

Krisen bringen, aus einer historischen Perspektive betrachtet, oftmals Wellen des politischen Protests hervor (vgl. Kriesi/Oana 2023: 740). Im Zuge der Wirtschaftskrise 2008 und der Eurokrise 2010 konnten beispielsweise Bewegungen wie Occupy oder die Indignados teils länderübergreifend massenhafte Proteste mobilisieren (vgl. Aslanidis 2018). Mit ähnlicher Dynamik hat sich auch Widerstand gegen die

Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung formiert. So bildeten sich etwa in Kanada oder Schweden die sogenannten Freedom-Movements (vgl. Askanius/Molas/Amarasingam 2025); auch in Italien (vgl. ISD 2021a), den Niederlanden (vgl. ISD 2021b) oder den USA (vgl. ISD 2022) entstanden teils große gesellschaftliche Protestdynamiken gegen Lockdowns und andere Maßnahmen.

Unter Bezeichnungen wie Hygienedemos (gegen die Hygienemaßnahmen zur Pandemieeindämmung) oder Querdenken¹ haben sich auch in Deutschland Bewegungsorganisationen und Netzwerke in Reaktion auf die gegen die Pandemie gerichteten Maßnahmen gebildet (vgl. Frei/Schäfer/Nachtwey 2021).² Besondere Aufmerksamkeit unter den verschiedenen im Kontext der Pandemie entstandenen Protestgruppen erlangte die im Raum Stuttgart unter der Selbstbezeichnung »Querdenken« entstandene Bewegung, die zum allgemeinen Synonym für Anti-Corona-Proteste insgesamt avancierte. Heinze und Weisskircher beschreiben die Entwicklung dieser Bewegung wie folgt:

»Already the beginning of the first lockdown in mid-March 2020 saw different protest forms against the government measures. These included silent actions like setting up chairs in public places (as a protest against the closure of restaurants), online petitions, and street protest, which was initially banned and later allowed under restrictive conditions. Among these early street protestors were already the first Querdenken groups. This first wave peaked in mid-May. In summer, the first mass demonstration of the Querdenken started a second phase of mobilisation, peaking in August. In late fall, another lockdown triggered the third wave. In all these waves, a wide range of actors was mobilised. Especially in the second wave, when (protest) gatherings were no longer banned in principle, their

-
- 1 Der Großteil der Forschung zu Anti- und Post-Corona-Protesten arbeitet mit dem Sammelbegriff »Querdenken«. Um die Analysen der Autor:innen kontextgetreu wiederzugeben, übernehmen wir für diesen Abschnitt jeweils die von den Forscher:innen gewählten Bezeichnungen.
 - 2 Für einen aktuellen und systematischen Überblick über den Forschungsstand vgl. Helmer (i.E.).

activities dominated the protest arena.« (Heinze und Weisskircher 2023: 571)

Grande et al. attestierten der sich schnell formierenden Bewegung ein »relativ stabiles Mobilisierungspotenzial« (2021: 3). Besonders virulent waren die Proteste dort, wo die Maßnahmen zwar strikt und umfassend, die Infektionsraten jedoch vergleichsweise niedrig ausfielen (vgl. Plümper/Neumayer/Pfaff 2021). Sie richteten sich dabei vornehmlich gegen Maßnahmen, die individuelle Freiheiten beschränkten (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022: 13); so stand die bestimmten Berufsgruppen auferlegte Masken- oder auch die Impfpflicht lange im Zentrum der Proteste (vgl. Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023: 13). Die Coronamaßnahmen, besonders die Einschränkungen im Versammlungsrecht, haben Proteste während der Pandemie insgesamt gehemmt (vgl. Mullis 2020; Kriesi/Oana 2023). Mit ihren Protesten verstießen die Demonstrierenden teils gegen Auflagen und missachteten regelmäßig Abstandsregelungen oder die Maskenpflicht (vgl. Gutmann/Vetter 2021: 86). Die Hürde, Unmut in öffentlichen Protesten ausdrücken zu können, war ein motivationaler Faktor für Demonstrationen und andere Protestaktionen: »Even with severe constraints on public collective protest, suddenly imposed grievances can mobilize some constituencies which have the capacity to do so« (Kriesi/Oana 2023: 759). Die Plötzlichkeit und die gravierenden Einschnitte waren ein Auslöser unmittelbarer Proteste.

Die Struktur der Anti-Corona-Proteste war von regionalen Protestreihen geprägt: Beteiligte organisierten in relativer Nähe zu ihren Wohnorten lokal orientierte Demonstrationen, deren Formate in anderen Städten kopiert wurden. Auf diese Weise verbreiteten sich die Proteste rasch und großflächig. Dieses Muster erinnerte an andere Krisen-Proteste wie etwa »Occupy« oder die »Gide-Proteste« (vgl. Teune 2021a). Das mobilisierte Protestmilieu war soziopolitisch augenscheinlich heterogen und umfasste sowohl »Familien im Jack Wolfskin Partnerlook, trommelnde und tanzende Gruppen in Batik-Klamotten und in die Jahre gekommene Friedensaktivist:innen« (Teune 2021a: 327) als auch »Protagonist:innen aus dem gesamten rechten Spektrum« (ebd.) (vgl. auch Goertz 2022).

Vor dem Hintergrund der Diversität des Protestmilieus (vgl. Koos 2021) stellte sich früh die Frage, welcher Kitt die ideologisch und sozial vielfältige Melange der Bewegung zusammenhielt. Als Antwort darauf etablierte sich in den Sozialwissenschaften die Deutung, es seien weniger konkrete Anti-Coronamaßnahmen, die Menschen zum Protestieren bewegten, als vielmehr eine »tiefe Entfremdung von Kerninstitutionen der liberalen Demokratie« (Nachtwey/Schäfer/Frei 2020: 60), die durch die Pandemie mobilisiert werden konnte. Jedoch darf, bei aller Anerkennung diverser Protestmilieus, nicht übersehen werden, dass sich eine »grundsätzliche Fokussierung auf Verschwörungsmymen, sei es eine drohende ›Umvolkung‹ oder die ›Impfdiktatur‹, die von ›sinistren Eliten‹ gegen die Interessen des ›kleinen Mannes‹ vorangetrieben wird« (Gutmann/Vetter 2021: 86), in der Bewegung etabliert hat. Die Protestierenden teilten ein tiefes »Misstrauen gegenüber medialen, politischen und wissenschaftlichen Autoritäten« (Pantenburg/Reichardt/Sepp 2021: 31), (politischen) Institutionen und besonders Massenmedien (vgl. Nachtwey/Schäfer/Frei 2020: 40). Diese ideologische Grundunzufriedenheit verdichtet Reichardt im Begriff der »Misstrauensgemeinschaft« (vgl. Koos 2021).

Befördert wurde das sich entfaltende Misstrauen während der Pandemie durch alternative Medien.³ Diese erfuhren in einer Situation der Informationsunsicherheit, in der gesicherte Fakten über die Krankheit und ihre Ausbreitung zu Anfang nicht zur Verfügung standen (vgl. Berg 2025), erheblichen Zulauf (vgl. Keller 2023). In digitalen Räumen, wie etwa *Telegram*-Gruppen (vgl. Almodt 2024), entstanden »Wissensparallelwelten« (Pantenburg/Reichardt/Sepp 2021), die stark von rechts-populistischen Inhalten (vgl. Almodt 2024: 18) und Verschwörungserzählungen (vgl. Schulze et al. 2022: 1118) geprägt wurden. Helmer (i. E.) bezeichnet den von Querdenken vollzogenen Abgrenzungsprozess vom orthodoxen Wissen der Mehrheitsgesellschaft hin zu einem von

3 »Alternative news media position themselves as correctives of the mainstream news media, as expressed in editorial agendas or statements and/or are perceived as such by their audiences or third-parties« (Holt/Ustad Figenschou/Frischlich 2019: 860).

Populismus und Verschwörungserzählungen fundierten Gegenwissen als »epistemische Radikalisierung«.

Prägend für die Querdenken-Proteste war überdies ihre indifferente bis offene Haltung gegenüber rechtsradikalen und rechtsextremen Akteuren, Symbolen und Narrativen. So zeichnen etwa Virchow, Häusler und Döring die engen Verbindungen von Pandemieleugnung und Akteuren der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen nach. Sie stellen fest, dass vielfach »Anhänger*innen der verschiedenen [Rechtsaußen-]Parteien, Gruppen und Medien [...] als Teilnehmer*innen oder Redner*innen bei den Versammlungen« (2020: 16) auftraten. Teune beschreibt, dass die Demonstrationen »von zentralen Figuren der extremen Rechten besucht [wurden], an einigen Orten gehörten sie zu den Organisator*innen« (2021b: 115). Zehring und Domahidi (2023) konnten darüber hinaus einen diskursiven Austausch zwischen Querdenken-Kanälen und Akteuren des Rechtsaußen-Spektrums auf *Telegram* aufzeigen. Vielerorts waren die Demonstrationen maßgeblich von neurechten Narrativen geprägt (vgl. Gutmann/Vetter 2021: 85). Oana und Krisie beschreiben die Demonstrierenden als »people who were alienated from the conventional political process and drifting towards the radical right« (Oana/Kriesi 2023: 744). Teune ordnet dieses Phänomen als längerfristigen Entwicklungstrend Sozialer Bewegungen ein und konstatiert eine »Erosion der Hemmschwelle bei vielen Bürger:innen, mit der extremen Rechten gemeinsam zu demonstrieren« (2021a: 327). So befördere das Misstrauen gegenüber politischen Institutionen und Journalismus aufseiten der Protestierenden gemeinsam mit der Teilnahme – und teils zentralen Stellung – von rechten Gruppen und Akteuren an den Protesten und der darauf reagierenden Kritik am Protestgeschehen »eine Verhärtung und eine Radikalisierung« (Teune 2021b: 117). Teune schließt daraus, dass – »auch wenn es lokal abweichende Entwicklungen geben mag – die bundesweit zentralen Organisator:innen [...] längst zusammen mit der extremen Rechten und nicht nur neben ihr [stehen]« (ebd.: 117).

Der Einfluss rechtsextremer Akteure prägte die Querdenken-Proteste indes auch inhaltlich-ideologisch, wie Diskursanalysen von *Telegram*-Inhalten zeigten. Almodt skizziert »A heavy influence of far-right al-

ternative and partisan media [...], which suggests a strong influx of far-right ideology within these communities« (2024: 17). Auch wurden Überschneidungen mit Personen und Narrativen aus dem Spektrum der Selbstverwalter:innen – unter anderem Reichsbürger:innen – herausgearbeitet. So beteiligten sich beide am »Demonstrationsgeschehen gegen die Corona-Maßnahmen vom 28. bis 30. August 2020 im Umfeld des Reichstagsgebäudes in Berlin« (Goertz 2022: 28). Salzborn (2021) und Burghardt (2022) stellen zudem den Antisemitismus – etwa die Trivialisierung des Holocaust – , der bei Querdenken beobachtet werden konnte, ins Zentrum ihrer Analysen. Vieten wertet dieses Zusammenstehen mit »neo-Nazis, anti-Semites, and Reichsbürger[n]« (2020: 11) als Bestätigung einer fortschreitenden Normalisierung von Rechtsaußen-Positionen. Neben den dezidiert rechten Markern vieler Proteste ist ein tiefgreifender Populismus ein Kernelement, das die Bewegung eint (vgl. Koos 2021: 85; Helmer i.E.; Vieten 2020). Koos und Binder (2021) verorten die Bewegung mit Blick auf deren Protestkultur im klassischen, populistischen Spannungsfeld zwischen einem guten Volk und einer moralisch verdorbenen Elite, (vgl. hierzu auch Brieger et al. 2022; Greipl et al. 2021).

Eine besondere Bedeutung für die dynamische Entwicklung der Querdenken-Bewegung kommt dem von ihr besonders intensiv genutzten Messengerdienst *Telegram* zu (vgl. Buehling/Heft 2023). Dort entstandene Kanäle und Gruppen bilden eine breit verzweigte Kommunikationsinfrastruktur (vgl. Schrimpf et al. 2023), die für die Anti-Corona-Proteste zentral ist (vgl. Hetzel et al. 2022: 516). Die populären Kanäle werden insbesondere zur Organisation und Mobilisierung von Bewegungsanhänger:innen genutzt (vgl. Schulze et al. 2022: 1118). Dabei haben Anti-Corona-Protestgruppen spezifische Strategien entwickelt, etwa um Anhänger:innen mit direkten Protestaufrufen zu erreichen (vgl. Jost/Dogrue 2023). Zugleich sind diverse kommunikative Verknüpfungen zwischen Querdenken- und Rechtsaußennetzwerken festzustellen – so findet sich ein »heavy far-right partisan news media influence« (Almodt 2024: 17), während Mainstream-Medien zwar ebenfalls, aber vor allem ablehnend geteilt werden (ebd.).

Die Protestkultur von Querdenken ist überdies stark von den Coronamaßnahmen selbst geprägt. Die Protestierenden reagierten auf das zeitweilige Versammlungsverbot mit Demonstrationen, die sie als »Spaziergänge« (Finkbeiner 2022: 52) betitelten. Bei den unangemeldeten Demonstrationen handelt es sich um performative Eintritte in den Konflikt mit dem Staat sowie mit Gegenprotesten. Dies spiegelt sich auch in Beschreibungen des Proteststils. Schäfer und Frei (2021) bezeichnen diesen als »*formale Pathetik*: Wenig Inhaltliches wird gesagt, das dafür aber leidenschaftlich« (ebd. 2021: 393, Herv. i.O.). Das »Dagegensein« ist ein zentrales Movens der Bewegung, das sich vor allem an einer umfassenden Kritik »am System« ausdrücke. Systemkritik selbst würde zum Kriterium für Glaubwürdigkeit gemacht, die Eliten – besonders Wissenschaftler:innen, Massenmedien und Politik – qua Systemzugehörigkeit nicht zugänglich sei (vgl. ebd.: 408).

Die Hervorhebung der Systemkritik als zentrales Gütekriterium unterstützt die Analyse von Amlinger und Nachtwey, welche die Proteste als Indikator einer grundlegenden Legitimationskrise spätmoderner Gesellschaften verstehen (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022). Die Zäsur, welche die Coronapandemie im politischen und im persönlichen Leben darstellte, scheint die uneingelösten Versprechen der Spätmoderne – im Besonderen die der Selbstbestimmung und der Souveränität (vgl. ebd.: 14) – in aller Deutlichkeit hervorgehoben zu haben. Ein Teil der daraus resultierenden Mobilisierung hat sich bis nach dem Ende aller einschränkenden Maßnahmen verstetigt. Neben dieser Abgrenzung von einem systemischen Außen wird die kollektive Identitätsbildung von Querdenken verschiedentlich als durch performative Handlungen und emotionale Bezugnahmen hervorgebrachte Gesinnungs- oder Gefühlsgemeinschaft beschrieben (vgl. Finkbeiner 2022; Müller 2023). Müller analysiert, dass die Demonstrationen unter anderem dazu dienen, »eine Einheit in Form einer *gefühlten* Gemeinschaft zu finden« (2023: 468, Herv. i.O.), die auf zwar individuellen, aber geteilten Entfremdungsgefühlen aufbaut (vgl. ebd.). Diese Affekte werden in eine Protestgemeinschaft überführt, die »friedliche Eigengruppe«, die den »etablierten orthodoxen Institutionen bzw. Nicht-Wissenden gegenübersteht« (ebd.).

Regionale Proteste in Niedersachsen

Anti-Corona-Proteste sind stark lokalisiert und regional organisiert. Sichtbar wurden diese lokalen Bezüge etwa in der Selbstbezeichnung der Gruppen anhand von Festnetzvorwahlen (beispielsweise Querdenken 711 für Stuttgart). Das lokale und regionale Kolorit wurde insbesondere für die Querdenken-Proteste in Stuttgart und Umgebung (vgl. Schrimpf et al. 2023: 286), für Nordrhein-Westfalen (vgl. Virchow/Häusler/Döring 2020) sowie für Proteste in Sachsen – etwa Querdenken 351 oder die rechte Kleinpartei Freie Sachsen (vgl. Brieger et al. 2022; Kiess/Wetzel 2023) – beschrieben. Dabei werden neben grundlegenden Gemeinsamkeiten mitunter auch regionale Unterschiede in Profil, Organisation und Strategie deutlich. So verschränkten sich etwa die allgemeine Wahrnehmung von und Kritik an Corona-Maßnahmen mit lokal und regional geprägten Perspektiven, Akteuren und Netzwerken.

Auch in Niedersachsen entfalteten sich im Zuge der Pandemie Anti-Corona-Proteste, die insbesondere in den Groß- und Universitätsstädten des Bundeslandes mobilisieren konnten – etwa circa 800 Personen in Braunschweig (vgl. HAZ 2020a) oder 1.900 Personen in Osnabrück (vgl. Wübker/Baars 2021). Zudem bildete sich auch in der Fläche ein Netzwerk von Anti-Corona-Gruppen heraus, die teils bis heute existieren und aktiv sind. Auch wenn sich diese aus einer bundesweiten Perspektive nicht als Speerspitze der Bewegung einordnen lassen, so werden in Niedersachsen doch immer wieder größere Demonstrationen durchgeführt, zu denen überregional oder sogar bundesweit mobilisiert wurde und wird. Schon früh fanden in der Landeshauptstadt Hannover Demonstrationen statt, zu denen auch Aktivist:innen aus anderen Bundesländern anreisten (vgl. Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie 2021: 7). In den letzten Jahren kam es insbesondere in der Universitätsstadt Göttingen regelmäßig zu größeren Demonstrationen, zu denen bundesweit mobilisiert wurde. Doch auch hier waren die Teilnehmendenzahlen abnehmend: Kamen zur Demo unter dem Motto »Herbsterwachen« 2023 noch circa 450 Personen (vgl. Christof 2023), waren es bei der vorerst letzten Demonstration in der Universitätsstadt bloß noch 150 Personen. Demgegenüber blieben

die Gegenproteste mobilisierungsstark und brachten jeweils mehrere tausend Personen auf die Straße (vgl. Zimmermann 2025). Überdies finden sich vielfältige Aktivitäten und Proteste von niedersächsischen Regional- und Lokalgruppen. Die zu ihrer Genese und Entwicklung vorliegenden Informationen stammen allerdings größtenteils aus der Früh- und Hochphase der Pandemie sowie der Anti-Corona-Proteste und fokussieren überwiegend auf einzelne Aspekte beziehungsweise regionale Ausprägungen (vgl. u.a. Finkbeiner 2021; Regner 2022; Trammer 2021).

In Niedersachsen wurden die Anti-Corona-Proteste zunächst vor allem von zivilgesellschaftlichen Organisationen dokumentiert. Eine Publikation des *Regionalbüros Nord/West der Mobilen Beratung Niedersachsen* beschreibt Oldenburg und dessen Umland als frühe Hochburg der Bewegung (vgl. 2021: 7). Bereits ab April 2020 wurden auf dem Oldenburger Schlossplatz die ersten »Mahnwachen für Menschenwürde und Grundrechte« organisiert, aus denen sich organisatorisch und ideologisch die Gruppe »Querdenken 441« bildete (ebd.: 15). Das *Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Oldenburg* beschreibt die zwischen April und Mai 2020 beobachteten Demonstrationen als »Sammelbecken für Esoteriker:innen, Verschwörungsgläubige, Neonazis und Reichsbürger:innen« und kommt zu dem Schluss, dass »eine verschwörungsideologische Deutung der Pandemie, die Relativierung des Nationalsozialismus und eine mangelnde Abgrenzung von Rechtsextremen bereits von Beginn an Bestandteil der Bewegung waren« (ebd.: 17). Die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen* erfasste ab Oktober 2020 auf niedersächsischen Protesten gegen die Coronamaßnahmen eine Reihe antisemitischer Vorfälle (vgl. Regner 2022: 46); hierzu zählten ebenso antisemitische Verschwörungsmythen wie Erscheinungsformen eines sogenannten Post-Shoah-Antisemitismus.⁴

4 Zu Ersteren zählt etwa die im September 2021 auf einer »Hygiene-Demonstration« in Westerstede geäußerte Behauptung, Bundeskanzlerin Merkel sei die Geschäftsführerin einer »nichtregierende(n) kriminelle(n) Okkupationsregierung«; zu Letzterem die auf Demonstrationen in verschiedenen niedersächsi-

Die beschriebene ideologische Vielfältigkeit auch der niedersächsischen Anti-Corona-Bewegung wurde auf verschiedene Weise gedeutet. So beschreibt Finkbeiner die Proteste als »liberale Gesinnungsgemeinschaft von rechts« (2022: 52), die sowohl von einer affektiven gegenkulturellen Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft als auch einer besonders starken Gruppenidentifikationen zusammengehalten werde. Der Niedersächsische Verfassungsschutz charakterisierte die Melange aus Coronaleugner:innen, Rechtsextremist:innen und Reichsbürger:innen als »Mischszene« (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2022: 4), die auf vier zentralen inhaltlichen Denkfiguren basiere: dem Glauben an Verschwörungserzählungen und einer darauf basierenden manichäischen Weltsicht, Bezügen zu (rechter) Esoterik und Mystik, der Beschreibung einer (konstruierten) »natürlichen« Lebensweise sowie der Widerstandserzählung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen (vgl. ebd.: 2). Somit würden zuvor eher getrennte ideologische Milieus vereint und Einflussmöglichkeiten hinsichtlich noch nicht radikalisierten Personen eröffnet (vgl. ebd.: 5).

Weniger als über die ideologischen Eigenheiten der regionalen Anti-Corona-Proteste in Niedersachsen ist über deren Organisation und Kultur bekannt. Medial wurde auch für Niedersachsen eine »Regionalisierung der Proteste« beschrieben, die insbesondere durch den *Telegram*-Kanal »Freie Niedersachsen« koordiniert werde (vgl. Trammer 2021). Die Regionalität wie auch die ideologische Heterogenität erweckten zwar den Eindruck einer breiten Mobilisierungswelle im Bundesland; dennoch blieben die politischen Resonanzen innerhalb der Bevölkerung sehr begrenzt, während die niedersächsische Anti-Corona-Bewegung – im Unterschied zu ostdeutschen Gruppen – keine Massenbasis aufbauen konnte (vgl. Finkbeiner 2022: 52).

Zuletzt wurden nur noch vereinzelte neue Forschungsergebnisse zur Entwicklung der Bewegung in Niedersachsen vorgelegt: Schimanski und Helmer (2023) widmen sich der – erstaunlich stabil verlaufenden – Entwicklung von Verschwörungsmentalitäten in Niedersachsen im

schen Städten beobachteten Sticker mit dem Slogan »Impfen macht frei« (vgl. Regner 2022: 44, 48).

Kontext der Pandemie; Harfst et al. (2023) beleuchten die Systemunterstützung in Niedersachsen während der Corona-Pandemie; Biediger und Helmer (2025) analysieren Längsschnittdaten der digitalen Kommunikation von niedersächsischen Protestgruppen auf *Telegram*, mit denen auch die bewegungsseitigen Resonanzen auf Repräsentationsangebote von AfD und Die Basis erfasst werden können.

Forschungsbeitrag

Die dargelegten Erkenntnisse zur Anti-Corona-Bewegung spiegeln umfangreiche Forschungsaktivitäten wider. Dennoch sind in diesem breit gefächerten Portfolio an Forschungen zum Thema einige – miteinander verbundene – Forschungslücken zu erkennen.

Erstens besteht ein Mangel an Erkenntnissen zur aktuelleren Entwicklung der verbliebenen Anti-Corona-Proteste, da bereits ab 2022 das Forschungsinteresse stark nachgelassen hat. Mit dem Ende der Coronamaßnahmen ist es ab Frühjahr 2023 nochmals deutlich abgefallen, weshalb die während der Pandemiehochphase gewonnenen Erkenntnisse kaum mehr aktualisiert wurden (vgl. Helmer i.E.). Der anfänglich von verschiedenen Forschungsteams praktizierte Ansatz analoger Protestbeobachtungen wurde – aufgrund verschiedener Herausforderungen und abnehmender Protestdynamiken – kaum mehr angewandt, während die verbliebene Forschung insbesondere Ansätze von Bild- und Textquellen in *Telegram*-Gruppen fokussiert hat (vgl. ebd.).⁵ *Zweitens* existiert eine Wissenslücke hinsichtlich regionaler Eigenheiten der Proteste in Niedersachsen. Anders als im Fall der ost- und südwestdeutschen Anti-Corona-Proteste sind Eigenschaften und Spezifika hiesiger Anti- sowie Post-Corona-Proteste vergleichsweise wenig beforscht. Die für Niedersachsen vorliegenden Studien stammen allesamt aus der Frühphase der Pandemie und konzentrieren sich

5 Für eine Ausnahme vgl. Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023, die Protestbeobachtungen und Interviews in Sachsen durchführen, dabei jedoch keine digitale Kommunikation in ihre Analyse einbeziehen.

vornehmlich auf lokale beziehungsweise regionale Kontexte. *Drittens* wurden trotz der insgesamt umfänglichen Forschungsarbeiten die charakteristischen Kernmerkmale der Anti- beziehungsweise Post-Corona-Bewegung nur selten in ihrer Breite und Interaktion miteinander erfasst, da das Gros der Studien bestimmte theoretische Perspektiven und Ansätze fokussierte.

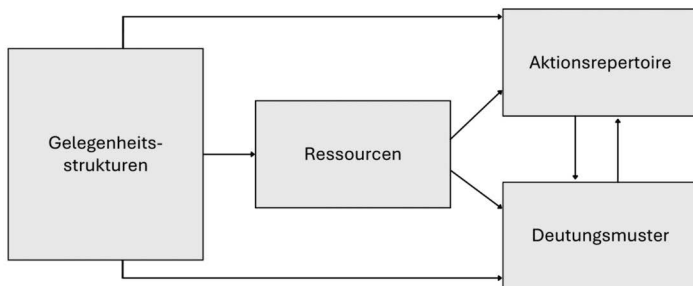
Vor diesem Hintergrund soll die vorliegende Studie zu den Post-Corona-Protesten in Niedersachsen drei Beiträge im vorliegenden Forschungspanorama ergänzen. Wir wollen zum Verständnis der mittelfristigen Folgen der Coronapandemie beitragen. Hierzu werden erstens neue Erkenntnisse zu den Entwicklungen der Proteste in der Spätphase des Bewegungszyklus produziert. Es gilt also dezidiert das Profil der nach dem Ende der Pandemie weiterhin aktiven Protestgruppen in den Blick zu nehmen – diese ordnen wir am Ende der Studie auf theoretischer Ebene als postpandemische, populistische Bewegung ein. Zweitens soll ein regionales Porträt der Post-Corona-Bewegung in Niedersachsen erstellt werden, das regionale Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Protestgruppen im Bundesland empirisch erfasst und herausarbeitet; drittens soll mithilfe einer breiten bewegungsanalytischen Optik ein genauer Blick auf die komplexe Gesamtdynamik der Proteste geworfen werden, die insbesondere auch interne Entwicklungen und Unterschiede innerhalb der Bewegung erfassen kann. Wir führen Protestbeobachtungen durch, mit denen wir an Forschungspraktiken anknüpfen, die bereits zu Beginn der Pandemie produktiv angewandt wurden.

3 Theoretischer Zugang

Ansätze aus der Bewegungsforschung

Um die skizzierten Forschungslücken zu bearbeiten, empfiehlt sich ein Blick in die Theorien der Bewegungsforschung, der ähnliche Konstellationen wohlbekannt sind. So beschreiben diverse Theorien die Entwicklungs- und Erfolgsfaktoren Sozialer Bewegungen. Zentrale und über Jahrzehnte bewährte Ansätze wurden beispielsweise von Caiani, Della Porta und Wagemann (2012) integriert (vgl. Abb. 1):

Abbildung 1: Theoretisches Modell zur Untersuchung von sozialen Bewegungen



Quelle: Darstellung nach Caiani/Della Porta/Wagemann 2012: 10

Dabei entsteht ein vielschichtiges und dynamisches Gesamtmodell, das beschreibt und erklärt, wie die externen Rahmenbedingungen sowie

internen organisatorischen Eigenheiten von Bewegungen deren inhaltliche Perspektiven und Strategien sowie Handlungsformen beeinflussen können.

Die im Modell genutzten Begriffe und Konzepte fundieren und orientieren die Überlegungen sowie die empirischen Untersuchungen dieser Studie, weshalb sie im Folgenden kurz erläutert und eingeordnet werden.

Gelegenheitsstrukturen

Die Ausgangs- und Rahmenbedingungen von Bewegungen werden theoretisch als Gelegenheitsstrukturen beschrieben, worunter »specific configurations of resources, institutional arrangements and historical precedents for social mobilization, which facilitate the development of protest movements and constrains them in others« (Kitschelt 1986: 58), verstanden werden. Strategien und Erfolg von Bewegungen hängen demnach wesentlich von der Offen- beziehungsweise Geschlossenheit der sie umgebenden Gelegenheitsstrukturen ab (vgl. Kriesi 2011: 69–70). Gelegenheitsstrukturen sind über Zeiträume hinweg zwar stabil, aber nicht statisch. Kurzfristig können sich Kontextfaktoren ändern, etwa die Zusammensetzung von Regierungskoalitionen, während zum Beispiel das Parteiensystem als solches unverändert bleibt (vgl. Arzheimer/Carter 2006: 423–425). Außerdem können Gelegenheitsstrukturen ganz beziehungsweise eher offen oder eher beziehungsweise ganz geschlossen sein (vgl. Caiani/Della Porta/Wagemann 2012: 48). In (eher) offenen Gelegenheitsstrukturen finden Bewegungen leichter Zugang zum politischen System, indem sie mit politischen Entscheidungsträger:innen in Kontakt und Austausch kommen (können); so öffneten sich etwa mit dem Einzug der grünen Partei in den Bundestag die Gelegenheitsstrukturen für die Umweltbewegung. In geschlossenen Gelegenheitsstrukturen ist es für eine Bewegung hingegen schwieriger, Zugang zu relevanten Akteuren zu finden (vgl. Kriesi 2011: 70).

Zu den Gelegenheitsstrukturen gehören einerseits stabile institutionelle Faktoren, wie die historisch gewachsenen und verfestigten Eigenheiten des politischen Systems – so gilt etwa die Art des Wahl- oder Par-

teiensystems im internationalen Vergleich als zentraler Faktor, um Unterschiede oder Kontinuitäten einer Protestmobilisierung zu erklären (vgl. Kitschelt 1986). Für unsere Studie, die sich auf einen kurzen Zeitraum und auf Phänomene innerhalb einer etablierten Demokratie bezieht, sind – andererseits – die wandelbaren *nichtinstitutionellen Faktoren* besonders relevant. Dazu zählen erstens politische Gelegenheitsstrukturen (POS für *Political Opportunity Structures*), wie die jeweiligen Macht- und Mehrheitsverhältnisse, Bündnis- und Gegnerkonstellationen oder sich verändernde Gesetzeslagen (vgl. Caiani/Della Porta 2018: 331).

Hinzu kommen zweitens die diskursiven Gelegenheitsstrukturen (DOS für *Discursive Opportunity Structures*); diese beschreiben die massenmedial vermittelte Sichtbarkeit von und Resonanz auf Bewegungsforderungen (vgl. Koopmans/Olzak 2004: 202). DOS erfassen also, ob und wie Proteste von Medien und Gesellschaft wahrgenommen werden. Diskursive Gelegenheitsstrukturen »may be seen as determining which ideas are considered ›sensible,‹ which constructions of reality are seen as ›realistic,‹ and which claims are held as ›legitimate‹ within a certain polity at a specific time« (Koopmans/Statham 1999: 228). Das bedeutet: DOS beeinflussen, welche Bewegungsforderungen als realistisch und legitim angesehen werden und welche Forderungen sich innerhalb eines gesamtgesellschaftlich akzeptierten Rahmens bewegen – und welche nicht.

Ressourcenmobilisierung

Diesen äußeren Faktoren stehen die internen organisatorischen Eigenschaften von Bewegungen gegenüber, die theoretisch mit dem Ansatz der Ressourcenmobilisierung beschrieben werden. Demnach entscheiden Existenz und Nutzung verschiedenartiger Ressourcen von Aktivist:innen wesentlich über den Erfolg und die Effektivität von Bewegungen mit (vgl. Caiani/Della Porta 2018: 327). Dabei wird grundlegend zwischen materiellen und immateriellen Ressourcen unterschieden (vgl. Della Porta/Diani 2006: 15). Zu ersteren zählen etwa Geldmittel, technische oder andere physische Materialien, die für die Organisation und Aktionen der Bewegung grundlegend sind; immaterielle Ressour-

cen sind indes weniger greifbar und vielfältiger. Bei ihnen kann es sich etwa um Erfahrungen und Know-how handeln – etwa aus früherer Protesterfahrung oder aus anderen Lebensbereichen. Dazu zählen etwa »tactical repertoires, organizational templates, technical or strategic know-how encompassing both mobilization and production technologies« (Edwards/McCarthy 2004: 126), auch eine Medieninfrastruktur und soziale Netzwerke (vgl. ebd.: 127).

Aktionsrepertoire

Orientiert an externen Gelegenheitsstrukturen und aufbauend auf ihrer Ressourcenbasis entwickeln Bewegungen ein individuelles Aktionsrepertoire. Dessen Eigenheiten ergeben sich vielfach aus den in Bewegungen vorherrschenden Perspektiven und Wahrnehmungen, die wiederum in den Erfahrungen und Lebenswelten der Aktivist:innen verankert sind. Die *Wahrnehmung* von Gelegenheitsstrukturen innerhalb der Bewegung ist also ausschlaggebend für das Aktionsrepertoire: »Feelings of injustice, self-perceptions by the group, widespread myths, and dominant narratives all affect the construction of an ›imagined‹ reality« (Gaiani/Della Porta/Wagemann 2012: 78).

Die möglichen Handlungsformen von Bewegungen sind im Vergleich zu anderen politischen Akteuren – wie etwa Parteien, deren Aufgaben zum Teil gesetzlich geregelt sind – wenig spezifisch. Sie umfassen zumeist die Durchführung von Protesten sowie die Nutzung unkonventioneller Methoden der politischen Beteiligung (vgl. Taylor/Van Dyke 2004: 263). Aktionsrepertoires unterscheiden sich aber auch zwischen sowie innerhalb von Bewegungen teilweise stark. Je nach Hintergrund und Kontext reicht die Beteiligung so zum Beispiel vom Tragen von Buttons mit Bewegungsmessage (vgl. Van Deth 2003: 175) über das Festketten in Baumkronen (vgl. Taylor/Van Dyke 2004: 270) bis zu Einschüchterungs- und Gewaltakten (vgl. Blee 2017: 32).

Die Wahl der jeweiligen Aktionsform ist dabei von einem komplexen Faktorengeflecht abhängig. Um nur einige der Einflussgrößen zu nennen: Welche Aktionsformen gelten als erfolgversprechend? Welche Protestformen sind in der Bewegung bekannt oder tradiert – und sind sie

finanzierbar? Und nicht zuletzt: Wie wohl fühlen sich die Aktivist:innen mit deren Ausführung?

Auf der Seite der Ressourcen sind neben materiellen Bedingungen auch normative Ressourcen ausschlaggebend, wie etwa Caiani, Della Porta und Wagemann (2012) mit Blick auf bewegungsinterne Normen argumentieren:

»As the resource mobilization approach has stressed for social movements, apparently anomic behaviours are often governed by inherent norms [...]. Both individuals and organizations at the aggregate level justify their activities within a broader normative system, however deviant from the most commonly accepted one.« (ebd.: 78)

Einige Protestformen werden hiernach nicht nur ausgewählt, weil sie effektiv und erfolgversprechend sind, sondern auch, weil sie mit den Überzeugungen und Ideen der Bewegung wie auch der weiteren Gesellschaft übereinstimmen (vgl. Taylor/Van Dyke 2004: 276). So bedienen sich beispielsweise Friedensbewegungen weniger wahrscheinlich gewaltvoller Mittel. Auch die Teilnahme an vorangegangenen Protesten wirkt sich auf das Bewegungsrepertoire aus. Erfahrungen von Repression, aber auch die Umsetzung erfolgreicher Strategien beeinflussen die Wahl der Protestform (vgl. ebd.: 278). Die Erfahrung von Subordination sowie die oft fehlenden Zugänge und Möglichkeiten, den eigenen politischen Forderungen Gehör zu verschaffen, begünstigen disruptive Aktionsformen wie etwa Sitzstreiks (vgl. ebd.: 273, 277; vgl. Blee 2017: 32). Umgekehrt begünstigen das soziale und kulturelle Kapital von Mittelschichtsbewegungen Aktionsformen, die einem tradierten und oft kulturell akzeptierten Bewegungsrepertoire entsprechen (vgl. Van Deth 2009: 141), wie etwa Petitionen, das Kontaktieren von Abgeordneten oder die Organisation angemeldeter Demonstrationen.

Zudem hängt die Wahl von Aktionsformen von den jeweiligen Gelegenheitsstrukturen ab. Bei diskursiven Gelegenheiten schließt dies unter anderem die Frage ein, ob und wie über Protestaktionen in den Medien berichtet wird und wie sie voraussichtlich von der Gesellschaft aufgenommen werden – sprich ob die Aktivitäten auf positive oder negative

Resonanz stoßen, wobei aus Bewegungsperspektive sogar eine negative Resonanz einer ausbleibenden Reaktion vorzuziehen ist (vgl. Koopmans/Olzak 2004: 204).

Deutungsmuster

Bewegungen bringen Bedeutungen und Interpretationen der sozialen Welt hervor. Als aktive Teilnehmerinnen am politischen Diskurs und an der politischen Willensbildung produzieren sie Interpretationen, die als Deutungsmuster (englisch: *Frames*) bezeichnet werden (vgl. Benford/Snow 2000). Je nach Anliegen der Bewegung werden historische Ereignisse, gemeinsam erduldete Ungerechtigkeiten oder auch das gesellschaftspolitische Tagesgeschehen aus Warte der Bewegung fokussiert und ausgedeutet. In der Bewegungsliteratur wird hier von *Collective Action Frames* gesprochen. Bewegungsakteure sind dabei »signifying agents actively engaged in maintenance of meaning for constituents, antagonists, and bystanders or observers« (ebd.: 613).

Der Akt des Framings liegt in der aktiven Kommunikation und Interpretation von Missständen (im Englischen als *Grievances* bezeichnet) (vgl. Almeida 2019: 80). Gelungenes Framing zielt darauf ab, die soziale Welt so zu konstruieren und zu erläutern, dass kontinuierliche Beteiligung an Bewegungsaktivitäten gefördert wird oder sogar notwendig erscheint (vgl. ebd.: 81). Erst durch den Akt der Deutung werden bestimmte, bis dahin lediglich individuell oder alltagsweltlich wahrgenommene soziale Herausforderungen in politische Probleme übersetzt. Entsprechend befasst sich die Frame-Analyse mit dem »process of the attribution of meaning, which lies behind any conflict« (Caiani/Della Porta/Wagemann 2012: 14). In der Literatur werden Frames entlang ihrer genauen argumentativen Funktionen zumeist in drei Arten unterschieden (vgl. Snow/Benford 1988): Diagnostische Frames beschreiben das von Bewegungen identifizierte Problem im sozialen Leben sowie hierfür Verantwortliche; prognostische Frames schlagen Lösungsstrategien für das beschriebene Problem vor; und motivationale Frames appellieren moralisch und emotional daran, sich am Protest zu beteiligen (vgl. Almeida 2019: 84–85).

Die von Bewegungen genutzten Deutungsmuster müssen verschiedene Zielgruppen ansprechen. Dabei müssen sie insbesondere mit den Erfahrungen und Lebenswelten von Aktivist:innen und potenziellen Unterstützer:innen kompatibel sein – sie müssen »Sinn ergeben« oder sogar stiften. Zugleich müssen sie der Kultur innerhalb der Bewegung, der gesamtgesellschaftlichen politischen Kultur sowie den diskursiven Gelegenheitsstrukturen zumindest in Teilen entsprechen (vgl. Caiani/Della Porta/Wagemann 2012: 16). Frames sollten darüber hinaus mit den Bewegungsaktionen und -taktiken kompatibel sein. Macht eine Bewegung etwa eine bestimmte Partei für ein Problem verantwortlich (diagnostischer Frame), beschneidet sie dadurch ihre strategischen Möglichkeiten zur parteipolitischen Kooperation.

Eigene Forschungsperspektiven

Auf Basis der vorgestellten bewegungsanalytischen Ansätze sollen im Folgenden die Perspektiven konkretisiert werden, die wir in der Analyse unseres Forschungsgegenstands einnehmen. Um Aufschluss darüber zu erlangen, was die niedersächsischen Post-Corona-Proteste trägt und prägt, soll auf folgende Detailaspekte fokussiert werden:

Um die Ziel- und Handlungshorizonte der Post-Corona-Proteste genauer zu verstehen, sollen *erstens* die allgemeinen für sie relevanten politischen Gelegenheitsstrukturen analysiert werden. Um die grundlegenden strategischen Optionen der Bewegung zu erfassen, betrachten wir zum einen die Chancen auf politische Allianzen mit Entscheidungsträger:innen oder Parteien; zum anderen betrachten wir, wie legitim und realistisch die von der Bewegung gestellten Forderungen von Medien und Öffentlichkeit wahrgenommen beziehungsweise beurteilt werden.

Anknüpfend an die Einordnung der Gelegenheitsstrukturen der Bewegung fragt die Binnenanalyse der ausgewählten Gruppen *zweitens* danach, welche Ressourcen mobilisiert und nach innen sowie außen hin genutzt werden. Hierzu zählen neben materiellen und immateriellen

Ressourcen auch die von der Bewegung geschaffenen oder mitgenutzten kommunikativen Netzwerke.

Anknüpfend an Rahmenbedingungen und Grundlagen soll *drittens* das Handlungsrepertoire der Bewegung näher analysiert werden. Dies umfasst sowohl die von ihr öffentlich praktizierten Aktionsformen als auch die internen wie externen Interaktionen – sowie etwaige Anpassungen an die allgemeine Gelegenheitsstruktur und die konkrete Ressourcenbasis.

Viertens soll erfasst und verstanden werden, welche Perspektiven und Deutungen die Bewegungen hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen und Ressourcen entwickelt haben. Hierzu werden sowohl die von der Bewegung diagnostizierten Probleme, Ursachen und Verursacher, ihre Lösungsangebote und Strategien zur Zielerreichung als auch die emotionale und normative Begründung des Protests untersucht.

4 Forschungsdesign

Die vorliegende Studie will zur Schließung der oben skizzierten Leerstellen in der Forschung beitragen, indem sie die Entwicklung von Post-Corona-Protesten in Niedersachsen mithilfe eines qualitativ-explorativen Fallstudiendesigns untersucht. Im Folgenden soll es zunächst um dessen Forschungslogik, Vorgehen und methodische Instrumente sowie Ethik gehen.

Forschungsansatz: Fallstudien

Als Fallstudie (englisch: *Case Study*) wird in den Sozialwissenschaften die intensive Untersuchung eines einzelnen Falles oder weniger Fälle auf Basis von Beobachtungsdaten verstanden (vgl. Gerring 2018: 28–30). Je nachdem, ob nur ein Fall in seiner Tiefe oder mehrere Fälle im Vergleich in der Breite untersucht werden, wird von einer *Single*- beziehungsweise *Multiple-Case Study* gesprochen. Als Fall wird ein örtlich und zeitlich limitiertes Phänomen verstanden, dessen Untersuchung Aufschluss über eine größere Zahl beziehungsweise Klassen von Fällen geben soll. Ein Fall wird so auch als Instanz von durch dieselben Kriterien definierten Phänomenen verstanden (vgl. Kuehn 2018: 5–6); beispielsweise stellte die SPD über viele Jahre hinweg eine aufschlussreiche Instanz des Phänomens Volkspartei dar. Fallstudien versuchen so, über die konkret untersuchten Einzelfälle hinaus (generalisierende) Aussagen über theoretisch-konzeptuell definierte Klassen von Phänomenen zu treffen (vgl. Gerring 2012: 726).

Qualitative Fallstudien besitzen, in Abgrenzung zu quantitativen Ansätzen, bestimmte analytische Qualitäten, die es gezielt zu nutzen gilt: Während großzählige (Large-N-)Analysen möglichst viele Fälle auf bestimmte Eigenschaften fokussiert untersuchen, streben Fallstudien danach, viele Eigenschaften weniger Fälle genauer beziehungsweise holistisch zu erfassen (vgl. Patton 2015: 262). Auf diese Weise können Fallstudien komplexe Verstrickungen sozialer Phänomene mit ihrer Umwelt beschreiben und verständlich machen. Jenseits des intrinsischen Interesses am konkreten Fall können Fallstudien (analytisch) generalisierende Erkenntnisse hervorbringen, indem ihre Ergebnisse zur Schöpfung, Entwicklung oder Prüfung von Theorien genutzt werden (vgl. Ridder 2017: 294–299).¹

Damit Fallanalysen jedoch tatsächlich Aufschluss über ein Phänomen geben, ist die Auswahl der untersuchten Fälle entscheidend. Im Gegensatz zur quantitativen Forschung wird dabei kein Zufall-basiertes Sample erstellt, sondern zielgerichtet besonders informationsreiche Fälle ausgewählt (vgl. Patton 2015: 264–265). Zentral ist dabei, was einen oder mehrere Fälle ausmacht und wofür der oder diese stehen sollen (vgl. Siewert/Wagemann 2020: 151–152). Während kausal-erklärende Fallanalysen sich einer theorieorientierten Auswahl von Fällen mit ganz bestimmten Eigenschaften beziehungsweise Variablen-Kombinationen bedienen (vgl. Kuehn 2018), versuchen deskriptiv-explorierende Fallstudien, die gemeinsamen Eigenschaften von Phänomenen zunächst anhand typischer beziehungsweise diverser Fälle genauer zu erfassen und zu beschreiben (vgl. Gerring 2018: 56–57). Um die Vielfalt und Subgruppen eines Phänomens genauer zu differenzieren, werden im Forschungsprozess nach und nach solche Fälle gesucht und analysiert, in denen auffindbare Differenzen maximal ausgeprägt sind (vgl. Patton 2015: 283). Auf diese Weise können Kontraste innerhalb eines Phäno-

1 Somit steht die Logik der Fallforschung bezüglich ihres Theoriebeitrags im Kontrast zur deduktiven Forschungslogik quantitativer Vorgehensweisen, die theoretische Hypothesen durch wahrscheinlichkeitstheoretisch abgesicherte statistische Verfahren überprüft.

mens erfasst, beschrieben und verstanden werden (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahra 2019: 115).

Forschungslogik und Fallauswahl

Unsere Studie verfolgt folgende Ziele: sowohl deskriptives Gegenstandswissen zur Bewegungslandschaft in Niedersachsen zu gewinnen als auch eine Exploration der protestpolitischen Post-Corona-Konstellation zu unternehmen. Ausgehend von den von uns identifizierten Forschungslücken wollen wir uns Aufschluss über aktuelle und regionale Entwicklungen der Post-Corona-Proteste verschaffen. Diese untersuchen wir am Fall Niedersachsens, den wir als regionale und aktuelle Instanz der in verschiedenen Bundesländern aktiven Bewegung begreifen.

Zum einen erfolgt die Analyse der regionalen Post-Corona-Proteste aus intrinsischem Interesse – durch eine intensive und explorierende Beschreibung soll vertieftes deskriptives Wissen über die aktuellen und regionalen sowie lokalen Merkmale des bislang kaum untersuchten Falls der hiesigen Post-Corona-Proteste exploriert werden.² Zum anderen verfolgen wir ein instrumentelles Interesse: Durch die genauere Untersuchung der Bewegungsorganisationen³ in Niedersachsen als regionale Instanz einer überregionalen Entwicklung wollen wir erkunden, wie die Proteste auf die Chancen und die Herausforderungen der jüngsten – und aus Warte der Bewegung: ungünstigen – politischen Gelegenheitsstruktur der Post-Corona-Konstellation reagieren. Indem wir dabei auf allgemein bewährte, im Fall der Post-Corona-Proteste allerdings noch wenig angewandte bewegungsanalytische Konzepte zurück-

2 Zu den Zielen und Ansätzen von Exploration vgl. Swedberg 2020.

3 Eine Bewegungsorganisation ist »a complex, or formal organization which identifies its preferences with a social movement or a counter-movement and attempts to implement those goals« (McCarthy 2013: 1). Wir verwenden Gruppe und Bewegungsorganisation in diesem Buch synonym.

greifen, können wir Eigenschaften erfassen, die bislang unentdeckt oder kaum beschrieben worden sind.⁴

Was aber verstehen wir unter dem Fall »Post-Corona-Proteste in Niedersachsen« ganz konkret? Weil soziale Bewegungen als lose Netzwerke von Netzwerken aktiver Personen – etwa im Gegensatz zu Parteien oder Gewerkschaften – überwiegend weder formelle Strukturen noch offizielle Hierarchien besitzen, lassen sie sich nur anhand ausgewählter Gruppen oder Akteure untersuchen. Um die Eigenschaften von Post-Corona-Protesten in Niedersachsen genauer zu erfassen, wenden wir ein *Embedded Multiple-Case-Design* an (vgl. Yin 2018: 51–52). Hierbei werden ausgewählte Bewegungsorganisationen als Unterfälle mittels der aus der Bewegungstheorie entnommenen drei Analyseperspektiven (Ressourcen, Repertoire, Deutungsmuster) strukturiert-vergleichend untersucht. Ergebnisse werden zunächst in ausführlichen Fallbeschreibungen (englisch: *Case Reports*) zu lokalen Gruppen festgehalten, zu Kurzreports⁵ verdichtet und einer Vergleichsanalyse unterzogen (vgl. Yin 2018: 130–131). Aus dieser strukturierten Verdichtung von Ergebnissen entsteht ein Profil des – empirisch zwar fundierten, aber natürlich dennoch von uns konstruierten – Oberfalls der »Post-Corona-Proteste in Niedersachsen«.⁶ Die Ergebnisse werden abschließend einer einordnenden und erklärenden Interpretation unterzogen. Aus den empirisch gewonnenen Erkenntnissen werden schließlich theoretische Hinweise abgeleitet, welche die wissenschaftliche Debatte über Anti- und Post-

4 Zum Nutzen einer vertieften und theoretisch geleiteten Exploration vgl. Lieberman 2020: 59.

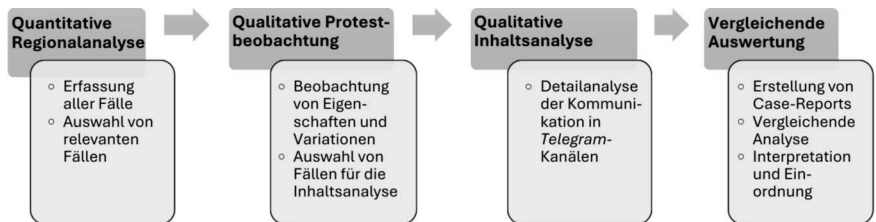
5 Die Langfassungen der Fallbeschreibungen dienen als Instrument der Datensammlung sowie Analyse und sind, allein aufgrund ihres Umfangs, nicht Teil der Studie. Die – immer noch detaillierten – Kurzfassungen der Fallbeschreibungen bilden die Grundlage der Vergleichsanalyse und sind in der vorliegenden Studie abgedruckt.

6 Ob die aus der Untersuchung zum Fall Niedersachsen gewonnenen Erkenntnisse tatsächlich auch auf andere Post-Corona-Gruppen in ganz Niedersachsen und darüber hinaus zutreffen, muss im Forschungszyklus zum Thema anderweitig überprüft werden.

Corona-Proteste, die Folgen der Pandemie sowie neue Iterationen populistischer Bewegungen ergänzen sollen.

Die Auswahl der untersuchten Fälle folgt dabei grundsätzlich dem Ansatz einer zielgerichteten Fallauswahl (englisch: *Purposeful Sampling*). Um für unsere Fragestellung erhellende Fälle zu finden, sind wir – grob orientiert am Aufbau multimethodischer Fallanalysen – mehrstufig vorgegangen (vgl. Abb. 2). Das Vorgehen dieser Studie gliederte sich dabei in vier Schritte:

Abbildung 2: Schema des verfolgten Forschungsprozesses



Quelle: eigene Darstellung

Um zu erkunden, wo in Niedersachsen zum Untersuchungszeitpunkt überhaupt Post-Corona-Protestgruppen aktiv sind, haben wir in einem ersten Schritt im Rahmen einer quantitativen Regionalanalyse sämtliche uns zugänglichen Fälle erhoben. Dazu haben wir den für die Mobilisierung zentralen *Telegram*-Kanal »Freie Niedersachsen« ausgewertet, in dem die Protestaufrufe in Niedersachsen laufend aktualisiert und aggregiert wurden. Dabei wurden zum Erhebungszeitpunkt etwa sechzig regelmäßig angekündigte Gruppentreffen in verschiedenen Regionen Niedersachsens erfasst. Orientiert an forschungslogischen⁷

7 Bei der Auswahl der zu beobachtenden Gruppen haben wir grundsätzlich vor allem solche in großen Städten ausgewählt. Orientiert an einer Criterion-i-Fallauswahl, nach der Fälle zu identifizieren und auszuwählen sind, »that meet some predetermined criterion of importance« (Palinkas et al. 2015: 535), sind wir davon ausgegangen, in größeren Städten eher aktive und substanzielle Pro-

sowie forschungspraktischen⁸ Gründen wurden von diesen zunächst zehn Gruppen in insgesamt acht großen niedersächsischen Städten zur weiteren Beobachtung ausgewählt (vgl. Tabelle 1). Wir folgen hiermit dem Ansatz von Snow (2013: 148), der eine »multiple case analysis« in vergleichendem Rahmen beschreibt. Diese Art Fallstudie ermöglicht es uns, bedeutsame Unterschiede und lokale Besonderheiten herauszuarbeiten.

In einem zweiten Schritt wurden in den entsprechenden Städten zwischen Oktober 2023 und Januar 2024⁹ vor Ort qualitative Protestbeobachtungen durchgeführt (zum Vorgehen siehe Kapitel 4).¹⁰ Die im Feld gewonnenen Beobachtungen wurden dazu genutzt, um besonders informations- und variationsreiche Fälle zur weiteren Untersuchung zu

testgruppen vorzufinden als in kleineren Städten, was unsere Vor-Ort-Beobachtungen in Teilen bestätigt haben. Vereinzelte stärkere Mobilisierungen in kleinen und mittelgroßen Städten, auf die etwa die später veröffentlichte Analyse von Helmer und Zylla (i.E.) hinweist, konnten nicht ausreichend erfasst werden und bilden insofern eine Lücke unserer Fallauswahl.

- 8 Hierzu zählen etwa eine zu zeit- oder ressourcenaufwendige An- und Abreise sowie informationelle Unsicherheiten bei Protestaufrufen.
- 9 Bereits im August 2023 wurde der teilstandardisierte Beobachtungsbogen bei zwei Protestbeobachtungen in Hannover getestet. Da der Bogen nur minimal angepasst worden war, wurden auch diese Daten mit in die Analyse aufgenommen.
- 10 Dabei wurden in der Landeshauptstadt Hannover sowie in Hildesheim jeweils zwei aktive Gruppen angetroffen und beobachtet. In Osnabrück, Oldenburg, Delmenhorst, Hildesheim, Wolfsburg, und Braunschweig wurde jeweils eine aktive Gruppe beobachtet. Bei der in Celle durchgeführten Beobachtung wurde die angekündigte Aktion zwar nicht aufgefunden, jedoch konnten Hinweise auf eine Demobilisierung der Gruppe gesammelt werden. Überdies wurden vom Studienteam drei größere Demonstrationen im September 2023 und Januar 2024 sowie im Februar 2025 in Göttingen beobachtet. Da die teilnehmenden Gruppen und Redebeiträge jedoch kaum ersichtliche Niedersachsen-Bezüge aufwiesen, finden die dort durchgeführten Beobachtungen keinen Eingang in diese Analysen.

identifizieren und weniger ergiebige oder schwierig beobachtbare Fälle auszuschließen.¹¹

Tabelle 1: Überblick über Auswahl und Analyse von Fällen

Stadt	Gruppe (Name)	Beobachtung von Protest vor Ort	Inhaltsanalyse der digitalen Kommunikation	Detaillanalyse in Case-Reports
Hannover	Es reicht! Hannover	X	X	X
	Schneemänner mit Würde	X	X	X
Braunschweig	Querdenken 53	X	-	-
Oldenburg	Freie Oldenburger	X	-	-
Osnabrück	Grundrechte Osnabrück	X	X	X
Wolfsburg	kein Gruppenname	X	-	X
Hildesheim	Rote Linie Hildesheim	X	X	X
	kein Gruppenname	X	-	X
Delmenhorst	kein Gruppenname	X	-	X
Celle	kein Gruppenname	X*	-	-

* Keine Versammlung vor Ort angetroffen

¹¹ Letzteres trifft etwa auf die Beobachtungen in Braunschweig und Oldenburg zu, bei denen ad hoc keine relevanten Eigenheiten festgestellt werden konnten, die nicht bereits über andere Fälle erfasst worden waren.

Auf diese Weise konnte insbesondere mit Blick auf Aktionsformen und Deutungsmuster eine erste typologisierende Kontrastierung lokaler Gruppen vorgenommen werden. Insgesamt vier Protest-Gruppen – zwei in Hannover, jeweils eine in Hildesheim und Osnabrück – wurden sowohl für eine weitere Analyse der gesammelten Beobachtungsdaten als auch für die Erhebung und Analyse der digitalen Kommunikation auf *Telegram*-Kanälen ausgewählt. Im Fall der Wolfsburger, der Delmenhorster und einer weiteren Hildesheimer Gruppe konnten aufgrund geringer Mobilisierung und fehlender öffentlicher, digitaler Präsenzen zwar keine Analysen der digitalen Kommunikation durchgeführt werden; doch wurden die vor Ort erhobenen Beobachtungsdaten aufgrund ihrer gemeinsamen Spezifik in einer Zusatzkategorie der »spazierenden Stammische« verdichtet und zusammengeführt (vgl. Kapitel 6).

Für die vier ausgewählten Gruppen wurde im dritten Schritt sodann eine umfangreiche qualitative Inhaltsanalyse der offiziellen *Telegram*-Kanäle durchgeführt, die sich an den entwickelten bewegungsanalytischen Kategorien (Ressourcen, Aktionsformen, Deutungsmuster) orientierte. Die erhobenen und kodierten Daten wurden – gemeinsam mit den im vorherigen Schritt gewonnenen Beobachtungsdaten – in ausführlichen Case-Reports strukturiert gesammelt, verdichtet und einzeln analysiert. Auf dieser Basis wurde im vierten Schritt eine vergleichende Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der untersuchten Fälle erstellt.

Daten und Methoden

Um die ausgewählten Fälle möglichst holistisch erfassen und verstehen zu können, verschränken *Case Study*-Ansätze verschiedene Methoden und Daten, was als Triangulation beschrieben wird (vgl. Lamnek/Krell 2016: 287–289). Ein derartiges multi-methodisches Vorgehen dient einerseits dazu, Fälle in ihrer Tiefe und Breite überhaupt angemessen erfassen zu können; andererseits sollen durch eine Triangulation die – oftmals komplementär strukturierten – Stärken und Schwächen einzelner Methoden kompensiert sowie inhaltliche Unklarheiten und

Widersprüche aufgedeckt und aufgeklärt werden. Die Methodenauswahl der vorliegenden Studie berücksichtigt den prägnanten digital-analoge Charakter der Post-Corona-Bewegung (vgl. Schrimpf et al. 2023). Wir folgen Volk (2022) in ihrer Methodik der Triangulation von Protestbeobachtung und Analyse digitaler Bewegungskommunikation, um die intensive Kommunikation und Aktivitäten der Bewegung im digitalen und analogen Raum samt deren vielfältigen Interaktionen adäquat zu erfassen. Hierfür orientieren wir uns methodisch am Ansatz der (politischen) Patchwork-Ethnografie¹² (vgl. Günel/Varma/Watanabe 2020; für eine Anwendung auf die PEGIDA-Bewegung vgl. Volk 2022) und kombinieren punktuelle analoge Feldbeobachtungen mit der Analyse digitaler Daten.¹³ Das Digitale verstehen wir als Raum, in dem bedeutsame Interaktionen stattfinden (vgl. Volk 2022: 5–6). Die Kombination von analogen und digitalen Untersuchungsräumen ermöglicht uns ein vertieftes Verständnis des Untersuchungsgegenstandes, ohne eine dauerhafte Offline-Präsenz im Feld vorauszusetzen. Um dies zu realisieren, greifen wir auf zwei in der Bewegungsforschung bewährte Methoden zurück: die (analoge) Protestbeobachtung und die (digitale) Inhaltsanalyse, deren Instrumentarien im Folgenden näher erläutert werden sollen.

Protestbeobachtung

Politik beschränkt sich nicht auf den Wahlakt oder die Geschehnisse im Parlament, ebenso vollzieht sie sich in Interaktionen zwischen Personen und (kleineren) Gruppen. Politische Ethnografie – und mit ihr die teilnehmende Beobachtung als zentrale Methode – bringt »privileged

12 »By *patchwork ethnography* [Herv. i.O.] we refer to ethnographic processes and protocols designed around short-term field visits, using fragmentary yet rigorous data« (Günel/Varma/Watanabe 2020: o.S.).

13 Die Elemente der Feldforschung weichen damit in ihrem zeitlichen Umfang von klassischen ethnografischen Ansätzen ab, die oftmals monate- oder sogar jahrelange Feldbeobachtungen durchgeführt haben; vgl. dazu etwa Ashforth 2007.

access to its processes, causes, and effects» (Tilly 2006: 410). Auch eignen sich ethnografische Zugänge im Speziellen, um die Motivation Protestierender zu untersuchen sowie »movement interaction, leadership, ideological setting, and participant behavior« (Virchow 2007: 160) zu beobachten. Damit folgen wir einer wachsenden Strömung in den Politikwissenschaften, die Proteste und politische Bewegungen mit ethnografischen Methoden untersucht, um die Vielschichtigkeit des Protestgeschehens zu erfassen (vgl. beispielsweise Blee 2007; Virchow 2007; Froio/Gattinara 2015; Fangen 2020; Volk 2022; für einen Überblick vgl. auch Mayer 2020).

Protestbeobachtungen sind eine Form der teilnehmenden oder nichtteilnehmenden Beobachtung. Anders als ethnografische Beobachtungen des Alltags (vgl. Emerson/Fretz/Shaw 1995: 1) konzentriert sich die Protestbeobachtung auf Protest-Events. Im Zentrum der Methode stehen (1) das Sammeln von Daten aus erster Hand und der direkte Umgang mit der Bewegung, die beforscht wird, und (2) das *Erleben* (*Experiencing rather than inquiring*) von Protestereignissen (vgl. Balsiger/Lambelet 2014: 145). Beobachtungen von Protesten sind besonders geeignet, um die symbolische Dimension von Demonstrationen zu analysieren (vgl. ebd.: 147–151) – denn »protest is always also a *mise-en-scène*, an often carefully crafted presentation of public images« (ebd.: 147, Herv. i.O.). Fragen danach, wer Reden hält und wer nicht, oder wie ein Demonstrationzug geordnet ist, haben jeweils symbolische Bedeutung: Hieran lässt sich unter anderem das Aktionsrepertoire beobachten.

Im Rahmen unserer Protestbeobachtungen wurden neben Ort und Dauer der Aktivitäten auch Details über anwesende Gruppen – wie deren Größe, Zusammensetzung und auf Bannern oder Plakaten präsentierte Slogans – äußerlich sichtbar. Darüber hinaus haben wir Kommunikationsaspekte wie Ästhetik, Design und Symbolik der Proteste aufgenommen (vgl. Volk 2022: 6). Durch die Beobachtungen von Interaktionen sowie Gespräche mit einzelnen Teilnehmenden haben wir eine umfassende Datensammlung zu den besuchten Protesten angelegt.

Beobachtungen und Feldnotizen verschiedener Beobachter:innen ergänzen sich, auch da persönliche Eindrücke unausweichlich durch die

Beobachter:innen gefärbt und gefiltert sind (vgl. Blee 2012: 145). Hierbei handelt es sich um eine Stärke der ethnografischen Methode. Diese persönliche Interpretationsleistung ist Teil davon:

»Beim Verfassen von Feldnotizen geht es weniger darum, passiv Fakten über das Geschehene aufzuschreiben. Vielmehr beinhaltet dieses Schreiben *aktive Prozesse der Interpretation und Sinnfindung*: Manche Dinge werden als bedeutsam notiert und aufgeschrieben, andere als nicht bedeutsam notiert, aber ignoriert, und sogar andere möglicherweise bedeutsame Dinge werden gänzlich übersehen. Infolgedessen können ähnliche (sogar dieselben) Ereignisse für unterschiedliche Zwecke, mit unterschiedlichen Sensibilitäten und Anliegen beschrieben werden.« (Emerson/Fretz/Shaw 1995: 5, eigene Hervorhebung, eigene Übersetzung)

Durch die Protokolle mehrerer Forscher:innen können verschiedene Perspektiven in die Analyse einfließen. Auch lassen sich – abermals im Sinne der Patchwork-Ethnografie – auf denselben Demonstrationen mehr Konversationen aus unterschiedlichen Perspektiven führen.

Inhaltsanalyse

Das am meisten genutzte Kommunikationsmedium der Anti-Corona-Bewegung ist der Messengerdienst *Telegram* (vgl. Gerster et al. 2021: 14). Die analogen Protest-Beobachtungen werden daher für diese Studie mit einer qualitativen Analyse digitaler Inhalte von *Telegram*-Kanälen trianguliert. Hierfür haben wir die öffentlich einsehbaren – sprich ohne einen *Telegram*-Account über den Browser zugängliche – *Telegram*-Kanäle der jeweiligen Lokalgruppen innerhalb unseres Untersuchungszeitraums einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen, um die Bewegungsorganisationen in ihrer Tiefe besser zu verstehen.

Die qualitative Inhaltsanalyse ist eine Forschungsmethode, die eine »subjective interpretation of the content of text data through the systematic classification process of coding and identifying themes or patterns« (Hsieh/Shannon 2005: 1278) ermöglicht. Wir folgen dabei einer dualen

Kodierstrategie (vgl. ebd.: 1281): Einerseits kodieren wir theoriegeleitet-deduktiv basierend auf den vorgestellten bewegungsanalytischen Konzepten; andererseits erlauben wir induktives Kodieren, wobei im Material gefundene Eigenschaften aufgenommen und zu Kategorien gebündelt werden, sowie das Verfassen von Memos (vgl. Birks/Chapman/Francis 2008), um Gedanken und Analysen festzuhalten, die über die festgelegten Codes hinausgehen (vgl. Saldaña 2013: 34).

Für beide Strategien bedienen wir uns eines kollaborativ-iterativen Verfahrens. Nach der Ausarbeitung eines initialen Codebuchs, basierend auf den theoretischen Analysekatégorien, wurde ein Teildatensatz gemeinsam kodiert, um ein geteiltes Verständnis der einzelnen Codes sicherzustellen. In diesem Durchgang wurden die theoretischen Kategorien induktiv spezifiziert. Durch die gemeinsame Kodierung sowie den späteren Abgleich kodierter Segmente lassen sich »dialogical intersubjectivity«, coder adjudication, and simple group consensus as an agreement goal« (Saldaña 2013: 35) erreichen. Fälle, in denen Unsicherheiten und Ambiguitäten bestanden, wurden von allen Kodierer:innen diskutiert, bis ein Konsensus erzielt wurde (vgl. Sauder/Gilson 2023: 249). Auf diese Weise wurde der komplette Datensatz von 14 Beobachtungsprotokollen sowie rund 1.800 Telegram-Nachrichten analysiert.

Exkurs: Forschungsobjekt *Telegram*

Telegram ist ein auch in Deutschland populärer Messengerdienst, der in seinem Aufbau der App »WhatsApp« ähnelt. Im Jahr 2025 überschritt die App die Marke von einer Milliarde Nutzer:innen weltweit. Gegründet wurde *Telegram* 2013 von den Brüdern Pavel und Nikolai Durow. Gersäter et al. fassen die Gründungsgeschichte von *Telegram* folgendermaßen zusammen: Wladimir Putins politische Gegner:innen hätten 2011 über die russische Social-Media-Seite *Vkontakte*, die ebenfalls von Pavel Durow gegründet worden war, Demonstrationen gegen Wahlbetrug organisiert. In diesem Zusammenhang habe der russische Inlandsgeheimdienst FSB versucht, Pavel Durow, der zu diesem Zeitpunkt die Leitung von *Vkontakte* innehatte, zur Löschung der oppositionellen Onlinegrup-

pen zu bewegen. Durow habe daraufhin zusammen mit seinem Bruder ein sicheres Kommunikationsmedium erschaffen wollen (vgl. 2021: 8).

Aus dieser Gründungsgeschichte heraus gehört ein Höchstmaß an Privatheit, beispielsweise durch eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, bis heute zu den Standards von *Telegram*. Nutzer:innen können sich, nach einer Registrierung mit einer Mobilnummer, entweder privat austauschen oder (öffentlichen) Gruppen und Kanälen beitreten. Die Architektur von *Telegram* sieht vor, dass in *Gruppen* alle Mitglieder posten und an Debatten teilnehmen können (Many-to-many-Kommunikation). In *Kanälen* haben dagegen nur die jeweiligen Administrator:innen die Möglichkeit, Beiträge online zu stellen (Few-/One-to-many-Kommunikation). Leser:innen von Kanälen können jedoch auf gepostete Inhalte reagieren, etwa in Form von Emojis oder Kommentaren.

Telegram ermöglicht Bewegungen – bei größtmöglicher Privatheit und Anonymität – Aufmerksamkeit und Mobilisierung zu befördern. Diese Eigenschaften machen den Dienst für ganz unterschiedliche politische Gruppen interessant, wie etwa die Demokratiebewegungen in Hongkong, Russland und dem Iran, aber auch Terrororganisationen oder rechtsradikale Gruppen (vgl. Urman/Katz 2022: 4). Darüber hinaus wurde der Messengerdienst dafür bekannt, dass sich auf ihm Verschwörungserzählungen rasant verbreiten und sich Communitys um verschiedene Verschwörungsnarrative herum ausbilden (vgl. Gers-ter et al. 2021; Schlette et al. 2022; Schulze et al. 2022; Hoseini et al. 2023). Aufgrund seiner breiten und vielfältigen Nutzungsweise ist *Telegram* zu einem bedeutsamen Forschungsgegenstand geworden. Denn die Analyse von Messenger-Daten erlaubt es, einen Teil der (digitalen) »alltäglichen Lebenswelt der User:innen« (Kiess/Wetzel 2023: 310) zu untersuchen. Bewegungsorganisationen nutzen in der Regel sämtliche Funktionen, die von *Telegram* zur Verfügung gestellt werden – von Privatnachrichten über öffentliche und private Gruppen bis hin zu öffentlichen Kanälen. Für die untersuchten Bewegungsorganisationen konnten wir feststellen, dass es in der Regel einen Kanal für die öffentliche Kommunikation sowie eine Gruppe gibt.

Forschungsethik

Die (Protest-)Beobachtung als etablierte sozialwissenschaftliche Methode wird grundsätzlich in offene und verdeckte Beobachtungen unterschieden. Im Rahmen unserer Studie haben wir uns für ein offenes Vorgehen entschieden. Im Fall dezidiert öffentlicher und in die Öffentlichkeit hineinwirkender Veranstaltungen wie Demonstrationen wäre eine verdeckte Beobachtung forschungsethisch theoretisch zwar durchaus möglich gewesen (vgl. Prainsack/Pot 2021: 45, 92), da – besonders bei öffentlichen, politischen Veranstaltungen wie Demonstrationen – keine Privatheitsansprüche geltend gemacht werden könnten. In der Regel – und so auch hier – ergeben sich bei offenen Beobachtungen solcher Veranstaltungen jedoch keine methodischen Nachteile. Wir haben uns daher für ein möglichst transparenteres Vorgehen entschieden: Während der (Protest-)Beobachtung haben wir uns den Demonstrierenden gegenüber als Forscher:innen zu erkennen gegeben und auf Nachfragen hin namentlich vorgestellt (vgl. Balsiger/Lambelet 2014: 156).

Auf die offene Beobachtung wurde auf den Demonstrationen äußerlich überwiegend indifferent oder offen reagiert. Teilnehmer:innen kommentierten unsere Anwesenheit entweder nicht oder fragten aktiv nach unseren Anliegen. Lediglich in einzelnen Fällen kam es zu Herausforderungen im Feld: Auf allgemeine und expressive Kritiken an uns als Repräsentant:innen der Wissenschaft haben wir defensiv reagiert und die Beobachtungen fortgesetzt; in den seltenen Fällen konkreter Einsprüche gegen unsere Anwesenheit und Forschungstätigkeit haben wir mit den Teilnehmer:innen im Feld einen Austausch sowie Lösungen für Vorbehalte gesucht. In einem Fall wurde unserer teilnehmenden Beobachtung in einer Gruppe durch Abstimmung zugestimmt; im anderen Fall war eine Begleitung der Demonstration von den Teilnehmenden ausdrücklich nicht erwünscht, woraufhin wir die Beobachtung noch vor Beginn der Demonstration abbrachen.

Neben der gewählten Form der Protestbeobachtung stellt sich überdies die Frage nach dem Umgang mit den dabei erhobenen unterschiedlichen Daten: Bei den informellen Gesprächen handelt es sich größtenteils um anonyme Daten, bei denen uns die Namen der

Teilnehmenden nicht bekannt sind. Haben die Teilnehmenden uns proaktiv ihre Namen genannt, sind diese in den Gesprächsnotizen anonymisiert worden. Andere Beobachtungsdaten, etwa zu demografischen oder habituellen Eigenschaften der Teilnehmer:innen, wurden im Erhebungsprozess so weit wie möglich aggregiert oder ebenfalls anonymisiert (vgl. Prainsack/Pot 2021: 58).

Obwohl wir die Beobachtungsdaten auf öffentlichen Veranstaltungen, auf denen sich die Teilnehmer:innen im Rahmen ihres Protests regelmäßig und proaktiv exponieren, gesammelt haben, ist von uns eine weitgehende De-Identifizierung vorgenommen worden: Die in der Studie abgedruckten Fotos wurden verpixelt, Namen oder individuelle Eigenschaften, die Rückschlüsse auf einzelne Aktivist:innen zulassen, wurden anonymisiert oder abstrahiert und verallgemeinert. Dennoch kann – wie bei allen Formen der Beobachtungsforschung – nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Gruppenteilnehmer:innen von Dritten auf Basis vertieften Hintergrundwissens oder proaktiver Recherchen wiedererkannt werden können. Hierzu kann auch die in unserer Studie vollzogene Nennung von Städten und Gruppennamen beitragen. So präsentieren die Gruppen in ihren öffentlich einsehbaren Kanälen fortlaufend Bild- und Videomaterial ihrer Proteste, wobei sich insbesondere die Organisator:innen öffentlich exponieren. Da digitale Daten oft jahrelang online bleiben oder sogar in öffentlich zugänglichen, digitalen Archiven gesichert werden können, verlinken wir beispielsweise in dieser Studie nicht auf die entsprechenden Kanäle.

Von einer weiterreichenden De-Identifizierung im Zuge einer Pseudonymisierung der Gruppennamen und deren Emblematik haben wir in unserer Studie dennoch abgesehen, um den Aufschluss über die lokalen Eigenheiten der Gruppen zu erhalten und den Eindruck von Redundanz sowie Indifferenz zu vermeiden. Auch zitieren wir relevante Stellen der *Telegram*-Kanäle im Original, unter anderem da der Messengerdienst keine Rückwärtssuche zulässt. Eine weitere Einschränkung betrifft den Umgang mit den Organisator:innen der Gruppen, die sich online wie offline besonders exponieren und oftmals im Zentrum der Selbstdarstellung der Aktionen ihrer Gruppen stehen. Sie werden in

der Studie zwar anonymisiert, ihre Aktivitäten und Funktionen jedoch einzeln beschrieben.

Auch bei der Forschung im digitalen Raum stellen sich ethische Fragen. Hier haben wir uns dazu entschieden, nur die öffentlich zugänglichen *Telegram*-Kanäle, nicht jedoch die geschlossenen Gruppen zu analysieren. Dadurch geht die Perspektive auf gruppeninterne Diskussionen und Konflikte verloren. In Gruppen kann jedoch, obwohl sie ohne Beitrittsanfrage zugänglich sind, eine Erwartung an die Privatheit der Kommunikation angenommen werden (vgl. Conway 2021: 371). Aus sozialen Medien erhobene Daten sind – anders als beispielsweise Umfragedaten – zudem nicht eigens dafür produziert worden, um beforscht zu werden (vgl. Sugiura/Wiles/Pope 2017: 185). Damit stellt sich die Frage, ob *öffentlich zugängliche* Daten auch *öffentliche* Daten sind (vgl. ebd.: 193).

Wir folgen in unserer Studie der Auffassung von Willaert et al. (2022), der zufolge (*Telegram*-)Kanäle von sozialen Bewegungsorganisationen öffentliche Daten und insofern auch für Personen bestimmt sind, die nicht bereits der Bewegungsorganisation angehören: »Telegram channels have been identified as a medium for amplifying and broadcasting messages, and for depositing resources« (ebd.: o.S.). Hier muss demnach nicht vom Vorbehalt eines Privatheitsgefühls ausgegangen werden, zumal Kanäle üblicherweise von politisch und strategisch zentralen Bewegungsorganisator:innen geführt werden. Diese Annahme wird auch dadurch gestärkt, dass viele der untersuchten Protestgruppen zusätzlich zu ihren *Telegram*-Kanälen auch (geschlossene) Gruppen betreiben, in denen Mitglieder sich untereinander austauschen können. Die Dualität der Kommunikationskanäle bestätigt uns in der Überzeugung, dass zum Beispiel *Telegram*-Kanäle auch für die Augen Dritter bestimmt sind. Dennoch verzichten wir in der Zitation von Beiträgen aus diesen Kanälen auf eine Verlinkung oder Datumsnennung und anonymisieren in Texten aufgeführte Namen sowie andere direkt-personenbezogene Aussagen, um Einzelpersonen nicht unnötig zu exponieren.

Teil II: Beobachtung und Analyse von Post-Corona-Protesten in Niedersachsen

5 Rahmenanalyse der Gelegenheitsstrukturen

Unter Gelegenheitsstrukturen werden die Bedingungen verstanden, unter denen soziale Bewegungen agieren (vgl. Kitschelt 1986: 58). Sie umfassen sowohl politische als auch diskursive Aspekte. *Politische* Gelegenheitsstrukturen beziehen sich, wie oben beschrieben, sowohl auf die Konfiguration des Parteiensystems als auch auf die Möglichkeit, Kontakte in der parlamentarischen Sphäre zu knüpfen. Beispielsweise öffnet die Präsenz einer grünen Partei im Parlament politische Gelegenheitsstrukturen für Umweltbewegungen. *Diskursive* Gelegenheitsstrukturen hingegen betreffen die Wahrnehmung der Bewegungsforderungen durch die Bevölkerung und die Medien; beispielsweise, für wie gerechtfertigt die Bevölkerung politische Forderungen von Bewegungen halten. Dies hängt wiederum unter anderem von der Medienberichterstattung über Bewegungen und deren Anliegen ab. So haben medial kaum beachtete Proteste es schwer, politischen Druck aufzubauen und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Bewegungen, über die mehrheitlich negativ berichtet wird, erlangen zwar erhöhte Sichtbarkeit, jedoch keine Zustimmung für ihr politisches Projekt (vgl. Koopmans/Olzak 2004: 202).

Beide Arten von Gelegenheitsstrukturen – die politischen und die diskursiven – beeinflussen wiederum die Ressourcen, Aktionsformen und Deutungsmuster von Bewegungen, weshalb im Folgenden die Rahmenbedingungen und Entwicklungsoptionen der Post-Corona-Proteste insgesamt genauer untersucht werden sollen. Hierzu wird die vorliegende wissenschaftliche Literatur zu Reaktionen auf die bundesdeutsche Anti-Corona-Bewegung während des Pandemiegeschehens

ausgewertet. Dabei sind zwei Fragen zentral: Wie standen beziehungsweise stehen die allgemeinen Chancen der Anti- beziehungsweise Post-Corona-Bewegung, mit politischen Entscheidungsträger:innen oder Parteien Allianzen zu bilden? Und: Wie legitim und realistisch erschienen die Forderungen der Bewegung den Medien und der Bevölkerung?

Politische Gelegenheitsstrukturen

Die politischen Gelegenheitsstrukturen für Querdenken und andere Anti-Corona-Protteste waren und sind weitgehend geschlossen. Heinze und Weisskircher beschreiben Querdenken als Paria-Bewegung, die sich außerhalb der Grenzen des politisch Akzeptierten bewegt (vgl. 2023: 564). Weder die Regierungs- noch die meisten Oppositionsparteien – mit Ausnahme der AfD – kamen als Kooperationspartnerinnen für ihre Anliegen infrage. Die Zustimmung der Opposition zum Regierungshandeln war – besonders in der Frühphase der Pandemie – größtenteils hoch: »All opposition parties acted more positively towards the government when the situation was deteriorating rapidly on March 25 [2020]. On that day, all parties except the AfD emphasised the constructive collaboration between government and opposition« (Louwerse et al. 2021: 1037).

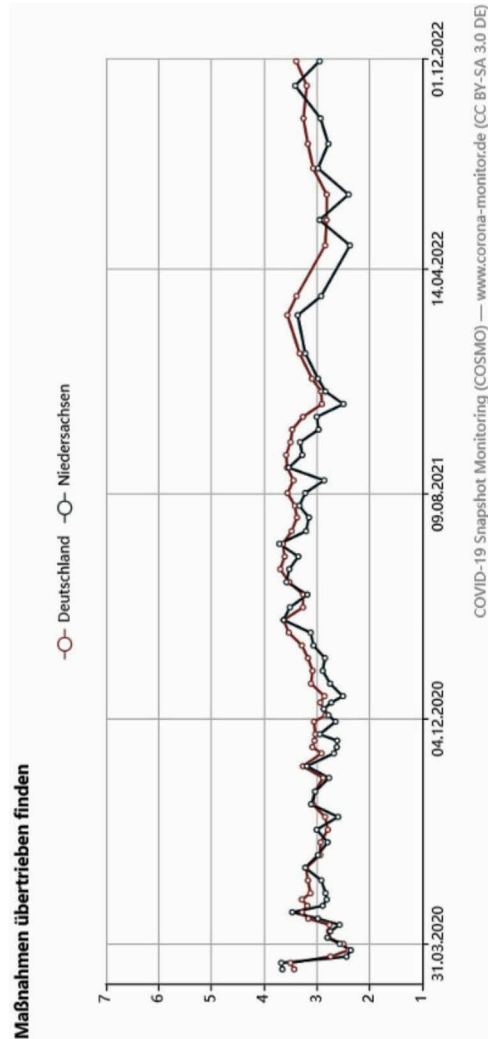
Zu einem Austausch zwischen parlamentarischer Opposition und außerparlamentarischen Protesten gegen die Coronamaßnahmen kam es kaum. Die Bildung politischer Allianzen mit Parteien wurde sowohl durch fehlende inhaltliche Überschneidungen als auch insbesondere durch die mangelnde Abgrenzung der Anti-Corona-Protteste von rechten Gruppen blockiert (vgl. zum Beispiel Die Linke 2022). Dennoch wurde die Anti-Corona-Bewegung durchaus wahr- und ernst genommen. Die politischen Reaktionen gegenüber der Bewegung fielen jedoch distanziert aus und reichten von der ritualhaften, folgenlosen Betonung, dass Sorgen und Ängste der Demonstrierenden ernst genommen werden müssten, bis zu Forderungen nach Verboten der Proteste – besonders wegen wiederholter Verstöße gegen Demonstrationsauflagen zum Gesundheitsschutz, Ausschreitungen sowie zunehmender Radi-

kalisierung der Protestgruppen im Verlauf der Pandemie (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 574–575).

Insgesamt waren die Forderungen der Querdenken-Bewegung, die Corona-Maßnahmen zu lockern oder sogar aufzugeben, schwer mit der von der Öffentlichkeit überwiegend positiv bewerteten Krisenpolitik zu vereinbaren. Insbesondere zu Beginn der Pandemie stieg die Unterstützung der Regierungspolitik seitens der Bevölkerung sprunghaft an (vgl. Dietz et al. 2023: 651–652). Dies galt auch für Niedersachsen: So zeigt etwa der »Niedersächsische Demokratie-Monitor 2021« (vgl. Schenke et al. 2021), dass zwar lediglich etwa die Hälfte der Befragten mit der Corona-Politik der Bundes- beziehungsweise Landesregierung zufrieden waren, doch hinter den Unzufriedenheiten keine thematische Polarisierung, sondern unterschiedliche Motive standen. Bloß 16 Prozent der Befragten plädierten eher oder ganz dafür, bei der Bekämpfung der Pandemie statt auf staatliche Vorgaben auf die Eigenverantwortung der Menschen zu setzen; lediglich 5 Prozent der Befragten hatten Vorbehalte gegenüber den Impfangeboten gegen das Virus (vgl. ebd.: 42).¹ Ein Großteil der niedersächsischen Bevölkerung hielt die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung für notwendig; gleichwohl gab es eine »engagierte Minderheit« (Franzmann 2022: 6), die sich in Protestgruppen organisierte und mit ihren Aktivitäten die allgemeine Zufriedenheit mit der Corona-Politik aufzubrechen versuchte. Eine Studienreihe zu Wissen, Risikowahrnehmung, Schutzverhalten und Vertrauen während der Covid-19-Pandemie ermittelte – sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen – ebenfalls eher geringe Zustimmung auf die Frage, ob die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus übertrieben gewesen seien (siehe Abb. 3).

1 In einer bundesländervergleichenden Auswertung der Universität Kassel lag Niedersachsen mit einem Wert von 12 Prozent an Impfunwilligen im mittleren Bereich (vgl. Groh et al. 2021: 2).

Abbildung 3: Zustimmung zur Frage: »Ich finde die Maßnahmen, die derzeit ergriffen werden, stark übertrieben«, bundesweit und in Niedersachsen



Quelle: Daten und Darstellung nach Betsch et al. 2022, COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO)

Eine Ausnahme von den geschlossenen politischen Gelegenheitsstrukturen während und nach der Pandemie bildete die AfD.² Nach kurzer anfänglicher Unterstützung der Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung vollzog die Partei infolge innerparteilicher Konflikte alsbald eine Kehrtwende und kritisierte diese ab Mai 2020 (vgl. Lehmann/Zehnter 2024: 1116–1117). In der Folge agierte die AfD in Teilen als Protestakteurin. AfD-Politiker:innen riefen zur Teilnahme an Protesten auf, beteiligten sich teilweise selbst daran – auch als Gastredner:innen – oder bekundeten ihre Sympathie, etwa indem sie im Bundestag mit »Querdenken«-T-Shirts auftraten. Insoweit bot sich die AfD in programmatischer und strategischer Hinsicht durchaus als parteipolitische und parlamentarische Repräsentantin der Querdenken-Proteste an (vgl. Hentges/Wiegel 2021).

Dennoch fand sich innerhalb der AfD für diesen Kurs keine einheitliche Unterstützung. Während insbesondere die fundamentaloppositionellen Strömungen den Schulterchluss mit den Anti-Covid-Bewegungen suchten, distanzierten sich damals noch organisationsstärkere, realpolitisch orientierte Teile der Partei von den Protesten (vgl. Lewandowsky/Leonhardt/Blätte 2022: 238–240). Teile der Parteispitze sprachen sich offiziell gegen eine Kooperation mit Querdenken aus, was wiederum innerparteiliche Auseinandersetzungen hervorrief (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 578, 580). Heinze und Weisskircher (2023: 578) verweisen sowohl auf Kooperationen als auch auf Ablehnung der Proteste seitens der Partei: Die AfD habe auf verschiedenen Wegen mit der Querdenken-Bewegung zusammengearbeitet. Einige Parteimitglieder hätten zur Teilnahme an Querdenken-Demonstrationen aufgerufen und selbst daran teilgenommen. AfD-Abgeordnete wie Stephan Brandner oder Karsten Hilse hätten sogar als Gastredner fungiert. Die AfD habe sich öffentlich gegen geplante Verbote von Demonstrationen und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit positioniert. Im November 2020 hätten einige Abgeordnete Querdenken-Aktivist:innen in den Bundestag eingeladen, wo diese Abgeordnete anderer Parteien belästigt

2 Zur Verbindung zwischen Querdenken und der parlamentarisch nicht repräsentierten Kleinstpartei DieBasis in Niedersachsen vgl. Biediger/Helmer 2025.

hätten. Gesten wie etwa das Tragen eines Querdenken-Shirts durch Karsten Hilse würden ebenfalls die kooperative Haltung widerspiegeln. Allerdings habe es innerhalb der AfD auch Widerstand gegen diese Kooperation gegeben; Co-Sprecher Jörg Meuthen habe solche »Bewegungspartei«-Strategien abgelehnt und zunehmend an Unterstützung verloren.

Elektoral konnte die AfD von ihrer radikalen Opposition zur Corona-Politik der Bundesregierung aufgrund der politischen Spaltung ihrer Wählerschaft nicht klar profitieren (vgl. Bayerlein/Metten 2022). Die protestpolitische Kooperation mit Querdenken rückte die AfD weiter ins politische Abseits, ohne dass die Partei einen Zugewinn an Wahlstimmen verzeichnen konnte. Auch innerhalb des Bundestages waren die Auswirkungen für die AfD vor allem negativ:

»This behaviour alone [cooperation with Querdenken and adopting their demands] has further increased the hostility between AfD and its competitors, boosting polarisation in the Bundestag. Mainstream parties could now refer to AfD support for Querdenken to argue why they did not consider the AfD as a legitimate political actor.« (Heinze/Weisskircher 2023: 580)

Querdenken fand demnach in Teilen der AfD zwar grundsätzlich eine politische Verbündete, die parlamentarisch für ähnliche Anliegen kämpfte, was die politische Gelegenheitsstruktur der Bewegung eigentlich hätte öffnen sollen. Dennoch bildeten die AfD und Querdenken allenfalls eine Koalition politischer Paria ohne konstruktive politische Handlungsoption. Die Koalition wäre also »beyond the pale of political acceptability« (Downs 2012: 14, zitiert nach Heinze/Weisskircher 2023: 564) zu verorten. Durch die Interaktion mit der – in der Corona-Frage selbst gespaltenen und widersprüchlich agierenden – AfD konnte die Anti-Corona-Bewegung vor diesem Hintergrund keine wesentliche Verbesserung ihrer Situation erzielen. Dies spricht wiederum dafür, dass die politische Gelegenheitsstruktur für Querdenken insgesamt geschlossen war und ist.

In Niedersachsen blieb die Beziehung zwischen Querdenken-Gruppen und AfD – bis heute – ambivalent. So fielen die protestpolitischen Offerten der – damals durch interne Konflikte organisatorisch gelähmten – AfD in Niedersachsen an die hiesige Querdenken-Bewegung in der Hochphase der Pandemie vergleichsweise verhalten aus (vgl. Finkbeiner 2021: 57–58). Eine Analyse von Biediger und Helmer der *Telegram*-Kommunikation des Querdenken-Netzwerks in Niedersachsen zeigt zwar eine leichte Zunahme sowohl der generellen als auch der positiven Bezugnahmen der Anti-Corona-Proteste auf Repräsentationsangebote der AfD im Zeitraum zwischen 2021 und 2023; diese spielen sich aber auf so niedrigem Niveau ab, dass sich eine »Institutionalisierung im Vorfeldnetzwerk« der AfD allenfalls in Ansätzen konstatieren lässt (vgl. 2025: 73). Auch in unseren Beobachtungen und Daten finden sich kaum offene Bezugnahmen auf die AfD im Allgemeinen sowie ihren niedersächsischen Landesverband im Besonderen. Damit weichen unsere Ergebnisse von der zeitlich breiter angelegten Analyse von Helmer, Buro und Jaensch (i.E.) ab, die zwischen 2022 und 2024 in der digitalen Kommunikation der Bewegung zu verschiedenen Landtagswahlen zahlreiche Bezugnahmen auf die AfD finden konnten.

Diskursive Gelegenheitsstrukturen

Die diskursive Gelegenheitsstrukturen der Anti-Corona-Bewegung waren und sind ebenfalls als eher geschlossen zu bewerten. An Berichterstattungen über die Coronapandemie und die Proteste gegen die Anti-Covid-Politik hat es grundsätzlich zwar nicht gemangelt; zahlreiche große Tageszeitungen, etwa die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* oder die *tageszeitung* führen beispielsweise nach wie vor (Stand: Juli 2025) eigene Themenseiten zu Anti-/Post-Corona-Protesten beziehungsweise Querdenken. Eine zentrale Komponente der diskursiven Gelegenheitsstruktur – massenmediale Sichtbarkeit (vgl. Koopmans/Olzak 2004: 203) – war für die Proteste während ihrer Hochzeit also gegeben. Auch Politiker:innen sahen grundsätzlich eine

Notwendigkeit, auf die Proteste zu reagieren (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 578).

Neben der allgemeinen Sichtbarkeit sind allerdings auch die Resonanz auf die Berichterstattung sowie die Anerkennung der Legitimität der Bewegungsforderungen für diskursive Gelegenheitsstrukturen relevant. Anliegen können positiv (Konsonanz) oder negativ (Dissonanz) aufgenommen werden (vgl. Koopmans/Olzak 2004: 203–204). Für Bewegungen kann sowohl positive als auch negative Resonanz vorteilhaft sein (vgl. ebd.: 204–205) – auch negative Berichterstattung kann Aufmerksamkeit für die Bewegungsanliegen generieren.

Die öffentliche Resonanz gegenüber Querdenken sowie deren Forderungen, die sich gegen Coronamaßnahmen richteten, fiel überwiegend negativ aus. Dies zeigt sich prägnant in den Reaktionen auf die Kampagne »#allesdichtmachen«, an der im April 2021 über fünfzig Schauspieler:innen teilnahmen. Diese äußerten in Videos, teils ironisch, Kritik an den Coronamaßnahmen und der Medienberichterstattung (vgl. Kern et al. 2023: 17). Die Kampagne erntete teils heftige Kritik und avancierte zum Skandal, da ihr vorgeworfen wurde, das Leid der Erkrankten, Verstorbenen und deren Angehöriger zu übersehen und zu bagatellisieren.³ Infolgedessen zogen rund zwanzig Beteiligte ihre Videos wieder zurück und distanzierten sich teilweise proaktiv von der – medial unterstellten – Nähe zu Querdenken (vgl. Britzelmeier 2021).

Diese Interaktion veranschaulicht, wenn auch anekdotisch, die typischen Resonanzmuster gegenüber Forderungen, die im Querdenken-nahen Bereich verortet wurden, selbst wenn diese von (beliebten) Prominenten stammten. Die Resonanz auf die Aktion war zwar groß, aber weitestgehend negativ (vgl. Kern et al. 2023: 17). Politik, Medien und zivilgesellschaftliche Akteure unterstützten Querdenken insgesamt nicht (vgl. Sievi/Vondermaßen 2020).

3 Prominente Unterstützer:innen der Bewegung, wie etwa Michael Wendler oder Xavier Naidoo, sind aufgrund ihrer Äußerungen öffentlich in die Kritik geraten und haben teils Einnahmequellen verloren, wie zum Beispiel die Mitwirkung an Fernsehformaten (vgl. Baier/Hermann 2022; Leber 2023).

Auch in der Wissenschaft etablierten sich erst deutlich später dezidiert kritische Perspektiven auf die von der Bundesrepublik betriebene Anti-Corona-Politik (vgl. zum Beispiel Wolf 2022; Ryan/Nanda 2022). Vor diesem Hintergrund misslang es der Bewegung, eine wirksame intellektuelle oder zivilgesellschaftliche Allianz zu bilden, die ihren Perspektiven breitere öffentliche Anerkennung verschafft hätte (vgl. Kern et al. 2023: 17). Auch massenmedial wurde über Querdenken und andere Anti-Corona-Proteste vor allem kritisch berichtet. Grande et al. (2021) beschrieben die Elitenkommunikation wie folgt:

»Nach vorherrschender Meinung handelte es sich bei den Demonstrierenden um eine kleine radikale Minderheit. Die Süddeutsche Zeitung (07.09.2020) beschrieb die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der ›Querdenken‹-Demonstrationen als ›eine Mischung aus Corona-Zweiflern, Verschwörungsideologen, Reichsbürgern und Rechts-extremen‹. Auch in der Bevölkerung schien dieser Protest nur wenig Verständnis zu finden.« (2021: 2)

Mit dieser generellen Beschreibung der Berichterstattung übereinstimmend, fanden Kern et al. in einer quantitativen Textanalyse von Artikeln der *Süddeutschen Zeitung*, dass Querdenken und ähnliche Anti-Corona-Proteste vornehmlich als Bedrohung für die Demokratie charakterisiert wurden:

»Statements and claims from representatives of the movement are reported in ways showing that Querdenken disagrees with scientific evidence and facts. The movement's claims are characterized as, for example, ›demonstrably false‹ or ›at least deceptive from a scientific point of view,‹ leading to an overall evaluation of its claims as a mixture of rumors, pure fiction, and conspiracy theories that deviate from scientific consensus« (2023: 23)

Die Forderungen von Querdenken und ähnlichen Gruppen lagen somit außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses, und in der Berichterstattung wurden sie kaum wiederholt. Trotz hoher Mobilisierung fanden die Krisendefinitionen und Lösungsvorschläge von Querdenken keinen

Eingang in die breite Öffentlichkeit. Die Bewegung wurde als peripheres Problem behandelt, das kaum Auswirkungen auf andere Bereiche hatte (vgl. Kern et al. 2023: 24).

Eine weitere Komponente der diskursiven Gelegenheitsstrukturen ist die Haltung der Bevölkerung gegenüber der Bewegung – etwa in welchem Maß die Forderungen als legitim bewertet werden. Letzteres definieren Koopmans und Olzak als »reactions by third actors in the public sphere, support[ing] an actor's claims more than they reject them« (2004: 205). Eine solche Reaktion war in der Breite der Bevölkerung kaum zu finden. Die Maßnahmen, gegen welche sich die Proteste richteten, wurden zudem politisch verhandelt und rechtlich auf ihre Zulässigkeit geprüft (vgl. Mullis 2020: 531; Bundesverfassungsgericht 2021). Diese staatlichen Verhandlungen und die Zustimmung zur Notwendigkeit der Maßnahmen könnten die Wahrnehmung der Legitimität der Proteste weiter negativ beeinflusst haben. Die Bezeichnung von Demonstrierenden, Ungeimpften und Maskengegner:innen als »Covidioten« (Grande et al. 2021) verdeutlicht die offen ablehnende Haltung in Teilen der Bevölkerung. So gaben »rund drei Viertel der Befragten an, dass sie »sicher nicht« [an Demonstrationen gegen die Maßnahmen] teilnehmen würden[,] und zwei Drittel hatten »gar kein« Verständnis für die Corona-Demonstrationen« (ebd.: 8).

Diese Ablehnung findet sich auch und besonders in Niedersachsen: Hiesige politische Einstellungen zur Pandemie wurden vom »Niedersächsischen Demokratie-Monitor (NDM) 2021« untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass eine deutliche Mehrheit der niedersächsischen Bevölkerung in der Coronapandemie ein ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko sah und die Eindämmungspolitik – trotz einer intensiven Wahrnehmung der Einschränkungen persönlicher Freiheit und Lebensqualität – befürwortete (vgl. Schenke et al. 2021: 43). Anknüpfungspunkte für eine Mobilisierung der Querdenken-Bewegung waren damit grundsätzlich kaum vorhanden. Bestehende Unzufriedenheiten mit der Corona-Politik verwiesen indes eher auf unterschiedliche Perspektiven und Motive als auf scharfe Polarisierung, da eine große Mehrheit der Befragten die Pandemie als drastische Gefahr erachtete und staatliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sowie das Instrument der Schutzimpfung grundsätzlich

lich guthieß (vgl. ebd.: 42). Ansatzpunkte für eine politische Mobilisierung gegen Coronamaßnahmen bildeten in dieser Erhebung allenfalls die große Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (insgesamt 71 Prozent) sowie die ausgeprägte Verbindung von Unzufriedenheiten mit der Demokratie im Allgemeinen und der Corona-Politik, die bei etwa 20 Prozent der Befragten festgestellt wurden (vgl. ebd.: 45–46).

Insgesamt bleibt festzuhalten: Die Querdenkenbewegung konnte bundesweit keine breitere Unterstützung oder gar Mehrheit innerhalb der Bevölkerung für sich gewinnen. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurden zwar von Menschen vielfach als Zumutung empfunden, polarisierten jedoch nicht so stark, dass die Querdenken-Forderungen in der breiten Bevölkerung legitimiert wurden (vgl. Beckmann/Schönauer 2021: 9–10).⁴ So bezeichnen Beckmann und Schönauer die Annahme, Querdenken habe zu Hochzeiten großen gesellschaftlichen Rückhalt besessen, als »Trugschluss«: Es sei falsch, »von der sozialstrukturellen Heterogenität der Proteste auf eine Diffusion dieser Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft zu schließen und auf dieser Basis eine grundsätzliche Legitimationskrise der spätmodernen Gesellschaft zu diagnostizieren« (ebd.: 10). Besonders hierin spiegelt sich die weitgehende Geschlossenheit der diskursiven Gelegenheitsstrukturen.

4 Beckmann und Schönauer betonen, diese Befunde bedeuten keineswegs, dass die Pandemie »nicht sozioökonomische Spaltungen verschärfen und hierdurch auch soziale Konflikte provozieren kann. [...] Jedoch zeigen unsere Befunde weder, dass ressourcenschwächere Milieus hierauf mit einer Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung reagieren, noch, dass die Querdenken-Demonstrationen ein geeigneter Indikator für ein in der Bevölkerung grassierendes Unbehagen mit der Corona-Politik darstellen« (2021: 10).

Zwischenfazit

Selbst in der Hochphase der Bewegung⁵ waren die Gelegenheitsstrukturen weitestgehend geschlossen. Diskursiv waren Kritik und Forderungen der Anti-Corona-Proteste medial zwar sehr sichtbar, die Berichterstattung aber überwiegend negativ. Die Anliegen der Bewegung wurden durch die Leitmedien und Meinungsführer:innen weder effektiv reproduziert noch legitimiert. Politisch wiederum gelang es den Anti-Corona-Protesten nicht, effektive politische Bündnisse oder gar Mehrheitspositionen zu erreichen. Zwar boten sich Teile der AfD als Unterstützer der Bewegung an, doch auch die AfD agierte, wie bereits ausgeführt wurde, als Paria-Partei außerhalb des demokratischen Konsenses im Parlament.

Die geringen politischen und diskursiven Potenziale, kombiniert mit der breiten und intensiven Ablehnung von Forderungen der Bewegung sowie der Ächtung ihrer Akteure hatten zwei Auswirkungen: Erstens war die Unterstützung der Forderungen und Akteure der Anti-Corona-Proteste für Dritte notorisch unattraktiv; zweitens wurde die Herausbildung einer in sich geschlossenen Gegenkultur und -bewegung forciert. Die Umstände und Erfahrungen der Gründungszeit der Corona-Proteste prägten die Gruppen und ihre Mitglieder stark – dazu zählen besonders Konfrontationen mit der Polizei sowie mit Gegenprotesten. Dabei waren es die im Fall von Querdenken ausgeprägten äußeren Ablehnungs- und Abwendungsprozesse, welche die Herausbildung und Stabilisierung der kollektiven Identität und inneren Kohäsion der Bewegung bestärkt haben.

Diese Situation scheint sich aus der Warte der Anti-Covid-Proteste mit dem Ende der Pandemie und dem Abflauen der Proteste weiter

5 Die hier besprochene Literatur bezieht sich vornehmlich auf die Hochphase der Anti-Corona-Bewegung. Das abgeflaute wissenschaftliche Interesse seit dem Ende der Coronamaßnahmen hinterließ eine Forschungslücke hinsichtlich der Entwicklung der Querdenkenbewegung, die wir nicht vollends schließen können.

verschärft zu haben: Denn einerseits haben die Bewegung und ihre Forderungen mit der Aufhebung der letzten Corona-Schutzmaßnahmen im Frühjahr 2023 deutlich an öffentlicher Sichtbarkeit und Relevanz verloren, da das Konfliktpotenzial insbesondere von Freiheitsbeschränkungen seine Aktualität und Brisanz einbüßte (vgl. Heinze/Weisskircher 2023: 578). Andererseits setzt sich die während der Pandemie geprägte negative Sichtweise auf die verbliebene Bewegung bei gesunkener Relevanz und Sichtbarkeit fort. Wenn Anti- beziehungsweise Post-Corona-Proteste überhaupt noch politisch oder medial wahrgenommen werden, dann zumeist aus problematisierenden Perspektiven, in denen insbesondere die Offenheit gegenüber rechtsradikalen oder verschwörungstheoretischen Ideologien und Akteuren im Zentrum steht. Aus dieser Warte erscheint die Gelegenheitsstruktur aktueller Post-Corona-Proteste – quantitativ wie qualitativ – in doppelter Weise geschlossen.

Ob und wie die Bewegung in Niedersachsen mit Blick auf Ressourcen, Aktionsformen und Deutungsmuster auf diese Ausgangslage reagiert, ist Gegenstand der folgenden Binnenanalyse.

6 Detailanalyse: Case-Reports zu den Protestgruppen

Nach der Darstellung der allgemeinen politischen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen folgt nun eine ausführliche Beschreibung der ausgewählten Post-Corona-Protestgruppen mitsamt ihren Aktivitäten in verschiedenen niedersächsischen Städten. Hierbei handelt es sich um zwei Gruppen aus der Landeshauptstadt Hannover und je eine Gruppe aus den Groß- und Universitätsstädten Osnabrück und Hildesheim. Deren Aktivitäten, Kommunikation und Interaktionen wurden zwischen Oktober 2023 und Januar 2024 zum einen anhand von Protestbeobachtungen einzelner lokaler Protestaktionen, zum anderen anhand von Inhaltsanalysen der jeweiligen offiziellen und öffentlich frei zugänglichen Gruppenkanäle auf *Telegram* erhoben. Weitere drei Gruppen in Hildesheim, Delmenhorst und Wolfsburg konnten ausschließlich vor Ort beobachtet werden, da keine *Telegram*-Kanäle auffindbar waren.¹ Wo dies möglich war, wurde die historische Entwicklung der untersuchten Protestgruppen anhand lokaler Medien recherchiert, die jedoch nicht in allen Fällen über die ausgewählten Gruppen berichtet hatten. Die im Zuge der Beobachtungen und Inhaltsanalysen erhobenen Daten wurden kodiert und entlang der drei zentralen bewegungsanalytischen Ansätze (Ressourcen, Aktionsformen, Deutungsmuster) ausgewertet.

1 In den genannten Fällen konnten aufgrund fehlender offizieller Kanäle keine Inhaltsanalysen vorgenommen, sondern nur vor Ort beobachtet werden. Die Ergebnisse zu diesen »spazierenden Stammtischen« wurden, abweichend vom restlichen Vorgehen, in einem Kapitel (s. Kapitel 6) gebündelt.

Die so gewonnenen Informationen und Erkenntnisse wurden in detaillierten Case-Reports strukturiert aufbereitet und verdichtet, die im Folgenden abgedruckt sind. Diese sind einerseits ausführlich genug, um lokale Charakteristika herauszuarbeiten, strukturieren die Beobachtungen andererseits zugleich so stark, dass daran anschließend eine übergreifende Vergleichbarkeit der Fälle möglich wird (vgl. Kapitel 7). Die in den Fallbeschreibungen skizzierten Merkmale beziehen sich dabei, sofern nicht anders angegeben, auf den Untersuchungszeitraum zwischen Ende 2023 und Anfang 2024 und greifen spätere Entwicklungen nicht mit auf.² Sie sind dabei gleichförmig strukturiert, beginnen mit einem Profil-Überblick über die jeweiligen Gruppen und beschreiben eingehend deren organisatorische Ressourcen, das Aktionsrepertoire sowie diagnostische, prognostische und motivationale Deutungsmuster.³ Die übergreifenden Eigenschaften sowie jeweiligen Unterschiede zwischen den Gruppen werden in Kapitel 7 miteinander verglichen.

Fall 1: »Es reicht! Hannover« (ERH)

Die Protestgruppe »Es reicht! Hannover« (ERH) ist eine während der Coronapandemie entstandene Bewegungsorganisation aus der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover. Bei ihr bestehen personelle Überschneidungen und ein reger Austausch mit der Protestgruppe aus Hildesheim (vgl. Fall 4). ERH hält – überwiegend klassische – Demonstrationen und Mahnwachen an zentralen Punkten der Hannoveraner Innenstadt ab. Die Gruppe umfasst während der Beobachtung bis zu sechzig Mitglieder, die aktiv an zweiwöchentlichen Demonstrationen

2 Um den gegenwärtigen Charakter der Beobachtungen zu erhalten, haben wir für die Fallbeschreibungen dennoch die Präsens-Form gewählt.

3 In den Case-Reports werden die Aussagen und Deutungen der untersuchten Protestgruppen dargestellt und ausgewertet. Eine Einordnung von Aussagen sowie inhaltliche Richtigstellungen von Falschbehauptungen sind indes nicht Aufgabe dieser Analyse.

teilnehmen. Sie ist im Umland gut vernetzt, einzelne Mitglieder nehmen bundesweit an Protesten teil. Die Gruppe kritisiert vor allem die Coronamaßnahmen sowie eine fehlende Aufarbeitung der Pandemiepolitik. Darüber hinaus wird – auf den ersten Blick eklektisch – eine Fülle an Forderungen propagiert, wie etwa Bargelderhalt, ein Verbot geschlechtergerechter Sprache oder Frieden. Insgesamt sind diese in einer generellen Elitenkritik vereint. Im Zentrum der Kritik stehen die politische und mediale Elite; einige Forderungen der Gruppe lassen sich in einen anti-progressiven Kulturkampf einordnen, der sich insbesondere gegen identitäts- und klimapolitische Forderungen richtet. Insgesamt sind die Themen und Forderungen von ERH durch ihre Gegnerschaft zu linken und ökologischen Gesellschaftsentwürfen geprägt.

Organisation und Ressourcen

ERH hat in der untersuchten Konfiguration und unter diesem Namen offenbar erst im Mai 2023 zusammengefunden. Laut den ersten *Telegram*-Beiträgen im Kanal habe man sich damals neu aufgestellt; die Organisator:innen der Gruppe appellieren in den ersten Posts, dass man weiter auf die Straße gehen solle, »um auf die bestehenden Probleme aufmerksam zu machen« (*Telegram*-Post)⁴. In einem der ersten Videos im *Telegram*-Kanal ist ein Banner zu sehen, dass die Gruppe als »Immunsystem der Demokratie« hervorhebt. Hier taucht ebenfalls die für ERH prägende Selbstbeschreibung als Gruppe von »wahrheitsliebenden Menschen« auf.

Im Beobachtungszeitraum weist ERH eine relativ feste Mitgliederstruktur aus circa 60 Personen auf, die aktiv an zweiwöchentlich abgehaltenen Demonstrationen teilnehmen. Die Gruppe setzt sich offenbar aus Personen aus Hannover-Stadt sowie aus dem Umland

4 Beobachtungsprotokolle sowie die digitale Kommunikation der Gruppen werden in dieser Studie als Analysematerial behandelt und nicht mit direkter Verlinkung oder Datumsnennung versehen, um die Urheber:innen der Aussagen und Posts zu de-identifizieren (vgl. hierzu ausführlich Sugiura/Wiles/Pope 2017).

zusammen, womit ERH für eine Lokalgruppe geografisch relativ breit mobilisiert. Demografisch handelt es sich vor allem um Personen, die überwiegend den mittleren Kohorten zwischen 40 und 60 Jahren zugeordnet werden können. Hinzu kommen einige Personen im Rentenalter, während Vertreter:innen der jüngeren Kohorten der unter Dreißigjährigen nicht beobachtet werden konnten. Der sozioökonomische Hintergrund der Gruppe ist augenscheinlich gemischt. Im Vergleich zu anderen Gruppen wirken Auftritt und Habitus der ERH-Aktivist:innen betont bodenständig. Ihre Agitation stellt offensive Bezüge zur Alltags- und Arbeitswelt einer von Unsicherheiten und Armut herausgeforderten Mittel- und Unterschicht her, die in rhetorisch einfachen Deutungsmustern verdichtet werden. Ihre Aktionsformate – angemeldete Demonstrationsmärsche und Mahnwachen – sind gegenüber den diskursiv-künstlerischen Formaten anderer Gruppen deutlich niedragschwelliger, allerdings auch konventioneller gestaltet.

Organisation und Aktivitäten von ERH basieren auf verschiedenartigen Ressourcen. Materiell scheint die Gruppe über einen übersichtlichen Grundstock an Ressourcen zu verfügen, die allerdings sehr intensiv genutzt werden. Hierzu gehören etwa transportable Lautsprecher, Banner, Ordner-Westen sowie Mützen mit dem Gruppenlogo. In regelmäßigem Gebrauch hat ERH gedruckte Schilder; diese sind einheitlich produziert und werden mit anderen Gruppen geteilt (vgl. Fall 4) sowie zu bundesweiten Protesten mitgenommen. Eine *Telegram*-Nachricht zum Eintreffen der Schilder illustriert sowohl die Professionalisierung der Proteste als auch die Vernetzung der Bewegungsorganisationen im Hannoveraner Umland:

»Die Post war da 📮 und hat unserem Widerstand Schilder gebracht 😊!

Links seht ihr das marode Deutschland und rechts warten 118 Schilder darauf durch die Straßen Niedersachsens getragen zu werden, um diesen Zustand aufzuhalten.

In Wolfenbüttel, Peine, Hildesheim, Verden, Hameln und Hannover habt ihr nun die Möglichkeit mit dem für euch wichtigen Thema zu demonstrieren. Bitte nutzt die Chance auf freie Meinungsäußerung und kommt mit uns auf die Straße!« (*Telegram-Nachricht, eigene Hervorhebung*)

Die konkreten Inhalte und Forderungen der ausgegebenen Schilder scheinen dabei aus Sicht der Teilnehmenden von Demonstrationen weniger zentral zu sein: Sie werden teils wahllos genommen, für die Dauer der Veranstaltung verwendet und anschließend wieder zurückgegeben. Die Existenz von zentral angeschafftem Demo-Equipment weist auf zwei Entwicklungen von ERH hin: Erstens zeigt sich in der Nutzung eines einheitlichen Designs eine gewisse Professionalisierung und Routinisierung des Protests; zweitens weist die Investition in Demo-Equipment auf eine länger angelegte Planung der Proteste hin, worin sich eine gewisse Institutionalisierung andeutet. Darüber hinaus ist die Anschaffung von Accessoires mit Gruppenlogo, die auch im Alltag getragen werden können, ein Anzeichen für eine starke Bindung der Mitglieder.

Ersichtlich sind überdies bestimmte immaterielle Ressourcen. Die Teilnehmenden verfügen offenbar über ausreichende zeitliche Ressourcen, zahlreich und regelmäßig an den aufwendigen Aktionen teilnehmen zu können. Die Kontinuität der Mobilisierung spricht zudem für eine hohe Motivation der individuellen Teilnehmer:innen. Eine zentrale Bedeutung nimmt die Organisatorin von ERH ein, die äußerst routiniert in der Planung und Durchführung von Protestveranstaltungen wirkt. Sie gibt Schilder aus, organisiert, wer das Transparent trägt, eröffnet und beendet die Veranstaltung. Ihre offensichtliche Organisationserfahrung bringt sie auch in anderen Städten, besonders im nahegelegenen Hildesheim, ein, wo sie ebenfalls eine zentrale Rolle im Protestgeschehen einnimmt (vgl. Fall 4). Im Kontext von ERH bemüht sie sich unermüdlich, vor allem durch Videoaufrufe und Posts potenzielle ERH-Teilnehmer:innen zu lokalen, regionalen und überregionalen Demonstrationen zu mobilisieren, wobei sie zur Vernetzung der lokalen Protestgruppen beizutragen sucht:

»Hallo ihr lieben Demogänger! Heute habt ihr die Möglichkeit an drei Aktionen teilzunehmen. [...] ich werde heute Hildesheim, 18 Uhr [Treffpunkt] unterstützen. [...] Bitte meldet euch, wenn ihr mit nach Hildesheim wollt. LG [...].« (*Telegram-Nachricht*)

ERH ist als Gruppe in Niedersachsen (sowie bundesweit) sowohl digital als auch durch gegenseitige Teilnahmen an Straßenprotesten und -aktionen besonders stark vernetzt. Zu anderen Protestgruppen bestehen gute Kontakte, augenscheinlich vor allem durch die oftmals auf anderen Protesten präsente ERH-Organisatorin auch zu überregional bekannten Post-Corona-Bewegungseliten. Protestaufrufe werden etwa mit der Ankündigung der persönlichen Teilnahme verknüpft:

»Herr [NAME] ruft zur Demo in Hagen auf und wir werden hoffentlich zahlreich daran teilnehmen. Ich [NAME] werde definitiv dabei sein! [NAME] hat fünfmal mit seiner Galerie hier in Hannover die Menschen zum Nachdenken angeregt und dafür alleine lohnt es sich schon ihn diesmal zu unterstützen.« (*Telegram-Nachricht*)

Digital werden die ERH-Proteste teilweise durch Foto- und Videoaufnahmen der Protestzüge und Berichte dokumentiert. Die Videos sind oft mit szeneeigenen Protestsongs unterlegt, die den medialen Inszenierungen ein gewisses Pathos verleihen und besonders erhabene oder dynamische Stimmungen suggerieren, die von uns während der Beobachtung der eher einförmig und routiniert wirkenden Demonstrationen durch die dunkel werdende Innenstadt allerdings nicht wahrgenommen wurden. ERH kann dabei von der Unterstützung durch reichweitenstärkere *Telegram*-Kanäle aus Niedersachsen profitieren, wie etwa »End- und Neuzeitbericht« oder »WendeZeit Hannover«. Deren Aktivitäten konzentrieren sich auf die Produktion und Distribution von Protest-Videos und -Bildern sowie die Aggregation von Demonstrationsterminen.

Neben der Mediatisierung der Demonstrationen und der intensiven Nutzung des *Telegram*-Kanals kann die Gruppe auf eine extensive Social-Media-Infrastruktur zurückgreifen – sowohl in Niedersachsen (vgl.

Kapitel 7) als auch bundesweit. Dazu zählen Blogs, alternative Medienportale sowie weitere Social-Media-Kanäle von Gruppen und Einzelpersonen auf *Telegram*, *Facebook*, *YouTube* sowie *X*. Der *Telegram*-Kanal der Gruppe umfasst im Untersuchungszeitraum circa 500 Abonnent:innen und nimmt für ERH einen zentralen organisatorischen Stellenwert ein. Gepostet wird in der Regel mehrmals täglich, in den meisten Fällen handelt es sich um Weiterleitungen aus anderen *Telegram*-Gruppen und -Kanälen der Bewegung. Berichte von Alternativ- sowie traditionellen Medien werden weitergeleitet und im Sinne der Gruppe kommentiert und eingeordnet. Diese Posts dienen der Information über Themen und Ereignisse, die für die Gruppe von Bedeutung sind, wie etwa die »RKI-Files«⁵ oder Aufrufe und Berichte von Protesten anderer als bewegungsnahe empfundener Proteste, wie beispielsweise jene der Landwirt:innen und Spediteur:innen zum Jahreswechsel 2023/24.

Aktionsrepertoire

Das Aktionsrepertoire von ERH fokussiert klassische Formen der Demonstration, die einer gleichförmigen Dramaturgie folgen: Zweiwöchentlich zieht die Gruppe mit etwa 40–60 Personen durch die Hannoveraner Innenstadt, am Ende folgt eine eher kurze Abschlussversammlung. Während des Umzugs hält die Organisatorin – verstärkt durch einen mobilen Lautsprecher – wiederholt Reden. Hier werden äußerst routiniert Forderungen und Erzählungen präsentiert, die eher

-
- 5 »RKI-Files« ist eine Bezeichnung für Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts, die 2024 besonders in sozialen Medien für Aufregung gesorgt haben. Siggelkow schreibt für *Tagesschau Online* hierzu: »Einzelne Ausschnitte [...] werden seitdem zu einem vermeintlichen Skandal hochstilisiert. [...] Als einer der Hauptgründe für die vermeintliche Brisanz wird die Entscheidung des RKI am 17. März 2020 angeführt, die Risikobewertung durch Corona für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland von mäßig auf hoch einzustufen. Aus den Protokollen gehe demnach hervor, dass diese Entscheidung nicht auf fachlicher Einschätzung des RKI, sondern auf der politischen Anweisung eines externen Akteurs geschah. Allerdings lässt sich das aus den Protokollen so nicht entnehmen« (Siggelkow 2024).

einem Bewusstseinsstrom oder einer oft geübten Liturgie denn einer vorverfassten Rede ähneln. Dabei werden verschiedene Themen und wahrgenommene Missstände durchgegangen. Die von Teilnehmer:innen getragenen Protestschilder richten sich an Passant:innen beziehungsweise Autofahrer:innen, deren Aufmerksamkeit gewonnen werden soll. Die Protest-Routen durch die Innenstadt, aber auch entlang zentraler Hauptverkehrsadern der Stadt zum Feierabendverkehr attestieren eine strategische, externe Kommunikation. Die Stadtbevölkerung soll mit effektiv platzierten Botschaften angesprochen werden. Einige Teilnehmende suchen während der Aktionen auch aktiv das Gespräch mit Passant:innen. Auf den von uns beobachteten Veranstaltungen kamen jedoch selten längere Interaktionen mit Außenstehenden zustande.

Abbildung 4: ERH-Aktion in der Hannoveraner Innenstadt im Dezember 2023



Quelle: eigene Aufnahme

An besonders stark frequentierten Orten nehmen die Demonstrierenden eine eingeübte Formation ein, die von der Gruppe als Mahnwä-

che beschrieben wird (vgl. Abb. 4). Die Teilnehmer:innen bilden dabei einen raumgreifenden Menschen- und Schilderkreis oder eine andere Formation, welche die Botschaften der Gruppen an Passant:innen richtet. Obgleich die geschlossene Formation von außen eher wagenburgartig wirkt, nehmen Aktivist:innen ihre Mahnwachen mitunter als erfolgreiches Kommunikations- und Dialogangebot wahr:

»Unser neues Konzept Mahnwache und bewegte Demo durch die Innenstadt hat sich bewährt. Bei der Mahnwache kommen viele Gespräche zustande, die sonst während der Demo nicht möglich sind. Vielen Dank also an alle, die dabei waren und unsere Kritik weiterhin auf die Straße bringen. Liebe Grüße vom Orga-Team« (*Telegram-Nachricht*)

Das Protestgeschehen von ERH weist überdies insgesamt einen ausgeprägten sozialen Charakter auf. Neben dem festen Termin und die über längere Zeit gleichbleibenden Routen sind die Abläufe von den Teilnehmenden stark verinnerlicht. Der Umgang innerhalb der Gruppe ist von körperlicher Nähe, wie etwa Umarmungen, und Freundlichkeit geprägt. Dies scheint einen Kontrapunkt zu den persönlichen Konflikten im familiären und beruflichen Umfeld zu bilden, von dem einige Teilnehmende im Gespräch und in *Telegram*-Posts berichten. Insbesondere Konflikte um ihre Ansichten zu Covid, Impfungen und ihre Teilnahme an den Protesten haben für die Teilnehmer:innen offenbar weiterhin eine hohe Relevanz:

»Weihnachten wie es früher einmal war-wird es für mich und garantiert auch für viele von euch leider nicht mehr geben. Gerade in dieser Zeit merke ich wie tief die Wunden der letzten Jahre der Diskreditierung, der Ausgrenzung und zu guter Letzt, damit es auch wirklich alle verstehen, das Herausheben der Nazikeule, an mir zehren. Dank der massiven Manipulation der Menschen, um das Thema Pandemie, hat es eine Menge Familien zerrissen. Meine Schwester hat verkündet, sie werde nie mehr Ungeimpfte in ihre Räume lassen. Ihr Sohn hat mich bei ihr verpetzt, weil ich trotz Coronaerkrankung alleine in meinem Garten an der frischen Luft war.

Soll ich nun verzeihen und so tun, als ob die Welt jetzt wieder in Ordnung ist oder warte ich auf die aufrichtigen Entschuldigungen von so vielen? Ich merke, dass ich noch lange nicht bereit bin die Augen vor den letzten Jahren zu verschließen. Diese ganze Zeit hat mich stärker und selbstbewusster gemacht, als ich es mir hätte je träumen lassen! Auch wenn Familien und Freundschaften durch staatliche Willkür zerstört wurden, so sind doch fantastische neue Freundschaften unter uns Gleichdenkenden entstanden und dafür bin ich unheimlich dankbar!

Ich wünsche dir nun eine besinnliche Vorweihnachtszeit.
Fühle dich bitte herzlich von mir umarmt! [NAME]« (*Telegram-Nachricht*)

In dieser Nachricht wird der hohe soziale Stellenwert deutlich, den die Protestgruppen und die Bewegung als Ganzes für einige Teilnehmende einnehmen. Auch der nostalgische Rückbezug auf vergangene Feste und die detaillierte Schilderung der beschädigten Familienbeziehungen verdeutlichen, welche Opfer die Gruppenmitglieder für die Bewegung erbringen. Im Kontrast zur Erfahrung des sozialen Ausschlusses steht ein starker interner und personeller Zusammenhalt der Gruppe, der etwa durch einen dezidiert freundlichen Umgang und die ritualisierten Aktionsformen von ERH gestützt wird. Darüber hinaus wird die Gruppenkohäsion durch kleine gemeinschaftliche Veranstaltungen und die Teilnahme an persönlichen oder gemeinschaftlichen Ereignissen, wie Geburtstagen oder Neujahrsgrüße, aktiv gefördert. Teilweise wird sehr fürsorglich darauf hingewiesen, man solle aufgrund der kalten Temperaturen Handschuhe mitbringen. Nach den beobachteten Protestaktionen im Winter bleiben die Teilnehmenden noch einige Zeit beisammen, reden und trinken Glühwein miteinander.

Deutungsmuster

ERH deckt in ihrer Rhetorik und Agitation eine breite Varianz von Themen ab, die auf Außenstehende zunächst unzusammenhängend wirken

können. Diese werden gesellschaftspolitischen Großthemen wie Demokratie, Zukunft oder Frieden zugeordnet – wobei diese in der Kommunikation kaum inhaltliche Erläuterung finden. Ein äußerst zentrales Element ist dagegen die Kritik an der Regierung. Unter den Parteien der damaligen Ampelkoalition werden vor allem die Grünen für ihre Politik kritisiert. Auf den großformatigen Protestschildern finden sich Slogans und Forderungen gegen geschlechtergerechte Sprache sowie Kritik an Klima-, Gesundheits- und Außenpolitik. Hinzu kommt Werbung für vornehmlich rechte Alternativmedien, wie etwa *Tichys Einblick* oder die *Epoch Times*. Vereint sind die Themen und Missstände in einer antielitären Grundhaltung, die sich gegen Regierung, Mainstream-Medien und Wissenschaft (besonders im Fokus stehen Virolog:innen) richtet. In vielen Posts und Aussagen reicht diese Anti-Eliten-Haltung in den verschwörungsideologischen Bereich hinein. So werden regelmäßig Nachrichten mit Verschwörungsnarrativen oder Hashtags (etwa #Plandemie) geteilt.

»Vermutlich wird es Gemecker geben von jenen, die keine Zahlen mögen und für Massenpsychosen anfällig sind. Aber das werden immer weniger. Und die Impfschäden werden immer zahlreicher. Wer sich mit den Argumenten der Kritiker nicht inhaltlich auseinandersetzt, sondern sie nur mit den üblichen Wortgirlanden zu diffamieren sucht, kommt heute nicht mehr weit. #Plandemie« (*Telegram-Nachricht*, Weiterleitung)

Das Narrativ, die Coronapandemie sei ein geplantes Vorkommnis gewesen, wird unter dem Begriff »Plandemic« (oder zu Deutsch: Plandemie) gefasst. Dieser Begriff stammt aus einer gleichnamigen Filmreihe, in der angenommen wird, das Coronavirus sei künstlich hervorgebracht worden. Weiter wirft er politischen Eliten und besonders Pharmazieunternehmen vor, von der Pandemie zu profitieren (vgl. Eberl/Huber/Greussing 2021).

Politische Diagnose

ERH kritisiert das Handeln gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Eliten als ungerecht und gegen die Bevölkerung gerichtet. Diese Sicht schlägt sich in den diversen Missständen nieder, welche die Gruppe diagnostiziert. Sie wirken auf den ersten Blick eklektisch und zusammenhanglos: So umfassen sie die Ablehnung geschlechtergerechter Sprache ebenso wie die Kritik an Mehrwertsteuererhöhungen in der Gastronomie und Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit; sie schließen Vorwürfe, Mainstreammedien würden Unwahrheiten verbreiten, ebenso mit ein wie einen Einsatz für den Erhalt von Bargeld. Im digitalen Raum wird dagegen weiterhin stark auf die Themen Coronapandemie und Impfungen fokussiert, was unter anderem auf eine strategische Anpassung der Agenda von ERH hinweist.

Insgesamt spiegelt sich die Themenbreite emblematisch beispielsweise in einem Protestschild mit der Aufschrift »Impfwahn, Kriegswahn, Klimawahn« wider. Die einzelnen Missstände werden hier augenscheinlich auf eine strukturelle Ursache zurückgeführt, die sich in der Diagnose eines »Wahns« andeutet. Hier wird suggeriert, dass Eliten krisenübergreifend überreagieren und wahnhaft handeln. Vereint werden die Diagnosen jedoch in ihrer Opposition gegen gesellschaftliche und politische Eliten, die diese Zustände herbeigeführt hätten. Im Besonderen werden die Ampelregierung, Medien und Pharmakonzerne sowie Individuen, wie etwa der Gründer und geschäftsführende Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab, als gierig und aktiv böswillig beschrieben. So wird unterstellt, Regierung und Medien hätten die Bevölkerung während der Coronapandemie manipuliert und aktiv gespalten, während Pharmakonzerne von dieser Manipulation profitierten. Auf diese Weise werden für die individuell und kollektiv wahrgenommene Ungerechtigkeit und Unwegsamkeit des täglichen Lebens sowohl ein:e Schuldige:r als auch eine Erklärung geliefert. In einem Protestaufruf heißt es:

»Wir nennen seit 3 Jahren nur ›Symptome der Krankheit‹ [auf unseren Protesten]. Aber sind wir mal ganz ehrlich, ist die »Krankheit« vorbei wenn Frieden herrscht? Wenn die Coronamaßnahmen aufgearbeitet

wurden? Wenn die Grünen mit ihrem Wahnsinn aufhören? ! Nein
 ! Die Krankheit an sich ist viel weiter gefasst. Sie besteht aus vielen kleinen Symptomen und jeden bedrückt ein anderes. Jeder hat seine Sorgen und Ängste an einer anderen Stelle! Nun ist es an der Zeit, die eigentliche Krankheit zu behandeln, nämlich die Politik, mit ihren Befehlsgebern und die nicht neutralen Medien!« (*Telegram-Nachricht, Weiterleitung*)

Die Krankheit und ihre Symptome sind vage und erlauben jedwede Interpretation. Die Verantwortung wird jedoch klar zugewiesen.

Die Coronapandemie spielt eine zentrale Rolle in der Problemdiagnose der Gruppe, die sich in zwei Hauptthemen gliedert: die Kritik an den Schutzmaßnahmen und die Debatte über die Coronaimpfungen. Außerdem wird die potenzielle Schwere der Krankheit angezweifelt, ebenso die Wirksamkeit der Impfung. Impfungen im Allgemeinen sowie die Coronaschutzimpfung im Besonderen werden überdies als potenziell schädlich ausgemacht. In diesem Zusammenhang wird auch die fehlende staatliche Unterstützung im Fall von Impfschäden kritisiert. Insgesamt argumentiert die Gruppe, das Coronavirus sei nicht so gefährlich und tödlich gewesen, wie von Mediziner:innen, Medien und Politik dargestellt. Vor diesem Hintergrund werden die Anti-Corona-Maßnahmen als unnötig und/oder ineffektiv erachtet, insbesondere die Lockdowns und das Tragen von Masken. Im Vergleich dazu wird beispielsweise die Coronaimpfung als gefährlich wahrgenommen: »Mal sehen, wie viele sich die neue Spritze abholen und wie sie die vertragen. Wenn nicht, freuen sich wieder die Bestatter 🧟« (*Telegram-Nachricht*).

Lösungen und Strategien

Die politischen Lösungsansätze und -strategien der Hannoveraner Gruppe oszillieren zwischen umfassenden Veränderungen des politischen Systems und der Absetzung der Regierung sowie der Politiker:innenhaftung und kleinen, persönlichen Strategien, die vor allem den interpersonellen Kontakt ins Zentrum rücken. Mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, ist eines der erklärten Ziele der Gruppe. Zu dessen Erreichung sind jenseits der Durchführung von oder Teilnahme an

Demonstrationen allerdings nur wenige Ansätze zu erkennen. Besonders die teils wagenburgartigen Mahnwachen scheinen dem Austausch eher entgegenzuwirken. Vielmehr mutet allein schon die Organisation von Protestaktionen als primäres Ziel der Gruppe an.

Als direkte handlungsleitende Strategien verfolgt ERH dabei im Wesentlichen einen externen und einen internen Ansatz: Nach außen hin fokussiert ERH auf die Vermittlung von Information und eine politische Aufklärung durch Kommunikation sowie die Vernetzung mit anderen lokalen und bundesweiten Protesten. Letzteres soll eine Koalition mit anderen Protestakteuren eröffnen, wie etwa »Landwirten¹⁷⁸ •Friedensbewegung¹⁷⁹ •Parteien •Vereinen •Bürgerinitiativen •Netzwerken •Gesellschaften • Städte- und Stadtteildemonstrationen« (Telegram-Nachricht, Weiterleitung). Das hier ausgerufenen Ziel, eine breite und diverse Protestkoalition zu schaffen, ist nicht nur ein Ansatz für eine effektivere Mobilisierung, sondern soll auch dazu beitragen, die seit der Pandemie gesplante und beschädigte Gesellschaft wieder zu vereinen:

»WIR. appellieren an alle Menschen wieder aufeinander zuzugehen und GEMEINSAM. neue Wege für unser Land und alle Menschen, die hier leben, zu finden. WIR. stehen dabei an eurer Seite. WIR. GEMEINSAM. für eine geeinte Gesellschaft« (Telegram-Nachricht, Weiterleitung)

ERH sieht sich augenscheinlich – trotz der beschriebenen Konflikte im Nahbereich der Teilnehmenden und der geschlossenen Gelegenheitsstrukturen – nicht als Teil des von ihnen diagnostizierten Problems der gesellschaftlichen Polarisierung. Trotz der weitgehenden gesellschaftlichen Ignoranz und Ablehnung der Anti-Corona-Proteste (vgl. Kapitel 5) nimmt ERH für sich so in Anspruch, nicht zu einer weiteren gesellschaftlichen Spaltung, sondern zu einem stärkeren gegenseitigen Verständnis und Zusammenhalt beizutragen.

Stärker nach innen zielen indes die Strategien der Aufrechterhaltung einer kontinuierlichen Teilnahme an lokalen, regionalen und bundesweiten Protesten sowie der Aufrechterhaltung eines unbeding-

ten Gruppenzusammenhalts. Hinzu kommt die Pflege eines »Do your own research«-Bewegungshabitus. Hierbei wird das Hinterfragen von Informationen selbst zu einem Wert erhoben, wobei keine oder nur wenige Quellen als gültig akzeptiert werden. Als autoritativ gelten hingegen eigene Erfahrungen und Rechercheergebnisse. Um diese generalisieren zu können, müssen sich die Teilnehmer:innen, besonders aber Bewegungseliten, kontinuierlich mit in der Bewegung aufkommenden Fragen und Diskursen beschäftigen. Diese Beschäftigung kann die Teilnehmenden durchaus an die Gruppe binden. Die auf Protestschildern verbreiteten Aufforderungen, »selbst zu denken«, Medien zu misstrauen (»Dein/e Fernseher/Radio/Zeitung lügt/verschweigt Dir was«) und sich zu informieren, sind wichtiger Teil des Bewegungshabitus. Der an die Kampagne einer großen Boulevardzeitung angelehnte Appell »Bild Dir Deine eigene Meinung« fordert immer wieder dazu auf, sich mit Themen selbst und – vermeintlich unabhängig – auseinanderzusetzen: »Und dann bildet euch eure eigene Meinung dazu, wie wir von den von uns finanzierten Medien belogen und manipuliert werden« (*Telegram*-Nachricht, Weiterleitung).

Das mühsame Suchen und Finden »der Wahrheit« wird so zu einem Ritual, das auf die Herstellung von Selbstwirksamkeit und Zusammenhalt abzielt. Gleichzeitig stellen der Kanal von ERH sowie das (Social-)Media-Ökosystem Informationen (oft Weiterleitungen aus anderen *Telegram*-Kanälen) zur Verfügung, anhand derer sich eine Meinung gebildet werden kann – und soll. Wenn Personen stetig dazu angehalten werden, ihre eigenen Nachforschungen zu betreiben und Wissenschaft sowie Medien zu misstrauen, werden Des- und Misinformation zu einer partizipatorischen Aktivität, wie dies etwa auch von Tripodi, Garcia und Marwick (2024) beschrieben wird.

Motivation und Appelle

Angetrieben wird die Gruppe vor allem von der wahrgenommenen Dringlichkeit, etwas zu ändern. Begründet wird diese mit dem Verweis auf unterschiedliche konkrete und allgemeine Bedrohungen, wozu ERH ebenso das skrupellose Vorgehen von Pharmakonzernen, die Gefahr vor einem neuen Weltkrieg oder Freiheits- und Grundrechtseinschränkun-

gen zählt, die mit den Coronamaßnahmen begonnen hätten. Aus dieser Bedrohungslage wird eine Pflicht zum politischen Handeln abgeleitet, die auch und gerade über eine besondere Verantwortung gegenüber der Zukunft und den eigenen Kindern argumentiert wird; besonders deren bisheriges und zukünftiges Leid wird hervorgehoben:

»Wir müssen zusammen gegen die Probleme der destruktiven Deutschlandpolitik der letzten Jahre stehen! Für uns, unsere Kinder, unsere Nachfahren und die nötigen Antworten!« (*Telegram-Nachricht, Weiterleitung*)

Verdeutlicht wird zudem eine Unmöglichkeit, mit den Protesten aufzuhören:

»Hallo liebe Liebenden, wir von ›Es Reicht Hannover‹ sind am [DATUM] wieder auf der Straße. Nach wie vor lässt die Politik uns nichts anderes übrig weiterhin Kritik zu äußern.« (*Telegram-Nachricht*)

Neben der Dringlichkeit und Notwendigkeit, die den Protesten zugesprochen wird, ist die Gruppe zusätzlich durch eine als Unrecht empfundene Ausgrenzung motiviert. ERH beklagt, sowohl im persönlichen Nahfeld als auch durch die Medien als rechts stigmatisiert zu werden. Einige Teilnehmende berichteten über Konflikte mit Freund:innen und Familienmitgliedern. Die erfahrene Ausgrenzung wird jedoch zum Teil als Preis dafür wahrgenommen, *die Wahrheit* zu erkennen und auszusprechen. Zudem sieht sich die Gruppe teils selbst als Feindbild, das die Eliten aufrechterhalten wollen. Dem Aktivismus und dem daraus entstehenden Leiden der Teilnehmenden wird dadurch weitere Relevanz zugesprochen. Vor diesem Hintergrund sind die Darstellung von individueller und kollektiver Anerkennung und Aufmerksamkeit sowie Appelle zur Solidarität ein wichtiges Moment zur Motivation. Diese scheinen wiederum mit Emotionen und Bedürfnissen von Protestteilnehmenden übereinzustimmen: »Alles mutige Menschen, die nicht aufhören aufzuklären! Danke für euren Einsatz!« (*Telegram-Nachricht*). Das eigene Handeln wird hierdurch aufgewertet, die Ritualisierung der

Proteste und die geschaffene Gemeinschaft sind augenscheinlich starke Motivationsfaktoren.

Fall 2: »Schneemänner mit Würde« (SMW)

»Wir sind die Schneemänner mit Würde, Menschenrechtsaktivisten aus Hannover. Wir stehen für Mut, Respekt, Menschlichkeit und Frieden; für Hoffnung, Liebe und Wahrheit. Wir stehen für Freude, Aufarbeitung, Ehrlichkeit und Verantwortung.« (Beobachtungsprotokoll Dezember 2023)

Die zweite von uns untersuchte postpandemische Protestgruppe sind die Schneemänner mit Würde (SMW) aus Hannover. Sie führt seit Ende 2021 wöchentliche Aktionen in der Innenstadt durch und weist ein politisch wie strategisch distinktes Profil auf: Inhaltlich beschäftigen sich die SMW einerseits mit einer grundsätzlichen Kritik und Bearbeitung der gesellschaftlichen Folgen der Covid-Pandemie; andererseits fokussierten sie im Untersuchungszeitraum die Inhaftierung des *Wiki-Leaks*-Gründers und Aktivisten Julian Assange. Zum aktivistischen Markenkern der Gruppe gehört überdies die streng choreografierte Aktionsform der *Schneemänner-Mahnwache*. Dabei kleiden sich die Aktivist:innen mit Maleranzügen ganz in Weiß und versammeln sich an öffentlichen Plätzen, wo sie stillstehend Schilder mit (politischen) Begriffen vor sich halten – etwa »Mut«, »Wahrheit«, »Würde« oder »Aufarbeitung«. Über diese Inszenierung versucht die Gruppe im analogen Raum mit Passant:innen in Dialog zu treten. Die variantenreiche Dokumentation der Aktionsform dominiert zugleich den von der Gruppe betriebenen *Telegram*-Kanal, der primär auf die Mobilisierung von Sympathisant:innen und Anhänger:innen abzielt. Mit ihrem kontinuierlichen theatralisch-kreativen Aktionismus zeigen die SMW beständig Präsenz in der innerstädtischen Szenerie der Landeshauptstadt.

Organisation und Ressourcen

Die SMW haben sich Ende 2021 formiert. Im Laufe der Zeit haben sich kleinere autonome Projekte abgespalten, wie etwa die vor dem Landesfunkhaus protestierenden ›Dienstags-Schneemänner‹, die jedoch an der SMW-Hauptgruppe weiterhin teilnehmen. Die SMW-Gründerin agiert bis heute als zentrale Organisatorin und Sprecherin der Gruppe, die im Untersuchungszeitraum etwa 15 bis 25 regelmäßig Aktive umfasst. Die Personalbasis der SMW ist – trotz der für Bewegungen typischen Fluktuation – seit ihrer Gründung zumindest mit Blick auf zentrale Personen relativ stabil. Zudem existiert eine Reserve aus ehemaligen Aktiven und Sympathisant:innen, die im Fall von Sonderaktionen mobilisierbar ist. So nehmen am zweijährigen Jubiläum der SMW über 60 Personen teil.

Das demografische Profil des SMW wird von etwa Vierzig- bis Sechzigjährigen dominiert, deutlich jüngere Personen konnten nicht beobachtet werden. Etwas mehr als ein Drittel der Teilnehmer:innen sind weiblich, auch zentrale organisatorische und repräsentative Aufgaben werden von Frauen eingenommen. Die mutmaßlich überwiegend in den 1980er und 1990er Jahren (politisch) sozialisierten Aktivist:innen lassen sich habituell einem mittelschichtig-bürgerlichen sowie einem urban-alternativen Milieu zuordnen. Auftritt und Selbstdarstellung als künstlerisch ambitionierte Bürgerrechts- beziehungsweise Menschenrechtsgruppe verweisen eher auf einen akademischen Hintergrund. Zudem sind Einflüsse insbesondere aus selbstständig-kreativen Professionen erkennbar.

Die materiellen Ressourcen der SMW sind stark auf die Aktionsform der Mahnwache zugeschnitten. Hierzu gehören mitgebrachte weiße Maleranzüge sowie die offenbar zentral ausgegebenen laminierten Schilder mit sogenannten Wortbotschaften im DIN-A4-Format. Technische Hilfsmittel, wie die etwa auf dem Gruppenjubiläum genutzte Verstärkeranlage sowie Foto- und Videokameras, stammen von den Aktivist:innen selbst oder aus politischen Umfeldnetzwerken. Auf dem beobachteten Gruppenjubiläum kamen Campingtische, Verpflegung und aktivistische Materialien hinzu, wie etwa die von der Gruppe produ-

zierten Fotokarten und -kalender sowie das von einem szenebekannten Aktivist:innen mitgebrachte Miniklavier.

Auch im digitalen Raum verfügen die SMW über verschiedene Kommunikationswege. Hierzu gehört eine Website, auf der Informationen zu Geschichte, Forderungen und Aktionsformen der Gruppe verfügbar sind, sowie ein *Instagram*-Kanal, dem mit lediglich 147 Followern und rund 15 Beiträgen (Stand: Oktober 2024) allerdings kaum Bedeutung zuzukommen scheint.⁶ Zentralstes Kommunikationsinstrument der Gruppe ist der *Telegram*-Kanal mit 530 Subscriber:innen (Stand: Oktober 2024). Hier werden im Untersuchungszeitraum meist mehrere Posts pro Woche veröffentlicht, die im Vergleich zu anderen beobachteten Gruppen inhaltlich relativ fokussiert wirken. Verknüpfungen zu anderen politischen Themen, persönliche Stellungnahmen oder Kommentare finden sich dort dagegen kaum. In Posts werden zumeist Aktionen der SMW angekündigt oder dokumentiert. Einen eigenen *YouTube*-Kanal betreiben die SMW zwar nicht, doch sind ihre Aktivist:innen dort in regional und politisch verbundenen Kanälen präsent.

Zu den immateriellen Ressourcen der SMW gehört vor allem die ausgeprägte Engagementbereitschaft. Diese weist auf zeitliche Ressourcen und berufliche beziehungsweise soziale Selbstbestimmung hin und erscheint für das mittlere Alter der Aktivist:innen nicht untypisch. Zentral für die Entwicklung und kontinuierliche Durchführung der Mahnwachen sind insbesondere die beruflichen Vorerfahrungen der Organisatorin im Bereich des Theaters, die sich im durchdachten Konzept und der strengen Dramaturgie der Aktionsform spiegeln. Hinzu kommen individuell oder kollektiv entwickelte Ressourcen, wie eine empathisch-offene Ansprache von Vorbeigehenden oder die Bereitschaft der Gruppe, dem rituellen Charakter der Aktionsform kollektiv zu folgen. Für die Steuerung und den Erhalt dieser Ressourcen scheint die zentrale Organisations- und Führungsrolle der SMW-Gründerin von großer Bedeutung zu sein.

6 Anfang Oktober 2024 fand sich auf *Telegram* der Hinweis, dass der *Instagram*-Account gehackt und daher neu aufgesetzt worden sei. Möglich ist, dass Aktivitäten und Follower:innenschaft zuvor ausgeprägter waren.

Schließlich sind die SMW vielfältig vernetzt, was ihre Mobilisierung und Aufmerksamkeitsgewinne befördert: Lokal sind personelle Überschneidungen zur Gruppe ERH erkennbar, deren Mitglieder sich wiederum zum Teil auch an SMW-Aktionen beteiligen. Regional lässt sich zum einen ein Austausch mit anderen niedersächsischen Post-Covid-Protestgruppen beobachten, deren Aktivist:innen zu größeren SMW-Aktionen anreisen; zum anderen bestehen Verbindungen zu regionalen oder überregionalen *Telegram*-Kanälen.⁷ Diese kündigen SMW-Aktionen an und produzieren Videos von deren Aktionen. Auf diese Weise verschaffen sie der Gruppe eine breitere digitale Wahrnehmung sowie indirekte Verbindungen zu überregionalen Post-Covid-Protesten und zur – insbesondere ostdeutschen – AfD, zu der seitens der SMW selbst während des Untersuchungszeitraums jedoch keine direkten Bezugnahmen ersichtlich waren.⁸ Insgesamt zeigen sich überregionale Kontakte der SMW zu anderen Post-Covid-Protestgruppen. Zur Jubiläumsaktion der Gruppe reisten etwa Aktivist:innen aus Nordrhein-Westfalen an und beteiligten sich mit einem eigenen Redebeitrag. Zudem werden intensivere Kontakte zu Aktivist:innen aus dem Norden und vor allem Südwesten gepflegt.

Aktionsrepertoire

Die Handlungsformen der SMW sind zwar bewusst einformig gehalten, aber konzeptuell durchgeplant und streng orchestriert. Wie gesagt ist die Hauptaktionsform die eher unkonventionell wirkende Schneemänner-Mahnwache, an der wöchentlich etwa 15–25 Personen teilnehmen. Gehüllt in weiße Maleranzüge stehen sie auf zentralen Plätzen der Hanoveraner Innenstadt gemeinsam eine Stunde lang still, wobei sie la-

7 Hierzu zählen etwa die Kanäle »End- und Neuzeitreport«, »Gezeitenwechsel« oder »Wendezeit Hannover«.

8 Nach dem Beobachtungszeitraum nahmen einzelne Mitglieder der Gruppe im Zuge der ostdeutschen Landtagswahlkämpfe 2024 an Veranstaltungen mit regionalen AfD-Politiker:innen teil, was für eine Veränderung persönlicher Strategien spricht.

minierte DIN-A4-Schilder mit Begriffen – wie etwa »Würde«, »Aufklärung« oder »Wahrheit« – vor ihren Körpern halten, die wöchentlich gewechselt werden. Die stumme, mehr an eine Inszenierung denn eine Demonstration erinnernde Aktion stellt einen bildlichen Kontrapunkt zur innenstädtischen Hektik dar, wodurch immer wieder Passant:innen aufmerksam werden. Bleiben solche tatsächlich stehen, werden sie von der Organisatorin sowie von Helfer:innen in Gespräche verwickelt, die von der interpretationsoffenen Botschaft der Aktion auf die gesellschaftlichen Folgen der Coronamaßnahmen gelenkt werden. Insgesamt proklamiert die Aktionsform keine konkreten politischen Positionen oder Forderungen, sondern eröffnet ausgehend von den gezeigten normativen Grundbegriffen einen Raum für einen gesellschaftlichen und politischen Austausch.

Abbildung 5: Mahnwache der SMW, Dezember 2023



Quelle: eigene Aufnahme

Im Untersuchungszeitraum ist eine zentrale Variation der Hauptaktionsform zu beobachten, die sich durch die Setzung eines konkreten politischen Themas auszeichnet. Diese besonders fokussierten Mahnwachen stellen vor allem die Inhaftierung Julian Assanges ins Zentrum, den zahlreiche Aktivist:innen als Ikone des Kampfs für Bürgerrechte

und Medienfrei betrachten. Anders als im Fall der üblichen Mahnwachen, die sich primär an die Bürger:innenschaft wenden, wird dabei zusätzlich und konkret versucht, Landespolitiker:innen für die Dringlichkeit einer Freilassung Assanges zu sensibilisieren, was im Fall einer Mahnwachen-Aktion vor dem Landtag im November 2023 aus Sicht der Gruppe auch gelang:

»Die Schneemänner mit Würde standen heute, am [DATUM] vor dem Niedersächsischen Landtag in Hannover. [...] Wir wollten die Politiker auf das Schicksal von JULIAN ASSANGE hinweisen. Es gab ein erfreuliches Gespräch mit einer CDU Politikerin, die sich mit uns treffen möchte, um eine Petition zu starten. Weitere Details folgen 🧡❤️«
(Telegram-Nachricht)

Auch andere Mahnwachen, etwa vor dem Neujahrsempfang 2023 des Hannoveraner Oberbürgermeisters, oder das Vorhaben, die Ehrenbürgerschaft der Stadt Hannover für Assange zu beantragen, erstreben eine direkte regional- beziehungsweise landespolitische Einflussnahme. In anderen Fällen richten sich die auf Assange fokussierten Mahnwachen stärker auf die lokale Öffentlichkeit sowie eine Vernetzung mit regionalen und überregionalen Akteuren: So unterstützt etwa ein überregional bekannter politaktivistischer Lkw-Fahrer im Anschluss an seine Teilnahme an den Spediteurs- und Bauernprotesten in der Landeshauptstadt eine SMW-Aktion im Dezember 2023. Dabei parkt er seinen mit Free-Assange-Plakaten bespannten Vierzigtonner auf dem Hannoveraner Opernplatz, womit er der dortigen SMW-Mahnwache eine besondere Bildgewalt verleiht. Überdies wird damit – wie auch in einer weiteren Aktion im Januar 2024 – eine personelle und politische Brücke zwischen SMW und Bauern- und Spediteurs-Protesten geschlagen.

Die analoge Aktionsform der Mahnwachen wird überdies im digitalen Raum fortgesetzt und variiert. Im Telegram-Kanal ruft die Gruppe nicht nur zur Teilnahme an Aktionen auf, sondern diese werden auch rückblickend mithilfe von Fotos und Videos ausführlich dokumentiert sowie medial reinszeniert. Der konzeptuell einförmige Charakter der Mahnwachen wird im Rückblick aufgebrochen und auf vielfache Weise

variiert und interpretiert: In Foto- und Videoclips werden verschiedene Filmperspektiven, dynamische Schnitte, Bildfilter und vor allem Musikhintergründe gewählt, um der Aktion jeweils unterschiedliche Stimmungen zu verleihen. Vor dem Hintergrund treibenden Indie-Rocks und schneller Schnitte wirkt die Mahnwache als disruptiv-revoltierende Aktion, begleitet von melancholischen Popballaden und vermittels langsamer Kameranäherungen hingegen eher als kommunikativer Zufluchtsort. Durch diese Form der seriellen Variation wird in den *Telegram*-Gruppen nicht nur der Eindruck beständiger politischer Dynamik erweckt, sondern auch verschiedenartige Mobilisierungsanreize gesetzt, die wiederum andere Kanäle dazu animieren, die SMW-Videos zu re-posten.

Überdies finden sich Hinweise auf die interne Gruppenkultur, die zur Kohäsion und Sinnstiftung der Gruppe beiträgt und sowohl im aktivistischen Alltag als auch auf privaten Zusammenkünften gepflegt wird. Viele der Aktivist:innen kennen sich mittlerweile lange, augenscheinlich intensiv und persönlich. Zu Beginn von Aktionen umarmen sich Teilnehmer:innen, unterhalten und begegnen sich herzlich und wertschätzend. Kollektive Handlungsformen von SMW erinnern äußerlich zum Teil eher an familiäre oder religiöse Zusammenkünfte denn an eine politische Formation. Besonders deutlich zeigt sich dies beim zweijährigen Gruppenjubiläum, das zur intensiven Selbstreflexion und -vergewisserung genutzt wird. Die Reden auf dieser Veranstaltung sind von offener Anerkennung und Wertschätzung geprägt. Teilnehmer:innen tragen in verschmitztem Ton Gedichte vor, singen gemeinsam den Gospel-Klassiker »Amazing Grace« und posieren eng aneinandergedrückt auf einem Gruppenfoto. Hieran wird, ohne dass ansonsten religiöse Bezüge der Gruppe erkennbar wären, auch der liturgisch-rituelle Charakter der Aktionsform deutlich: Auf die gemeinsame körperliche und physische Anstrengung, bei widriger Winterwitterung eine Stunde in Stille zu verharren, folgt die gemeinsame Freude über die Erlösung von der selbst auferlegten Bürde. Unabhängig von der Außenwirkung wird so ein kollektives Erfolgserlebnis inszeniert und zelebriert, das Aktionsfähigkeit und Zusammenhalt der Gruppe unterstreicht.

Im Anschluss an das Jubiläum, das in verschiedenen Kanälen der Gruppe wie auch in deren Umfeldnetzwerk live gestreamt wird, folgt eine umfangreiche digitale Re-Inszenierung:

» 🎂 🎊 Zum 2. Jährigen Geburtstag der SCHNEEMÄNNER MIT WÜRDE heute, den [DATUM] auf dem Opernplatz in Hannover hatten wir das unglaubliche Glück vom großartigen Pianisten [NAME] [LINK] auf dem Piano begleitet zu werden 🎹 Wir haben heute ein sehr berührendes Fest gefeiert! Einige Tränen sind geflossen. viele Menschen sind stehengeblieben und haben zugesehen. Sehr viele eindrucksvolle Fotos sind entstanden. Es gab Reden von [NAME] [LINK], [NAME] und [NAME]. Wir hatten zudem Besuch von [NAME], der unsere Gruppe schon lange sehr schätzt. Wir danken am Ende dieses beeindruckenden Tages allen, die uns seit 2 Jahren unterstützen und wünschen euch ein glückliches 2024 🎂 ❤️ Eure Schneemänner mit Würde 🎊 🌸 « (Telegram-Nachricht)

Insgesamt wird so ersichtlich, wie analog-digitale Selbstinszenierung, kollektive Rituale sowie Selbsthistorisierung ineinandergreifen. Auf diese Weise wird die kollektive Identität der Gruppe sowohl kommunikativ als auch performativ herausgebildet und gefestigt.

Deutungsmuster

Diese Spezifik der SMW-Aktionsformen spiegelt sich auch in den relativ distinkten Deutungsmustern der Bewegung wider, die einer – miteinander verknüpften – dualen Struktur folgen. Neben der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Umgang mit den Anti-Corona-Maßnahmen und den daraus erwachsenen Folgen einer gesellschaftlichen Polarisierung fokussieren die SMW im gewählten Untersuchungszeitraum vor allem auf die Kritik der Gefangenschaft des *WikiLeaks*-Gründers Julian Assange, die ein knappes halbes Jahr später durch die plötzliche Freilassung des Aktivisten aus der Haft im Sommer 2024 obsolet wird. Diese zwei verschiedenen Themen werden inhaltlich durch die Bezugnahme auf die Forderung nach einem Erhalt von Bürgerrechten und die Wiederherstellung von Medienfreiheit mitein-

ander verknüpft, indem Assange als Vorkämpfer grundlegender gesellschaftlich-demokratischer Werte unterstützt wird.

Politische Diagnose

Einerseits kritisieren die SMW den politischen Umgang mit der Covid-Pandemie. Rückblickend prangern sie Coronamaßnahmen – etwa Kontaktverbote oder Ausgangssperren – als Bruch mit humanitären Werten und als Verletzung der Menschenwürde an. Daran knüpft die Kritik an der repressiven Durchsetzung der Maßnahmen seitens des Staates an, in der eine Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte gesehen wird. Dabei geht es den SMW vor allem um die gesellschaftlichen Folgen und Nachwirkungen der Anti-Covid-Politik der Bundesregierung. Diese habe nicht nur die wirtschaftliche und soziale Existenzgrundlage vieler Menschen zerstört, sondern die Gesellschaft auch so stark polarisiert, dass die sozialen und politischen Grundlagen für einen gesamtgesellschaftlichen Dialog – wie gegenseitige Anerkennung, Wahrnehmung und Wertschätzung – zerstört worden seien. Verantwortlich für den Verlust von Dialog- und Demokratiefähigkeit wird nicht nur die damalige Regierungspolitik gemacht; vielmehr wird Politik und Medien insgesamt ein demokratisches Versagen vorgeworfen:

»Die Medien sind mitverantwortlich für die Kriege dieser Welt, weil sie die offizielle Regierungspropaganda verbreiten, statt wirklich zu recherchieren.« (Telegram-Nachricht)

Dieser breiten Grundsatzkritik steht andererseits die thematische Fokussierung auf den Fall Julian Assanges gegenüber, der während des Beobachtungszeitraums wegen Geheimnisverrats in einem Londoner Gefängnis in Untersuchungshaft saß und an die USA ausgeliefert werden sollte. Assanges Inhaftierung wird von den SMW als illegitim kritisiert, da sie dessen Whistleblowing nicht als Geheimnisverrat, sondern als Aufklärung der »schmutzigen Geheimnisse der Mächtigen« (Beobachtungsprotokoll Dezember 2023) und insbesondere der USA betrachten. Der Fall Assange wird aus dieser Warte nicht nur als Solidaritätskampagne mit einem politisch zu Unrecht Inhaftierten,

sondern auch als Exempel im weltweiten Kampf um die Meinungs- und Pressefreiheit gesehen, die von klassischen Medien nicht mehr eingelöst werde. Während die USA hier als Hauptgegner identifiziert werden, findet die Position der deutschen Politik oder etwa die Rolle der britischen Justiz im Fall Assange aufseiten der SMW kaum Beachtung. Dies ermöglicht es der Gruppe, die lokale, regionale oder nationale Politik trotz aller grundsätzlicher Kritik an politischen Eliten als zumindest mögliche Verbündete im Kampf für den Erhalt von Bürgerrechten überhaupt zu adressieren.

Lösungen und Strategien

In Bezug auf die Covid-Politik der Bundesregierung fordern die SMW politische Aufklärung, ohne allerdings bestimmte Maßnahmen zu kritisieren oder geeignete politische Instrumente herauszustellen. Den allgemeinen Problemen von gesellschaftlichem Misstrauen, Polarisierung und Entfremdung begegnet die Gruppe mit Forderungen nach einer Wiederbelebung eines gesellschaftlichen Austauschs, der grundsätzlich pluralistisch ausgerichtet ist. Diese richten sich jedoch weniger an Parteien, Medien oder andere intermediäre Institutionen, sondern sollen durch die Mahnwachen direkt hergestellt werden: Zum einen werden über die präsentierten Wortbotschaften, die Begriffe wie »Wahrheit«, »Vertrauen«, »Würde«, »Freiheit«, »Hinschauen«, »Zuhören« umfassen, normative Grundlagen einer gesellschaftspolitischen Aushandlung angeboten; zum anderen wird versucht, mit Passant:innen am Rande von Aktionen einen Dialog über gesellschaftliche Probleme im Allgemeinen und die Folgen von Polarisierung der Gesellschaft im Besonderen zu beginnen. Die SMW versuchen so, eine Idealvorstellung gesellschaftlicher Aushandlung und Pluralität im Kleinen zu entwerfen *und* zu erproben. Ansätze für eine breitere gesellschaftliche Umsetzung finden sich dagegen kaum. Dementsprechend bleibt etwa auch im Detail ungeklärt, ob die – ebenfalls von der Gruppe ventilierte – Forderung nach einer gesellschaftlichen und politischen Versöhnung mit der Bereitschaft einhergeht, in einen offenen Dialog mit der für die unterstellten Fehler verantwortlichen Politik zu treten.

Demgegenüber ist die Lösung des Problems im Fall Assange klar: Die SMW fordern eine unverzügliche Freilassung des *WikiLeaks*-Gründers. Um dies zu erreichen, nutzen sie die klassischen Instrumente sozialer Bewegungen. Einerseits versuchen sie durch plakative öffentliche Aktionen, Aufmerksamkeit für die Dringlichkeit einer Befreiung Assanges zu gewinnen, indem sie dessen Inhaftierung als Fanal der Presse- und Meinungsfreiheit beschwören – und zugleich an die Medien appellieren, sich wieder an den von Assange eingelösten Ansprüchen an Wahrheit, Aufklärung und Unabhängigkeit zu orientieren. Die Kontroversen um und Vorwürfe gegen den *WikiLeaks*-Gründer – etwa die Gefährdung der Whistleblowerin Chelsea Manning – werden von der Gruppe indes nicht öffentlich thematisiert. Andererseits versuchen die SWM, wie bereits geschildert, durch bestimmte Aktionen regional- und landespolitische sowie protestpolitische Unterstützung zu akquirieren.

Motivation und Appelle

Um zum Engagement für die Überwindung der Covid-Folgen zu motivieren, lassen sich verschiedene Initiativen erkennen, die sich weniger an die Öffentlichkeit als an die Gruppe selbst richten: Zum einen werden die dialogischen Erfolge der Mahnwachen-Aktion betont, in deren Rahmen es zusehends gelinge, insbesondere mit den von den Covid-Maßnahmen besonders betroffenen Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Zugleich wird auf positive Resonanzen von sowie Dynamiken in angrenzenden Protestbewegungen verwiesen, die als günstige politische Gelegenheitsstruktur interpretiert werden und einen Handlungsimperativ unterstreichen. Zum anderen wird die Bedeutsamkeit des kommunitären Zusammenhalts der Gruppe betont, die als Kontrapunkt zur von vielen Aktivist:innen während und nach der Pandemie erlebten sozialen und politischen Ausgrenzung und Isolation beschrieben wird.

Der Verweis auf gemeinsam während des Aktivismus und durch die Aktionen entwickelte und demonstrierte Tugenden wie Kondition, Mut oder Tapferkeit wird mit einem normativen Appell zur weiteren Aktivität verbunden. Dieser wird mit einem Verweis auf die eigene Opferbereitschaft bekräftigt, der andere zur Nachahmung animiert, worin ein gewisser Messianismus aufscheint:

»Es war ein bewegendes Jahr [...]. Die Menschen haben uns gesehen und zum großen Teil dankbar und respektvoll unser Angebot des gegenseitigen Austauschs angenommen. Es macht Hoffnung, dass immer mehr Menschen sich Gedanken machen. Wir werden weiterhin da sein für diese Menschen.

Wir halten stand! Wir werden nicht aufhören! Wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir stehen weiterhin für unsere Überzeugung ein! [...]« (*Telegram-Nachricht*)

Etwas konkreter sind die motivationalen Appelle im Fall Assanges. Mit Hinweis auf die unmittelbare Gefahr seiner Auslieferung an die USA und die dann zu erwartende lebenslange Freiheitsstrafe wird auf die Dringlichkeit politischen Handelns hingewiesen. Mit der Stilisierung von Assanges Auslieferung als Ende der Presse- und Medienfreiheit wird zugleich ein allgemeiner politischer Handlungsdruck begründet. Hinzu kommt der Versuch, die eigenen Aktivitäten als Teil der von Assanges Ehefrau vorangetriebenen internationalen Free-Assange-Bewegung zu verorten. Hiermit wird dem eigenen regionalen Handeln eine größere, internationale Bedeutung zugeschrieben.

Fall 3: »Grundrechte Osnabrück« (GRO)

Die Protestgruppe »Grundrechte Osnabrück« (GRO) ist im Zuge der Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen entstanden. Sie trifft sich monatlich zu ritualisierten Protestaktionen, die von der Bereitschaft zum ausdauernden Konfliktdialog mit der Stadtbevölkerung geprägt sind. GRO ist gut vernetzt und organisiert, ihr Aktionsrepertoire ist vielfältig und umfasst sowohl klassische Demonstrationsumzüge als auch kulturelle Aktions- und öffentliche Debattenformate. Ihre Veranstaltungen werden vielfach von Personen aus lokalen, regionalen und überregionalen Zusammenhängen besucht und unterstützt. Für GRO sind Feindbilder sehr zentral, zu denen vor allem die Regierung und Medien zählen. Ausgehend von der Grundannahme einer weitgehend ausgehöhlten Demokratie erstrebt die Gruppe inhaltlich vor allem eine

Aufarbeitung der Pandemie sowie die Verteidigung der Grundrechte. Im digitalen Raum, wo die Gruppe vor allem auf *Telegram* aktiv ist, fällt die offensive Bezugnahme auf Verschwörungsnarrative ins Auge. Im Gegensatz zu anderen untersuchten Protestgruppen erfährt GRO eine gewisse Resonanz in der lokalen Stadt- und Medienöffentlichkeit. Diese fällt allerdings bereits seit der Coronapandemie aufgrund GROs Offenheit für und mangelnde Abgrenzung von rechten und rechtsextremen Akteuren kritisch aus.

Organisation und Ressourcen

GRO hat sich, wie den ersten *Telegram*-Posts der Gruppe sowie regionalen Medienberichten zu entnehmen ist, kurz vor der Hochphase der Pandemie Ende 2021 gegründet und ist seither offenbar kontinuierlich aktiv. Der Gründer der Gruppe ist bereits 2020 an Protesten gegen die Corona-Maßnahmen beteiligt (vgl. Jaquet 2024). Von Beginn an nutzt GRO das deutsche Grundgesetz und den Bundesadler als Kanal-Profilbild, was ihr Streben für den Erhalt von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit symbolisieren soll und bis heute den zentralen Kern des Selbstverständnisses der Gruppe ausmacht.

Im Untersuchungszeitraum hält GRO monatlich umfängliche Demonstrationen mit Kundgebungen in verschiedenen Formaten ab, die zum Teil erhebliche Vorbereitungen erfordern. GRO kann in der Groß- und Universitätsstadt Osnabrück vergleichsweise stark mobilisieren. Bereits im Jahr 2022 nehmen an den Demonstrationen laut Medienberichten etwa 1.750 Personen teil (vgl. Beyer/Binder/Wübker 2022). Damit war dieser Protest größer als beispielsweise eine Demonstration in der Landeshauptstadt Hannover zur Corona-Hochzeit im Spätsommer 2020 mit circa 1.100 Teilnehmer:innen (vgl. HAZ 2020b). In der postpandemischen Phase ist auch hier die Mobilisierung zurückgegangen. An der im Oktober 2023 beobachteten Demonstration mit anschließender Kundgebung nehmen dennoch immer noch 60–80 Personen teil. Deren Gros scheint aus Osnabrück und Umgebung zu stammen, hinzu kommen angereiste Unterstützer:innen aus dem

nord- und westdeutschen Raum, wo etwa in Bielefeld stark für Post-Corona-Proteste mobilisiert wird.

Das Sozialprofil der GRO-Demonstrationen ähnelt insgesamt dem anderer Gruppen. Dominant sind augenscheinlich auch hier die mittleren Kohorten im Alter von etwa 40–65 Jahren, wohingegen jüngere Personen insbesondere unter 30 Jahren gänzlich fehlen. Das Geschlechterverhältnis ist von einem leichten Männerüberhang geprägt, während Frauen etwas weniger als die Hälfte der Teilnehmer:innen der beobachteten GRO-Veranstaltung stellen. Sozial und kulturell wirkt die Gruppe etwas diverser als andere beobachtete Gruppen: Ältere sub- und alternativkulturell geprägte Aktivist:innen treffen auf Teilnehmer:innen aus urban-bürgerlichen Milieus einer situiert wirkenden Mittelschicht. Die inhaltlich mitunter sehr detaillierten und diskursiven Darstellungs- und Ausdrucksformen vermitteln insgesamt einen eher akademischen Habitus, der jedoch für Personen aus nichtakademischen Milieus offen ist.

Die Gruppe formiert sich um einen Organisator, der zentrale Führungs- und Kommunikationsaufgaben ausfüllt und dabei von anderen Gruppenmitgliedern unterstützt wird. GRO zeigt eine umfangreiche materielle Ressourcenbasis und organisatorische Infrastruktur, die auch hier mit den regelmäßig praktizierten Veranstaltungsformaten korrespondieren. Auf den Demonstrationszügen präsentieren Teilnehmer:innen anscheinend privat angefertigte Plakate sowie einige Banner. Vereinzelt nutzen sie Instrumente oder Megafone zur akustischen Begleitung. Bei den Kundgebungen wird vielfältiges Equipment genutzt, wozu Pavillons, Tische mit Infomaterialien und Getränken, eine Verstärkeranlage samt mobilen Mikrofonen sowie eine mobile Leinwand gehören, auf der Filmsequenzen und Interviews gezeigt werden. Auf einer der beobachteten Veranstaltungen wird das Protestrepertoire um die (hierfür offenbar eigens nach Osnabrück gebrachte) »Galerie der Aufklärung« ergänzt – eine Art politische Wanderausstellung, die auch auf Post-Corona-Protesten in anderen Städten zum Einsatz kommt. Diese umfasst eine Sammlung von weit über fünfzig laminieren DIN-A4-Schildern, auf denen Passant:innen kritische bis verschwörungs-

theoretische Deutungen zu den Hintergründen der Pandemie und Anti-Covid-Maßnahmen erfahren können (vgl. Abbildung 6).

Neben diesen analogen Ressourcen verfügt GRO über eine zwar umfangreiche, aber inzwischen teils inaktive digitale Infrastruktur. Um ihre Anliegen zu verbreiten und zu Protesten zu mobilisieren, betreibt sie verschiedene Kanäle auf diversen sozialen Medien, die jedoch nicht mehr alle gepflegt werden: Dazu gehört ein *Instagram*-Account mit etwa 330 Follower:innen, der seit April 2024 inaktiv ist. Der *YouTube*-Kanal der Gruppe verzeichnet weniger als fünfzig Abonnent:innen und wird ebenfalls seit Dezember 2023 nicht mehr mit Inhalten bespielt. Ferner existiert ein inaktiver *Twitter/X*-Account mit einem Benutzer:innen-Namen, der zur Gruppe gehören könnte. Weiterhin zentral für die digitale Kommunikation und Mobilisierungsbemühungen von GRO ist der *Telegram*-Kanal der Gruppe, der im Beobachtungszeitraum 520 Follower:innen (Stand: November 2023) aufwies und auf dem im Vergleich zu anderen beobachteten Gruppen hochfrequent Beiträge veröffentlicht werden. Hier teilt GRO eine Fülle von Informationen, oft in Form von Beiträgen, die aus anderen Kanälen weitergeleitet und kommentiert werden.

Die täglich und zahlreich geteilten Inhalte greifen häufig Verschwörungstheorien oder alternative Medienberichte auf. So wurden im Untersuchungszeitraum etwa Nachrichten aus dem *Telegram*-Kanal »Q Global Change« weitergeleitet, der Inhalte um die Verschwörungserzählungen um QAnon⁹ über den sogenannten *Deep State* teilt. Die Einbettung in

9 Die Verschwörungserzählungen, die unter dem Oberbegriff »QAnon« gefasst werden, sind vielfältig. Im Allgemeinen sind die Anhänger:innen dieser Verschwörungsideologie davon überzeugt, dass US-Präsident Trump im Verborgenen gegen ein globales Netzwerk böser Eliten kämpfe. Diese »Kabale« soll Kinder sexuell missbrauchen, foltern und töten sowie dabei die chemische Verbindung Adrenochrom entnehmen. Der Verschwörungsglaube beinhaltet, dass Mitglieder dieser Kabale in einflussreichen Positionen in den Medien, der Wirtschaft, der Unterhaltungsindustrie, internationalen Organisationen, ausländischen Regierungen und Teilen der US-Regierung tätig seien. Dort bildeten sie den sogenannten *Deep State* – einen illegitimen Staat innerhalb eines Staats. Die Anhänger von QAnon sehen sich selbst als Teil einer Bewegung, die

(internationale) Medienökosysteme, in denen Falschinformationen verbreitet werden, sowie die konstante, aktive Integration dieser Inhalte in den eigenen Kanal hebt GRO von den anderen untersuchten Gruppen merklich ab. Zwar finden sich auch bei anderen Gruppen ähnliche Weiterleitungen, jedoch nicht in der gleichen Frequenz, Internationalität und Radikalität.

Aktionsrepertoire

Das Repertoire von GRO ist vielfältig und zielt darauf ab, Osnabrücks Stadtbevölkerung zu erreichen. Hierzu bewegen sich die Demonstrationsumzüge der Gruppe entlang von innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen und Plätzen; die anschließenden Kundgebungen finden meist auf zentralen Plätzen statt, wobei zum Teil historisch oder städtisch relevante Termine genutzt werden, um in der zu diesen Zeitpunkten stark frequentierten Innenstadt besonders viel Aufmerksamkeit zu erregen. So findet etwa die vor Ort beobachtete GRO-Veranstaltung parallel zum innerstädtischen Einkaufsevent »Moonlight Shopping« statt. Dabei kommt es auch zu Auseinandersetzungen mit Gastronom:innen und Besucher:innen, die sich über die Lautstärke und Länge von Aktionen beschwerten. Dieses Maß negativer Aufmerksamkeit unterscheidet GRO indes deutlich von den anderen beobachteten Gruppen, die kaum Resonanz erzeugen.

Das zentrale Veranstaltungsformat von GRO besteht aus Demonstrationen mit ausgedehnten Kundgebungen im Anschluss. Die Demonstrationsumzüge folgen dabei weithin einer klassischen Form: Vermittels Bannern, Plakaten und Parolen wird versucht, die Aufmerksamkeit von Passant:innen und Autofahrer:innen zu gewinnen sowie im Stadtbild stete Präsenz zu zeigen. Intern fungieren die Demonstrationen zugleich als regelmäßiger Treffpunkt und Kommunikationsforum der Post-Corona-Protestszenen. So begrüßen sich vor den Umzügen die

dem Präsidenten helfen werde, die Verschwörung zu stürzen – ein Event, das als »The Storm« bezeichnet wird (vgl. Jasser/Hammer 2020: 17).

Teilnehmer:innen herzlich, führen längere Gespräche und posieren einzeln oder in größeren Gruppen demonstrativ gutgelaunt auf Selfies oder in Videostreams. Während der Umzüge sorgen gemeinsam skandierte Slogans, musikalische Einlagen und an Radiointerviews erinnernde inszenierte Gespräche für Stimmung unter den Teilnehmer:innen, die während ihres Umzugs indes kaum Resonanz der lokalen Öffentlichkeit stoßen.

Abbildung 6: Ausschnitt der Wanderausstellung »Galerie der Aufklärung« im Oktober 2023 in Osnabrück



Quelle: eigene Aufnahme

Die Aufgabe der Vermittlung wird indes vor allem von den sich anschließenden Kundgebungen aufgegriffen, die auf zentralen Plätzen in der Innenstadt stattfinden. Mittels vielfältiger Aktionsformen sowie einer ungewöhnlichen Dramaturgie versucht GRO die Aufmerksamkeit der Passant:innen zu gewinnen. Hierzu besetzt GRO mithilfe von Aufbauten aus Pavillon, Verstärkeranlage, Tischen mit Kuchen und Getränken sowie einer auf einem Anhänger aufgehängten Leinwand auf der be-

suchten Veranstaltung auf routinisierte Weise für mehrere Stunden den öffentlichen Raum. Über verschiedene Kommunikationsangebote – wie Musikeinlagen, thematische Reden, gegenseitige Interviews oder eine Ausstellung – wird versucht, die Aufmerksamkeit der Passant:innen zu gewinnen und diese für die kritische Perspektive auf die Coronamaßnahmen und den damit verbundenen Grundrechtsbruch zu sensibilisieren. Hierzu dient auch die Vorführung von Videoclips, in denen Expert:innen kritisches »Gegenwissen« zur Pandemie ausführen (vgl. Kapitel 2). Dass die – angemeldete und genehmigte – Vorführung eines Films auf einem öffentlichen Platz in der Innenstadt als »Dissidentenkino« präsentiert wird, illustriert das Selbstverständnis der Gruppe als politisch Verfolgte.

Im Zentrum dieser multimedialen und -methodischen Kundgebung, die in ihrer Gesamtheit an ein künstlerisches »Happening« erinnert, steht der Versuch, mit zufällig angesprochenen Passant:innen in einen kritisch-konfrontativen öffentlichen Dialog zu treten. Der Organisator der Gruppe erörtert zunächst mithilfe mitgebrachter Quell- und Anschauungsmaterialien vergleichsweise ausführlich die kritische Perspektive und Position der Gruppe in Bezug auf die Coronamaßnahmen und den damit verbundenen Grundrechtsbruch. Mit diesen Impulsen versucht GRO augenscheinlich, Passant:innen zu Reaktionen zu bewegen. Diese fallen während der beobachteten Veranstaltung überwiegend negativ aus. Personen suggerieren durch ihre Mimik, Gestik oder mit Aussagen Desinteresse, Distanz oder Ablehnung der GRO-Positionen. Einige Personen reagieren auf die Aktion der Gruppe mit kritischen, schmähenden und polemischen Kommentaren. Diese teils sehr emotionalen bis affektiven Reaktionen der Passant:innen werden vom Sprecher der Gruppe wiederum routiniert antizipiert und in überwiegend sachlich gesetztem Ton gekontert, wie folgende Beobachtungen zeigen:

»Die Rede wird unterbrochen, weil ein Passant, der über den Platz läuft, ein etwa 65jähriger Mann, den Kopf schüttelt und sich [...] in ein Streitgespräch verwickeln lässt. Zunächst agiert [...] der Organisator] etwas aggressiv und herablassend auf die [...] pauschal und]

eher unqualifiziert [... wirkenden] Aussagen des Passanten, der in etwa etwas von Spinnern und Schwachsinn sagt. Dann aber mäßigt sich [... der Organisator] und stellt dem Passanten immer wieder bohrende Fragen, nutzt seine Unkenntnis über fachliche Zusammenhänge [seines Gegenübers], um argumentativ stärkere Gegenpositionen [... zu präsentieren.]« (Beobachtungsprotokoll Oktober 2023)

Die so evozierte Situation wird vom Organisator als exemplarische Konstellation einer undemokratischen und unsachlichen öffentlichen Debatte interpretiert und kritisiert. Später wiederholen sich ähnlich gelagerte Situationen: Eine Besucherin eines anliegenden Cafés beschwert sich über die Lautstärke und Länge der GRO-Veranstaltung und insistiert offensiv, »in Ruhe Kaffee trinken« zu können. Sie fordert die Gruppe zur Beendigung ihrer Aktion auf. Auch hier bindet der Organisator die Kritik von außen in das Veranstaltungsformat ein. Auf seine Ausführungen hin, dass seine Gruppe die Demonstration angemeldet habe und ein demokratisches Grundrecht wahrnehme, fordert wenig später eine weitere Kritikerin am Mikrofon dazu auf, die stehengebliebenen Passant:innen »demokratisch« abstimmen zu lassen, ob die Gruppe ihre Veranstaltung fortsetzen oder beenden soll, was die GRO-Aktivist:innen ihrerseits dazu nutzen, eine Grundsatzdebatte über die Unveräußerlichkeit von Grundrechten zu vertiefen.

Durch derartige öffentlich provozierte Konflikte und Ekklats versucht GRO, der lokalen Öffentlichkeit einerseits ihre affektive Diskursverweigerung zu demonstrieren. Die Gruppe bedient sich hier einer Strategie, die in der Literatur als »Fact-Signaling« beschrieben wird (vgl. Ganatra/Radu/Buluc 2023: 115). Dabei wird eine Informationsasymmetrie hergestellt, durch die Passant:innen vorgeführt werden können. Hierbei handelt es sich indes um eine performative Verwendung von »Vernunft« und »Fakten«, die sich nicht ad hoc nachvollziehen lassen. Insofern spielt die Relevanz oder Wahrhaftigkeit dieser »Fakten« auch keine Rolle; entscheidend sind die emotionale Wirkung und die Autorität, die damit vermittelt wird (vgl. ebd.). Andererseits reproduziert die auf diese Weise herbeigeführte Auseinandersetzung eine polarisierte Situa-

tion, in der sich die Gruppe nach innen und außen nachvollziehbar als Verfechterin von Demokratie und Grundrechten positionieren kann.

Auch in der digitalen Sphäre ist GRO äußerst aktiv. In ihrem *Telegram*-Kanal finden sich mehr als doppelt so viele Posts wie in denen der anderen untersuchten Gruppen. Täglich werden mehrere Beiträge geteilt, die vom Gruppen-Admin in Teilen einordnend kommentiert werden. Mitunter werden dabei ganze Sammlungen von Videos oder Bildern anderer Kanäle auf einmal geteilt. Dabei leitet die Gruppe in umfangreichem Maße Inhalte und Erzählungen aus dem Querdenken- und Verschwörungsmilieu weiter, wodurch die Follower:innen von GRO förmlich von Inhalten überschwemmt werden.

Deutungsmuster

Die Deutungsmuster von GRO spiegeln den historisch-ideologischen Kern vieler Anti-Corona-Protestgruppen wider, da die Gruppe weiterhin auf die Kritik der Coronamaßnahmen fokussiert, die sie für sich genommen als falsch und schädlich betrachtet. Daran schließt sich im Fall von GRO eine Kritik am Staat an, dem vorgeworfen wird, die demokratischen Grundrechte durch die Coronamaßnahmen nicht nur willentlich und wissentlich missachtet zu haben, sondern obendrein systematisch auszuhöhlen. Die Gruppe vertritt die Ansicht, dass die Coronamaßnahmen nicht nur überzogen gewesen, sondern vom Staat gezielt eingesetzt worden seien, um die Kontrolle über die Bevölkerung zu erlangen. Die Politik wird demnach als korrupt und autoritär dargestellt, die Medien als verlängerter Arm der Regierung.

Politische Diagnose

Das Thema der Corona-Aufarbeitung ist für GRO weiterhin zentral und wird im Gegensatz zu anderen Gruppen kaum mit anderen Themen vermischt und erweitert. Obgleich bei Demonstrationen etwa auch Friedensfahnen getragen werden und »Frieden schaffen ohne Waffen« skandiert wird, sind die Coronamaßnahmen das Hauptthema der Kundgebungen, das insbesondere der Organisator der Gruppe stringent verfolgt. Aus der Sicht von GRO stellen die Coronamaßnahmen einen

wissentlichen und willentlichen Bruch der demokratischen Grundrechte durch die politische Elite dar, deren Legitimität gegenüber dem Volk als grundlegend beschädigt betrachtet wird. Solange dieser Bruch nicht geheilt und die Legitimität durch Aufarbeitung nicht wiederhergestellt sei, ist es für die Gruppe selbstverständlich, weiterhin gegen die Coronamaßnahmen zu protestieren. Vor diesem Hintergrund begreift sich GRO selbst als einzig verbliebene Verteidigerin der »wahren« Demokratie, da sie weiterhin für die Einhaltung der Grundrechte kämpfe, während die breite Bevölkerung entweder apathisch oder bewusst uninformatiert sei.

Diese kritische Wahrnehmung der Rolle der Politik während der Pandemie wird indes auch auf die politische Entwicklung *nach* der Pandemie übertragen. In Fortführung der Corona-Kritik wird insbesondere Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach als »Scharlatan« (*Telegram-Nachricht*, Weiterleitung), der das Gesundheitssystem vorsätzlich zerstöre, scharf kritisiert. Dieser Vorwurf wird durch Verschwörungsnarrative gestützt, die in den Kanälen der Gruppe kursieren – etwa die Behauptung, die Covid-Impfung sei tödlich und nur aus Profitgier eingesetzt worden:

»Pfizer tötet deine Familie aus Profitgründen – die Regierung bestätigt, dass 92 % der COVID-Todesfälle im Jahr 2022 dreifach geimpft waren. Aus Tabelle 1 des Datensatzes geht hervor, dass die überwiegende Mehrheit der Covid-19-Todesfälle bei denjenigen auftrat, die drei oder mehr Dosen der Covid-19-Injektion erhalten hatten.« (*Telegram-Nachricht*, Weiterleitung)

Die von GRO präsentierte radikalisierte und generalisierte Kritik an der Corona-Politik kulminiert nicht nur in verbreiteten Formen eines generellen und grundlegenden Misstrauens gegenüber politischen Eliten, sondern auch in offenen Verschwörungserzählungen, in denen die »Eli-

ten« selbst bloß die geheime Agenda einer »Neuen Weltordnung«¹⁰ exekutieren. Ein Post stellt fest:

»Alle Parteien werden von der kontrollierten Spitze gelenkt. Es zählen weder Volks, noch Wähler noch Mitgliederwillen, alle was zählt ist die AGENDA für die neue Weltordnung NWO.« (*Telegram*-Nachricht, Weiterleitung)

Darüber hinaus baut die Gruppe die Medien als zentralen Gegner auf: Die Medienberichterstattung während der Pandemie wird als gezielte Propaganda dargestellt, die eine kritische Auseinandersetzung mit den Anti-Corona-Maßnahmen verhindert habe. Den Medien wird vorgeworfen, sich während der Pandemie schuldig gemacht zu haben, da sie die Maßnahmen und die Impfung befürwortet und dadurch Menschenleben gefährdet hätten. In einem Post auf *Telegram* wird dies explizit formuliert: »Chefredakteure großer Medien haben Blut an Händen 🍷« (*Telegram*-Nachricht, Weiterleitung). Journalist:innen hätten »Gesinnungsethik« statt der erforderlichen »Verantwortungsethik« (*Telegram*-Nachricht, Weiterleitung) walten lassen.

Lösungen und Strategien

An die skizzierte Grundkritik eines Grundrechtsbruches anschließend sind die Lösungsvorschläge von GRO im Kern vergleichsweise klar. Die Osnabrücker Gruppe zentriert auf Forderungen nach einer umfassenden Aufarbeitung der Corona-Politik. Hierunter versteht sie indes mehr als eine kritische Rückschau. Weil die politische Elite, wie GRO in Aktionen und Onlinekommunikation beständig darlegen will, einen willentlichen und wissentlichen Grundrechtsbruch begangen habe, der

10 »Proponents of the ›New World Order‹ conspiracy believe a cabal of powerful elite figures wielding great political and economic power is conspiring to implement a totalitarian one-world government. It is believed that this is taking place through a grand ongoing conspiracy to influence the media, press, civil society and democracy from the shadows. Many major world events and crises are attributed to the ›New World Order‹« (ISD 2022: 3).

ihre Legitimität grundlegend infrage stelle, wird eine rechtliche Verfolgung der politisch Verantwortlichen gefordert. Dies wird unter dem Schlagwort »Politikerhaftung« popularisiert. Gemeint ist die juristische Haftung politischer Entscheidungsträger:innen – bei und für Fehlentscheidungen sollen diese sowohl mit ihrem Privatvermögen als auch mit ihrer Freiheit haften. Wer eine solche Fehlentscheidung feststellen soll, bleibt indes offen. Die Forderung nach Politiker:innenhaftung steht in einem deutlichen Spannungsverhältnis zum Anspruch der Gruppe, die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte zu verteidigen – sie würde den Freiheiten und Rechten von Abgeordneten entgegenstehen, die diese befähigen sollen, längerfristige unabhängige und gegebenenfalls unpopuläre Entscheidungen zu treffen.¹¹

Weitere Forderungen von GRO zielen ebenfalls auf Veränderungen des politischen Systems ab, wie etwa eine Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene oder die Direktwahl des oder der Bundespräsident:in. Zudem soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk reformiert werden, dessen politische und journalistische Unabhängigkeit GRO als gegenwärtig nicht gegeben ansieht. Ein weiterer bedeutsamer Aspekt von GROs politischen Lösungsvorschlägen ist ein Appell an alle Bürger:innen, sich politischen Missständen durch eine kritische Haltung und deren Anwendung bewusst zu werden:

»Wenn die Menschen bewusst handeln, ist die Gängelung morgen vorbei. Ein grundsätzlich kritisches Denken und der Wille bewusste Entscheidungen zu treffen, sind Pflicht. Der ständigen Umerziehung würde sofort der Spielraum entzogen und der Gesellschaft wieder Luft zum Atmen gegeben. Das dulle Mitlaufen und die naive Leichtgläubigkeit der Massen sind mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar.«
(Telegram-Nachricht)

11 Konkret widerspricht eine »Politikerhaftung« der verfassungsmäßig festgehaltenen Indemnität von Abgeordneten (Art. 46 Abs. 1 GG) sowie der Freiheit der Abgeordneten, die nur ihrem Gewissen unterworfen sein sollen (Art. 38 Abs. 1 GG).

Auf diese Weise wird die negative Erfahrung während Corona als Problem verallgemeinert und betont, dass die derzeitigen Verhältnisse und diagnostizierten Missstände sich allein durch das aktive Mitwirken einer informierten und kritischen Bevölkerung überwinden ließen. Um die Bürger:innen hierfür zu sensibilisieren und zu aktivieren, betreibt die Gruppe ihre offensiven und konfrontativ gestalteten Aufklärungs- und Dialogformate, von denen sie sich eine Mobilisierung zu versprechen scheint. Politischer Protest wird aus dieser Sichtweise zum integralen Bestandteil politischer Kultur und als unmittelbare Kontrollinstanz institutioneller Politik gesehen.

Motivation und Appelle

Die Motivation von GRO speist sich grundsätzlich aus der weiterhin zentralen Wahrnehmung der von den Pandemiemaßnahmen verursachten Missstände. Weil diese nicht nur für sich rückblickend inhaltlich falsch und gesellschaftlich schädlich gewesen seien, sondern obendrein die Beziehung zwischen Volk und Elite grundlegend beschädigt hätten, erachtet die Gruppe ihr Handeln als ebenso dringlich wie notwendig, um die demokratischen Verhältnisse zu restaurieren. Solange dieser Zustand nicht behoben worden scheint, begreift die Gruppe die eigenen Aktivitäten als notwendigen Akt des Widerstands und kann folglich nicht mit ihren Demonstrationen aufhören. Die Missstände, die GRO insgesamt skizziert, werden von der Gruppe schlicht als zu gravierend, grundlegend und systemisch wahrgenommen, als dass ein Ende der eigenen Protestaktivitäten ins Auge gefasst werden könnte. Die Forderungen nach Reformen und Bewusstwerdung spiegeln die Überzeugung der Gruppe wider, die Demokratie in Deutschland lasse sich nur durch ihren fortgesetzten Protest retten.

Hinzu kommen konkretere politische Motivationen. So wird in den *Telegram*-Kanälen der Gruppe regelmäßig auf vermeintlich hohe Todeszahlen durch die Impfung verwiesen, um die Dringlichkeit ihres Protests zu untermauern. Insbesondere Kinder und ältere Menschen werden als schutzbedürftige Gruppen herangezogen, die es stellvertretend politisch zu schützen gelte. Eine weitere zentrale Motivation ist die Wahrnehmung von Zensur und Unterdrückung durch Regierung

und Medien. Diese wird nicht nur als systemischer Missstand beklagt, sondern auch als konkreter Angriff auf die Gruppe verstanden, woraus eine starke interne Motivation und ein Zusammenhalt erwachsen. Letzterer wird auf verschiedene Weise bestärkt: So werden beispielsweise Videos von und Berichte über Konfrontationssituationen mit der Polizei – sowohl während als auch nach der Coronazeit – geteilt, die empört kommentiert werden und die Wahrnehmung eines Angriffs von außen zu untermauern scheinen. Auch die fortgesetzte Kontroverse mit der lokalen Öffentlichkeit im Rahmen der regelmäßigen Kundgebungen scheint die Gruppe in ihrer Kritik zu stabilisieren und in ihrer Motivation zu bestärken.

Fall 4: »Rote Linie Hildesheim« (RLH)

Die Protestgruppe »Rote Linie Hildesheim«¹² (RLH) ist eine während der Coronapandemie entstandene Bewegungsorganisation, die regelmäßig Aktionen in Hildesheim durchführt. Ihr Protestrepertoire umfasst wöchentliche Demonstrationen, die von der Gruppe in der Tradition der frühen Anti-Corona-Proteste als »Spaziergänge« bezeichnet werden. Auch hält die Gruppe, ähnlich der Hannoveraner ERH, in ihren Demonstrationen als Mahnwachen bezeichnete Stopps ab, um mit Passant:innen ins Gespräch zu kommen. Hinzu kommt die Teilnahme an regionalen und landesweiten Demonstrationen. RLH stellt sich als unbeugsame Gemeinschaft dar, die für die Bevölkerung eintritt und sich gegen eine als korrupt empfundene politische Führung und Medienlandschaft wehrt. Ihre Kommunikation ist oftmals von polemischen und ironischen Zuspitzungen, politischer Gegnerschaft zu Eliten sowie

-
- 12 Die im Folgenden beschriebene Bewegungsorganisation RLH hat sich nach dem Untersuchungszeitraum mehrmals verändert. Design und Name des Telegram-Kanals der Gruppe wurden zunächst in »Bürger für Aufklärung – Hildesheim« geändert und Anfang 2025 gelöscht. Vorab wurde den Follower:innen empfohlen, andere Post-Corona-Protest-Kanäle zu abonnieren. Kurz nach ihrer Neubenennung im Jahr 2025 hat sich die Gruppe wiederum in »Montags-spaziergänger aus Hildesheim« umbenannt.

Niedergangserzählungen geprägt, die in Verbindung mit der gemeinsamen politischen Betätigung ein kollektives Gefühl der Bedrohung und Ausgrenzung erzeugen und verstärken können. Als Protestarena nutzt RLH soziale Medien sowie regelmäßige Demonstrationen, um ihre Sichtbarkeit zu stärken und ihre Mobilisierung aufrechtzuerhalten. Im Untersuchungszeitraum stellt zudem die Unterstützung der Bauernproteste Anfang 2024 einen zentralen Bezugspunkt für neue potenzielle Mobilisierungs- und Vernetzungsprozesse dar. Gleichzeitig nutzt die Gruppe das Narrativ von Solidarität und Zusammenhalt, um Anhänger:innen zu binden und zu mobilisieren.

Organisation und Ressourcen

Entstanden ist die Gruppe in ihrer untersuchten Konstellation im Mai 2023. Ihre organisatorischen Strukturen und die Protestform der »Spaziergänge« bestehen allerdings schon seit 2021/22, ihre zentralen Gründungsfiguren sind bereits seit Beginn der Proteste aktiv. Der Name »Rote Linie« verweist auf eine Aussage von Olaf Scholz aus dem Jahr 2021, in welcher der Bundeskanzler erklärte, es gebe für ihn keine roten Linien bei der Bekämpfung der Coronapandemie, einschließlich Überlegungen zu einer allgemeinen Impfpflicht (vgl. Spiegel 2021). Demgegenüber positioniert sich die Gruppe als Korrektiv, das sich auch gegen als übermäßig restriktiv empfundene Demonstrationsauflagen und das als repressiv empfundene Verhalten der Polizei zusammengeschlossen hat. In ihrer Historie ist die Protestgruppe in der Universitätsstadt Hildesheim des Öfteren mit Gegenprotesten konfrontiert. Ihre verschiedenen Abgrenzungen – gegen die namensgebende Politik von Scholz, Gegenproteste und die Polizei – üben augenscheinlich eine starke Prägekraft auf die Teilnehmer:innen aus. Die Mobilisierung der Post-Corona-Proteste in Hildesheim ist jedoch seit deren Hochphase im Jahr 2022, im Trend mit der abnehmenden Bewegungsdynamik insgesamt, stark rückläufig.

Die verbliebene Gruppe umfasste im Beobachtungszeitraum circa vierzig aktive Personen, die an wöchentlichen Demonstrationen teilnehmen und vor allem aus Hildesheim-Stadt und dem Umland zu kommen

scheinen. Demografisch überwiegen die mittleren Kohorten zwischen etwa 40 und 65 Jahren. Personen unter 30 Jahren sind kaum vertreten, während solche im Rentenalter einen nennenswerten Anteil ausmachen. In der Gruppe ist das Geschlechterverhältnis aber recht ausgeglichen. Augenscheinlich ist der sozioökonomische Hintergrund heterogen. Personen aus der unteren Mittelschicht scheinen zu überwiegen, während auch die Rhetorik und Kommunikation von RLH darum bemüht ist, arbeits- und alltagsweltliche Perspektiven zu unterstreichen.

Innerhalb der Gruppe übernimmt der Administrator des *Telegram*-Kanals zentrale organisatorische Aufgaben. Er lädt zu den Protesten ein, dokumentiert die Aktionen durch Fotos und Videos und übernimmt auf Veranstaltungen die Wortführung. Die Gruppe greift dabei auf verschiedenartige organisatorische Ressourcen zurück, die eng mit ihren Aktionsformen verknüpft sind. Ihre materiellen Ressourcen sind auf die Durchführung von Demonstrationen als Hauptaktionsform der Gruppe ausgerichtet. Hierfür verfügt RLH etwa über Schilder, Friedens- und Deutschlandfahnen, Mikrofone, eine transportable Lautsprecherbox, Kameraequipment sowie Trommeln. Die Gruppe profitiert dabei von der Organisations- und Vernetzungsarbeit der Hannoveraner Gruppe ERH (vgl. Fall 1). Deren Organisator:innen haben offenbar zum Teil die Anschaffung einheitlicher Protestschilder organisiert und Ankündigungen für gemeinsame Aktionen übernommen. Auch wurden Logo und Flyer von RLH einschließlich der darauf platzierten Forderungen weitestgehend an das Design der ERH-Gruppe angepasst, wie ein Vergleich von zentralen Flyern deutlich zeigt (vgl. Abb. 7).

Die Harmonisierung von Designelementen und Forderungen sowie personelle Überschneidungen von Aktivist:innen verweisen dabei auf einen bewussten und engen Austausch sowie Kooperationen insbesondere mit der Hannoveraner Gruppe ERH:

»Hannover braucht unsere Unterstützung!!! Kommt bitte Zahlreich
 « (*Telegram*-Nachricht)

»Hallo ihr freiheitsliebenden Menschen! Wenn euch Freiheit und Demokratie etwas bedeuten, dann kommt nach Göttingen und setzt

euch bei der Demo für Versammlungsfreiheit statt Extremismus ein und zeigt der Stadt, dass wir die friedlichen Demonstranten sind!« (Telegram-Nachricht)

Die Teams von der ›Roten Linie Hildesheim‹ und von ›ES REICHT! HANNOVER‹ erwarten euch auf Göttingens Straßen!« (Telegram-Nachricht)

Abbildung 7: Flyer der Protestgruppen ERH aus Hannover (links) und RLH aus Hildesheim (rechts)



Quelle: Telegram-Nachrichten

Auch SMW sind Teil dieses lokalen Netzwerks, in dem etwa gegenseitig Veranstaltungen beworben werden. RLH ist allerdings kei-

neswegs als Hannoveraner Anhängsel zu betrachten. Die Mitglieder der organisatorischen Kerngruppe von RLH verfügen durch ihr kontinuierliches Engagement über ein Spektrum an Erfahrungswerten zu zentralen Fragen und Strategien des Ablaufs sowie der Organisation von Demonstrationen. Diese Erfahrungen werden wiederum zum Teil aktiv bei anderen Demonstrationen, wie etwa den Bauernprotesten im Winter 2023/24, eingebracht. Hier versuchen Mitglieder von RLH, ihr Wissen – etwa zu Themen wie dem Umgang mit der Polizei und der Presse – anzubieten und zu teilen. Neben dem kontinuierlichen Austausch mit Hannoveraner Aktivist:innen und dem gegenseitigen Werben für ihre Demonstrationen bestehen weitere Kontakte zu Bewegungseliten und überregionalen Protestgruppen mit niedersächsischen Bezügen. Dies schlägt sich in unregelmäßigen Unterstützungsbesuchen nieder, die mit großer Wertschätzung aufgenommen werden. Einige RLH-Mitglieder lassen indes ein besonders umfangreiches Engagement erkennen: Ihre regelmäßige Teilnahme an lokalen Protesten, die intensive Mitwirkung an eigenen Aktionen, die Beteiligung an größeren Demonstrationen am Wochenende sowie die Unterstützung anderer Proteste erfordern erhebliche zeitliche Ressourcen und zeugen von sehr hoher Motivation.

Jenseits analoger Aktivitäten nutzt RLH auch den digitalen Raum sehr intensiv, etwa zum Aufruf zu Protesten oder zum Werben und Verbreiten von Flyern und Demonstrationsaufrufen. Meist beziehen sich diese auf Hildesheim und Umgebung, selten werden aber auch Aufrufe zu Demonstrationen in Großstädten wie Berlin oder Hamburg geteilt. Indes wird der Kanal von RHL insgesamt kaum genutzt, um eigene Themen zu setzen oder inhaltliche Diskurse zu führen. Empfehlungen von anderen *Telegram*-Kanälen oder Hinweise auf Inhalte alternativer Medien finden sich hier nur selten, nehmen jedoch im Verlauf der Untersuchung insbesondere mit dem Beginn der Bauernproteste im Winter 2023/24 merklich zu. Geteilt werden etwa Videos von langen Demonstrationszügen auf Autobahnen, Hauptstraßen oder Treffen von Treckern auf größeren Plätzen wie Raststätten oder Parkplätzen. Die Videos wirken wie ein Liveticker, die Gruppenmitglieder werden über

das aktuelle Demonstrationsgeschehen, insbesondere in Niedersachsen, aktuell und ausführlich informiert.

Aktionsrepertoire

Die zentrale von RLH praktizierte Aktionsform ist die nach außen und an die lokale Öffentlichkeit gerichtete Demonstration. Diese weist einen routinierten Charakter auf. Die Protestzüge, die oftmals videografisch dokumentiert werden, folgen einer festen Route durch die Hildesheimer Innenstadt. Wie noch in der Pandemiephase, als Proteste untersagt waren, werden diese als »Spaziergänge« angekündigten Versammlungen vorab nicht als Demonstration angemeldet, sondern als spontaner Protest vor Ort bei der Polizei angezeigt, welche die Veranstaltungen gleichermaßen routiniert erwartet. Diese Praxis der ritualisierten Nichtanmeldung von Demonstrationen illustriert das Selbstverständnis von RLH als Widerstandsgruppe, die administrative Auflagen zumindest symbolisch missachtet.

Während der Demonstrationen bewegen sich die Teilnehmer:innen, teils lautstark, mit einem mitgeführten »Schildermeer« und Trommeln durch die Innenstadt. Zuweilen wechseln sie dabei die Formation, die mal in die Länge gezogen hintereinander, mal in der Breite verläuft. Eine weitere, in die Demonstrationen integrierte Aktionsform von RLH sind Mahnwachen. Bei diesen werden an gut besuchten Orten in der Innenstadt sowie am Rand stark befahrener Straßen Protestschilder hochgehalten, welche die Botschaften der Gruppe still kommunizieren. Zuweilen nehmen RLH-Mitglieder auch an Autokorsos teil oder unterstützen diese symbolisch vom Straßenrand, wie dies etwa im Kontext der Bauernproteste zu beobachten war. Selbsternanntes Ziel der Gruppe RLH ist es, Passant:innen sowie Autofahrer:innen zu informieren und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, wobei Letzteres nur selten zu gelingen scheint.

Die regelmäßigen analog durchgeführten »Spaziergänge« von RLH sind auch ein zentrales Element der digitalen Außenkommunikation der Gruppe. Auch hier nimmt der Koordinator der Gruppe eine zentrale Rolle ein. Über den gruppeneigenen *YouTube*-Kanal – im *Telegram*-Kanal von

RLH wird meist nur ein entsprechender Link gepostet – werden zum einen sogenannte *Shorts*¹³, zum anderen kurze Videos der Demonstrationen veröffentlicht. Dieses videografische Material wird wiederum zum Teil durch den überregionalen *Telegram*-Aggregationskanal »Freie Niedersachsen« oder regionale Streaming-Kanäle wie »Wendezeit Hannover« oder »End- und Neuzeitreport« verbreitet. Die analog durchgeführten Demonstrationen werden so im Digitalen vervielfacht und reproduziert.

Die digital verbreiteten Aktionsvideos von ERH weisen ein bestimmtes und leicht wiederzuerkennendes Profil auf. Schnitt und Ton folgen jeweils einem ähnlichen Aufbau und einer ähnlichen Inszenierung: Nach der Einblendung des RLH-Logos erscheint ein musikalisch unterlegter »Teaser« des Spaziergangs, oft begleitet von einem kurzen Wortbeitrag eines Mitglieds. Es folgt ein Ankündigungstext des Koordinators, der tagesspolitische Ereignisse oder den Protest selbst thematisiert. Der musikunterlegte Hauptteil zeigt die Protestteilnehmer:innen in meist gut gelaunter Stimmung, wie sie durch die Straßen ziehen. Protestvideos sind fast ausschließlich mit Songs aus der Querdenken-Szene unterlegt, deren Stilistik von Rock über Pop bis zu Schlager reicht. Die Songs transportieren gemeinschaftsbetonende und teils gesellschaftskritische Texte, die gerappt oder gesungen werden. Zuweilen wird der Song »Was wir alleine nicht schaffen (das schaffen wir dann zusammen)« von Xavier Naidoo genutzt – besonders während der Pandemie hatte sich der Sänger in einer als rassistisch und verschwörungsideologisch kritisierten Weise geäußert (vgl. Baier/Herrmann 2022). In den so unterlegten Videos werden außerdem Zitate etwa von George Orwell oder Mahatma Gandhi eingeblendet und für anstehende Demonstrationen geworben. Die Videos enden mit einem kollektiven Dank an die Beteiligten und teils auch an die Polizei.

Im Inneren zeichnet sich die Gruppe RLH augenscheinlich durch eine hohe Kohäsion aus, die sich auch als Ergebnis der spezifischen Bin-

13 Hierbei handelt es sich um kurze, vertikal ausgerichtete Videos, die (häufig unter 60 Sekunden) speziell für den Konsum auf dem Smartphone produziert sind.

nenkultur betrachten lässt. So ist etwa die Kommunikation innerhalb des analysierten *Telegram*-Kanals von Ansprachen geprägt, die sich vor allem an die Gruppe selbst richten. Statt politischer Themensetzung dominieren interne Bestärkungen, Solidaritätsbekundungen sowie Glückwünsche, etwa zu Weihnachten oder Neujahr.

»Wir wünschen euch allen eine wunderschöne Weihnachtszeit, kommt zur Ruhe und genießt diese Zeit ! Eure Rote Linie Hildesheim
 « (*Telegram*-Nachricht)

Der *Telegram*-Kanal von RLH fungiert darüber hinaus als Mobilisierungs- und Informationsplattform für lokale Proteste – inhaltlich müssen die Empfänger:innen hier offenbar nicht mehr überzeugt werden. Auch im Straßenprotest von RLH sind Ausdrucksformen augenfällig, die den Zusammenhalt der Gruppe spiegeln beziehungsweise stärken. Man versichert sich einer gegenseitigen Dankbarkeit, pflegt einen herzlichen Umgang, umarmt sich, führt angeregte Gespräche und gratuliert zu Geburtstagen. Passend zur Weihnachtszeit wurden etwa von einer »Weihnachtsfee« Rubbellose mit dem Slogan »Gratuliere, die Regierung tritt zurück« verteilt. Die Proteste von RLH sind ebenso ein soziales Event, der affektive Charakter der Gruppe wird aktiv gefördert.

Deutungsmuster

Die Deutungsmuster der Gruppe RLH weisen grundsätzlich zwei Eigenheiten auf. Zum einen spiegelt sich die geschilderte organisatorische Vernetzung mit der Hannoveraner ERH-Gruppe auch auf Ebene der politischen Problembeschreibungen und Forderungen – so präsentiert RLH eine inhaltlich breit gefächerte Problemdiagnose sowie eine grundlegende Kritik an der Regierung. Zum anderen finden sich nur wenige inhaltliche Vorschläge oder strategische Ansätze zur Lösung der kritisierten Probleme.

Politische Diagnose

Ähnlich wie im Fall ERH präsentiert RLH eine relativ breite und vielfältige Problemdiagnose. Diese reicht von allgemeinen Chiffren wie Zukunft, Freiheit oder Frieden über eine generelle Kritik an den Medien bis zu konkreteren Themen wie der Inhaftierung Julian Assanges (eventuell inspiriert durch den Aktivismus von SMW) oder der Warnung vor einer befürchteten Bargeldabschaffung. Daneben finden sich Plakate von RLH, die dezidiert auf soziale Themen abzielen, wie etwa »Leben muss bezahlbar bleiben«. Zudem reklamiert die Gruppe, sich insbesondere für die Anliegen zukünftiger Generationen einzusetzen, was sich etwa an dem Plakatslogan »Ich laufe für die Zukunft meiner Kinder und Enkel« zeigt. Der zentrale inhaltliche Bezugspunkt von RLH bildet indes die Coronapandemie, woran sich die Forderung nach deren politischer Aufarbeitung und Systemkritik anschließt.

Die Protestschilder und Demonstrationsaufrufe im *Telegram*-Kanal von RLH zeigen einerseits eine drastisch harte Rhetorik, die etwa kritisiert: »Die Politik führt Krieg gegen das Volk! Die Medien, als vierte Gewalt, existieren nicht mehr!« (*Telegram*-Nachricht, Weiterleitung); andererseits finden sich humorvolle bis sarkastische Zuspitzungen, wie »Die nächste Impfung schützt – Todsicher!« oder »Kämpft für eure Freiheit wie fürs Klopapier« (Plakataufschrift). Die Gruppe sieht sich einer »wahnsinnigen Politik« (*Telegram*-Nachricht, Weiterleitung) und Gesellschaft ausgesetzt, in der Gewalt, Ausgrenzung und Spaltung zunehmen und von Medien sowie Politik forciert würden, während das soziale Miteinander zunehmend erodiere. Kurz vor Weihnachten heißt es in der *Telegram*-Gruppe:

»[...] ein Hauch von Weihnachten liegt in der Luft, die offiziellen Vertreter der Parteien, die Gewerkschaftsfunktionäre, die ›philanthropischen‹ NGO-Bosse, sowie der sogenannte Bundespräsident predigen an diesen Tagen medienwirksam Frieden und Zusammenhalt, während sie hinter den Kulissen Spaltung und Krieg säen.« (*Telegram*-Nachricht)

Eine weitere zentrale Problemdiagnose von RLH bezieht sich auf den Vorwurf der Erhöhung und Verschwendung von Steuern. Hierbei wird eine – auch andernorts gewählte – Gegenüberstellung von Volk und Elite konstruiert: auf der einen Seite ein ehrliches, arbeitendes Volk, häufig repräsentiert durch arme, flaschensammelnde Rentner:innen; auf der anderen Seite ein sich bereicherndes Establishment, das Gelder für Migrations-, Flüchtlings- und Klimapolitik, Entwicklungshilfe sowie Waffenlieferungen ausgibt:

»Und weiter wird das eigene Volk ausgebeutet; nicht nur die Flaschensammler werden angehalten ein Gewerbe anzumelden, sondern ein Gesetz [...] lässt alle Bürger ab 2000€ Umsatz auf Internettauschbörsen direkt ans Finanzamt melden...um den Feudalherren ihre Eskapaden zu finanzieren.« (*Telegram-Nachricht*)

Als Hauptverantwortliche für gesellschaftliche Probleme wird die politische Führung ausgemacht, dabei der Regierung unmoralisches Verhalten vorgeworfen. Innerhalb der Ampelregierung werden insbesondere die Politiker:innen der Grünen kritisiert. Ein für RLH charakteristisches Stilmittel sind polemische Wortneuschöpfungen: So werden die Minister:innen der Ampelregierung in Posts etwa als »Scarface Habeck« oder »Annageddon Baerbock« beschrieben. Medien wird dabei eine tiefgreifende Komplizenschaft mit der korrupten Politik und gesellschaftlichen Eliten unterstellt, die für populistische Weltansichten typisch erscheint (vgl. Kapitel 9). Neben humoristischen Protestschildern wie »Schluss mit dem gehAMPEL« finden sich indes auch deutlich radikalere Formulierungen, welche die Regierung als durchweg kriminell darstellen: »Diese ›Regierung‹ erinnert in weiten Teilen eher an eine kriminelle Vereinigung mit mafiösen Strukturen« (*Telegram-Nachricht*). Gezeichnet wird das Bild einer manipulativen und unehrlichen Elite, die öffentlich Werte wie Frieden und Zusammenhalt propagiere, während sie – so das RLH-Narrativ – hinter den Kulissen aktiv an der Spaltung der Gesellschaft arbeite und von Kriegen sowie anderen Krisen profitiere.

Lösungen und Strategien

Im Anschluss an ihre relativ breit greifenden Problem Diagnosen formuliert RLH kaum konkrete Handlungsstrategien oder politische Lösungsvorschläge. Diese verharren zumeist auf abstrakter Ebene oder bestehen in der Kritik der dargestellten gesellschaftspolitischen Probleme. Man schwärmt, teils lakonisch-melancholisch, von einer Zeit, in der noch alles gut gewesen sei. In einer Videodatei, verbreitet im *Telegram*-Kanal der Gruppe, singt ein Mann, begleitet von einem Kind und seiner Gitarre:

»Die Freiheit ist schon längst im Arsch, das Klima aber nicht, und trotzdem fordern sie, den ganzen Tag Verzicht. Ich will endlich wieder tanken, für nen Euro und 10 Cent, oder meine Meinung sagen, ohne dass die Luft gleich brennt. Ich will wieder durch den Park gehen, ohne Messerstecherei, oder auf den Weihnachtsmarkt stehen, ohne all die Polizei. Ich wünsche mir den Rücktritt vom rot-geld-grünen Clan, da würden selbst die Hirten nochmal zur Krippe fahren [...]«.
(transkribierter Textauszug der Videodatei aus dem *Telegram*-Kanal)

Konkrete Lösungen sind allenfalls, wie im oberen und in anderen Zitate ersichtlich, aus Problembeschreibungen und motivationalen Frames abzulesen: Die Ampelregierung solle zurücktreten, die Coronazeit aufgearbeitet werden und die Steuern insbesondere für die Gastronomie und Energie deutlich fallen. Zugleich präsentiert die Gruppe zwar positive, allerdings vage Chiffren wie etwa »Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung« (*Telegram*-Nachricht, Weiterleitung).

Vor diesem Hintergrund enthalten die von RLH formulierten Handlungsstrategien weniger ein konkret zu veränderndes ›Was‹ als ein mit den moralischen Bewertungen der Protestgruppe kongruentes ›Wie‹. Die Antwort auf die von RLH geschilderten Probleme besteht so im trotzigem Appell zum Protest auf der Straße, der im Fall einer Mahnwache etwa unter dem Titel »SO NICHT !!!« (*Telegram*-Nachricht) steht. Hinzu kommt die Strategie, sich mit anderen Protestaktionen, wie etwa seitens der Land- oder Speditionswirtschaft, solidarisch zu erklären. Durch die Nutzung abstrakter Appelle, wie »Es reicht, nicht mehr mit UNS!!!«, wird eine gemeinsame Interessenlage von »Han-

del, Gesundheit, Private[n] Leute[n], Industrie, Handwerk, Bauern, Logistik, Pflege« suggeriert (Demoaufruf).

RLH inszeniert ihren Protest als Widerstandskampf und pflegt das Selbstbild einer »kleinen, unbeugsamen Gruppe von freiheitsliebenden Menschen« (*Telegram*-Nachricht). Trotz der offensiven Oppositionspose ruft RLH zu friedlichen Protestformen sowie Toleranz unterschiedlicher Meinungen auf, wie etwa in einem Post deutlich wird, der sich auf die Eskalationsdynamiken der Bauernproteste bezieht:

»NEIN, wir machen das nicht. Wir distanzieren uns von der ganzen Geschichte, von dem ganzen Hasspotenzial was da ist, von den ganzen Idioten, die da sind, sei es die Antifa, sei es XYZ, vollkommen egal, bleibt friedlich, alles andere hat keinen Wert. Gibt der Presse keine Bilder, die sie gegen euch verwenden können. Gibt der Presse schöne Bilder, wie z.B. [...] eine Straße [, die] von einem Trecker blockiert wird, oder oder. [...] Sowas. Das sind schöne Bilder. Aber gibt ihn bitte nicht die Bilder, die sie haben wollen. Wir gehen den friedlichen Weg. Wir wollen auch die Bevölkerung mit uns nehmen.« (transkribierte Sprachnachricht im *Telegram*-Kanal)

In dieser Sprachnachricht schlägt die Gruppenelite klare Verhaltensvorgaben vor, die das Selbstverständnis der Gruppe als friedliche Einheit betonen und taktische Überlegungen zur Wahrnehmung durch die (als gegnerisch empfundene) Presse beinhalten. Dargestellt werden soll vor allem der innere Zusammenhalt der Bewegung:

»Jetzt liegt es an uns! [...] Göttingen funktioniert nur mit euch! wir brauchen euch! Sei auch du ein Teil von diesem wichtigen Tag! Stellen wir uns gemeinsam gegen den Extremismus in Göttingen! Jeder Teilnehmer zählt! Göttingen geht nur gemeinsam! Die Masse entscheidet. Zeigen wir wie Zusammenhalt aussieht! [...]« (*Telegram*-Nachricht, Weiterleitung)

Die hier geäußerte Selbstwahrnehmung steht wiederum in deutlichem Kontrast zum Umgang der Gruppe mit ihren Gegner:innen. Besonders Gegenproteste werden mit Spott überzogen. So werden etwa in Videos

der Gruppe die Gesichter von Gegendemonstrant:innen mit Schafsköpfen überdeckt und ein Blöken eingespielt. Hier wird sich augenscheinlich auf die abwertende Bezeichnung »Schlafschafe« bezogen, die Anhänger:innen von Verschwörungserzählungen für Personen nutzen, die »nicht erwacht« seien. Sie legen, so das dehumanisierende Narrativ, ein Herdenverhalten an den Tag, das dem von Schafen entspreche.

Motivation und Appelle

Das geschilderte strategische Ziel von RLH, die eigenen Proteste aufrechtzuerhalten, erfordert ein intensives Engagement zur Entwicklung normativer oder emotionaler Motivationen. Um ihre Mobilisierung zu stabilisieren oder gar auszuweiten, verfolgt die Gruppe unterschiedliche Strategien: Auf der einen Seite appelliert sie an das vorhandene und ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl; dabei verweist sie immer wieder auf Erfahrungen und Deutungen, welche die Gruppe während der Pandemie gemacht habe. Zur Beschreibung des eigenen Engagements wird häufig die Metapher eines Marathons gewählt, um auszudrücken, dass allein die Unermüdlichkeit des Protests Veränderungen bewirken könne. Die hier entstandene »Schicksalsgemeinschaft« müsse solidarisch zusammenhalten – mitunter beziehen sich Demonstrationen ganz auf das Narrativ des gemeinsamen Widerstands und der Solidarität innerhalb der Szene:

»Dankbarkeit und Anerkennung sind Werte die in der Menschheit immer wieder zu kurz kommen! Wir stehen alle unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, der eine mehr und der andere weniger. Die Personen die sich für uns alle eingesetzt haben, sich für uns alle laut und stark gemacht haben, ihre eigenen Existenzen aufs Spiel gesetzt haben, sind die die jetzt politisch verfolgt werden! Das muss enden! Setzen wir uns für die ein, die sich auch für uns eingesetzt haben!« (*Telegram-Nachricht, Weiterleitung*)

Auf der anderen Seite versucht RLH, auf verschiedene Weisen die Dringlichkeit des eigenen Protests herauszustellen. Dabei nutzt sie etwa das dramaturgische Element des Countdowns, der die verbleibenden Tage

bis zu einer Aktion immer wieder ankündigt und auf diese Weise eine forcierte Dringlichkeit suggeriert (wie beispielsweise bei Aufrufen zur Teilnahme an einer Demonstration in Göttingen). Um zum weiteren Engagement zu motivieren, wird immer wieder eine Verknüpfung mit aktuellen und erfolgreich(er)en Protestdynamiken hergestellt, um dem eigenen Handeln neue Wichtig- und Dringlichkeit zu verleihen. So wurden etwa die Ereignisse im Rahmen der Bauernproteste im eigenen *Telegram*-Kanal beständig in Form einer Art Liveticker begleitet, in dem vielfältige Bilder von Trecker- und Lkw-Korsos gepostet wurden. Dies vermittelt den Eindruck, an einem neuralgischen Punkt zu stehen, an dem sich gesellschaftliche Unzufriedenheiten zu einer »Massenbewegung« des Volks verdichten, der die eigene Aktivität dringend erfordert: »Die Bauern haben vorgelegt – bringen wir es gemeinsam zu Ende!« (*Telegram*-Nachricht).

Fall 5: Spazierende Stammtische

Neben den vorangehend untersuchten aktiven Protestgruppen und den erwähnten bereits demobilisierten beziehungsweise inaktiven Gruppen ließ sich im Feld eine dritte Art von Gruppe beobachten, die wir als *spazierende Stammtische* bezeichnen. Diese offenbar aus Anti-Corona-Protestgruppen hervorgegangenen Versammlungen weisen im Beobachtungszeitraum zwar keine nach außen gerichteten politischen Charakteristika mehr auf, kommen aber weiterhin regelmäßig zu – angekündigten – öffentlichen gemeinsamen Spaziergängen von mitunter überraschender Größe zusammen. Obwohl jenseits einer Grundinformation im *Telegram*-Kanal ›Freie Niedersachsen‹ keine digitalen Demonstrationsaufrufe der Gruppe ersichtlich waren, nehmen an den regelmäßigen Zusammenkünften bisweilen mehr als zwanzig Personen teil. Diese Gruppentreffen erfüllen scheinbar zuvorderst soziale und diskursive Funktionen; bei näherer Beobachtung lassen sich jedoch Merkmale eines post-protestpolitischen Rituals erkennen, das an die einst praktizierten Aktionsformen erinnert.

Aufgrund ihres spezifischen Charakters wurden diese spazierenden Stammtische im Forschungsprozess abweichend analysiert: Da sie keine offiziellen Kanäle auf *Telegram* betreiben, konnte einerseits die – in einigen Fällen offenbar auf (geschlossene) *Telegram*-Gruppen begrenzte – Ebene der digitalen Kommunikation nicht untersucht werden (vgl. Kapitel 4); aufgrund der spezifisch-sozialen Interaktionsform der Gruppen vor Ort haben unsere Beobachtungen keine politischen Aktionen ins Auge gefasst, sondern sich auf die wahrnehmbaren kollektiven Handlungs- und Interaktionsformen sowie auf Hintergrundgespräche mit einzelnen Teilnehmer:innen konzentriert. Um die dabei gewonnenen Erkenntnisse zu verdichten, werden im Folgenden Beobachtungen mehrerer – charakterlich ähnlicher – Gruppen verbunden, die in Delmenhorst, Hildesheim und Wolfsburg stattfanden.

Organisation und Ressourcen

Die beobachteten spazierenden Stammtische sind, soweit dies erhoben werden konnte, Überbleibsel oder Abspaltungen früherer lokaler Anti-Corona-Proteste. Während ihrer Hochphase Ende 2021 bis Anfang 2022 erzeugten als »Spaziergänge« deklarierte Demonstrationen etwa in Delmenhorst (vgl. Möller 2022) oder Wolfsburg (vgl. Rasehorn 2021) teils konfrontative Auseinandersetzungen mit Politik, Polizei und Stadtgesellschaft. Die – damals bewusst irreführende – Bezeichnung als Spaziergänge scheint zu einer Form der Vergemeinschaftung geführt zu haben, die im Kern bis heute fortbesteht. Die Gruppen, die sich weiterhin dieser Protestform bedienen, führen nun tatsächlich eher Spaziergänge als Demonstrationen durch. Für Demonstrationen typische expressive Handlungen, wie die Präsentation politischer Zeichen und Symbole, Forderungen oder Sprechchöre, sind hier nicht zu erkennen. Im Gegensatz zu den offensiv-extrovertierten Aktionsformen der anderen Gruppen wiesen sie im Beobachtungszeitraum einen weithin defensiven und introvertierten Charakter auf.

Die Spaziergänge werden als regelmäßige Treffen mit teils leicht fluktuierenden Teilnehmer:innen organisiert. Deren Zahl lag während der Beobachtung – örtlich variierend – zwischen 10 und 25 Personen, die

mehrheitlich offenbar aus den jeweiligen Städten stammen. Vereinzelt stoßen Personen aus umliegenden und teils peripher gelegenen Regionen hinzu, in denen entsprechende Angebote fehlen. Das Sozialprofil ähnelt jenem der untersuchten aktiven Post-Corona-Protestgruppen: In den gemischtgeschlechtlichen Spaziergangsgruppen dominieren Personen, die den mittleren bis älteren Kohorten zwischen etwa 45 und 70 Jahren zuzuordnen sind. Neben einzelnen Teilnehmer:innen, die über prekäre Hintergründe berichten, überwiegt ein situiert-mittelschichtiges Sozialprofil, das sowohl Personen mit akademischem Habitus aufweist als auch Personen, die sich als aktive oder ehemalige (Industrie-)Arbeiter:innen beschreiben.

Die teils innige Interaktion einiger Teilnehmer:innen deutet auf längere persönlich-politische Bekanntschaften und eine gewisse organisatorische Kontinuität der Gruppe hin. Die meisten Teilnehmer:innen der beobachteten Spaziergänge scheinen aus lokalen Kontexten zu stammen und größtenteils miteinander vertraut zu sein. In Einzelfällen wie etwa in Hildesheim sind personelle Überschneidungen mit weiterhin aktiven Protestgruppen ersichtlich. Trotz ihres vornehmlich sozialen Charakters können in den beobachteten Gruppen jeweils Personen beobachtet werden, die basale interne Funktionen übernehmen, indem sie als Wortführer:innen auftreten oder den Ablauf von Spaziergängen anleiten. Weitere Organisationsstrukturen sind im Zuge der Beobachtung von außen nicht zu erkennen.

Jenseits dieser personellen Basis ließen sich im Fall der Spaziergänger:innen-Gruppen kaum materielle Ressourcen beobachten. In einigen Städten tragen einzelne Personen an andere politische Bewegungen erinnernde gelbe Warnwesten oder szenetypische Buttons. Für Demonstrationen notwendiges Equipment ist für die Aktionsform des Spaziergangs weder erforderlich noch vorhanden. Die kommunikative Infrastruktur der Spaziergänger:innen scheint sich jenseits der regelmäßigen Treffen auf – in der Studie aus forschungsethischen Erwägungen nicht untersuchte – geschlossene *Telegram*-Gruppen zu beschränken. Als immaterielle Ressource sind die Bereitschaft zu wenigstens unregelmäßiger Teilnahme sowie die kollektiv eingeübte Routine des Spazierengens im städtischen Raum zu erkennen.

Aktionsrepertoire

Das Aktionsrepertoire der Gruppen besteht aus – soweit beobachtet werden konnte – gemeinsamen monatlichen Spaziergängen. Dazu versammeln sich die Teilnehmer:innen am späten Nachmittag beziehungsweise frühen Abend an öffentlichen Plätzen im innerstädtischen Bereich. Zu beobachten ist ein ritualisiert anmutender Ablauf: Zunächst tauschen sich die Anwesenden formlos und persönlich aus, wobei der Auftritt der Gruppen mehr an einen Vereinsausflug als an eine politische Aktion erinnert. Es folgt ein, zumeist zügiger, Spaziergang, der offenbar einer bekannten Route und einem gewohnten Ablauf folgt, die keiner größeren Verständigung unter den Teilnehmer:innen mehr bedürfen.

Die währenddessen und danach geführten Gespräche hinterlassen den Eindruck, das gemeinsame Spazierengehen stelle vor allem ein Format für den Austausch der Gruppenmitglieder dar. Weil auf diesen spazierenden Stammtischen weder eine bestimmte Formation eingehalten noch politische Symboliken gezeigt oder Slogans skandiert werden, gehen die Teilnehmer:innen von außen betrachtet zuweilen in der Masse und Bewegung innenstädtischer Passant:innen unter. Sie sammeln sich jedoch immer wieder an Haltepunkten. Vereinzelt findet ein kurzer kommunikativer Austausch mit Außenstehenden statt, die einzelne Teilnehmer:innen der Spaziergänge grüßen und augenscheinlich mit ihnen bekannt sind. Andernorts ereignet sich der Spaziergang in einer nach Ladenschluss bereits weitgehend menschenleeren Innenstadt. Am Ende der Umzüge verweilen einige Teilnehmer:innen zu gemeinsamen Gesprächen über Gesellschaft und Politik, bevor sie nach rund einer Stunde auseinandergehen oder die Zusammenkunft bei einem Café-Besuch ausklingen lassen.

Teilnehmende beschreiben die Aktionsform des Spaziergangs als defensive Reaktion auf die äußeren sozialen und politischen Ausgrenzungs- und Repressionserfahrungen sowie als Ansatz zur Vermeidung des administrativen Aufwands einer Demonstrationsanmeldung. Stellen die ›Spaziergänge‹ während der Coronapandemie eine Möglichkeit zur Umgehung der administrativen Einschränkungen dar, wirken sie

während der Beobachtung – in Ermangelung politischer Kommunikation – nun äußerlich unpolitisch und privat. Zugleich weist die zum Ritual geronnene Demonstration kollektiver und stiller Präsenz in der Öffentlichkeit einen post-politischen Charakter auf, der sich von rein privaten Aktivitäten abhebt.

Deutungsmuster

Weil die beobachteten spazierenden Stammtische als Gruppe keine offenen Symboliken oder Botschaften erkennen lassen, können die Perspektiven und Deutungsmuster der Gruppen nur über Gespräche erschlossen werden.¹⁴ Die zufällig angesprochenen Teilnehmer:innen der Spaziergänge weisen zwar fraglos intensiv eingeübte soziale Routinen auf, antworten auf Nachfragen aber überwiegend defensiv. Statt ihre politischen Anliegen zu erklären, verweisen sie auf bestimmte Personen, die gruppenintern offenbar die Wortführung übernehmen. Die in Gesprächen auf verschiedenen Spaziergängen dargestellten persönlichen Hintergründe, Erfahrungen und Perspektiven ähneln sich jedoch in vielen Bereichen.

Als zentrales Problem diagnostizieren die Gesprächspartner:innen die während der Pandemie erlebten freiheits- und grundrechtsbeschränkenden Anti-Corona-Maßnahmen sowie deren repressive Durchsetzung seitens des Staats. Mehrere Personen berichten von – teils noch immer abzuzahlenden – Bußgeldern sowie konfrontativen Erlebnissen sowohl mit der Polizei als auch mit Gegenprotesten seitens der lokalen Zivilgesellschaft – wobei insbesondere auf jüngere Antifa-Aktivist:innen verwiesen wird. Ergänzt wird diese Problematik in einigen Fällen um die private Erfahrung von Einsamkeit, Isolation und Hilflosigkeit während der Pandemie – die zum Teil mit der Sorge um (eigene) Kinder verknüpft wird. Diese wird in Gesprächen bisweilen mit

14 Der Spaziergang in Delmenhorst wurde nur von außen beobachtet, ohne dass Interaktionen oder Gespräche mit Beteiligten zustande kamen. In Hildesheim und Wolfsburg wurden jeweils mehrere Gruppen- bzw. Einzelgespräche geführt.

Hinweisen auf persönliche Schicksalsschläge und Marginalisierungserfahrungen verbunden.

Aus der – nach Aussagen der Teilnehmenden überwiegend erst während der Pandemie erfolgten – Politisierung und Mobilisierung, die stark vom Eindruck der Ausgrenzung und Repression geprägt ist, resultiert ein misstrauischer bis offen verschwörungstheoretischer Blick auf den Staat. Dieser wird bezichtigt, die Pandemie absichtsvoll genutzt zu haben, um seine Bürger:innen zu unterdrücken. Die Wahrnehmung eines übergriffigen oder gar totalitären Staates wird zum Teil mit Erfahrungen verbunden, die einzelne Teilnehmer:innen biografisch in der DDR gesammelt haben. Eine Teilnehmerin prognostiziert, die Coronapandemie beziehungsweise die durch sie erfolgte »Unterdrückung der Bürger« (Beobachtungsprotokoll November 2023) sei lediglich der Beginn eines größeren Plans, wie er etwa vom Vorsitzenden des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab vertreten werde.¹⁵ Hieran knüpfen andere Kritiken an Staat und Staatlichkeit an. Einzelne Teilnehmer:innen der Spaziergänge ventilieren offenbar die von Reichsbürger:innen popularisierte Kritik, in Ermangelung einer echten Verfassung existiere der deutsche Staat eigentlich nicht. Zudem werden jenseits der Pandemie relevante gesellschaftliche und politische Missstände kritisiert, zu denen die ökonomische Unsicherheit insbesondere sozial Schwacher und Rentner:innen durch die Inflation wie auch gesellschaftliche Entfremdungs- und Polarisierungserfahrungen infolge zerbrochener Sozialbeziehungen gehörten.

Weniger noch als im Fall der untersuchten Protestgruppen formulieren die Gesprächspartner:innen aus den Spaziergänger:innengruppen

-
- 15 Der Wirtschaftswissenschaftler Klaus Schwab hat ein Buch mit dem Titel »Der Große Umbruch« mitveröffentlicht, in dem skizziert wird, wie sich infolge der Covid-Pandemie die Wirtschaftsordnung nachhaltiger gestalten ließe. Diese Initiative wird in Verschwörungsnarrativen mit der Behauptung verknüpft, eine mächtige Elite untergrabe die Gesellschaft und wolle grundlegende Werte wie Familie und Freiheit zerstören, um eine autoritäre Weltregierung oder einen »grünen Staatssozialismus« in Deutschland zu installieren (vgl. Kleinen-von KönigsLöw/von Nordheim/Schütz 2025: 42).

politische Lösungen für die diagnostizierten Probleme. Wie für die Gesellschaftsform des Stammtischs bisweilen üblich, erschöpft sich ihr politischer Gehalt in der Formulierung einer – mitunter brachialen – politischen Kritik. Ihre sowohl strategischen als auch motivationalen Perspektiven fokussieren insbesondere auf die Aktivitätsform des Spazierengehens und die Pflege persönlicher Beziehungen mit Gleichgesinnten. Als Privatperson wertschätzen die Befragten die früheren Protestaktionen und verbliebenen Spaziergänge als Quelle gegenseitiger Anerkennung und als einen durch Offenheit und Toleranz geprägten sozialen Zusammenhang. Hier, so berichten verschiedene Befragte, könne man »Gleichgesinnte« und »Gemeinschaft« finden sowie »Kraft tanken«, was ebenfalls an die Interaktionen klassischer Stammtische erinnert. Auch unterstützen sich die Teilnehmenden gegenseitig bei Alltagsaufgaben, beispielsweise bei Krankheit (vgl. Beobachtungsprotokoll November 2023).

Die soziale Funktion der spazierenden Stammtische ist insofern vieldeutig. Sie dienen zwar dem Rückzug aus der Sphäre des Politischen, verbleiben aber in der Öffentlichkeit; sie dienen zwar dem persönlichen und politischen Austausch, enthalten sich aber einer gemeinsamen politischen Positionierung. Der hier erlebte Zusammenhalt wird indes nicht allein als Restauration präpandemischer Zustände verstanden. Einige Teilnehmer:innen beschreiben die Spaziergänge vielmehr als eine für sie neue Erfahrung und Form individueller wie kollektiver Selbstermächtigung. Andere wiederum verbinden ihre Teilnahme mit religiös anmutenden Gefühlen der Erweckung. Insgesamt dienen die spazierenden Stammtische zwar praktisch vor allem der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Gemeinschaft und sozialer Zugehörigkeit, verweisen aber zugleich auf die Möglichkeit, politisch handeln zu können, worin für zukünftige Proteste ein gewisses Mobilisierungspotenzial liegen dürfte.

7 Vergleichsanalyse: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Was eint und was unterscheidet nun die verschiedenen Protestgruppen der Post-Corona-Bewegung in Niedersachsen voneinander? Nachdem wir im vorangegangenen Teil dieser Studie die untersuchten Fälle in detaillierten Case-Reports präsentiert haben, sollen nun die Erkenntnisse zu den einzelnen Gruppen einer strukturierten Vergleichsanalyse unterzogen werden. Um übergreifende Gemeinsamkeiten und regionale Unterschiede herauszuarbeiten und zu verdichten, betrachten wir zunächst die Ergebnisse der einzelnen Analysekategorien – Ressourcen, Aktionsformen und Deutungsmuster der Gruppen – über die verschiedenen untersuchten Proteste hinweg. Auf dieser Grundlage werden Idealtypen und weitere Differenzierungen entwickelt, welche die Eigenheiten der Post-Corona-Bewegung systematisch beschreiben.

Überblick: Regionale Mobilisierung und Strukturen

Ausgangspunkt unserer Untersuchung ist die geschlossene Gelegenheitsstruktur, in der sich die Anti-Corona-Proteste in Niedersachsen und anderswo bewegen. Wie in Kapitel 5 gezeigt wurde, schwanden mit dem offiziellen Ende der Anti-Corona-Maßnahmen im Februar 2023 (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2023) zwar die vorherigen rechtlich-administrativen Einschränkungen, welche die Anti-Corona-Proteste wesentlich geprägt und radikalisiert hatten. Mit dem Ende der Corona-Schutzmaßnahmen verloren die Protestgruppen allerdings den

zentralen Gegenstand ihrer Demonstrationen, aus Warte der breiten Öffentlichkeit zudem deutlich an Relevanz und Dringlichkeit. Zugleich führte die während der Pandemie geprägte negative Wahrnehmung der Anti-Corona-Proteste in der Öffentlichkeit dazu, dass Kooperationsanreize für mögliche Bündnispartner:innen in Parteien und anderen Bewegungen weiter schwanden. Trotz immer wieder aufflammender öffentlicher Debatten über eine politische Aufarbeitung der Pandemie fanden die Protestgruppen daher kaum Gehör oder sogar Unterstützung etablierter Akteure aus Politik und Medien.

Ab 2023 standen die beobachteten Post-Corona-Proteste somit vor der doppelten strategischen Herausforderung, Antworten sowohl auf ihren thematischen Bedeutungsverlust als auch ihren politischen Paria-Status zu finden – vor allem, da die Anti-Corona-Proteste bereits am Ende der Pandemie massiv geschrumpft waren. Die dennoch auch in der postpandemischen Phase weiterhin motivierten Aktivist:innen waren insofern zum einen gefordert, die Ressourcenbasis ihrer Gruppen durch eine effektive Mobilisierung von Personen sowie die Akquise von Material und Fähigkeiten zu stabilisieren; zum anderen bedurfte es neuer Ansätze, die öffentliche Wahrnehmung der Bewegung zu verbessern, wozu Bewegungen üblicherweise auf strategische Anpassung und Aktualisierung von Inhalten und Aktionsformen oder mit der Knüpfung politischer Bündnisse reagieren (vgl. McAdam 1983). Tatsächlich zeigen sich auch übergreifend und niedersachsenweit verschiedene Initiativen, die Proteste zu verstetigen und zu institutionalisieren, indem übergreifende Medien und Organisationsformen eingeführt wurden.

Die zu Beginn der Studie durchgeführte Vorerhebung verbliebener Protestaktivitäten in Niedersachsen im Herbst 2023 weist darauf hin, dass die niedersächsischen Gruppen grundsätzlich auch in der postpandemischen Situation überraschend kontinuierlich und relativ breit mobilisieren konnten. Die zu diesem Zeitpunkt rund sechzig regelmäßigen, angekündigten Aktivitäten verstreuten sich über weite Teile des Bundeslandes. Größere protestfreie Regionen fanden sich insbesondere in weniger stark besiedelten Regionen wie etwa den Landkreisen Cuxhaven und Heidekreis sowie im Emsland und Weserbergland. Die von uns erfassten angekündigten Aktivitäten fanden sowohl in großen

als auch in kleineren Städten statt, lagen jedoch vielfach in oder in der Nähe von mittleren oder großen Städten. Ballungen von Protestankündigungen finden sich insbesondere im niedersächsischen Umland von Bremen, Hamburg und vor allem Hannover.

Abbildung 8: Protestaufrufe zu Post-Corona-Protesten in Niedersachsen im Herbst 2023 (vgl. Kapitel 4)



Quelle: eigene Erhebung, Darstellung Katja Töpfer

In der Region Hannover zeichnet sich ein von Westen nach Osten reichender Gürtel besonders vieler Aktivitäten von Post-Corona-Gruppen ab, deren Zentrum damit vor allem in dem von Industrie- und

Dienstleistungsstrukturen geprägten mittleren Südosten Niedersachsens liegt, der zu den angestammten Hochburgen der Sozialdemokratie im Bundesland gehört.

Dem Befund einer fortwährenden und regional relativ breiten Mobilisierung stehen indes qualitative Hinweise auf Prozesse einer Demobilisierung gegenüber. Darauf weisen sowohl die Aussagen von Teilnehmer:innen noch aktiver Gruppen, die von einem Schrumpfungsprozess im Vergleich zur Gründungs- und Hochphase während der Pandemie berichten, als auch die Auflösung einzelner von uns zur Untersuchung anvisierter Gruppen hin. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass sich die Mobilisierung der Anti-Corona-Proteste in der postpandemischen Phase auf niedrigem Niveau stabilisiert hat. An den – laut Aussagen von Mitgliedern – inzwischen zwar kleineren, aber anhaltend hochaktiven Gruppen nahmen im Untersuchungszeitraum zwischen zehn und achtzig Personen teil. Dies deutet auf eine – insbesondere für regelmäßig durchgeführte Proteste – weiterhin beachtliche Mobilisierungsfähigkeit sowie auf einen verbliebenen harten Kern von Aktivist:innen von mitunter überraschender Größe hin.

Beide Einschätzungen – sowohl der Schrumpfung als auch der Stabilisierung eines harten Kerns – werden grundsätzlich von der quantitativen Untersuchung von Helmer und Zylla (i.E.) gestützt. Diese zeigt einerseits, dass der Umfang der Kommunikation in Querdenken-Gruppen nach dem Ende der Pandemie zwar merklich gesunken ist, sich seit Anfang 2023 aber – trotz einiger Schwankungen – stabilisiert hat (vgl. ebd.). Andererseits weisen die Autoren anhand der 2023 in Querdenken-Kanälen veröffentlichten Posts auf kommunikative Hochburgen in Niedersachsen hin, die vor allem in den Regionen Hannover und Osnabrück sowie in den Landkreisen um Braunschweig und Gifhorn liegen, die in der vorliegenden Studie zumindest teilweise vertiefend untersucht wurden.

Zudem ergeben sich aus unserer Studie weitere Hinweise auf übergreifende Bewegungsreaktionen, die sich insbesondere durch innovative Ansätze und Taktiken der Zentralisierung und Vernetzung auszeichnen. McAdam (1983) beschreibt die Entwicklung und Aneignung neuer Bewegungstaktiken, sobald sich die Umstände einer Bewegung verän-

dern; eine solche Innovation ist beispielsweise die Nutzung (oder Schaffung) neuer Bewegungskommunikationsmedien (vgl. Donovan/Lewis/Friedberg 2019).

Zum einen zeigen sich diese etwa in den Aktivitäten des Aggregationskanals »Freie Niedersachsen«, in dem Demotermine, -aufrufe und -berichte zentral gesammelt und geteilt werden – der Kanal bildet damit einen zentralen Kontaktpunkt, der die lokalen niedersächsischen Post-Corona-Proteste überregional miteinander verknüpft. Auch bewerben Gruppen untereinander regionale sowie Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Diese werden augenscheinlich jeweils als Teil derselben Bewegung und nicht als Konkurrenz verstanden, auch wenn sie parallel stattfinden. Vereinzelt werden von anderen Gruppen entwickelte Aktionsformate als besonderes »Event« auf eigenen Veranstaltungen präsentiert und integriert, wie etwa im Fall von Wanderausstellungen.

Zum anderen finden sich Bemühungen zur Etablierung einer professionell produzierten und überregional ausgerichteten Bewegungszeitung namens *Klartext – Bürgerzeitung für Niedersachsen*. Diese ist, zusammen mit weiteren regionalen Ablegern, aus dem Projekt »Klartext Bürgerzeitung für Hohenlohe« hervorgegangen. Zwischen Februar 2023 und April 2024 erschienen insgesamt drei, im Stil einer Tageszeitung gestaltete Klartext-Niedersachsen-Ausgaben, die laut Selbstdarstellung in einer Auflage von 20.000 Exemplaren gedruckt (vgl. Hüther 2024) und von Freiwilligen verteilt wurden. In den achtseitigen Printausgaben finden sich sowohl Protestaufrufe und -berichte als auch Artikel, Kommentare und Kritiken, die eine von den Leitmedien »falsch oder lückenhaft« informierte Leser:innenschaft über »Hintergründe der Geschehnisse in Deutschland und der Welt« aufklären und so »zum Nachdenken und Hineinfühlen« (Klartext Niedersachsen 2023: 8) motivieren sollen.¹

1 Inzwischen ist das Projekt aber offenbar zum Erliegen gekommen. Hierauf verweisen das Ausbleiben einer angekündigten vierten Printausgabe, die Löschung der Website wie auch der weitgehend inaktive *Telegram*-Kanal von Klartext-Niedersachsen.

Organisation und Ressourcen

Vor dem Hintergrund fortdauernder Aktivitäten stellt sich zunächst die Frage, ob und welche materiellen und immateriellen Ressourcen die Post-Corona-Protestgruppen mobilisieren können – denn auf diesen beruht wiederum ihre Organisation.

Profil und Prägung

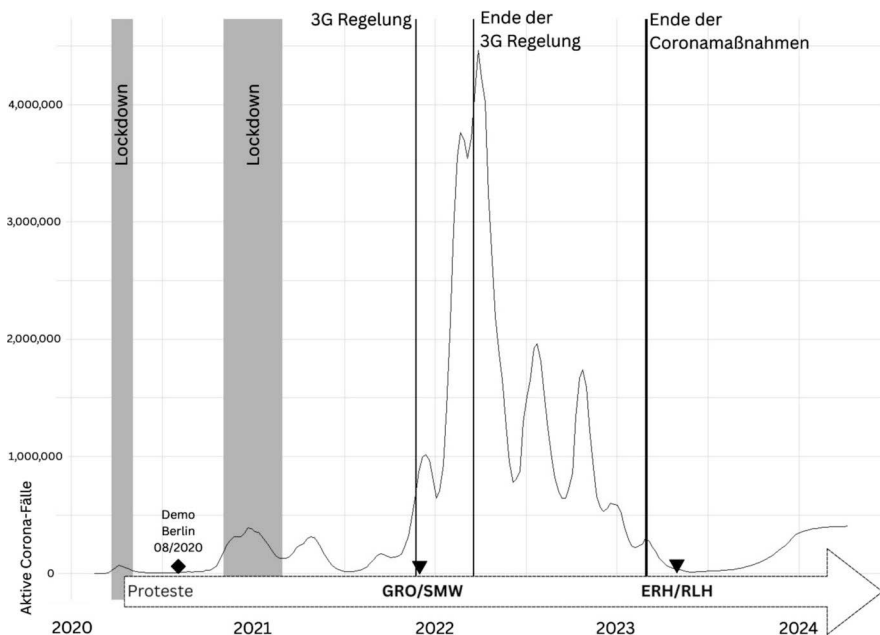
Bedeutsam ist zunächst das historisch gewachsene Profil der Gruppen, das sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede aufweist. Das Gros der Teilnehmer:innen, die mit uns gesprochen haben, berichteten, in den Jahren 2020 bis 2022 insbesondere durch die Coronamaßnahmen politisiert und initial mobilisiert worden zu sein, die sie aus verschiedenen Gründen privat und politisch als skandalös empfunden haben. Als besonders prägend erscheinen eigene oder vermittelte Erfahrungen sozialer und politischer Ausgrenzung sowie Konfrontationen mit der Polizei. Daraus resultiert bei vielen Befragten nicht nur ein tiefes Misstrauen gegenüber Politik, Staat und Medien, sondern auch die Wahrnehmung ihrer zunehmend defensiven politischen Positionen.

Auf diese Erfahrungen und Wahrnehmungen reagierte man jedoch strategisch unterschiedlich: Ältere und thematisch fokussierte Gruppen wie die »Schneemänner mit Würde« (Hannover) oder »Grundrechte Osnabrück« gründeten sich bereits Ende 2021 in der Hochphase der Pandemie (vgl. Abb. 11). Sie blieben ihrer Prägung treu und entwickelten später bloß teilweise ein über das Gründungsthema hinausweisendes Themenprofil. Demgegenüber finden sich später (neu) gegründete Gruppen wie »Es reicht! Hannover« oder »Rote Linie Hildesheim«, deren Mitglieder zwar ebenfalls bereits während der Pandemie gegen die Coronamaßnahmen in anderen Formationen protestiert hatten, zum Ende der Pandemie aber formell neue Gruppen gründeten, die sich strategisch mit einem breiteren Profil positioniert haben.

Die Bewegungsorganisationen der Post-Corona Bewegung sind selten institutionalisiert – etwa in Form eines eingetragenen Vereins –, sondern werden eher vom steten Engagement Einzelner getragen. In

dem Netzwerk aus Netzwerken, das die soziale und politische Bewegung ausmacht, stellen Ausdauer und Engagement der Beteiligten die entscheidende organisatorische Ressource dar. In Ermangelung institutioneller Strukturen werden Aktivitäten und Mobilisierung der Teilnehmer:innen nicht von einem Apparat, sondern vom persönlichen Einsatz eines harten Kerns von Aktivist:innen getragen. Die von diesen hochaktiven Personen und insbesondere den zentralen Organisator:innen eingebrachten Eigenschaften und Fähigkeiten bilden und prägen wiederum die materielle und immaterielle Ressourcenbasis, auf der die Gruppen ihr Profil und Aktionsrepertoire entfaltet haben.

Abbildung 9: Verlauf der Coronapandemie und Protestgeschehen



Quelle: eigene Erhebung und Darstellung; aktive Fallzahlen (Radtko 2025), zentrale Ereignisse (Betsch et al. 2022, COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO))

Das Sozialprofil der Gruppenteilnehmer:innen weist gruppenübergreifend gewisse Ähnlichkeiten auf: So zeigt sich überall eine gemischte Geschlechterverteilung. Während die Teilnehmer:innen insgesamt einen leichten Männerüberhang – von etwa drei Fünfteln – aufweisen, werden mehrere Gruppen von Frauen organisiert und geleitet. Auch die Altersstruktur der Gruppen ähnelt sich insgesamt: Dominant sind die Kohorten etwa zwischen 40–65 Jahren, vereinzelt kommen etwas ältere Personen hinzu. Jugendliche und junge Erwachsene werden zwar in der Rhetorik der Gruppen oftmals adressiert, fehlen jedoch bei den beobachteten Aktionen allorts gänzlich. Ein zumindest ähnlicher generationeller Erfahrungshintergrund der zwischen den 1970er und 1990er Jahren sozialisierten Aktivist:innen bildet eine wichtige Grundlage der beobachteten Vergemeinschaftungs- und Abgrenzungsprozesse. Dies zeigt sich etwa in der – sowohl positiven als auch negativen – Bezugnahme auf jüngere Kohorten, die entweder als von der Pandemie besonders betroffene adressiert oder als gegenüber Grund- und Bürgerrechten ignorante Generation kritisiert werden. Sozial erscheinen die beobachteten Anti-Corona-Proteste übergreifend als diverse Mittelschichtsbewegung, die verschiedene soziale und kulturelle Milieus integriert. So ist ein Nebeneinander von akademischen und nichtakademischen Hintergründen sowie von – durch die Pandemiebekämpfung oftmals besonders betroffenen – alternativ-künstlerischen, bürgerlich-akademischen, kleinunternehmerisch-selbstständigen und prekären Profilen erkennbar.

Ressourcenbasis

Die verbliebenen Aktivist:innen verfügen über die Ressourcen, welche für Struktur, Organisation und Aktivitäten der Gruppen elementar sind. Hierzu gehören zum einen immaterielle Ressourcen, die von den Teilnehmer:innen und insbesondere Organisator:innen persönlich eingebracht werden; das zeitaufwendige und konstante Engagement verweist auf ausreichende zeitliche und finanzielle Reserven sowie berufliche und soziale Selbstbestimmungsgrade, die für das mittlere Alter der Aktivist:innen nicht untypisch sein mögen. Hinzu kommen

eine offenbar hohe Motivation, sich intensiv in Aktionen einzubringen, sowie die Fähigkeit, sich in die vorgegebenen Aktionsformen einzufügen. Ebenso zentral ist die ausgeprägte Bereitschaft zur Mobilität. Zahlreiche Aktivist:innen nehmen regelmäßig auch an Aktionen anderer lokaler, regionaler oder überregionaler Gruppen und Initiativen teil. Vor allem die Organisator:innen der Gruppen bringen überdies persönliche und teils beruflich profilierte Fähigkeiten im Bereich Rhetorik, Kommunikation, Technik oder Organisation ein, die der Durchführung, Mediatisierung und Verstetigung von Aktionen zuträglich sind. Bedeutsam sind hier vor allem vielfältige Fähigkeiten, die zur Herstellung digitaler Inhalte und der intensiven Nutzung sozialer Netzwerke zur Selbst- und Gruppendarstellung auf Messengerdiensten notwendig sind.

Zentral für die Aktivitäten der untersuchten Gruppen sind zum anderen bestimmte materielle Ressourcen. Hierzu gehört ein – relativ schmales – Set kollektiv genutzter Materialien, die für die regelmäßigen Aktionen im analogen Raum benötigt werden. Sie variieren je nach Aktionsform leicht. Demonstrationzüge und Kundgebungen erfordern Schilder, Banner, transportable Lautsprecher und Mikrofone, während Gruppen mit spezifischen Aktionsformaten überdies besondere Materialien wie etwa Verkleidungen, Ausstellungsgegenstände oder Instrumente nutzen. Sämtliche Gruppen verfügen über teils professionelle Audio- und Videotechnik, mit der sie ihre Veranstaltungen dokumentieren und mediatisieren (vgl. etwa Livingstone 2009; Lazar/Wan 2022). Insgesamt werden die beschriebenen Basisressourcen entweder von einzelnen Aktivist:innen mitgebracht oder von den zentralen Organisator:innen der Gruppen zur Verfügung gestellt, was die materiellen Hürden einer Teilnahme beträchtlich senkt. Aufwendigere materielle Ressourcen, wie etwa Wanderausstellungen, größere Instrumente und Videotechnik, werden zum Teil auch durch regionale oder überregionale Aktivist:innen oder Videostreamer:innen zur Verfügung gestellt und gruppenübergreifend intensiv wie effektiv miteinander geteilt.

Organisationsstrukturen

Organisatorisch deuten sich vor allem in den analogen (Inter-)Aktionen der Post-Corona-Protestgruppen eine informelle Arbeitsteilung sowie flache Hierarchien an. Diese ähneln einer für Aktivismus oft charakteristischen Zwiebelstruktur: Im Zentrum der öffentlichen Aktivitäten stehen Personen, die zentrale Organisationsaufgaben und – zumindest faktisch – Sprecher:innenfunktionen übernehmen. Zusammen mit weiteren besonders aktiven und mobilen Aktivist:innen bilden sie die Gruppenkerne, die für die Akquise von Ressourcen und die Aufrechterhaltung von Organisation, Mobilisierung und Kommunikation – somit für die Stabilität der Gruppen – elementar sind. Weitere Aktivist:innen konzentrieren sich eher auf die Teilnahme an lokalen Aktionen. Sie folgen augenscheinlich den von den Organisator:innen vorgegebenen Proteststrategien und -dramaturgien und treten in den Aktionen kaum selbst kommunikativ in Erscheinung. Nach außen hin sind die untersuchten Gruppen vielfältig und intensiv mit anderen Post-Corona-Protestgruppen vernetzt – personell und organisatorisch unterstützt man einander bei Aktionen. Diese Vernetzung basiert sowohl auf der hohen Bereitschaft zu Mobilität als auch auf den vielfältigen Kontakten und persönlichen Beziehungen insbesondere der Organisator:innen der Gruppen.

Auch im digitalen Raum findet sich eine umfassende kommunikative Infrastruktur der Gruppen. Hierzu gehören die Profile in Sozialen Medien wie *YouTube*, *Instagram* oder *X*. Das kommunikative Rückgrat stellt indes der Messengerdienst *Telegram* dar: Dort eingerichtete *Gruppen* werden in der Regel zur Binnenkommunikation von Mitgliedern genutzt.² Die offenbar meist von den Organisator:innen betriebenen *Kanäle* dienen insbesondere dazu, Informationen und Teilnahmeaufrufe in Text-, Bild und Videoformaten zu verteilen. Ergänzt wird die eigene digitale Infrastruktur durch den Rückgriff auf ein externes Netzwerk von *Telegram*-Kanälen, die während der Pandemie eine Art Ökosystem des Protests ausgebildet haben (Schrimpf et al. 2023). Dazu

2 Diese waren allerdings nicht Gegenstand der vorliegenden Studie.

gehören neben den genannten Aggregationskanälen insbesondere die lokal ansässigen oder regional orientierten Info- und Streaming-Kanäle, darunter »WendeZeit Hannover« oder »End- und Neuzeitreport«. Deren Betreiber:innen übertragen, kommentieren und dokumentieren als bewegungsnahe Medienmacher:innen auf ihren *Telegram*- oder *YouTube*-Kanälen Protestveranstaltungen. Die von ihnen bereitgestellten Videos werden im medialen Ökosystem vielfach geteilt oder weiterverbreitet, womit lokale Gruppen unterstützt und miteinander vernetzt werden sowie ihre mediale Sichtbarkeit erhöht wird. Hinzu kommt eine alternative Medienlandschaft³ im deutschsprachigen (vgl. Rone 2022) und internationalen (vgl. Starbird 2017) Raum, die wohlwollend über die Anti- beziehungsweise Post-Corona-Proteste berichtet und Themen setzt, die mit den Perspektiven der Protestgruppen kongruent sind.

Aktionsrepertoire

Im Laufe ihres mehrjährigen Engagements haben die untersuchten Post-Corona-Gruppen ein breites und recht differenziertes Aktionsrepertoire entwickelt, das sowohl analoge als auch digitale Kommunikations- und Protestformen umfasst. Diese folgen sowohl klassisch-etablierten als auch innovativ-kreativen Ansätzen der Protestkommunikation. Dabei finden sich gruppenübergreifend zwar insgesamt ähnliche, im Detail jedoch spezifische Aktions- und Interaktionsformen. Klassische Protestformen wie öffentliche Demonstrationen oder Kundgebungen werden genutzt und weiterentwickelt – und zugleich in die Online-Kommunikation integriert. Die praktizierten Aktions- und Kommunikationsformen spiegeln grundsätzlich die kollektive Identität der Protestgruppen, die stark von der geteilten Erfahrung sozialer und

3 »Alternative news media position themselves as correctives of the mainstream news media, as expressed in editorial agendas or statements and/or are perceived as such by their audiences or third-parties« (Holt/Ustad Figenschou/Frischlich 2019: 860).

politischer Ausgrenzung sowie der wahrgenommenen Betroffenheit von staatlicher Repression während der Pandemie geprägt ist.

Die kommunikativen Appelle und Angebote der Gruppen wirken nach innen und außen: Intern tragen Aktionsformen dazu bei, die kollektive Identität der Protestgruppen sowie die Kohäsion zwischen ihren Mitgliedern zu stabilisieren, indem durch die Pandemieerfahrung hervorgerufene Kränkungen und Ressentiments auf den Veranstaltungen durch eine beständige Wiedererzählung erinnert und gefestigt werden – sie formen und zementieren die Perspektiven der Protestgruppen. Zugleich wird das identitätsstiftende Erfahrungsnarrativ extern kommuniziert und mit kollektiven Aktionen beantwortet. In ihrer nach außen gerichteten Agitation zeigen die Gruppen insbesondere im analogen Raum teils deutliche Unterschiede, die ihr jeweiliges Profil stark prägen.

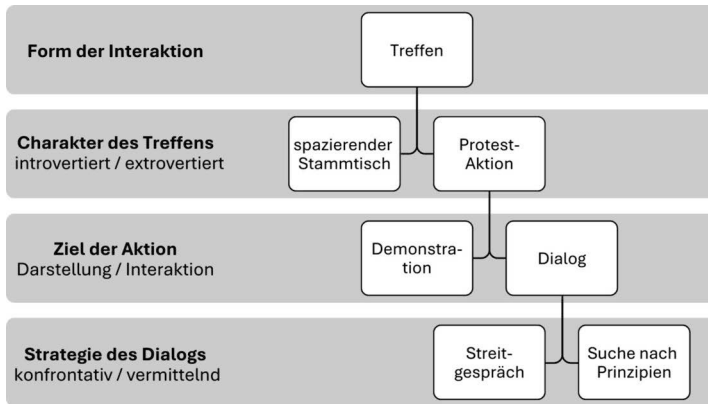
Typologie der analogen Aktionsformen

Die Unterschiede der beobachtbaren Aktionsformen sowie die dahinterstehenden Ideen und Ansätze lassen sich in einer Typologie verdichten, die – ausgehend von gemeinsamen Eigenschaften der jeweiligen Gruppenaktivität – entlang zentraler Unterschiede auf verschiedenen Ebenen Untertypen von Aktivitäten differenziert (vgl. Abb. 9). Ausgangspunkt der Typologie sind öffentliche Treffen als basalste Form der gemeinschaftlichen Interaktion, die wir bei allen noch aktiven Gruppen beobachten konnten. Gemeinsam ist diesen Treffen, dass sie in der Öffentlichkeit stattfinden. Allerdings stellen die praktizierten Aktionsformen zu dieser sehr unterschiedliche Bezüge her, was wir begrifflich im Gegensatz von Stammtisch und Protest beschreiben.

Die erste Aktionsform der spazierenden Stammtische verbleibt unterhalb der Schwelle von Protest, weil sie keine öffentlich erkennbaren Anliegen oder Widersprüche formulieren. So weisen die Aktionsformen der beobachteten Gruppen in Wolfsburg, Delmenhorst oder Hildesheim insgesamt gesehen einen weithin introvertierten Charakter auf: Die kleinen bis mittelgroßen Gruppen treffen sich zwar regelmäßig in der innerstädtischen Öffentlichkeit, wo sie – an ihre Gründungs-

und Hochphase der Proteste während der Coronapandemie anknüpfend – gemeinsame Spaziergänge durchführen; dabei enthalten sie sich jedoch expliziten politischen Expressionen oder Geltungsansprüchen, die Protestanliegen von Bewegungen kenntlich machen würden (vgl. Raschke 1988). Auf ihren Aktionen kommunizieren sie weder politische Botschaften noch betreiben sie nach außen gerichtete *Telegram*-Kanäle, die ihre Anliegen systematisch in eine digitale Öffentlichkeit einbrächten.

Abbildung 10: Typologie der Aktionsformen der untersuchten Post-Corona-Gruppen



Quelle: eigene Darstellung

Laut den Teilnehmer:innen erfüllen die Treffen für die meisten Mitglieder zuvorderst eine soziale Funktion: Ähnlich einem Stammtisch pflegen ›Gleichgesinnte‹ persönliche Kontakte und vergewissern einander tagespolitischer Deutungen und identitärer Grundlagen. Auf diese Weise verarbeiten – und stabilisieren – die Teilnehmer:innen ihren politischen Unmut ebenso wie die vielfach perpetuierte Erfahrung sozialer und politischer Ausgrenzung. Die hieraus erwachsene Schicksalsgemeinschaft zeigt sich grundsätzlich und trotz politisch-

ideologischer Differenzen und Widersprüche offen. Dies wird etwa an der aktiven und – bei unseren Beobachtungen unwidersprochenen – Beteiligung von Personen deutlich, die Verschwörungserzählungen anhängen oder etwa dem Reichsbürger:innen-Spektrum angehören. Entsprechende Gruppenmitglieder gehen offenbar zum Teil davon aus, dass die Gruppe im Fall einer von den Eliten heraufbeschworenen Krise als Auffangnetz fungiert. Vermutlich könnten die spazierenden Stammtischgruppen protestpolitisch reaktiviert werden. Sie haben sich zwar von einer aktiven Teilnahme an einer politischen Öffentlichkeit vorerst zurückgezogen; doch bilden ihre fortgesetzte Mobilisierung im öffentlichen Raum sowie ihre ritualisierten Aktivitäten zur Stabilisierung der Gruppenidentität ein Potenzial, die ohnehin ›spazierenden‹ Stammtische zur Teilnahme an lokalen, regionalen oder überregionalen Protesten zu bewegen.

Den introvertierten stehen extrovertierte Gruppen und Aktionsformen gegenüber, die als Proteste erkennbar sind. Entsprechende Aktivitäten zeigen unter den untersuchten Gruppen etwa ERH, SMW, RLH und GRO. Auch ihre Aktionen erfüllen nach innen fraglos wichtige soziale Funktionen, die für die Aufrechterhaltung der Gruppenkohäsion zentral sind. Die von ihnen entwickelten Konzepte und Formen ihrer Aktivitäten verfolgen strategisch aber erkennbar ein anderes Ziel. Aktionen richten sich vornehmlich expressiv mit politischen Botschaften nach außen, wodurch sie sich klar als Protest einordnen lassen. Durch Präsenz, Symbolik und Kommunikation soll eine breitere lokale Öffentlichkeit angesprochen und informiert werden. Hierzu nutzen die Gruppen nicht allein die klassische Form der Demonstration, die politische Anliegen und Perspektiven durch den Auftritt mobilisierter Personen darzustellen und in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen versucht. Vielmehr versuchen sie – freilich in unterschiedlicher Konsequenz –, in eine dialogische Form des Austauschs mit der lokalen Öffentlichkeit zu treten. Die dialogischen Elemente reagieren dabei zum einen auf die geteilte Erfahrung der eigenen sozialen und politischen Ausgrenzung, welche die Aktivist:innen, teils beinahe trotzig, mit offensiver Offenheit und Herzlichkeit zu kontrastieren versuchen. Zum anderen versucht dieser dialogische Ansatz, strategisch einen Weg aus der eigenen Isolation zu

eröffnen, der sich mit der rein expressiv-darstellerischen Form der Demonstration nicht erreichen lässt.

In der Praxis spielen dialogische Elemente im Fall der Gruppen ERH und RLH allerdings eine weniger zentrale Rolle, sodass deren Aktionsformen von außen besehen wohl am besten als klassische Demonstration mit dialogischen Elementen beschrieben sind. Im Fall der Aktionsformen der Gruppen GRO und SMW sind dialogische Elemente hingegen dominant; jedoch unterscheiden sich die dabei verfolgten Ansätze und Strategien in ihrem Charakter wiederum deutlich: So verfolgt GRO eine Strategie des offensiv-konfrontativen Dialogs oder der Schau-Debatte (vgl. Kapitel 6). Neben der Präsentation und Begründung von alternativem Wissen und Perspektiven hat sie hierzu eine prägnante Form des öffentlichen Streits entwickelt, die Passant:innen in der Innenstadt zu einem diskursiven Austausch provozieren soll. Dieser zielt einerseits auf einen konfrontativen inhaltlich-argumentativen Wettbewerb ab und soll andererseits die von der Gruppe kritisierten politischen Affekte des Gegenübers mobilisieren und bloßstellen. Demgegenüber verfolgen die Hannoveraner SMW eine dezidiert defensiv-vermittelnde Dialogstrategie (vgl. Kapitel 6.): Ihre passiv-symbolisch wirkenden stillen Mahnwachen bezwecken, die Aufmerksamkeit von Passant:innen zu gewinnen und sie zur offenen Reflexion sowie zum Austausch über für die demokratische Praxis zentrale Prinzipien – etwa »Würde«, »Freiheit« oder »Zuhören« – zu bewegen.

Binnendynamik

Auch die extrovertierten Aktionsformen haben indes wichtige Binnenfunktionen. Die regelmäßigen Treffen und Aktionen tragen bei allen Gruppen wesentlich zur Reproduktion und Stabilisierung ihrer kollektiven Identität und Kohäsion bei. Aus der Praxis ihrer Gemeinschaft erwächst der Klebstoff, der die Gruppen zusammenhält. So fungieren die primär nach außen gerichteten Aktionen nach innen als Treffen Gleichgesinnter, die einander dezidiert solidarisch und freundschaftlich gegenübertreten. Die Teilnehmer:innen versichern sich hier der Richtigkeit ihrer oppositionellen Standpunkte als politische Außensei-

ter:innen und versuchen zugleich, ihre kollektiv empfundene soziale Ausgrenzung durch persönlichen Austausch und Nähe sowie die Versicherung von Vertrauen und Zusammenhalt zu kontrastieren oder sogar zu überwinden.

Dabei haben die Gruppen eine Vielzahl ähnlicher Rituale des gemeinschaftlichen Handelns und Austauschs entwickelt. Die regelmäßig und selbst bei widrigsten Wetterumständen begangenen Aktionen sind in ihrer jeweiligen Form und Dramaturgie stark verinnerlicht. Sie folgen einer teils liturgisch anmutenden Form des kollektiven Handelns – die selbst auferlegte Herausforderung des kontinuierlichen Protests wird immer wieder gemeinschaftlich bewältigt. Die Erfahrung, diese gemeinsam durchhalten und bewältigen zu können, erscheint als bedeutsame Quelle von Selbstwirksamkeit und Motivation. Hinzu kommen ausgeprägt kommunitäre Umgangsweisen, die eher an klassische Gesellungsprozesse im sozialen Nahfeld denn an politische Protestkulturen erinnern. So sind alltägliche persönliche Interaktionen – wie ausgedehnte Begrüßungen, körperliche Nähe, persönliche Gespräche oder emotionale Ansprachen – innerhalb der Gruppen selbstverständlich. Auch teils familiär anmutende gemeinschaftliche Handlungsweisen wie das Singen von Liedern, das Vortragen von Gedichten oder Reden zur Gruppenhistorie tragen offenbar wesentlich zur Sinngebung und Kohäsion bei.

Ähnliche Prozesse zeigen sich auch im Zuge der intensiven Vernetzung mit anderen Protestgruppen, die ähnliche politische Profile aufweisen. Einerseits wird der Kontakt zu anderen Gruppen aus der lokalen, regionalen und überregionalen Post-Corona-Bewegung gesucht und gepflegt. So werden immer wieder regional oder überregional prominente Aktivist:innen als Sprecher:innen zu lokalen Veranstaltungen eingeladen. Zugleich nehmen Mitglieder der lokalen Gruppen, insbesondere aus Hannover oder Hildesheim, an Protesten teil, für die bundesweit mobilisiert wurde, oder helfen etwa als Ordner:innen mit. Dadurch wird das eigene lokale Handeln in einen sinnstiftenden und motivierenden übergeordneten Kontext integriert. Diese Vernetzung – beziehungsweise die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zu gemeinsamem Protest – erfordert jedoch eine ausgeprägte Toleranz gegenüber

anderen Perspektiven und Positionen. Dies betrifft etwa dezidiert verschwörungstheoretische Chiffren, offen transfeindliche Positionen oder eine direkte Solidarisierung mit Rechtsaußenparteien, die auf überregionalen Post-Corona-Protesten deutlich stärker anzutreffen sind als bei lokalen Aktionen von Gruppen in Niedersachsen.

Andererseits arbeiten die meisten beobachteten Gruppen sehr gezielt daran, sich mit thematisch anders orientierten politischen Protesten zu vernetzen und zu solidarisieren, um eine breite gemeinsame Protestbasis zu schaffen und von anderen politischen Dynamiken zu profitieren. Wird ein gemeinsames Anliegen identifiziert oder werden Verantwortungen für einen Missstand bei denselben Personen oder Institutionen gesehen, schließen sich die Protestgruppen anderen Demonstrationen an beziehungsweise stellen ihre Proteste in den Zusammenhang der aktuellen Auseinandersetzung. Besonders prägnant zeigt sich dies während des Untersuchungszeitraums in Vernetzungsversuchen gegenüber den Protesten von Landwirt:innen und Spediteur:innen. Die Ampelregierung wird hier als gemeinsame Gegnerin und Urheberin einer problematischen Politik identifiziert; intensive Begleitung und solidarische Unterstützung vollziehen sich in Form von Kritik, Forderungen und Protestaktionen. Die Netzwerkarbeit findet sowohl auf gemeinsamen Veranstaltungen als auch im digitalen Raum statt – etwa durch gegenseitiges Teilen von Inhalten oder Aufrufe zur Teilnahme an Veranstaltungen befreundeter Gruppen.

Digitales Repertoire

Auch im digitalen Raum verfügen die Gruppen über spezifische Aktionsrepertoires. Gemeinsam ist allen Online-Aktivitäten, dass sie auf die Architektur und Logik sowie auf die Sprach- und Umgangsformen der jeweiligen digitalen Plattform ausgerichtet sind. So werden die verschiedenen Formate mit passenden Inhalten bespielt: *Telegram*-Nachrichten werden beispielsweise mit für die Bewegung geeigneten Emojis versehen (etwa Friedenstauben), Mobilisierungsvideos sind ebenso kurz wie prägnant gestaltet. Beides trifft die Umgangsformen, die sowohl der Bewegung als auch den Plattformen entsprechen, was in der Forschung

als »Plattform Vernacular« – also die Umgangsform der Plattform – beschrieben wird (vgl. Gibbs et al. 2015). Die für die Gruppen zentralen Kanäle auf dem Messengerdienst *Telegram* werden grundsätzlich genutzt, um eigene sowie externe Inhalte aus anderen Kanälen zu teilen – insbesondere Videos, Sprachbotschaften Texte und Links beispielsweise zu Nachrichtenseiten. Im Fall der Weiterleitung von Inhalten aus anderen *Telegram*-Kanälen und Alternativmedien unterscheiden sich die Vorgehensweisen der Gruppen jedoch merklich: Im Kanal der Hannoveraner Gruppe ERH werden *Telegram*-Inhalte und Medienartikel zumeist von der Organisatorin kommentiert, gedeutet und eingeordnet; die Osnabrücker Gruppe GRO dagegen leitet in deutlich höherer Frequenz Inhalte weiter und überschwemmt die Follower:innen förmlich mit Links, Videos und Texten, die nur selten eingeordnet oder kommentiert werden.

Zudem posten sämtliche Gruppen eigene Inhalte, die entweder selbst oder mithilfe vorliegender Text-, Ton- oder Videobausteine neu produziert werden. Auch hier zeigen sich Besonderheiten einzelner Gruppen: Vor allem SMW und RLH teilen regelmäßig Videos ihrer eigenen Protestaktionen. Diese (Re-)Mediatisierung von Protest dient einerseits der Dokumentation vergangener Veranstaltungen, womit zur lokalen Teilnahme an zukünftigen Aktionen mobilisiert wird – auch indem digital der Eindruck einer beständigen protestpolitischen Betriebsamkeit erweckt wird. Zugleich machen die Videos selbst kleine und lokale Protestaktionen einer größeren Zuschauer:innenschaft zugänglich. Dies gelingt vor allem dann, wenn Videos in reichweitenstärkere Kanäle weitergeleitet werden. In diesem Zusammenhang scheint der von den Gruppen genutzte Ansatz einer seriellen Variation bedeutsam: Formell und inhaltlich ähnliche Protestszenerien werden durch den gezielten Einsatz von Hintergrundmusik, Kommentaren, Schnitttechniken oder Bildfiltern so verändert, dass sie gänzlich unterschiedliche Stimmungen und Botschaften transportieren, die je nach Inszenierung etwa melancholisch-nachdenklich, freundlich-geborgen oder politisch-kämpferisch ausfallen. Auf diese Weise entstehen nicht nur inhaltliche, sondern auch stilistische Aufmerksamkeitsanreize.

Deutungsmuster

Neben den Ressourcen und dem Aktionsrepertoire sind für die kontinuierliche Mobilisierung der untersuchten Gruppen – weit über das Ende der Coronamaßnahmen hinaus – schließlich die von der Bewegung entwickelten Deutungsmuster zentral. Diese umfassen Wahrnehmungen und Interpretationen politischer Probleme und Lösungen sowie für ihr gemeinsames Handeln zentrale Motivationen und Strategien. Auch hier zeigen sich über die untersuchten Gruppen hinweg Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Masterframe Demokratieverteidigung

Eine grundlegende Gemeinsamkeit der Post-Corona-Proteste bildet das sowohl digital als auch analog postulierte Selbstverständnis als Verteidiger:innen von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Hierbei handelt es sich um ein sogenanntes Masterframe, womit nach Benford (2013) ein übergreifendes, elastisches und nicht kontextspezifisches Deutungsmuster gemeint ist, in das sich Gruppen und Initiativen flexibel integrieren können. Für die Post-Corona-Gruppen erfüllt dieses Masterframe der Demokratieverteidigung verschiedene Funktionen.

Einerseits verbindet es die Gruppen über ihre inhaltlichen und strategischen Unterschiede hinweg zu einer politischen Einheit mit einem grundlegenden, dauerhaften Anliegen. Die Demokratie als Staatsform – mit all ihren Unzulänglichkeiten, als systemisch verstandenen Problemen und widersprüchlichen Auslegungen, etwa zwischen repräsentativen Formaten und direktdemokratischen Ansätzen – ist eine Konstante, um die gesellschaftlich stetig gestritten werden kann und wird. Verschiedene Demokratieauslegungen ermöglichen Bewegungsakteuren zudem, ein demokratisches Vorgehen und die Verteidigung der Demokratie für sich zu reklamieren.

Andererseits sendet das Masterframe der Demokratieverteidigung ein positives Angebot an die Öffentlichkeit und andere Bewegungen. Denn schließlich bilden die Prinzipien und die Verteidigung von Demokratie – jenseits aller gegenläufigen Tendenzen – einen zentralen

Grundbestandteil sowohl der politischen Kultur der Bundesrepublik als auch ganz unterschiedlicher Bewegungsakteure, wie etwa der Umweltbewegung (vgl. Lehmann 2024), gegen Rechtsextremismus gerichteter Proteste (vgl. Hensel/Jasser 2024), aber auch rechter Gruppierungen (vgl. Volk/Weisskircher 2024).

Zentraler Baustein des Masterframes der Demokratieverteidigung ist eine geteilte politische Problemdiagnose. So gehen alle Gruppen davon aus, dass während und durch die Coronapandemie politisch und gesellschaftlich Risse entstanden oder sichtbar gemacht worden seien, die man auch nach dem Ende aller Maßnahmen nicht überwunden habe. Die soziale Entfremdung und Polarisierung werden sowohl als zentrale individuelle wie auch als politische Probleme betrachtet. Jenseits der Frage, wie die Coronapandemie und ihre Gefährlichkeit eingeordnet werden, wird in allen Gruppen der Befund geteilt, dass die Maßnahmen und der Umgang mit der Pandemie einen Bruch mit Grund- und Freiheitsrechten darstellen. Weil die von der Regierung Merkel beschlossenen Coronamaßnahmen – nach Wahrnehmung der Protestgruppen wider besseres Wissen – von der Politik insgesamt sowie von den Medien unkritisch getragen und unterstützt worden seien, wird beiden – Medien und Politik – ein grundlegendes Versagen in ihren zentralen demokratischen Aufgaben und Funktionen vorgeworfen. Dieses grundlegende Elitenversagen wird wahlweise mit Ignoranz, Feigheit und Korruption oder ideologischer Absicht und Böswilligkeit erklärt.

Damit weisen die Gruppen ein manichäisches Weltbild⁴ auf, wie es für einen Populismus zentral ist (vgl. Kapitel 9), der elementar zwischen korrupten politisch-medialen Eliten und einem guten Volk unterscheidet. Letzteres bleibt, im Gegensatz zum Feindbild der Elite, im Fall der Post-Corona-Gruppen jedoch relativ vage. Eine grundsätzliche Gemeinsamkeit des Volks liegt in seiner Betroffenheit durch den kritisierten Rechts- und Demokratiebruch sowie den negativen gesellschaftlichen

4 Der Manichäismus beruht auf einer vereinfachten, dichotomen Sichtweise, die gesellschaftliche und politischen Akteure in gut und rein oder böse und korrupt einteilt. Komplexe soziale und politische Phänomene werden in dieser Sichtweise nicht angemessen erfasst.

Folgen der Pandemiepolitik. Die meisten Gruppen äußern jedoch die Einschätzung, das Volk sei sich der Bedrohung durch die Eliten in weiten Teilen gar nicht bewusst oder ignoriere diese aus Lethargie oder ideologischer Verblendung heraus. Aus dieser Diagnose speist sich die Motivation, Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten, die im Erfolgsfall als Anstoß von Massenprotesten fungieren soll, wie folgender Post einer Gruppe umreißt:

»Wenn die Menschen bewusst handeln, ist die Gängelung morgen vorbei. Ein grundsätzlich kritisches Denken und der Wille bewusste Entscheidungen zu treffen, sind Pflicht. Der ständigen Umerziehung würde sofort der Spielraum entzogen und der Gesellschaft wieder Luft zum Atmen gegeben. Das dulle Mitlaufen und die naive Leichtgläubigkeit der Massen sind mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar.«
(Telegram-Nachricht, GRO)

Ein Aufruf zu einer Demonstration in Göttingen, für die bundesweit mobilisiert wurde, enthält beispielsweise folgende Postulate:

»**X**Die Politik führt Krieg gegen das Volk!
XDie Medien, als vierte Gewalt, existieren nicht mehr!« (Telegram-Nachricht, Weiterleitung, ERH sowie RLH)

Während zwar kein eindeutig erkennbarer Volkswille herausgearbeitet wird, so wird doch angenommen, dass die Eliten zumindest gegen ein – ebenfalls diffus bleibendes – Volkswohl handelten. Gruppierungen, denen eine manichäische Unterscheidung zwischen gutem Volk und korrupten Eliten zugrunde liegt, beanspruchen in der Regel, den Volkswillen zu vertreten. Die Post-Corona-Protestgruppen machen diesen Anspruch indes weniger explizit geltend. Vielmehr wird angenommen, der Volkswille bestehe darin, dass nicht gegen sein Wohl gehandelt wird. Die Diagnosen, in welchem Ausmaß diese »Politik gegen das Volk« (ERH) betrieben wird, unterscheiden sich zwischen den Gruppen jedoch erheblich. So diagnostizieren die vornehmlich auf Dialog und Verständigung ausgerichteten SMW: »Die Unzufriedenheit

in der Bevölkerung wächst und die **EHRlichkeit** unserer Politiker wird immer mehr angezweifelt« (Telegram-Nachricht, SMW, Herv. i.O.). Die inhaltlich radikaler und formell konfrontativer orientierte Gruppe GRO konstatiert dagegen: »Deutschland ist eine Diktatur, es gibt keinen Rechtsstaat, es gibt keine Menschenrechte«⁵ (Telegram-Nachricht, GRO), und sieht den Ausweg allenfalls in »völlig neue[n] Parteien« (Telegram-Nachricht, GRO).

Zwischen dem Zweifel an der Ehrlichkeit von Politiker:innen und der Diagnose, die Politik agiere gegen das Volk und man lebe in einer Diktatur, bestehen fundamentale Unterschiede. Daraus folgen auch unterschiedliche Positionierungen gegenüber dem demokratischen System. Eine Kritik am Handeln von Politiker:innen ist eine demokratische Praxis, die Gleichsetzung demokratischer Vorgänge mit einer Diktatur verkennt indes das Wesen demokratischen Regierens. Beide Positionen teilen jedoch eine sehr grundlegende Skepsis gegenüber den Institutionen und Akteuren der politischen und medialen Landschaft. Die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung werden zum Erweckungserlebnis stilisiert, das einen klaren Blick auf die Böswilligkeit der politischen und medialen Eliten eröffnet hat. Die aus der Pandemie heraus entwickelte generelle Skepsis gegenüber Politik und Medien schlägt sich bei den beobachteten Gruppen in einem allgemeinen politischen Wahrnehmungsmuster nieder, das von einem ausgeprägten Anti-Elitismus geprägt ist. Das Versagen oder sogar absichtsvolle Handeln gegen die Bevölkerung seitens der Elite wird als systemisch wahrgenommen, die Polarisierung in der Bevölkerung als schwer überwindbar:

»Vor ziemlich genau 2 Jahren, in der dunkelsten 2G Zeit, als Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, beschimpft, verfolgt oder unter Druck gesetzt wurden [...], in der eben diese Menschen als gefährliche Sozialschädlinge, asoziale Trittbrettfahrer bezeichnet wurden, auf die die gesamte Republik mit dem Finger zeigen sollte [...] in dieser Zeit, als die Montagsspaziergänge in vollem Gange

5 Zur hiermit verwandten, während der Pandemie zumeist von Rechtsradikalen verwendeten Chiffre der »Coronadiktatur« vgl. Volk/Weisskircher 2024: 12.

waren, Menschen in Uniform teilweise mit brutaler Gewalt auf friedliche Demonstranten einschlugen. [...] In dieser Zeit entstand hier in Hannover eine kleine Gruppe von standhaften Menschen, die sich diesen dunklen Tagen zum Trotz mit einfachen Wortbotschaften den Bürgern auf der Straße gegenüberstellten.« (Webseitentext, SMW)

»Es hat sich ein politisch-gesellschaftliches System herausgebildet, in dem Regierung, Medien, grosse Unternehmen und die Justiz die herrschende Meinung bestimmen und zu Sanktionen greifen, wenn jemand von ihr abweicht. Wer in diesem Mechanismus nicht zerrieben werden will, muss konform bleiben und das bestehende System mittragen.« (Telegram-Nachricht, ERH)

Hier werden die Erfahrungen der Gruppen zu einem pessimistischen Eliten- und Gesellschaftsbild verwoben. Dabei zeigt sich, wie stark das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem als repressiv und ungerecht empfundenen System weiterhin ist. Das beschriebene Muster wurzelt in einer geteilten und beständig erinnerten persönlichen Betroffenheit von gesellschaftlicher Ausgrenzung, politisch-medialer Diffamierung und staatlicher Repression in und nach der Coronapandemie. Die systemische Ohnmacht wie auch die Analyse, ein Unrecht erkannt zu haben, für dessen Benennung die Gruppen(mitglieder) beständig diffamiert würden, werden wiederum auf aktuelle Situationen übertragen. Auch nach dem Ende der Maßnahmen und einem Regierungswechsel wird das absichtsvolle Versagen politisch-medialer Eliten als systemisches Problem beschrieben, das sich beständig äußert: Negative politische Entwicklungen wie Krieg, wirtschaftliche Krisen oder soziale Missstände werden so als Ergebnis absichtsvollen Handelns der politisch-medialen Eliten interpretiert, die gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung arbeiteten.

Aus der selbsterfahrenen Erkenntnis, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiere und sich das demokratische System in einer Krise befinde, ergeben sich zentrale Motivationsfaktoren der Gruppen. Der systemische Charakter der diagnostizierten Krise wirkt als wichtige Motivation für den Fortbestand der Gruppe. Eine Fortsetzung der Proteste

wird als notwendig und dringlich erachtet, da die gesellschaftspolitische Lage dies verlange. Die aus der Coronakrise abgeleitete Diagnose ist so allgemein und grundlegend, dass sie selbst nach dem Ende der Pandemie erhalten sowie dringlich bleibt und die Gruppen zu einer prinzipiell unbegrenzten Fortführung ihrer Aktivitäten anhält. Auf Fragen, weshalb die Aktivist:innen weiter regelmäßig protestieren, wurde – mit dieser Motivation und der Diagnose kongruent – regelmäßig mit Unverständnis reagiert. Somit beeinflussen diese Vorzeichen die Motivation der jeweiligen Gruppe. Die Selbst-Bestätigung, dass ein Weitermachen unumgänglich sei, verbindet sich mit einem intensiven Gemeinschaftsgefühl sowie der selbst gestellten Aufgabe, die erkannten Herausforderungen durch- und auszuhalten. Entsprechend wird das Engagement von Aktivist:innen stetig gelobt und das (eigene) Durchhaltevermögen hervorgehoben. Die Konstruktionen der Eigengruppe als gut und rechtschaffen sowie der Fremdgruppe als korrupt und dem Volk sowie der Bewegung nicht wohl gesonnen tragen hierzu maßgeblich bei.

Antworten auf die Defensive

Die Gruppen teilen das Grundverständnis, die Demokratie zu verteidigen, sowie ein manichäisches Bild von Volk und Elite, wobei sich konkrete Ausdeutungen allerdings unterscheiden. Die jeweils entwickelten Grundhaltungen der Gruppen bedingen jedoch, welche möglichen Lösungsansätze präsentiert und welche Strategien favorisiert werden. Die Proteste kritisieren dezidiert die gesamte Sphäre der etablierten Politik, insbesondere die Regierung sowie die sie tragenden Parteien und Politiker:innen, und fordern etwa deren Rücktritte oder Maßnahmen zur Politiker:innenhaftung. Letztlich wird der Politik und ihren zentralen Akteuren so stark und grundlegend misstraut, dass von ihnen kein Umdenken oder -lenken mehr erwartet wird.

Die Distanz zur etablierten Politik gilt auch in der postpandemischen Phase sowie selbst für inner- und außerparlamentarische Oppositionsparteien wie etwa AfD, BSW oder DieBasis; letzterer wird zum Teil eine grundsätzlich größere Offenheit für die kritisierten Missstände und Protestanliegen zugebilligt. Sie werden aber kaum

als effektive Motoren eines politischen Wandels adressiert. Systematische und engere Kooperationsversuche mit Parteiakteuren wurden im Rahmen der Beobachtungen dementsprechend kaum festgestellt.⁶ Die Medien werden zwar fortwährend zu einer Reflexion ihrer Versäumnisse und Fehler aufgefordert; kritische Aktionen ließen jedoch kaum strategische Ansätze erkennen, die mediale Berichterstattung im Sinne der Gruppen zu beeinflussen. Eine Ausnahme sind etwa Mahnwachen der SMW vor dem NDR-Gebäude in Hannover.

Letztlich halten ihre antielitäre Wahrnehmung und Logik die Gruppen davon ab, die verantwortliche Politik und ihre gewählten Repräsentant:innen direkt zu adressieren. Zu diesen wird äußerst selten ein Bezug hergestellt, wie dies im Fall einer SMW-Aktion beobachtet werden konnte. Stattdessen wenden sich die Gruppen direkt an das Volk. Einerseits wird versucht, dieses in Form der jeweiligen Stadtbevölkerung über Demonstrationen und Dialogangebote direkt zu adressieren; andererseits versuchen die untersuchten Gruppen, im Volk schwelende Unzufriedenheiten und negative Stimmungsdynamiken aufzugreifen, indem sie sich mit aufkommenden Protestdynamiken solidarisieren.

Im Vorgehen der Bewegungsorganisationen zeichnen sich damit zwei Typen von strategischen Antworten ab, die sowohl auf die geschlossenen Gelegenheitsstrukturen der Gruppen reagieren als auch auf ihr großes Misstrauen gesellschaftlichen Eliten gegenüber (vgl. Tab. 2).

Der erste Typus weist eine klare Fokussierung auf, wie wir sie bei GRO in Osnabrück und SMW in Hannover vorgefunden haben. Ihr Vorgehen zeichnet sich durch die Kombination einer grundlegenden Demokratiekritik mit fokussierten Kampagnenthemen aus, die in einer grundsätzlich dialogischen Form kommuniziert werden. Die aus der Coronakrise abgeleitete Elitenkritik resultiert bei diesen Gruppen stark aus der Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten während der

6 Eine Ausnahme bildet eine Zusammenarbeit zwischen GRO und DieBasis. Auch haben sich nach dem Ende unseres Beobachtungszeitraums einzelne Hinweise auf eine stärkere Bezugnahme auf die AfD ergeben (vgl. Biediger/Helmer 2025).

Pandemie. Die Coronamaßnahmen begreifen sie als politisch sinnlos, zudem bewussten Norm- und Rechtsbruch seitens der Regierung. Dieser Bruch habe, so die Diagnose der Gruppen, einen irreparablen Schaden in der Gesellschaft hinterlassen, der letztlich die Gültigkeit der Grundrechte und den Zusammenhalt der Gesellschaft infrage stelle. Den Medien, insbesondere dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wird in diesem Kontext vorgeworfen, den politischen Kurs gestützt, befürwortet und legitimiert zu haben. Der Kernkonflikt – die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung – wirken für diese Gruppen auch noch Jahre später nach.

Tabelle 2: Strategische Profile der untersuchten Post-Corona-Gruppen

	Gruppe	Strategie	Hauptthema	Kernforderung
TYP 1	<i>Schneemänner mit Würde</i>	Thematisch fokussierte Systemkritik	Gesellschaftlicher Vertrauensbruch	Versöhnung
	<i>Grundrechte Osnabrück</i>		Politischer Legitimitätsbruch	Aufarbeitung
TYP 2	<i>Es reicht! Hannover</i>	Thematisch breite Policy-Kritik	Populistische Opposition zur Regierung	Regierungs- und Politikwechsel
	<i>Rote Linie Hildesheim</i>			

Quelle: eigene Darstellung

Aus dieser Grundperspektive entwickeln die Gruppen jeweils zugespitzte Problemdiagnosen: Die Gruppe »Grundrechte Osnabrück« (GRO) fokussiert stark auf die Pandemiepolitik der Merkel-Regierung, der sie eine bewusste Täuschung der Bevölkerung unterstellt. Sie rekurriert auf ein breit gefächertes Gegenwissen, dem sie mithilfe von »Gegenexpert:innen« (Pantenburg/Reichardt/Sepp 2021: 31) Aufmerk-

samkeit und Geltung verschaffen will. Einige Gruppen beziehen sich etwa auf Sucharit Bhakdi, einen emeritierten Professor für Mikrobiologie, der zu einer »wissenschaftlichen Galionsfigur der Bewegung« (ebd.: 51) geworden ist, oder auf den 2023 verstorbenen Schriftsteller Gunnar Kaiser (vgl. Guyton 2025). Mittels vielfältiger Aktionen reklamiert GRO so insgesamt, eine dialogisch-diskursive Aufarbeitung der Corona-Politik anzustoßen – wobei sie mit der inhaltlich detaillierten Bezugnahme auf alternative Einschätzungen und interne Papiere die Pose einer Aufklärerin einzunehmen versucht.

Die Hannoveraner Gruppe »Schneemänner mit Würde« (SMW) fokussiert ihre Kampagnen dagegen weniger auf die Pandemiepolitik selbst, sondern deren Folgen. Diese sehen sie zuvorderst in einer grundlegenden gesellschaftlichen Spaltung sowie im Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Dialogfähigkeit, die sie durch die Aktionsform ihrer stillen Mahnwachen wiederherzustellen versuchen. Zugleich verfolgen die SMW eine thematisch fokussierte bürgerrechtliche Kampagne, die sich auf die Forderung nach der Freilassung des *WikiLeaks*-Gründers und Aktivisten Julian Assange konzentriert, dessen Person und Aktivismus zum Sinnbild für Transparenz und Aufklärung über staatliche Übergriffe stilisiert werden.

Der zweite Typus, der aus den untereinander verbundenen Gruppen ERH in Hannover und RLH in Hildesheim gebildet wurde, zeichnet sich dagegen durch eine insgesamt breitere und vagere Perspektive aus, die einen offensiven Manichäismus mit einer thematisch umfassenden Protestagenda verknüpft. Die Erfahrung der Pandemie sowie die dagegen gerichteten Maßnahmen verstehen auch diese beiden Gruppen als Demokratie- und Rechtsbruch einer korrupten Elite. Stärker als im ersten Typus übertragen sie jedoch diese Wahrnehmung auf gegenwärtige Aktivitäten von Politik und Medien. Der während der Pandemie herausgebildete Manichäismus, der ein gutes Volk von einer bösen Elite abgrenzt, dient hier als Linse, durch die gesellschaftliche Entwicklungen betrachtet und politische Probleme diagnostiziert werden. Aktuelle Geschehnisse und Politik werden als Ausdruck von Elitenkorruption gesehen.

Die grundlegende Ablehnung von entweder als »pro-Elite« oder »anti-Volk« wahrgenommenen Maßnahmen führt zu einer Agenda, die auf den ersten Blick recht eklektisch erscheint, jedoch von einem gemeinsamen Antielitismus grundiert wird. In dieser werden unterschiedlichste Themen und Kritiken miteinander vereint. Im Zentrum stehen zum einen wirtschaftliche und sozialpolitische Themen, zum anderen Kulturkampfthemen. Dazu gehören die Ablehnung geschlechtergerechter Sprache, die Forderung nach dem Erhalt von Bargeld als Zahlungsmittel, die Kritik an Steuererhöhungen oder an Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit. Diese Politiken werden als Mittel verstanden, mit denen die Bevölkerung kontrolliert (geschlechtergerechte Sprache), überwacht (Abschaffung von Bargeld als Zahlungsmittel) oder in Armut getrieben (wirtschaftliche Reformen) werden soll. Gleichzeitig werde sie durch die Selbstzensur der Medien uninformatiert gehalten (»Dein Fernseher lügt«; vgl. auch Kapitel 6). Die Analysen der Gruppen ordnen somit sehr unterschiedliche Politiken als Ausdruck des Manichäismus ein, wie er für populistische Weltbilder zentral ist (vgl. Mudde 2007). Die angeprangerten Missstände sind jeweils Symptome eines angeblich krankhaften Systems, vorangetrieben von korrupten Eliten.

Teil III: Ergebnis und Diskussion

8 Ergebnis: Warum sie weiter protestieren

Totgesagte leben länger – aber warum eigentlich? Ausgangspunkt der vorliegenden Studie war das überraschende Fortbestehen von Protestgruppen, die sich ursprünglich als Opposition zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie gegründet hatten. Ein erster Blick auf die analogen und digitalen Aktivitäten der Gruppen bestätigt den Eindruck, dass neben Protesten in Hochburgen wie Sachsen (vgl. Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023) oder Baden-Württemberg (vgl. Stier 2023) auch in Niedersachsen zum Untersuchungszeitpunkt im Herbst 2023 weiterhin ein in der Breite zwar geschrumpftes, in den verbliebenen Kernen jedoch hochaktives Feld von Post-Corona-Gruppen existiert. Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Studie genauer analysiert, wie und warum sich die verbliebenen Corona-Proteste selbst noch nach dem Ende der Pandemie weiterentwickelt haben.

Neben der Frage nach den spezifischen Motivationen des fortgesetzten Engagements wurde dabei ergründet, wie diese Post-Corona-Proteste auf das Ende der Pandemie und die zunehmend ungünstigere Gelegenheitsstruktur reagiert haben. Die hierzu durchgeführten qualitativen Untersuchungen von Online- und Offline-Aktivitäten der Gruppen erfassen verschiedene Varianzen von Reaktions- und Umgangsstrategien, wobei drei Analyseperspektiven der Bewegungsforschung angewandt und miteinander kombiniert wurden: die Frage danach, wie die Gruppen ihre Ressourcen mobilisieren; die Frage nach den entwickelten und angewandten Aktionsformen; sowie die Frage nach relevanten Deutungsmustern.

Die Analyseergebnisse sollen nun im abschließenden Teil diskutiert werden. Dabei soll zum einen unsere Forschungsfrage nach dem Wie und Warum des fortgesetzten Protests der Post-Corona-Gruppen empirisch beantwortet werden. Hierbei zeigen sich sowohl bekannte Ähnlichkeiten mit bereits erforschten Anti-Corona-Protesten (vgl. Helmer i.E.) als auch einige regionalspezifische beziehungsweise noch nicht beschriebene Eigenheiten, die auf eine Anpassung an die postpandemische Konstellation hinweisen. Hierauf folgt zum anderen in Kapitel 9 der Schritt zur theoretischen Diskussion und Einordnung der Ergebnisse, die im Begriff des postpandemischen Populismus verdichtet werden. Der Ertrag, aber auch die Limitationen der empirischen und theoretischen Erkenntnisse werden in einem Ausblick skizziert; darüber hinaus diskutieren wir, was hiervon für aktuelle Projekte einer politischen Aufarbeitung der Pandemie von Interesse sein kann.

Was war: Politisierung und Prägung in der Pandemie

Die von uns von Ende 2023 bis Anfang 2024 beforschte Szenerie niedersächsischer Post-Corona-Proteste lässt sich, trotz ihrer unübersehbaren Schrumpfungsprozesse, als in ihren Kernen noch immer aktive und mobilisierte Bewegung beschreiben. Deren Akteure wurden überwiegend – wenn auch nicht ausschließlich – erstmals während der Pandemie zu einer protestpolitischen Partizipation aktiviert (vgl. Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023), woraus eine enorme politisch-ideologische Prägekraft erwachsen ist. Sowohl individuell als auch kollektiv wird die Pandemie in rückblickenden Erzählungen der aktiven Teilnehmer:innen als elementare Disruptionserfahrung dargestellt, die vom Zusammenbruch gesellschaftlicher und politischer Normalität, persönlicher Sicherheit und demokratischen Vertrauens, ebenso aber vom Aufbau bewegungspolitischer Autonomie und Handlungsmacht gekennzeichnet ist.

Während der Pandemie machten viele der heutigen Aktivist:innen – aus biografischer Sicht wohl vielfach erstmals – eine für sie erschütternde Erfahrung: Sie sahen sich mit einer Politik konfrontiert, die sie in ihrem Alltagsleben stark einschränkte und vom Staat teils repressiv

durchgesetzt wurde. In ihrer Wahrnehmung handelte es sich bei der von der Regierung und den etablierten Parlamentsparteien beschlossenen beziehungsweise unterstützten Maßnahmen um eine autoritäre Politik. Vor allem Konflikte zwischen Demonstrierenden, Polizei und Behörden werden bis heute als einschneidende und persönlich verlust- wie folgenreiche Erlebnisse geschildert. Versuche, die Demonstrationsverbote zu umgehen oder die Inkaufnahme von behördlichen Sanktionen werden rückblickend als heroische Akte gemeinsamen Widerstands erzählt, die wichtige Bausteine der kollektiven Identität der Gruppen darstellen. Aufgrund der als einseitig, lückenhaft und unkritisch wahrgenommenen Medienberichterstattung zur Pandemiapolitik wurde zugleich das Vertrauen in die etablierten Medien erschüttert und Erwartungen an einen demokratischen öffentlichen Diskurs grundlegend enttäuscht. Auf persönlicher Ebene erzeugten überdies politische Konflikte und Brüche im Familien-, Freundes- sowie Kolleg:innen-Kreis eine als drastisch wahrgenommene soziale Verlust- und Ausgrenzungserfahrung, die vielfach als persönliche oder berufliche Brüche der eigenen Biografie dargestellt werden.

Derartige Erfahrungen wurden kollektiv einerseits zu einer negativen Erkenntnis und kritischen Diagnose eines fundamentalen und illegitimen Bruchs des Staats mit demokratischen und freiheitlichen Prinzipien verdichtet, gegen den es weiterhin aufzubegehren gilt; andererseits erlebten zahlreiche Aktivist:innen die Coronakrise auch als Aufbruch: Die in der Pandemie entwickelte kritische Perspektive auf gesellschaftliche und politische Verhältnisse wird retrospektiv oftmals als eine Art Erweckungs- oder Erleuchtungsmoment beschrieben (vgl. im Kontext der Pandemie Hentschel 2021), was auch als Prozess des ideologischen Lernens (vgl. Hundeide 2003) gefasst werden kann, wie er insbesondere für radikale politische Biografien kennzeichnend ist (vgl. Lee/Knott 2021: 16).

Diskurse in analogen und in digitalen Gegenöffentlichkeiten der aufstrebenden Anti-Corona-Protestbewegung öffneten und festigten alternative Weltansichten, die im teils schroffen Kontrast zu mehrheitsgesellschaftlichen und insbesondere wissenschaftlichen Wissensbeständen und Wahrnehmungsmustern stehen (vgl. Pantenburg/Reichardt/

Sepp 2021). Die gegen staatliche Repression angestregten Protestaktivitäten und damit einhergehenden Vergemeinschaftungsprozesse werden als Rückeroberung von Handlungsfähigkeit und elementares Erlebnis politischer Selbstwirksamkeit beschrieben. Erst aus dieser wahrgenommenen Dynamik aus äußerer Oppression und eigenständiger Befreiung erklärt sich die auch für niedersächsische Akteure typische Selbststilisierung und -heroisierung als tapfere und unbeugsame Oppositions- oder gar Widerstandsgruppe (vgl. Miller-Idris 2020: 11–12).

Ideologisch erwuchs aus den geschilderten Erfahrungen auch in Niedersachsen ein für Anti- und spätere Post-Corona-Proteste typisches Grundwahrnehmungsmuster von Politik (vgl. Goertz 2022). In dessen Zentrum steht eine Melange aus manichäischer Weltsicht und Verschwörungserzählungen, die insbesondere in der Online-Kommunikation der meisten Gruppen sehr präsent ist. Hierzu gehört vor allem eine grundlegende und populistische Kritik an politischen und medialen Eliten (vgl. Kapitel 9). Ihnen wird vorgeworfen, während der Pandemie gegen die Interessen beziehungsweise zum Nachteil des Volks gehandelt und die ihnen zugedachten demokratischen Funktionen bewusst und willentlich missachtet zu haben, was wiederum mit Verschwörungserzählungen über geheime Pläne und Netzwerke plausibilisiert wird.

Demgegenüber bleibt die für Populismus konstitutive Konzeption des von der Politik hintergangenen Volks in der Rhetorik der Gruppen relativ vage. Eine für den Rechtspopulismus charakteristische nativistische Abgrenzung zwischen Volk und Fremden, nationalistische Bezüge oder fremdenfeindliche Chiffren tauchen zwar in der Rhetorik und Symbolik mehrerer der beobachteten Gruppen auf. Für deren Ideologie und Identitätskerne scheinen sie jedoch weder argumentativ noch narrativ zentral zu sein. Sie fügen sich, wenn vorhanden, nahtlos in die ideologische Gesamtstruktur ein. Gruppenübergreifend ist jedoch die Vorstellung eines um seine Rechte betrogenen Volks von Bürger:innen grundlegend. Einige Gruppen stellen dabei stärker auf vermeintlich verlorene politische Freiheitsrechte ab, andere betonen den Verlust sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit.

Die Forderung, diese (Bürger:innen-)Rechte wiederherzustellen, wie auch die Kritik an den während der Pandemie vollzogenen Normbrüchen begreifen die Gruppen indes nicht als Ausdruck einer bestimmten politischen Position oder eines Aushandlungsprozesses. Vielmehr stilisieren sie ihre Perspektive und Position zum grundlegenden Kampf um die Wiederherstellung von Demokratie und Rechten an sich. Eine derartige Verteidigung der Demokratie dient dabei als Masterframe der Bewegung, also als übergreifendes Deutungsmuster, das ideologische, politische und strategische Differenzen zwischen einzelnen Gruppen überspannt und zugleich eine Brücke zu anderen Akteuren bauen kann. Zugleich stellt das Selbstverständnis als moralisch integre Verteidigerin der Demokratie einen entscheidenden Schlüssel zum Verständnis der Kontinuität und Vehemenz der beobachtbaren Aktivitäten dar, für die zu kämpfen sich die Aktivist:innen verpflichtet fühlen.

Was ist: Die Post-Corona-Konstellation

Ausgehend von der in der Coronakrise geprägten Mischung aus individueller Erfahrung und politischer Diagnostik sind die niedersächsischen Aktivist:innen spätestens seit Aufhebung der letzten Coronamaßnahmen im Frühjahr 2023 mit einer äußerst ungünstigen Gelegenheitsstruktur konfrontiert, in der sie sowohl von ihrer gesellschaftlichen und politischen Stigmatisierung als auch von der öffentlichen Abwendung vom Themenkomplex herausgefordert werden. Hierauf reagieren die untersuchten Gruppen in Niedersachsen auf unterschiedliche Weise. Rein äußerlich zeigt sich dies in verschiedenen Aktionsformen: Während sich einige Gruppen in eine Art politischen Stammtisch ohne explizit-expressiven Charakter gewandelt haben, praktizieren andere regelmäßig aufwendige Aktionsformen, um die Öffentlichkeit wieder und besser zu erreichen. Inhaltlich zeichnen sich verschiedene Strategien ab, die entweder die Pandemiekritik zu vergegenwärtigen beziehungsweise zu aktualisieren versuchen oder eine breitere eliten- und politikkritische Agenda entfalten.

In der Agitation der Gruppen zeigt sich dabei ein Nebeneinander von Tradition und Erneuerung: Einerseits werden die während der Pandemie geprägten Orientierungen und hieraus entwickelten Handlungsweisen aufrechterhalten, andererseits sind strategische Anpassungen an die postpandemische Konstellation zu beobachten. So zeigen sich in den Interaktionen im Innern der Bewegung und in ihrer Agitation nach außen verschiedene Ansätze zur Stabilisierung der kollektiven Identität, Ressourcen und Aktionsfähigkeit – wobei organisatorische, soziale und politische Dynamiken, wie gezeigt, ineinandergreifen. Die während Corona geprägten Problem- und Gegnerbeschreibungen werden – ganz besonders online – weiterhin gepflegt und zugleich aktualisiert. Die aus der Kritik der Coronamaßnahmen entwickelte populistische System- und Elitenkritik begründet die Notwendigkeit eines fortgesetzten Handelns und bietet zugleich die Grundlage für politische Aktualisierungen, etwa indem Verknüpfungen zu neuen Themen und Protestdynamiken aufgegriffen und Kontakte zu neuen Akteuren gesucht werden.

Diesem auf Misstrauen basierenden Schließungs- und Abgrenzungsprozess nach außen steht indes eine ausgeprägte positive und integrative Binnenkultur der Gruppen gegenüber, die sich durch ein dezidiert komunitäres Für- und Miteinander auszeichnet. So ist die Kommunikation innerhalb der Gruppen von einem hohen Maß an gegenseitiger Achtsam- und Aufmerksamkeit geprägt, die sich in körperlicher Nähe, sprachlicher Würdigung und Gefühlsäußerungen zeigt. Diese auf Offenheit und Zusammenhalt gerichtete Binnenkultur erfüllt verschiedene Zwecke: Erstens wird das öffentlich verbreitete Bild einer radikalen, intoleranten und teils aggressiven Dagegen-Bewegung irritiert und konterkariert, was ein Angebot und einen Anlass zur Wiederaufnahme der Kommunikation mit anderen Bürger:innen schaffen kann. Zweitens bringen die Teilnehmer:innen die ihnen gesellschaftlich versagte soziale Aufmerksamkeit und Anerkennung selbst hervor. Viele der Aktivist:innen scheinen dabei in den politischen Gruppen und Interaktionen eine neue persönliche und politische Heimat gefunden zu haben. Dieses Refugium stellt gewissermaßen den Ertrag des aufwendigen Engagements dar, dessen Erhalt insofern eine wichtige

Motivationsreserve zur Fortsetzung ebendieses Engagements darstellt. Drittens werden durch die kommunitäre Binnenkultur schließlich die für die Aktions- und Handlungsfähigkeit der verbliebenen Kerngruppen notwendige Kohäsion und Vernetzung verstärkt.

Hinzu – und teils im Gegensatz dazu – kommt eine stoische bis indifferente Form der Toleranz. Ideologische, politische und taktische Differenzen zwischen Akteuren und Gruppen werden, anders als in vielen Bewegungen üblich, nicht zur identitären Abgrenzung und Konkurrenz genutzt. Stattdessen wird eine Strategie der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung praktiziert, die performativ wirken kann, etwa durch umfangreiche Danksagungen. Auch nach außen wird dieser Habitus aufrechterhalten; so zeigen Demonstrierende beispielsweise zu Herzen geformte Hände, wenn sie auf Gegenproteste treffen. Das Selbstverständnis, grundlegend demselben politischen Lager zur Verteidigung der Demokratie anzugehören, scheint mögliche ideologische Unterschiede auszustechen. Das betrifft beispielsweise gemeinsame Proteste mit Rechtsaußenakteuren, wie etwa den Freien Sachsen, mit denen einige Gruppen gemeinsam demonstrierten (vgl. Christof 2023). Die Gruppen hegen eine unbedingte Anerkennung und Wertschätzung aller, die willens sind, Demonstrationen gemeinsam zu besuchen. Diese unkritische Offenheit lässt vermuten, dass die Nähe zu Rechtsaußengruppierungen größer sein kann, als es die im Untersuchungszeitraum analysierte Außenkommunikation der Bewegungsorganisationen erkennen lässt. Derartige Verbindungen wurden für andere regionale Anti-Corona-Proteste aufgezeigt (vgl. z.B. Virchow/Häusler/Döring 2020; Helmer/Buro/Jaensch i.E.).

Gestützt wird der unbedingte Zusammenhalt der Gruppen durch kollektive Interaktionen ihrer Mitglieder während der kontinuierlichen Proteste. Die dramaturgisch ebenso aufwendigen wie vielfältigen Aktionsformen erscheinen dabei als kollektiv vollzogene Rituale, die auch und wesentlich der Pflege von Gemeinschaft und der Vergewisserung sozialer Resonanz dienen. Als solche scheinen sie für viele Teilnehmer:innen sowohl anziehend als auch stark integrierend zu wirken. Die oft strikte Dramaturgie und der performative Charakter insbesondere der Aktionsform gemeinsamer Mahnwachen folgen einer Art

politischer Liturgie, in deren Rahmen die Herausforderungen eigener Aktionen immer wieder gemeinsam begangen und durchgestanden werden. Obwohl sie kaum erkennbare Außenreaktionen hervorrufen, erzeugt die regelmäßige Bewältigung selbstgesteckter Aufgaben offenbar motivierende Selbstwirksamkeitserfahrungen. Dies gilt sowohl für die Gruppen der spazierenden Stammtische als auch für die anderen beobachteten Gruppen- und Aktionsformate.

Diesen Prozessen der Außenabgrenzung und Binnenintegration steht das unübersehbare Bemühen gegenüber, mittels unterschiedlicher Strategien zumindest individuelle Resonanzen oder sogar breitere Aufmerksamkeit zu erlangen. Inhaltlich versuchen sämtliche Gruppen, eine Post-Corona-Agenda zu entwerfen, die gesellschaftliche und politische Anknüpfungspunkte bereitstellt. Dabei lässt sich zwischen eng- und weit gefassten Ansätzen verschiedener Gruppen unterscheiden: Thematisch eng gefasste Ansätze haben einen Fokus entwickelt, der insbesondere der Aufarbeitung der Coronamaßnahmen oder hiermit verknüpfter Folgeprobleme Aufmerksamkeit, Anerkennung und Geltung verschaffen soll, etwa dem Verstoß gegen Bürger- und Freiheitsrechte oder dem Mangel an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Ansätze anderer Gruppen sind indes thematisch weiter gefasst. Sie verkoppeln, ausgehend von der populistisch-verschwörerischen Systemkritik, verschiedene Konflikt- und Skandalthemen zu einer populistischen Catch-All-Strategie. Unterschiedlichste Themen – darunter Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit, geschlechtergerechte Sprache oder die als unkritisch bis unwahr eingeordnete Berichterstattung der Medien – werden als Ausdruck des krankenden Systems verstanden.

Jenseits der Agenda-Gestaltung zeigen sich auch im Bereich der Aktivitäten Anpassungen an die negativen Gelegenheitsstrukturen. Sämtliche protestaktiven Gruppen versuchen, die Form der klassischen Demonstration durch Ansätze zum Dialog zu ergänzen oder gar zu überwinden. Dabei streben sie allerdings weniger eine breite öffentlich-mediale Aufmerksamkeit oder unmittelbare politische Reaktion an als vielmehr unmittelbare soziale Resonanz und direkte Beziehung zu Bürger:innen.

So haben alle Gruppen Dialogformen entwickelt, die sie meist als »Mahnwachen« bezeichnen. Manche verfolgen dabei kooperative Dialogansätze, die eine Verständigung über grundlegende politische Prinzipien erreichen sollen; andere Gruppen stürzen sich dagegen in einen konfrontativen Dialog, indem sie Passant:innen in öffentliche Streitgespräche verwickeln, die weniger auf eine Einigung abzielen, als eher Affekte provozieren sollen. Die Ausrichtung auf jede Art von Dialog ist im jeweiligen Selbstverständnis der Gruppe begründet. Um die als gravierend wahrgenommenen gesellschaftlichen und politischen Brüche überwinden zu können, stehen die Gruppen unter Zugzwang. Sie müssen in einen Austausch mit der Gesellschaft treten, die sie in Teilen kritisieren oder sogar ablehnen. Das Selbstverständnis als Gruppen, welche die Demokratie verteidigen, ist darin reflektiert.

Was nun? Im Dilemma zwischen Fortbestand und Veränderung

Mit dem Ende der Pandemie ist der Anti-Corona-Bewegung ihr Kernkonflikt abhandengekommen, was sich auch in Niedersachsen in einem deutlichen Rückgang der Mobilisierung niedergeschlagen hat. Infolge der sinkenden Virulenz und Salienz des Gründungsthemas ist die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit geschwunden, während zugleich die negative Bewertung und Ablehnung der Anliegen sowie der Akteure der Bewegung erhalten geblieben sind. Durch diese schwierigen Rahmenbedingungen ist, wie unsere Studie zeigt, die Post-Corona-Bewegung in Niedersachsen sozusagen erneut in Bewegung geraten. Die beobachteten Gruppen haben Antworten auf die geschlossenen Gelegenheitsstrukturen entwickelt und erprobt, was den Charakter der Bewegung zum Teil transformiert hat. Dennoch erscheinen diese Reaktionsstrategien insgesamt kaum geeignet, die externen und internen Herausforderungen effektiv zu bewältigen. Vielmehr zeichnen sich organisatorische, strategische und politische Herausforderungen und Widersprüche ab, die nur schwer aufzulösen sind.

Dies gilt *erstens* für die Organisation der Post-Corona-Gruppen: In Reaktion auf den abrupten Abfall der allgemeinen Mobilisierung

haben sie einen Modus der Stabilisierung gefunden. Die dramaturgisch starren und ritualisierten Aktionsformen, die von zentralen Führungspersonen organisiert werden, eröffnen den bereits beziehungsweise noch aktiven Personen eine niedrigschwellige Form des Engagements. Die Entwicklung von Protestritualen trägt dazu bei, geteilte Erinnerungen, Emotionen und Identitäten zu festigen. Proteste selbst sind für die Teilnehmenden sinnstiftend, die Gemeinschaft versichert sich ihrer selbst (vgl. Rucht 2003: 11; Volk 2022: 3–4). Durch die hohe Aktivität und Mobilität der Kernaktivist:innen und den intensiven Austausch mit anderen Gruppen werden weiterhin ausreichend Personen und Ressourcen mobilisiert.

Zugleich stellt sich jedoch die Frage, wie lange dieser intensive Grad an Engagement und Vernetzung einer überschaubaren Kerngruppe von Aktivist:innen aufrechterhalten werden kann. Vorhandene Reserven sind bereits mobilisiert, Hinweise auf eine Aktivierung früherer oder neuer Teilnehmer:innen ließen sich ebenso wenig beobachten wie eine neue dauerhafte Vernetzung mit anderen Protestbewegungen. Insofern scheint es lediglich eine Frage der Zeit, bis vorhandene Motivationen und Energien angesichts der aufwendigen Protestkultur erschöpft sind, was wiederum rasche Demobilisierungs- und Zerfallsprozesse einleiten dürfte. Ein kritischer Faktor kann dabei die in allen Gruppen zentrale Rolle einzelner Organisator:innen sein, deren Funktionen als Motoren der Bewegung derart elementar sind, dass ihr Aus- oder Wegfall voraussichtlich schwer zu kompensieren wäre.

Zweitens sind strategische Herausforderungen festzustellen. So haben die Gruppen zwar durchaus ambitionierte Ansätze zur Herstellung öffentlicher Aufmerksamkeit und zur Überwindung ihrer Stigmatisierung entwickelt. Sowohl die Inhalte und Schwerpunkte ihrer Kampagnen als auch ihre dialogischen Kommunikationsangebote spiegeln ein intensives Bemühen, politisch breiter wahrgenommen und anschlussfähig werden zu wollen. Beides wird jedoch von ihrer ideologischen Prägung und organisatorischen Kultur konterkariert: So bemühen sich zwar alle Gruppen beständig und intensiv um breitere öffentliche Aufmerksamkeit und einen politischen Dialog mit der lokalen Öffentlichkeit. Aufgrund ihres manichäischen Weltbilds verengen sich

die tatsächlich verfolgten Ansätze zum Dialog in der Praxis jedoch auf (Streit-)Gespräche mit zufällig adressierten Passant:innen, was weder organisatorische noch strategische Gewinne erzielt. Ein Dialog mit etablierten intermediären Akteuren aus Politik, Medien oder Zivilgesellschaft, der eine breitere Öffentlichkeit adressieren oder diskursive Brücken, vielleicht sogar Bündnisse eröffnen würde, kommt aufgrund des tief verwurzelten Anti-Elitismus und des ausgeprägten Misstrauens gegenüber Repräsentant:innen des politischen und des medialen Systems indes kaum zustande.

Vor diesem Hintergrund gelingt es den untersuchten Gruppen jedenfalls kaum, Ansätze zur Überwindung ihrer negativen Beurteilung durch die breitere Öffentlichkeit zu entwickeln. Zwar versuchen die meisten Gruppen, zumindest im analogen Raum thematisch und inhaltlich anschlussfähig zu werden, indem sie alte Kern- oder neue Protestthemen vergleichsweise pragmatisch und moderat darstellen. Zugleich sind die Gruppen jedoch weiterhin solidarisch, offen oder direkt mit radikaleren Akteuren des Rechtsaußen- oder verschwörungs-ideologischen Spektrums verbunden, was die kritische Einschätzung der Post-Corona-Bewegung durch Behörden, Politik und Öffentlichkeit beständig erneuert. Eine (wenn auch nur äußerlich-strategische) Distanzierung etwa von Reichsbürger:innen, Verschwörungsideolog:innen oder Rechtsradikalen widerspräche sowohl der historisch gewachsenen Prägung und Ideologie als auch der organisatorischen Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Mobilisierung und Kohäsion der noch aktiven Kerngruppen.

Insgesamt zeichnet sich in der vergleichsweise jungen Bewegung ein strategisches Dilemma zwischen Tradition und Veränderung ab. Die Post-Corona-Gruppen haben zwar Antworten zur Überwindung der geschlossenen Gelegenheitsstrukturen gefunden; diese können sie aber entweder nicht konsequent umsetzen, da sie mit zentralen Prägungen der Organisation und Kultur der Bewegung brechen würden, oder sie erweisen sich in Bezug auf die Beantwortung der defensiven strategischen Lage der Bewegung als unzureichend effektiv. So beschränken sich die verbliebenen Gruppen im Wesentlichen darauf, von den Protestenergien anderer Bewegungen profitieren zu wollen, indem sie sich

mit diesen solidarisieren. Im Untersuchungszeitraum ergaben sich aber auch hieraus, von wenigen symbolischen Ausnahmen abgesehen, kaum Resonanzen oder Erfolge.

9 Diskussion: Populismus in und nach der Pandemie

Zu Beginn dieser Untersuchung haben wir nicht dezidiert die Analyse einer neuen oder sich erneuernden populistischen Bewegung anvisiert. Vielmehr beschäftigt uns die Frage nach dem kuriosen Fortbestehen der Post-Corona-Proteste. Für die Antwort hierauf ist jedoch das populistische Wesen der Bewegung zentral, das wiederum interessante Hinweise auf die Entwicklung von Populismus insgesamt liefert. In der folgenden theoretischen Interpretation der zuvor präsentierten empirischen Ergebnisse ordnen wir die untersuchten Gruppen als populistische Bewegungsorganisationen ein, deren Eigenheiten wir mit dem Begriff des postpandemischen Populismus charakterisieren. Hiermit meinen wir einen einschlägig aus der Pandemieerfahrung entstandenen Populismus, der seine Prägung mit neuen Themen, Strategien und Aktionsformen zu verbinden versucht.

Zur Herleitung dieses Begriffs werfen wir zunächst einen Blick auf die (langanhaltenden) Folgen von Krisen, die sich unter anderem im Erstarken populistischer Akteure niederschlagen können, deren vieldiskutierte Merkmale wir knapp umreißen. Anschließend zeichnen wir das bestehende Konzept eines pandemischen Populismus nach und diskutieren populistische Strömungen innerhalb des Phänomenbereichs sozialer Bewegungen. Diese beiden Theoriestränge führen wir in dem Argument zusammen, dass sich in den Gruppen eine postpandemische Variante des Bewegungspopulismus etabliert hat.

Krisen und Populismus

Große Krisen werfen oft lange Schatten – von der Banken- über die Finanzkrise 2008 bis zur Euro- und Schuldenkrise um 2010 (vgl. Hutter/Kriesi 2019). Auch Pandemien zählen zu den großen gesellschaftlichen Krisen. Wenngleich sich fünf Jahre nach Beginn der Covid-19-Pandemie noch keine Langzeitfolgen bestimmen lassen, sind die mittelfristigen Auswirkungen doch bereits sichtbar – von den vereinzelt Masken, die vulnerable Personen weiterhin im öffentlichen Raum tragen, bis zu Entwicklungsdefiziten bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Schulen und Hochschulen nur digital »besuchen« konnten (vgl. Schlack et al. 2023). Ebenso deutlich fällt die aus der Pandemie entstandene Zuspitzung gesellschaftlicher Polarisierung aus (vgl. Butterwegge 2022), etwa im Hinblick auf Gesundheitsthemen wie Impfungen. Scheinen die pandemischen Bedingungen heute auch überwunden, so haben sie doch die Lebens- und Arbeitsverhältnisse nachhaltig beeinflusst.

Von Krisen produzierte Verwerfungen bringen oftmals Populismus hervor. Dies trifft auch auf die Coronakrise zu, wie sich an der populistischen Prägung der Protestwellen gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 zeigt (vgl. Brubaker 2021: 73). Die erklärtermaßen umstrittene Natur des Begriffs Populismus erfordert indes, die jeweilige Populismusdefinition zu umreißen. Wir verorten uns in unserer Anwendung des Populismusbegriffs im Rahmen des »ideational approach« (Mudde 2004), der Populismus nicht als organisatorisches oder strategisches, sondern als ideologisches Phänomen begreift. Den Kern populistischen Denkens bildet demnach eine vertikale Unterscheidung zwischen einer (moralisch schlechten und korrupten) Elite und einem (moralisch guten und oft homogenen) Volk (vgl. zum Beispiel Taggart 2000; Canovan 2004; Mudde 2007; Müller 2016). Die wissenschaftlich besonders einflussreiche Definition von Mudde bestimmt Populismus als »an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ›the pure people‹ versus ›the corrupt elite‹, and which argues that politics should

be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people« (2004: 543).

Der »ideational approach« versteht Populismus überwiegend als eine »dünne« Ideologie (vgl. Stanley 2008), die an »dickere« Ideologien gebunden ist. Populismus als dünne Ideologie hat selbst keine explizite Sozialtheorie und erklärt auch keine spezifische soziale Ordnung als besonders erstrebenswert. Vielmehr knüpft er an *thick ideologies* an und kann abhängig vom Kontext variieren: »The positions they [the populists] campaign for and the values they express depend on local concerns and the kind of political establishment they are challenging« (Canovan 2004: 242). Sie sind jedoch vereint in ihrer Kritik an politischen und medialen Eliten und »claim to say aloud what the people think, especially if it has been deemed by the elite to be unmentionable« (ebd.: 242). Die Transgression von (politischen) Normen – die von Eliten etabliert wurden – ist Teil des populistischen Impetus (vgl. Gaufman/Ganesh 2024: 7–8).

Das den Eliten entgegenstehende Volk indes konstituiert sich im Populismus nicht immer oder ausschließlich durch ethnische Homogenität, sondern durch das Prinzip, *das Richtige zu tun* (vgl. Gaufman/Ganesh 2024: 13). »Implied in the emphasis on ›the people‹ is buried the idea that these people are an undifferentiated mass. It is through their very collectiveness that they are able to produce wisdom« (Taggart 2000: 96). Populistische Akteure entwerfen zumeist eine ideale Gemeinschaft, für die sie eintreten, was Taggart als »Heartland« (2004: 274) bezeichnet. Das Konzept des *Heartland* umfasst auch die affektive Komponente des Populismus: »[H]eartlands owe their power to the heart, to the evocation of sentiments that may not be necessarily either rationalized or rationalizable« (Taggart 2000: 95).

Heartland bezeichnet damit – metaphorisch –, wofür es sich überhaupt und grundlegend lohnt Politik zu machen, zu protestieren oder sich anderweitig zu engagieren. Es sei nicht zwingend ein physischer Ort, sondern ein »territory of the imagination« (ebd.), das sich an einer idealisierten Vorstellung der Vergangenheit orientiert, die es zurückzubringen gelte (vgl. Taggart 2004: 274) – einer Retrotopie (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022: 11). Die idealisierte Vorstellung des *Heartland* ist zwar

diffus, dennoch einflussreich und enthält eine emotionalisierte Vorstellung des guten Lebens: »an evocation of that life and those qualities worth defending [...] that place, embodying the positive aspects of everyday life« (Taggart 2000: 96). Darin existiert die Idealvorstellung eines Volkes, welches das ›gute Leben‹ lebt: »[I]t conjures up a romanticized ordinariness that invokes a core constituency for the centre-ground politics of ›common sense‹« (ebd.).

Populismus, Pandemie, Bewegungen

Während der Pandemie lag eine elitenkritische Interpretation der gesellschaftspolitischen Verhältnisse aufgrund der vielfältigen politischen Eingriffe in Lebens- und Berufswelten vieler Menschen nahe. So benachteiligte etwa die Herausstellung von »systemrelevanten« Berufen einerseits alle hierunter nicht gefassten Berufsgruppen, andererseits konnten sich Menschen gerade in prekären »systemrelevanten« Tätigkeiten weniger gut gegen das Virus schützen – etwa in Krankenhäusern, Supermärkten oder in der Altenpflege (vgl. Wimbauer/Motakef 2021). Die staatlichen Eingriffe in teils privateste Sphären von Bürger:innen, wie beispielsweise die Wohnung, waren deutlich spürbar, etwa wenn private Feiern mit Angehörigen zu vieler Haushalte aufgelöst wurden (vgl. Kluckert 2020). Auch die Ausfälle von Einnahmen, zum Beispiel durch Betriebsschließungen oder Kurzarbeit (vgl. Schulten/Müller 2020), machten einen Teil der pandemischen Multikrise aus. Entsprechend profitierten populistische Akteure nicht nur von der durch Corona ausgelösten Gesundheitskrise, sondern vor allem auch von der ökonomischen Krise, welche die Coronamaßnahmen hervorbrachten. Angesichts der unterschiedlichen Härte, mit der die Coronapandemie Personen verschiedener gesellschaftlicher Schichten getroffen hat, erschienen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemiebekämpfung teils bedrohlicher als die medizinischen Risiken (vgl. Brubaker 2021: 79); Die politische Krise erwuchs unter anderem aus den als übertrieben wahrgenommenen Maßnahmen (vgl. ebd.).

Dabei wurde das populistische Mobilisierungspotenzial, das während der Pandemie entstand, vor allem von rechten Bewegungen aufgegriffen. Sie verbanden es mit vorhandenen Ideologemen, wie Della Porta und Portos beschreiben:

»The pandemic has also been presented as an instrument of evil elites to subjugate the people. The anti-contagion measures (from lockdown to masks) as well as the COVID-19 vaccines have been presented, within schemas drawing on traditional conspiracies, such as the ›great replacement‹, as instruments through which evil elites promote migration as a means of destroying the white and Christian native population [...]. Adapting to pandemic times, the far-right populist conspiracists define the virus as an invention by cosmopolitan elites and the vaccine as an instrument to destroy the native DNA with the aim of triggering a ›great reset‹.« (2024: 287)

Die Pandemie wurde demnach in eine anti-elitäre und in Teilen verschwörungsideologische Grundhaltung der radikalen und extremen Rechten integriert. Dabei wurden Coronamaßnahmen von Alternativmedien ähnlich eingeordnet wie schon Maßnahmen gegen den Klimawandel: »[T]he Corona crisis is just following the patterns of panic mongering introduced by climate activists« (Boberg et al. 2020: 17). Gegen die verschiedenen Dimensionen der Coronakrise – und die politischen Eliten, die diese angeblich mutwillig herbeiführten – steht das *Heartland* der Anti-Corona-Bewegungen. Mit Blick auf die USA stellt Brubaker fest:

»Anti-lockdown protesters could easily draw, at least implicitly, on the longstanding and of course deeply racialized populist trope that contrasts the morally, politically, and even biomedically healthy ›heartland‹ [...] – the ›real‹ America of locally rooted communities and virtuous, hard-working ordinary citizens – with the big cities, seen as sites of corruption, criminality, and disease, and understood as dominated by liberal cosmopolitan elites on the one hand and by racial, ethnic, religious, sexual, and gender minorities on the other.« (ebd. 2021: 75)

Obgleich der Stadt-Land-Konflikt in Deutschland weniger stark ausgeprägt sein mag als in den USA, lässt sich doch eine ähnliche Konstellation von »einfachen Leuten« (Koos/Binder 2021: 297), welche die liberalen und kosmopolitischen Eliten mitsamt deren Moralvorstellungen ablehnen, durchaus auch in der Bundesrepublik finden (vgl. Merkel 2017). Während der Pandemie sind diese schon länger bestehenden gesellschaftlichen Bruchlinien in der Auseinandersetzung über den richtigen politischen Umgang in aller Deutlichkeit zutage getreten. Dies beförderte und vertiefte die Fragmentierung von politischen Lagern, was sich auch in Niedersachsen in der Gründung eines Landesverbands des BSW niederschlug (vgl. Hensel/Fricke/Wehner 2025).

Die Dynamiken zwischen populistischen Akteuren – sowohl mit Regierungsverantwortung (vgl. Pirro/Taggart 2023) als auch in der Opposition (vgl. Louwerse et al. 2021) – und Protestbewegungen (vgl. Brubaker 2021) wurden in internationalen Debatten unter dem Begriff »Pandemic Populism« zusammengefasst (vgl. Bobert et al. 2020; Vieten 2020; Zulianello/Guasti 2025).¹ So wird ein »Pandemic Populism« im Kontext der Kommunikation von alternativen Medien (vgl. Bobert et al. 2020) oder im Hinblick auf das Mobilisierungspotenzial rechtsaußen (vgl. Vieten 2020) untersucht (für einen umfassenden Überblick vgl. Zulianello/Guasti 2025). Dennoch handelt es sich beim »Pandemic Populism« bislang noch nicht um ein ausgereiftes theoretisches Konzept; es bezeichnet weniger eine neue Spielart des Populismus, sondern versammelt eher populistisches Agitieren während und im Kontext der Pandemie. Getragen wurde dieser pandemische Populismus auch und wesentlich von Bewegungen.

Populismus ist in der Untersuchung von Bewegungen ein eher randständiges Konzept (vgl. Della Porta/Portos 2024: 278). Einige Populismusmerkmale, insbesondere die Kritik politischer und gesellschaftlicher Eliten, sind – qua Definition – ein konstitutiver Bestandteil sozialer Bewegungen (vgl. Aslanidis 2016: 304). Dennoch sind nicht alle Bewegungen populistisch und lediglich ein kleiner Teil der populistischen

1 Ein anderer Literaturstrang befasst sich damit, wie populistische Regierungen mit der Pandemie umgegangen sind (vgl. inter alia Ringe/Rennó 2023).

Mobilisierung wird von Bewegungen getragen. Wo Umweltbewegungen für den Erhalt der Natur und die feministische oder die Civil-Rights-Bewegungen für die Rechte bestimmter gesellschaftlicher Gruppen protestieren, wird vergleichsweise selten an das »das Volk« – oder dessen »Heartland« – appelliert. Anders als in den USA und Lateinamerika, wo populistische Strategien auch von linken Akteuren verfolgt wurden (und werden), waren es in Europa vornehmlich rechte Bewegungen – später mit Ausnahmen wie etwa den *Indignados* in Spanien –, die als populistisch verstanden wurden (vgl. De Nadal 2021: 38; für eine umfassendere Übersicht sowohl progressiver als auch reaktionärer populistischer Bewegungen vgl. Della Porta/Portos 2024).

Konzeptuell wurde die Verbindung von Populismus und Bewegungen zuletzt insbesondere von Aslanidis (2016, 2018) beschrieben – er versteht Populismus in sozialen Bewegungen vor allem als Framing-Prozess, der im Zuge von Bewegungspraktiken in ihre kollektive Identität überführt wird (vgl. Aslanidis 2018: 443). Somit können also auch Bewegungen von der integrativen Klammer des Populismus profitieren. Hinter dem populistischen Label des Volks können soziale oder ideologische Unterschiede zurücktreten. Aslanidis definiert populistische Bewegungen als

»[...] non-institutional collective mobilization expressing a catch-all political platform of grievances that divides society between an overwhelming majority of pure people and a corrupt elite, and that claims to speak on behalf of the people in demanding the restoration of political authority into their hands as rightful sovereigns.« (2016: 304–305)

Um einen inneren Zusammenhalt herzustellen, betreiben Bewegungen, besonders deren Eliten, substanzielle Identitätsarbeit (»hard identity work«), in der gleichzeitig die Andersartigkeit der Outgroup und die Ähnlichkeit innerhalb der Ingroup herausgestellt werden (vgl. Aslanidis 2016: 306). Diese Identitätsarbeit geschieht vor allem in Bewegungen, die versuchen, eine Gemeinschaft verschiedener Meinungen und Interessengruppen zu erzeugen (vgl. ebd.).

Die von uns untersuchten Protestgruppen waren zu ihrer Hochzeit trotz ihrer Heterogenität unter anderem durch die gemeinsame Opposition zu den Coronamaßnahmen verbunden. Das Ende der Pandemie konfrontierte die Bewegungsorganisationen dann mit einer Leerstelle – die verbindende Opposition verlor ihre Notwendigkeit. Um fortzubestehen, ist in dieser Situation die Identitätsarbeit zunehmend zentral – besonders diejenige Arbeit, die Bewegungsmerkmale zentriert, die über das rein Oppositionelle hinausgehen und »hard identity work« erbringen. Wir argumentieren, dass die populistische Grundhaltung, die von der Pandemie entscheidend geprägt ist, in der postpandemischen Phase diese Leerstelle ausfüllt, wie wir im Folgenden anhand unseres Konzepts des postpandemischen Populismus darlegen.

Postpandemischer Populismus

Der Bewegungspopulismus der Coronazeit hat sich seit dem Ende der Pandemie gewandelt und an neue Gegebenheiten angepasst. Dementsprechend schlagen wir vor, die von uns untersuchten Post-Corona-Protestgruppen unter dem Begriff »postpandemischer Populismus« zu fassen. Ihr Populismus ist ebenso *postpandemisch*, wie er *postpandemisch* ist. Entsprechend umfasst unsere Konzeption drei Merkmale: Erstens sind die Post-Corona-Gruppen *populistisch*, insofern für ihre Weltsicht eine manichäische Unterscheidung manipulativer Eliten auf der einen und eines guten, reinen – wenn auch diffus gefassten – Volks auf der anderen Seite zentral ist. Ihr Populismus ist zweitens *pandemisch*, da die von den Gruppenmitgliedern vertretenen Weltsichten maßgeblich durch ihre Erfahrungen während der Coronapandemie geprägt sind. Und drittens handelt es sich um einen *postpandemischen* Populismus, da sich die Protestgruppen von ihrem originären Mobilisierungsanlass auf verschiedene Weisen emanzipiert haben.

Weil seine Grundzüge klar populistisch sind, lässt sich der von den untersuchten Bewegungsorganisationen vertretene postpandemische Populismus als Spielart des Populismus verstehen. Dennoch beschreibt

der Begriff nicht bloß Populismus nach der Pandemie. Was postpandemischer Populismus als analytischer Begriff leistet, ist vielmehr die Beschreibung einer speziellen Ausprägung populistischer Bewegungen, die unter speziellen Krisenbedingungen geformt wurde und sich hernach transformiert hat. Die drei formulierten Merkmale des postpandemischen Populismus buchstabieren wir im Folgenden in zwei Schritten genauer aus: Zunächst skizzieren wir den durch die Pandemie entstandenen und geprägten Populismus der Protestgruppen und qualifizieren deren spezifisch pandemische Merkmale; anschließend führen wir aus, wie sich diese Prägung in der Ausdeutung aktueller Geschehnisse niederschlägt und wie sich diese post-pandemische Ausformung von anderen Populismen unterscheidet.

Pandemisch geprägter Bewegungspopulismus

Die untersuchten niedersächsischen Post-Corona-Protestgruppen reihen sich historisch betrachtet in eine Riege von populistischen Bewegungsorganisationen ein, die sich im pandemischen Kontext formiert haben: »[T]he pandemic crisis, in conjunction with related social crises [...] have been addressed through a mobilization of progressive and regressive social movements that have claimed to act ›in the name of the people‹ against a ›global elite‹« (Della Porta/Portos 2024: 287). Dabei wird an den von uns untersuchten Gruppen deutlich, dass beide populistische Kernmerkmale – die Kritik an einer korrupten Elite wie auch der Bezug auf ein gutes Volk – inhaltlich stark durch die pandemische Konstellation einer multiplen Krise geprägt sind (vgl. Kapitel 8): Die Gruppen sehen sich selbst in einer Position der Unterlegenheit im Angesicht einer übermächtigen Elite, die »das System kontrolliert«. Entstanden ist dieser Eindruck im Zuge der Coronapandemie in einem tatsächlichen Zustand der Machtlosigkeit.

Die Erfahrung von Staatsmacht und Staatsgewalt bringt geteilte und verbindende Machtlosigkeitserfahrungen mit sich. Zusätzlich hat die größtenteils negative Medienberichterstattung über die Bewegung zu dieser Erfahrung beigetragen. Sie resultiert in der Erklärung der tradierten Massenmedien als Gegner. Die kontinuierliche Wiederholung

dieser Positionierung, über die Gruppen selbst hinaus (etwa in medialen Debatten über aufoktroyierte Sprachnormen), bestätigt diese. Eine solche Opferhaltung, in der die Betroffenen ihre eigene Diskriminierung und die negativen Erfahrungen ins Zentrum der (Gruppen-)Identität rücken, kann dazu beitragen, eine gesellschaftliche Bedeutung des eigenen Handelns zu vermitteln (vgl. Berbrier 2000: 187).

»Wir leben in keiner Demokratie mit Meinungsfreiheit und Menschenrechten, sondern in einem faschistischen und kriegstreiberischen System [Organisator].« (*Telegram-Nachricht*, GRO)

So lässt sich erstens nachvollziehen, dass die untersuchten Gruppen nicht nur gegen konkrete, pandemiebezogene politische Maßnahmen protestiert, sondern auch Einzelkritiken am invasiven Handeln des Staates zu einer allgemeinen und tiefergreifenden populistischen Grundkritik an der Regierung verdichtet haben. Zentrale Triebkraft dieser Kritik, die sich deutlich vom System der repräsentativen Demokratie distanziert, ist – jenseits der als falsch bewerteten Einzelmaßnahmen – die allgemeine Empörung über die individuelle und kollektive Wahrnehmung einer repressiven Staatsmacht. Diese als staatliche Willkür empfundene Machtlosigkeitserfahrung hat dazu geführt, dass die Gruppen ein grundlegendes Misstrauen gegenüber Repräsentant:innen des Staates sowie dem Prinzip der politischen Repräsentation insgesamt gefasst haben, das wiederum ihre Ansätze sowohl der Demokratiekritik als auch -reform prägt.

So wird in der Kommunikation und Agitation der Gruppen das System der Bundesrepublik auf vielfältige Weise als undemokratisch beschrieben. Ihr mitunter weitschweifiges Œuvre der Demokratiekritik reicht von diffuser Kritik (beispielsweise Plakataufschriften wie »Google Mal Demokratie«) über die Kritik einzelner Regierungspolitiker:innen (etwa in der Ausstellung »Galerie der Aufklärung«, siehe Kapitel 6) bis zu Forderungen, dass der Souverän – also das Volk – die Souveränität zurückerhalten solle. Diese als Verteidigung der Demokratie begriffene Kritik wird überdies um Vorschläge ergänzt, wie sich demokratische Prinzipien und Rechte erhalten beziehungsweise restaurieren ließen.

Hierzu gehören Forderungen nach mehr direkter Demokratie und Plebisziten oder einer Direktwahl des:der Bundespräsident:in. Zudem werden Visionen zur Wiederherstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts formuliert. Darüber hinaus fordern einige Gruppen konkret die Einführung einer »Politiker:innenhaftung« – sprich die Haftung von Politiker:innen mit ihrem Vermögen und gegebenenfalls ihrer Freiheit für politische »Fehlentscheidungen«.²

Sowohl die Kritik an den Eliten und dem System der repräsentativen Demokratie als auch die daran anknüpfenden Ideen zur Reform dieses Systems zielen insofern weniger auf eine Restauration der repräsentativen Demokratie als auf deren Ergänzung um identitäre Elemente oder gar eine Transformation im Sinne einer identitären Demokratievorstellung.

»The idea of ›identitarian‹ democracy, in which the rulers and ruled are completely identical, as the opposite of representative democracy, [...] goes back to Rousseau and his view that the will cannot be represented: every subject is also sovereign, and since sovereignty cannot be divided or delegated, it cannot be exercised by a proxy.« (Salzborn 2017: 16)

Im Idealtyp identitärer Demokratiekonzepte handeln Politiker:innen – im Sinne eines angenommenen und einheitlich konstruierten Volkswillens, was von den Prinzipien repräsentativer Demokratien abweicht (vgl. Salzborn 2017: 29–30). Denn ein angenommener, einheitlicher Volkswille basiert in der Regel auf dem Ausschluss derer, die diesen Volkswillen nicht vertreten. Gesellschaftliche Heterogenität und politische Antagonismen finden in diesen Vorstellungen weder Platz und Berechtigung noch einen Modus der demokratischen Aushandlung. Der Schutz (politischer) Minderheiten, der in liberalen Demokratien und in repräsentativen Systemen gewährleistet sein soll, wird dabei verdrängt

2 Diese Forderung wurde im Herbst 2024 von der AfD aufgegriffen und als »Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Haftung von Bundesministern bei Amtspflichtverletzungen« in den Bundestag eingebracht.

von einer »Herrschaft im Namen der Mehrheit«, die ohne »Grundrechte, Minderheitenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit« (Pfahla-Traugthber 2013: 76) ausgestaltet ist. Auch wenn die von uns untersuchten Gruppen in ihren Reform- und Lösungsvorschlägen zu identitären Vorstellungen tendieren, präsentieren sie jedoch kein umfassendes alternatives Demokratiekonzept. Vielmehr wird die Leerstelle, welche *die Demokratie* als Chiffre bietet, von den Protestierenden, wie auch von Medien und Außenstehenden, beliebig gefüllt. Die Post-Corona-Protestgruppen reihen sich so in einen Trend innerhalb der deutschen Protestlandschaft ein, der zwar schon vor der Pandemie präsent gewesen war (vgl. Volk 2023), sich aber erst im Zuge der Pandemieproteste verschärfte:

»While claiming to espouse the idea of democracy, activists sharply attacked democratic institutions and their main representatives as ›totalitarian‹ or ›dictatorial‹ [...] [This] discursive shift during the pandemic seems to be in line with broader developments of far-right ideology in the protest arena and in party politics, where formal support of democracy goes together with a rhetoric of delegitimization of contemporary democratic institutions and their representatives.« (Volk/Weisskircher 2024: 719)

Eine ähnliche Konstellation der Delegitimierung von Institutionen, bei gleichzeitigem Anspruch der Demokratieverteidigung, findet sich auch bei den Post-Corona-Protestgruppen. Diese stellen im Besonderen auf die Verteidigung der Abwehrrechte der Bürger:innen gegen den Staat ab (für eine ähnliche Bezugnahme seitens PEGIDA vgl. Volk 2022: 12). Dieser Fokus, der über die populistische Identifikation von Volk und Herrschenden hinausgeht, macht eine Besonderheit des postpandemischen Populismus aus. Die Nutzung der Demokratieverteidigung als Masterframe unterstreicht die kontinuierliche Salienz des Frames in der deutschen Gesellschaft, in der ganz verschiedene Gruppen eine Verteidigung der Demokratie für sich zu reklamieren. Dieser Frame wird unter anderem strategisch herangezogen, um an Mehrheitsdiskurse anzuschlie-

ßen und die eigenen Positionen als demokratisch zu legitimieren (vgl. Volk 2022; Hensel/Jasser 2024; Volk/Weisskicher 2024).

Bleibt die Vision des Demokratiekonzepts der Gruppen auch vage, reklamieren diese dennoch eine hohe Dringlichkeit ihrer Kritik, wie dies Aslanidis für den Bewegungspopulismus skizziert hat: »The prognostic part [of the framing] can vary in terms of exact steps towards overturning the balance of power, yet in every instance, the message must contain a wake-up call and a commitment to toppling ruling elites and restoring sovereignty through the mobilization of the People« (2016: 310). Die Kombination von Vagheit und Dringlichkeit spiegelt sich exemplarisch im folgenden Zitat einer Post-Corona-Protestgruppe:

»Wir dürfen nicht schweigen, wenn wir spüren, dass unsere Würde mit Füßen getreten wird. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass es unsere Gesellschaft immer weiter zerreißt und dass Andere durch Bestimmungen und Verordnungen Schritt für Schritt die Kontrolle über unser Leben und unsere Freiheit erlangen. Wir dürfen nicht schweigen!« (Webseitentext, SMW)

Die populistische Überzeugung, »das Richtige zu tun« (vgl. Gaufman/Ganesh 2024), kann den Eifer begründen, mit dem einige Demonstrierende ihre Botschaften nach außen tragen. Das stark ausgeprägte Masterframe der Demokratieverteidigung erfüllt unter anderem die Funktion, die Bewegung als demokratisch zu legitimieren: »[P]articipants are empowered by anchoring their diagnosis of the situation upon the legitimizing values of majority rule and popular sovereignty, which no opposing agent can carelessly defy without being labeled undemocratic« (Aslanidis 2016: 306), was Aslanidis als Teil bewegungspopulistischer Strategie versteht. Die augenscheinliche Unmöglichkeit, zu widersprechen (zumindest nicht ohne eine umfassende Analyse der Bewegungsforderungen und -rhetoriken), bedingt die Stärke dieses Frames.

Bis hierin entsprechen die Post-Corona-Protestgruppen dem Idealtypus populistischer Bewegung. Was sie hiervon jedoch unterscheidet, ist ihr gespaltenes Verhältnis zum Volk. Normalerweise präsentieren populistische Bewegungen (und Rhetoriken) das Volk als homogen

sowie tugendhaft und beanspruchen, für dieses zu sprechen und in seinem besten Interesse zu handeln. Dies ist auch weitestgehend bei den Post-Corona-Gruppen der Fall – wobei einige Bewegungsorganisationen stärker auf verlorene politische Freiheitsrechte abstellen, während andere den Verlust sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit betonen.³ Komplizierter als bei anderen populistischen Bewegungen fällt jedoch ihr Verständnis von und ihr Verhältnis zum Volk aus. So ist in der Rhetorik der Post-Corona-Gruppen vielfach eine Distanz zur Bevölkerung erkennbar, die zuweilen Züge einer tiefsitzenden Verachtung annimmt – zumindest derjenigen Teile der Bevölkerung, die nicht die Sichtweise der Gruppen vertreten. Sie werden als »Schlaf Schafe« (GRO, *Telegram*-Nachricht), »Sklaven« (ERH, weitergeleitete *Telegram*-Nachricht) oder »Mattscheiben-Coronazis« (GRO, *Telegram*-Nachricht) betitelt und dazu aufgerufen, sich durch von der Bewegung empfohlene Alternativ-Medienkanäle informieren und aufklären zu lassen.

Aus der Warte der Post-Corona-Bewegung, welche die Verdorbenheit der Eliten zu erkennen meint, steht ihr somit ein großer Teil der Bevölkerung gegenüber, der (willentlich) unwissend und inaktiv verbleibt. Hierin liegt ein Widerspruch zur identitären Demokratie- beziehungsweise Volksvorstellung. Das Gesellschaftsbild der Protestgruppen ähnelt in diesem Punkt eher der Struktur von Verschwörungserzählungen denn dem Populismus: »While the populist worldview defines the people as good and pure, and the elite as bad and corrupt [...], conspiracism sees this division between an unknowing people and a conspiring elite« (Pirro/Taggart 2023: 416). Im Verständnis der Post-Corona-Protestgruppen wird aus der populistischen Dichotomie zwischen Volk und Elite also eine Trichotomie: Sie unterscheiden zwischen der Elite, dem zwar guten, aber unwissenden Volk und sich selbst – als denjenigen,

3 Einige Gruppen haben zudem – besonders in ihrer digitalen Kommunikation – Xenophobie gezeigt. Auch wenn derartige Äußerungen oft als Proxy genutzt wurden, um die Schlechtigkeit und Abgehobenheit der politischen Eliten zu illustrieren, negiert dies keinesfalls Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die einige Gruppen an den Tag legen.

welche die wahren Absichten der Elite erkannt haben. Dadurch verknüpfen sie populistische und verschwörungstheoretische Sichtweisen auf das Volk miteinander. Die Post-Corona-Protestgruppen scheinen so eher als selbsternannte Avantgarde zu agieren, denn als Herolde des Volkswillens. Dennoch integrieren sie das aus ihrer Sicht willentlich unwissende und ihnen oftmals feindselig gegenüberstehende Volk in einen geteilten Opferstatus, in dem sich sowohl die Protestgruppen als auch der Rest der Bevölkerung befinden (vgl. Pirro/Taggart 2023: 416).

Postpandemische Antworten und Strategien

Im Laufe des Mobilisierungszyklus der Corona-Proteste ist der skizzierte pandemisch geprägte Bewegungspopulismus unter erheblichen Wandlungsdruck geraten. Einerseits bleibt den Gruppen eine stärkere Orientierung in Richtung der Politik aufgrund ihrer populistischen Elitenkritik weithin versperrt. Andererseits wurde die identitär-demokratische Volksvorstellung durch die immer geringere gesellschaftliche Resonanz und offene Ablehnung seitens der Bevölkerung verstärkt herausgefordert. Bereits während der Pandemie, spätestens aber mit deren offiziellem Ende wurden die Protestgruppen in Zugzwang versetzt, strategische Antworten auf ihre defensive Position in der skizzierten Trichotomie zu finden. Die Gruppen befinden sich jedoch in einem Zwiespalt: Trotz der gegenseitigen Ablehnung von Bevölkerung und Protestgruppen positionieren sich Letztere – je nach Lesart – als Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit oder als Advokatinnen einer uninformierten Bevölkerung. Um diese direkt und effektiver zu erreichen, haben die Post-Corona-Proteste sowohl inhaltliche als auch kommunikative neue und durchaus innovative Strategien entwickelt.

So verfolgt der postpandemische Populismus zum einen verschiedene inhaltliche Ansätze, das Volk in seiner Breite besser und effektiver zu mobilisieren. Hierzu werden durch die Linse der Pandemieerfahrung alte, Corona-bezogene Themen mit neuen Inhalten verschränkt. Dies zeigt sich ebenso in GROs Kritik an den Coronamaßnahmen als Demokratieproblem, der Diskussion des durch die Pandemie verlorenen

gesellschaftlichen Zusammenhalts durch SMW wie auch in der ebenso breiten wie umfassenden Regierungskritik von ERH und RLH.

Konkret geht die populistische Mobilisierung der Post-Corona-Proteste über die Unzufriedenheit mit der Anti-Corona-Politik deutlich hinaus. So werden zum einen neue Krisen aufgegriffen, etwa Russlands Angriff auf die Ukraine oder die steigenden Gas- und Lebenshaltungskosten; zum anderen Themen, die sich in einen anti-elitären Kulturkampf einbinden lassen – wie etwa geschlechtergerechte Sprache oder die Übernahme des Social-Media-Konzerns X (vor 2023 Twitter) durch Elon Musk. Beides wird durch die größtenteils während der Pandemie und der Proteste erworbene populistische Weltsicht interpretiert und politisiert. Das hier geprägte grundlegende Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und deren Politik erscheint dabei oftmals wichtiger als die Brisanz der neuen Themen selbst, deren Protestwürdigkeit wie selbstverständlich vorausgesetzt wird. So heißt es in einem Demonstrationsaufruf etwa:

»Hallo ihr wahrheitsliebenden Menschen!

Die Aufarbeitung der letzten drei Coronajahre ist nur ein Grund weshalb wir weiterhin auf der Straße sind. Da wären auch noch Frieden, Bargelderhalt, Inflation, Presse- und Meinungsfreiheit usw ...

Ihr merkt, es lohnt sich zu demonstrieren.« (*Telegram-Nachricht*, ERH)

Vor dem Hintergrund der Pandemieerfahrungen wäre es für die aktiven Gruppen wohl moralisch verwerflich, zu neuen Vergehen der »verdorbenen Eliten« zu schweigen. Bei mehreren Protesten haben Teilnehmende vermittelt, zu demonstrieren als ihre moralische Pflicht anzusehen, da »es ja sonst niemand macht«.

Schließlich ist insgesamt festzustellen, dass die Pandemie rückblickend zwar als elementare Disruptionserfahrung wahrgenommen wird, durch welche gesellschaftliche und politische Normalität, persönliche Sicherheit und demokratisches Vertrauen zusammengebrochen seien. Zugleich bildet die Pandemie jedoch auch einen positiven Bezugspunkt, insofern der gegen die Pandemiemaßnahmen gerichtete Aktivismus auch als Erfahrung bewegungspolitischer Autonomie und der Wieder-

gewinnung politischer Handlungsmacht interpretiert wird. Aus dieser Melange, die erzählerisch der Dramaturgie von Leid und Erlösung folgt, ist eine starke politisch-ideologische Prägekraft erwachsen. Denn die Pandemieerfahrungen markieren für die Gruppen und deren Angehörige den Moment einer Erkenntnis, auf die sie sich immer wieder zurückbeziehen. Die Prägekraft dieses Ereignisses findet folglich ihren Ausdruck darin, neue, mit der Pandemie nicht unmittelbar verbundene politische Themen aufzugreifen.

Jenseits des Inhalts wird auch auf der Ebene der Aktionsformen deutlich, wie die aus der pandemischen Prägung hervorgehenden Herausforderungen überwunden werden sollen. So lassen sich im postpandemischen Populismus verschiedene kommunikative Ansätze erkennen, um mit dem abgewandten Volk durch spezifisch dialogische Aktionsformen wieder in Kontakt zu treten. Diese versuchen, mit einer uninformierten oder sogar zur Aufklärung unwilligen Bevölkerung in Kontakt zu treten, etwa in Form symbolischer Mahnwachen, künstlerischer Events oder offensiver Dialogofferten. So wird – mit mehr oder weniger subtilen Mitteln – an einer gesellschaftlichen Perspektivverschiebung und neuen politischen Koalitionen gearbeitet. Nicht immer, aber doch häufig überschreitet der postpandemische Populismus dabei den ursprünglich identitären Geltungsanspruch, den eigentlichen und einzigen Volkswillen zu vertreten. In den von den Gruppen angewandten Dialogformaten selbst ist die Anerkennung anderer Positionen bereits angelegt, auch wenn sie letztlich auf eine Überzeugung des Gegenübers abzielen.

Insofern zeichnet sich zumindest eine gewisse Öffnung gegenüber pluralistischen Demokratie- und Volksverständnissen ab, während die Distanz gegenüber Repräsentant:innen der politischen und medialen Eliten allenfalls vereinzelt durchbrochen wird. Eine Integration des postpandemischen Populismus in das mit Misstrauen belegte politische System zeichnet sich damit vorerst nicht ab.

10 Rück- und Ausblick

Die vorliegende Studie hat sich intensiv den Post-Corona-Protesten in Niedersachsen gewidmet, um das seltsame Fortbestehen dieser Bewegung über das Ende der Pandemie hinaus genauer zu verstehen. Um ihre Kontinuität und anhaltenden Aktivitäten konkret erklären und abstrakt beschreiben zu können, wie sich die Bewegung in Richtung eines postpandemischen Populismus entwickelt hat, wurden ausgewählte niedersächsische Gruppen anhand verschiedener, miteinander verschränkter Ansätze und Methoden untersucht. Abschließend wollen wir zunächst die empirischen und theoretischen Erkenntnisse unserer vorliegenden Studie mitsamt ihren Limitationen rekapitulieren und wissenschaftlich einordnen, um sodann einen Ausblick auf die praktische Relevanz unserer Ergebnisse zu geben.

Erkenntnisse

Empirisch kann unsere Untersuchung dabei helfen, den Forschungsstand zu den Anti-Corona-Protesten auf zweierlei Weise zu ergänzen: *Erstens* trägt unsere Analyse zu einer zeitlichen Aktualisierung bei, indem wir die bislang kaum untersuchte postpandemische Phase der Proteste betrachten. Mit dem abnehmenden wissenschaftlichen Interesse ist hier eine Leerstelle entstanden, die eine Frage aufwirft, welche auch viele andere Bewegungen betrifft: Wie verhalten sich Bewegungsakteure, sobald sich der Protestzyklus seinem Ende zuneigt? In unserem Fall haben sich die Gelegenheitsstrukturen seit der Entstehung der Be-

wegung sukzessive verschlechtert. Wurden die Anti-Corona-Proteste schon in ihrer Hochphase während der Pandemie von einer breiten Öffentlichkeit äußerst kritisch betrachtet, wird ihren postpandemischen Überbleibseln nicht einmal mehr politische Relevanz zugesprochen. Wie unsere Analyse zeigt, hat die Post-Corona-Bewegung hierauf jedoch reagiert. Während der Pandemie geprägte Weltansichten sind in der postpandemischen Bewegung zwar weiterhin präsent, werden jedoch sowohl in Form als auch Inhalt merklich an die neue Situation angepasst. Während die Proteste, sowohl digital in sozialen Netzwerken als auch analog vor Ort, auf verschiedenen Wegen um eine unmittelbare gesellschaftliche Aufmerksamkeit ringen, stabilisieren die kommunikativen Kultur der Gruppen sowie die liturgisch vollzogenen Aktionsformen die Bewegung nach innen. Das in unserer Untersuchung angewandte integrierte Modell der Bewegungsentwicklung (vgl. Kapitel 3) kann dabei die komplexe Verbindung externer Druckfaktoren und inneren Prozessen der Anpassung und Selbststabilisierung detailliert aufschlüsseln.

Zweitens leistet die Studie eine regionale Differenzierung. Durch die Untersuchung ausgewählter Bewegungsorganisationen in Niedersachsen lässt sich erstmals ein Profil der Post-Corona-Proteste im Bundesland beschreiben. Übergreifend reklamieren die Gruppen, für die Verteidigung der Grundlagen der Demokratie einzustehen, wobei sie sich an einer aus der Pandemieerfahrung entwickelten populistischen Kritik der Demokratie orientieren. Diese gemeinsame Grundorientierung wird – sowohl thematisch als auch in ihren Aktionsformen – von den Gruppen jedoch unterschiedlich konkretisiert und ausdifferenziert. Hierbei stehen sich enge und weit gefasste Protest-Agenden sowie vermittelnde und konfrontative Dialogansätze gegenüber. Anders als etwa Baden-Württemberg (vgl. Hippert/Saul 2021) ist Niedersachsen im bundesweiten Vergleich kein Epizentrum der Anti- und Post-Corona-Proteste; dennoch sind die hiesigen Prozesse hinsichtlich Vernetzung und Verstärkung aufschlussreich: Zum einen verstehen sich die Gruppen trotz ihrer regionalen Besonderheiten als Teil *einer* Bewegung beziehungsweise *eines* (protest-)politischen Lagers, das angesichts ähnlicher Probleme und Repressionen über ideologische und strategische Differenzen hinweg solidarisch agiert; zum

anderen gibt unsere Untersuchung Einblicke in die Entwicklung der Post-Corona-Bewegung als Ganzes, indem Vernetzungsstrategien und Verstetigungsprozesse exemplarisch beleuchtet werden.

Auch aus theoretischer Sicht sind unsere Ergebnisse informativ. So können wir zur Qualifizierung bestehender Konzepte, wie etwa des Bewegungspopulismus, beitragen, indem wir die Analyse der Anti-Corona-Bewegung als eine Form des »Pandemic Populism« weiterentwickeln und dessen Ausprägung *nach* der Pandemie beschreiben. Der Begriff des postpandemischen Populismus, der sich aus den Merkmalen der untersuchten Bewegungsorganisationen ableitet, stellt weniger eine neue Kategorie als vielmehr die Qualifizierung einer spezifischen Ausformung von Populismus dar. Unsere Untersuchung zeigt, wie populistische Weltanschauungen sich an neue Gegebenheiten anpassen sowie die politische Interpretation von Politik und Tagesgeschehen beeinflussen. Im Zentrum stehen dabei zwar weiterhin die zentralen Merkmale des Populismus – die Unterscheidung in ein reines Volk und eine Elite, die diesem Volk (willentlich) zu ihrem eigenen Nutzen schadet; dennoch erweitert dieser Begriff die bisherigen theoretischen Darstellungen insbesondere um die Differenzierung der pandemischen Prägungsprozesse sowie die postpandemischen Reaktionsweisen. So haben wir, anknüpfend an Pirro und Taggart (2023), gezeigt, wie sich beim Verhältnis von Volk und Elite in den Post-Corona-Gruppen Populismus und verschwörungsideologische Vorstellungen verschränkt haben. Daraus ergeben sich nuancierte Perspektiven auf das gespaltene Verhältnis zwischen den Protestgruppen, dem Volk und der Elite, die auch identitär-demokratische Ansprüche reflektieren, die populistische Akteure vertreten. Wir konnten dokumentieren, wie sich Gruppen aus ihrer pandemischen Prägung heraus entwickeln und versuchen, diese sowohl inhaltlich als auch kommunikativ zu überwinden.

Anknüpfungspunkte

Selbstverständlich weist unsere Studie auch Begrenzungen auf, an die wiederum zukünftige Forschungsarbeiten zum Thema sinnvoll an-

schließen können. Zunächst ist die Untersuchung regional begrenzt, was naturgemäß die Generalisierbarkeit der Ergebnisse einschränkt. Vorangegangene Forschung in anderen Bundesländern (Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023) wie auch die von uns gefundene Struktur der Post-Corona-Proteste in Niedersachsen – mit lokalen, gut vernetzten Kleingruppen – legen zwar die Vermutung nahe, dass sich in anderen Regionen ähnliche Entwicklungen vollzogen haben. Inwieweit dies tatsächlich zutrifft und ob sich in anderen Regionen eventuell andere Bewegungskonstellationen entwickelt haben, muss jedoch im Forschungszyklus anderweitig untersucht werden.

Der qualitative Ansatz unserer Untersuchung hat vertiefte Einblicke in die regionalen Konfigurationen der Bewegung in Niedersachsen geben können. Eine umfassendere Untersuchung, deutschlandweit oder an spezifischen Hotspots durchgeführt, könnte die anhand der Entwicklungen im hiesigen Bundesland entwickelten Differenzierungen sinnvoll vertiefen und ergänzen. Zudem könnten quantitative Ansätze beziehungsweise Big-Data-Analysen, insbesondere durch die Auswertung digitaler Daten – etwa die *Telegram*-Netzwerke der Bewegung –, vorliegende Forschung aufschlussreich erweitern und zu einem besseren Verständnis des Phänomens beitragen.

Weitere Limitationen unserer Forschung ergeben sich zum einen aus unserem bewegungsorientierten Fokus auf Post-Corona-Proteste. Inwiefern sich der postpandemische Populismus auch in anderen Bewegungen oder in politischen Parteien niederschlägt, muss an anderer Stelle untersucht werden. Zum anderen stellt sich – gerade mit Blick auf die von uns diagnostizierte organisatorische Fragilität und strategische Ausweglosigkeit der Post-Corona-Proteste – natürlich die Frage, inwiefern die untersuchten Bewegungsorganisationen auch nach unserem Untersuchungszeitraum noch aktiv sind. Ein kursorischer Blick in die *Telegram*-Kanäle der von uns untersuchten Gruppen weist zwar darauf hin, dass sie ihre Aktivitäten noch immer fortsetzen. Welche Anpassungen und Wandlungen sie seit unserem Untersuchungszeitraum vollzogen haben, kann jedoch nur eine Detailuntersuchung zeigen.

Ein weiterer Komplex an Forschungsfragen ergibt sich unterhalb der Analyse von Bewegungen als kollektiven Akteurinnen auf Individual-

ebene der Aktivist:innen. Unser ethnografischer Ansatz kann Hinweise auf gemeinsame Prägungs- und Motivationsfaktoren der noch aktiven Bewegungsakteure liefern. Hiervon ausgehend erscheint einerseits eine intensivere Auseinandersetzung mit den Narrativen und Emotionen lohnenswert, die diese Bewegungen überraschend dauerhaft antreiben und beispielsweise anhand qualitativer und biografischer Interviews erschlossen werden könnten. Andererseits könnte eine Untersuchung von bereits demobilisierten ehemaligen Aktivist:innen weiteren Aufschluss über die spezifischen Voraussetzungen und Hintergründe einer Fortsetzung oder eines Abbruchs der Aktivitäten in der Post-Corona-Bewegung geben.

Darüber hinaus lassen sich die Post-Corona-Proteste im breiteren Kontext gesellschaftlicher Veränderungen betrachten – dies wiederum könnte die Analyse sozialer, wirtschaftlicher und politischer Faktoren umfassen, die sich während und nach der Pandemie stark verändert haben. Die Untersuchung kleiner Protestgruppen – als mögliche Seismografen für Debatten und Auseinandersetzungen in der politischen Arena – verspricht Einblicke in politisierte Themen beziehungsweise die Politisierung von Themen. Weitere Untersuchungen könnten analysieren, inwiefern die postpandemische, populistische Linse – durch die jegliche politische Entwicklung betrachtet und bewertet wird – in anderen politischen Gruppierungen sowie in nicht dezidiert politischen Zusammenhängen zum Ausdruck kommt.

Was sich aus den Protesten lernen lässt

Ausgehend von unserer wissenschaftlichen Perspektive stellt zudem sich die Frage, welche praktischen Lehren sich aus unserer Studie ziehen lassen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der knapp fünf Jahre nach Beginn der Coronapandemie eingesetzten Enquete-Kommission, die im September 2025 ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese ist mit der »Aufarbeitung der Corona-Pandemie« betraut und soll »Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse« erarbeiten (Deutscher

Bundestag 2025), die auch die Kommunikation von Maßnahmen sowie den Umgang mit aufkommenden Protesten betreffen könnten.

Dass gesellschaftlich noch vieles aufzuarbeiten ist, wurde parallel zur Einsetzung der Enquete-Kommission auch medial intensiv debatiert. So kritisierten etwa Schüler:innen und Lehrkräfte gegenüber dem WDR, dass aus der plötzlichen Schließung von Schulen und der Umstellung auf Online-Unterricht verschiedenste Probleme hervorgegangen seien (vgl. Osthoff 2025). Schließlich habe es in vielen Haushalten an einer (ausreichenden) Internetverbindung gemangelt und insgesamt sei viel Unterrichtsstoff verpasst worden. Kurzum: Der Unmut über die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie und die damit verbundenen Folgen hallt gesellschaftlich und publizistisch jedenfalls nach. Der Sozialwissenschaftler Sebastian Wolf befand schon 2022: »Betrug, Korruption und politisch-administrative Misswirtschaft sind auch und gerade in der Corona-Pandemie nicht immer leicht auseinander zu halten« (Wolf 2022: 86). Von Betrugsfällen in Testzentren über »umstrittene Beschaffungsentscheidungen« (Deutschlandfunk 2025) für Schutzmasken durch den damaligen Gesundheitsminister Spahn bis hin zu als unangemessen drastisch bewerteten Einzelmaßnahmen insbesondere Kindern und Jugendlichen gegenüber bergen etliche Aspekte der Corona-Politik nach wie vor enorme gesellschaftliche Sprengkraft.

Dies gilt auch übergreifend für die Bewertung der in der Dynamik und Not der Corona-Krise de facto eingeschränkten Bürgerrechte, welche auch die damalige Kanzlerin Merkel (2020) als eine »demokratische Zumutung« beschrieb – ebendiese Zumutung bildet den zentralen Nenner der von uns untersuchten Gruppen. Ihr Protest gegen die Coronamaßnahmen war (und ist) in einem demokratischen System natürlich grundsätzlich ein gleichermaßen legitimer wie normaler Vorgang – ebenso wie dessen kritische Diskussion und Zurückweisung etwa durch Politik, Medien oder Zivilgesellschaft. Die Anti- beziehungsweise Post-Corona-Proteste haben dabei klassische Funktionen von politischen Protesten und Bewegungen erfüllt (vgl. Nassehi 2020): die aus der Pandemie erwachsenen gesellschaftlichen Konflikte politisch zu mobilisieren und öffentlich sichtbar zu machen – auch wenn sie zu deren politischer Organisation, Institutionalisierung und Reprä-

sentanz weniger beizutragen vermochten. Die spezifische Prägung und Entwicklung dieser Bewegung ergibt sich indes vor allem aus der subjektiven Erfahrung der späteren Aktivist:innen, in der pandemischen Konstellation mit großen Härten und Restriktionen sowie Ablehnungen und Ausgrenzung konfrontiert gewesen zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist abschließend zu fragen, was die nun angestoßene systematische Aufarbeitung wenn auch nicht unmittelbar von, so doch über die Post-Corona-Proteste lernen kann. Zunächst zeigt sich an den untersuchten Gruppen, wie stark und grundlegend sich die Einschränkungen demokratischer Bürgerrechte – insbesondere der Versammlungsfreiheit – vor allem auf diejenigen Personen ausgewirkt haben, die dies als Ausgrenzung und Repression persönlich erfahren oder zumindest intensiv empfunden haben. Anders als große Bevölkerungsteile, welche die Pandemie-Politik gestützt, akzeptiert oder zumindest ertragen haben, hat der Bruch mit demokratischen Freiheiten und Rechten während der Coronakrise bei den untersuchten Aktivist:innen ein fundamentales und dauerhaftes Misstrauen nicht nur gegenüber den konkret verantwortlichen politischen Akteuren, sondern auch den demokratischen Institutionen und Verfahren als solchen erzeugt. Verbunden mit dem individuell erfahrenen und kollektiv beantworteten Erleben von Repression wurde überdies eine ideologische und rhetorische Radikalität entfacht, die sowohl durch ihre gesellschaftliche sowie politische Kritik und Ausgrenzung von außen als auch durch ihre beständige Erinnerung von innen fortwährend bestärkt und gefestigt wurde.

Diese Dynamik sowie die Reaktion der verbliebenen Aktivist:innen verweist beispielhaft auf Polarisierungsdynamiken, die durch gehäufte politische Krisenentwicklungen in den letzten Jahren in verschiedenen politischen Kontexten und Debatten zu beobachten waren (vgl. Reuschenbach/Frenzel 2024). Zahlreiche Aktivist:innen haben dabei eine Entwicklung vollzogen, deren Ambivalenz im erhitzten Streit über die politische Bewertung der Corona-Politik leicht übersehen wurde und wird. Sie haben sich zwar vom System der liberalen und repräsentativen Demokratie merklich distanziert, reklamieren dabei aber zugleich und vehement, gerade für diejenigen demokratische Werte und Prinzipien

zu streiten, die ihnen vorenthalten und die in der Pandemie vom Staat verletzt und beschädigt worden seien. Ihr Aktivismus ist insgesamt kein konventioneller Einsatz *für die Demokratie* in ihrer aktuellen Form; sie selbst verstehen ihn allerdings als Ringen *um die Demokratie*. Dabei weichen ihre populistisch und identitär geprägten Demokratievorstellungen deutlich vom bundesdeutschen Repräsentationsmodell ab (siehe Kapitel 9).

Fraglos fordert die verfestigte populistische Kritik der Gruppen die repräsentative Demokratie inhaltlich heraus. Die Demonstrierenden bezweifeln die Legitimität und Funktionalität demokratischer Repräsentation und Institutionen, die sie gleichzeitig zu restaurieren und zu überwinden versuchen, ohne jedoch ein klares Reform- oder Alternativkonzept entwickelt zu haben. Sie wollen das Volk nicht mehr durch die als korrupt angesehenen politischen Eliten und Parteien regiert sehen und versuchen, die aus ihrer Sicht beschädigten Grundlagen von Demokratie in ihrem gesellschaftlichen Nahfeld wiederherzustellen. Zugleich entwerfen die Gruppen jedoch kaum Ideen, wie die Politik im Großen besser funktionieren könnte (siehe Kapitel 7).

Auch in Bezug auf liberaldemokratische Prinzipien ist eine Ambivalenz festzustellen. Auf der einen Seite fordern die Gruppen, politische Freiheiten und Rechte der Bürger:innen zu stärken sowie Akteure und Institutionen der Demokratie schärfer zu kontrollieren. Auch die – in der eigenen Ausgrenzungserfahrung wurzelnden und hartnäckig verfolgten – Aktions- und Dialogformen verweisen in ihrem Kern auf eine Wahrnehmung und Anerkennung von gesellschaftlicher Diversität und Pluralismus. Auf der anderen Seite werden diese demokratischen Eigenheiten der Gruppen durch ihre unkritische Offenheit, Zusammenarbeit, Solidarität und Vernetzung mit teils offen anti-demokratischen Akteuren deutlich infrage gestellt.¹ Der von vielen Gruppen gepflegte

1 Der Rechtsradikalismusforscher Pirro weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass »wherever present, extreme-right elements are constitutive parts of the whole; these elements should be brought to the fore to grasp the essence of these collective actors and get this phenomenon right« (2023: 108).

antielitäre und verschwörungsideologische Furor sowie ihre verhärten Feindbildkonstruktionen und Rhetoriken werfen zugleich Zweifel auf, ob die von ihnen reklamierten politischen Grund- und Freiheitsrechte nur für sie oder auch für ihre politischen Gegner:innen gelten sollen, etwa für politische Gegenproteste oder kritisierte Milieus und Minderheiten (vgl. Pirro 2023: 104).

Die aus ihrer Prägung und Entwicklung erwachsene ambivalente Beziehung zur Demokratie macht den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Post-Corona-Protesten seit jeher schwierig. Dies verweist zugleich auf Fragen nach möglichen und geeigneten Umgangsweisen mit Krisenprotesten im Allgemeinen. In deren Beantwortung sind sich die Autor:innen dieses Bandes untereinander nicht völlig einig, dennoch sollen zentrale Fragen, Probleme und Herausforderungen sowie Antwortmöglichkeiten abschließend illustriert und Anknüpfungspunkte für weitere Diskussionen skizziert werden.

Fraglos ist, dass die außergewöhnliche Situation der Corona-Pandemie Demokratien vor gravierende Dilemmata gestellt hat. Trotz großer Unsicherheiten musste der Bevölkerungsschutz gegen andere Güter unter hohem Zeitdruck abgewogen werden, zu denen politisch auch drastische Grundrechtseinschränkungen gehörten. Vor diesem Hintergrund erschwerten die schon früh stark ausgeprägten Gegen- und Extrempositionen der Anti-Corona-Proteste mitsamt ihrer rigiden Politik- und Systemkritik einen offenen politischen Austausch. Nach der Pandemie wiederum blockierten die von zahlreichen Post-Corona-Gruppen kultivierten populistischen Feindbilder, Verschwörungserzählungen und Verbindungen zu rechtsradikalen Akteuren eine politische Auseinandersetzung mit ihren Forderungen. Obwohl letzteres im Zuge der nun angelaufenen Corona-Aufarbeitung zumindest denkbar geworden ist, verhalten die von den Gruppen entwickelten Angebote zu Austausch und Dialog politisch weithin. Die verfestigte Distanz zwischen Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft auf der einen und den Protestgruppen auf der anderen Seite macht es unwahrscheinlich, dass die Bewegung ihren Status der Paria-Bewegung (vgl. Heinze/Weisskircher 2023) ablegen kann.

Angesichts der anhaltenden und schwer zu überwindenden Polarisierung der postpandemischen Konstellation richtet sich der Blick nunmehr auf Akteure und Dynamiken zukünftiger Krisenproteste. Wie insbesondere mit Polarisierung oder auch Radikalität und Radikalisierung umzugehen ist, lässt sich pauschal jedoch nicht beantworten. Mögliche Ansätze bestehen grundsätzlich im Ignorieren, in der Einbindung und der Bekämpfung radikaler Akteure und Positionen (vgl. Schellenberger 2011). Welche Option im Fall von Krisenprotesten möglich, sinnvoll und effektiv ist, hängt fallspezifisch sowohl von den Eigenheiten und Radikalisierungsgraden der jeweiligen Gruppen selbst als auch jenen der sie umgebenden politischen Kulturen und Akteure ab (vgl. Mudde 2019). Überdies können Charakter und Dynamik von Krisenprozessen natürlich höchst unterschiedlich ausfallen, wie anhand der Konstellation der Corona-Krise exemplarisch herausgearbeitet wurde (siehe Kapitel 9).

Die Suche nach einer Antwort auf die Kardinalfrage nach dem Umgang mit Krisenprotesten bleibt damit kontrovers. Wie sowohl der historische als auch der vergleichende Blick zeigt, ist die Existenz radikaler Proteste in Demokratien keine Seltenheit. Zudem können oder wollen nicht alle Protestgruppen überhaupt politisch (re-)integriert werden. Zugleich ist auf mögliche Folgen des Umgangs hinzuweisen. So hebt etwa die Bewegungsforschung hervor, dass politische Ausgrenzung und juristische Repression auch und gerade in Ausnahmesituationen eine Schließung, Verhärtung und Radikalisierung von Protestgruppen befördern können (vgl. Della Porta 2018). Wie auch unsere Analyse illustriert, sind Protestgruppen am Ende derartiger Schließungsprozesse in ihrer verhärteten Systemkritik von etablierten Politiker:innen und Parteien kaum mehr zu erreichen. Eine Hinwendung zu populistischen Alternativen dagegen wird wahrscheinlicher. So weisen jüngste Untersuchungen des Post-Corona-Spektrums in Niedersachsen inzwischen auf eine zunehmende Orientierung zur AfD hin (Helmer/Buro/Jaensch i. E.).

Diese Entwicklung, wie auch das im Bundesland massiv gesunkene Vertrauen in demokratische Institutionen und Akteure in der Gesamtbevölkerung (Harfst et al. 2023; Harfst et al. i. E.), gibt Anlass, über

den Umgang mit Protesten als mögliche Seismografen gesellschaftlicher Konflikte intensiver zu reflektieren. Hierbei können Protest- und Bewegungsforschung eine große Hilfe sein. Analysen, die nicht nur eine politische Einordnung von außen vornehmen, sondern auch die Eigenheiten und Dynamiken von Protesten aus ihrem Inneren heraus verstehen, eröffnen verschiedene Optionen: So kann der Blick auf Entstehung und Prägungsgeschichte nicht nur dabei helfen, die Motive und Anliegen der Bewegung selbst, sondern auch die Resonanz ihrer Deutungsmuster in der Gesellschaft genauer zu verstehen und zu beantworten. Zudem lassen sich – orientiert an der Kultur, Organisation und Ideologie von Protesten – gegebenenfalls passende Mittel und Methoden finden, um deren Schließungs- und Radikalisierungsprozessen zu begegnen. Eine Möglichkeit könnte hier in einer aktivieren politischen Konfliktaushandlung liegen, etwa durch eine stärkere symbolische Wahrnehmung und Anerkennung von Protestanliegen, ohne Letztere dabei übernehmen zu müssen.

Ob derartige Ansätze funktionieren, sich als sinnvoll und effektiv erweisen, lässt sich letztlich nur im Austausch zwischen Theorie und Praxis klären. Der Umgang mit Krisenprotesten bleibt für die krisengebeutelten Gegenwartsdemokratien jedenfalls ein ebenso relevantes wie herausforderndes Thema.

Literaturverzeichnis

- Almeida, Paul (2019): *Social Movements. The structure of collective mobilization*, Oakland: University of California Press.
- Almodt, Rémi (2024): »From criticism to conspiracies: The populist discourse of COVID-19 sceptics in Germany's Querdenken community on Telegram«, in: *Discourse & Society* 35, S. 3–26.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Arzheimer, Kai/Carter, Elisabeth (2006): »Political opportunity structures and right-wing extremist party success«, in: *European Journal of Political Research* 45, S. 419–443.
- Ashforth, Adam (2007): *Witchcraft, violence, and democracy in South Africa* [2. Aufl.], Chicago: University of Chicago Press.
- Askanius, Tina/Molas, Bàrbara/Amarasingam, Amarnath (2025): »Far-right extremist narratives in Canadian and Swedish COVID-19 protests: a comparative case study of the Freedom Movement and Freedom Convoy«, in: *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression* 17, S. 164–184.
- Aslanidis, Paris (2016): »Populist Social Movements of the Great Recession«, in: *Mobilization: An International Quarterly* 21, S. 301–321.
- Aslanidis, Paris (2018): »Populism as a Collective Action Master Frame for Transnational Mobilization«, in: *Sociological Forum* 33, S. 443–464.
- Baier, Jakob/Hermann, Melanie (2022): »... der Schmock ist'n Fuchs« – Verschwörungsglaube, Autoritarismus und Antisemitismus bei Xavier Naidoo«, in: Maria Kanitz/Lukas Geck (Hg.), *Klaviatur des Hasses*, Baden-Baden: Nomos, S. 145–172.

- Balsiger, Philip/Lambelet, Alexandre (2014): »Participant Observation«, in: Donatella della Porta (Hg.), *Methodological practices in social movement research*, Oxford: University Press, S. 144–172.
- Bayerlein, Michael/Metten, Anne (2022): »The Impact of COVID-19 on the Support for the German AfD: Jumping the Populist Ship or Staying the Course?«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 63, S. 405–440.
- Beckmann, Frederik/Schönauer, Anna Lena (2021): »Spalter Corona die Gesellschaft? Eine empirische Milieuanalyse pandemiebezogener Einstellungen«, in: Blättel-Mink, Birgit (Hg.), *Gesellschaft unter Spannung: Der Verhandlungsband des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vom 14.-24. September 2020*, S. 1–11.
- Behrendt, Michael/Wittge, Maren/Selchow, Olaf (2025): »3600 Menschen bei Querdenker-Demo am Brandenburger Tor«, in: *bz-berlin.de* vom 02.08.2025, <https://www.bz-berlin.de/polizei/600-querdenker-demo-brandenburger-tor> (25.10.2025).
- Béland, Daniel/Cantillon, Bea/Hick, Rod/Moreira, Amílcar (2021): »Social policy in the face of a global pandemic: Policy responses to the COVID-19 crisis«, in: *Social Policy & Administration* 55, S. 249–260.
- Benford, Robert D. (2013): »Master Frame«, in: Donatella della Porta/Bert Klandermans/Doug McAdam/David A. Snow (Hg.), *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*, Chichester: Wiley-Blackwell.
- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): »Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment«, in: *Annual Review of Sociology* 26, S. 611–639.
- Berbrier, Mitch (2000): »The Victim Ideology of White Supremacists and White Separatists in the United States«, in: *Sociological Focus* 33, S. 175–191.
- Berg, Anna (2025): »Anti-COVID = Anti-science? How protesters against COVID-19 measures appropriate science to navigate the information environment«, in: *New Media & Society* 27, S. 1093–1109.
- Betsch, Cornelia/Wieler, Lothar/Bosnjak, Michael/Ramharter, Michael/Stollorz, Volker/Omer, Saad/Korn, Lars/Sprengholz, Philipp/Felgendreff, Lisa/Eitze, Sarah/Schmid, Philipp (2020): *Germany*

- COVID-19 Snapshot MONitoring (COSMO Germany): Monitoring knowledge, risk perceptions, preventive behaviours, and public trust in the current coronavirus outbreak in Germany. Forschungsbericht, PsychArchives.
- Beyer, Christoph/Binder, Constantin/Wübker, Thomas (2022): »1750 Teilnehmer trotzen dem Regen. Corona-Demo in Osnabrück: Lob für die Polizei, scharfe Töne am Rand«, in: noz.de vom 22.01.2022, <https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/1750-teilnehmer-bei-corona-demo-in-osnabrueck-lob-fuer-polizei-20932436> (05.11.2025).
- Biediger, Manon/Helmer, Joschua (2025): »Die politische Repräsentation von Querdenken & Co. Von der Bewegung zum Vorfeld-Netzwerk?«, in: Demokratie-Dialog 15, S. 64–75.
- Birks, Melanie/Chapman, Ysanne/Francis, Karen (2008): »Memoing in qualitative research«, in: Journal of Research in Nursing 13, S. 68–75.
- Blee, Kathleen M. (2007): »Ethnographies of the Far Right«, in: Journal of Contemporary Ethnography 36, S. 119–128.
- Blee, Kathleen M. (2012): Democracy in the making: How activist groups form, Oxford: University Press.
- Blee, Kathleen M. (2017): Understanding racist activism: Theory, methods, and research (= Routledge Studies in Fascism and the Far Right), London: Routledge Taylor & Francis Group.
- Boberg, Svenja/Quandt, Thorsten/Schatto-Eckrodt, Tim/Frischlich, Lena (2020): Pandemic Populism: Facebook Pages of Alternative News Media and the Corona Crisis – A Computational Content Analysis (= muenster online research (mor) working paper, 1/2020), Münster: Münster Online Research.
- Briege, Stefan/Herold, Maik/Otteni, Cyrill/Panreck, Isabelle-Christine (2022): »Auf Abstand zur Demokratie? Coronakritische Einstellungen und ihre Mobilisierung in Sachsen«, in: Totalitarianism and Democracy 19, S. 305–326.
- Britzelmeier, Elisa (2021): »Abgehoben und zynisch«. Reaktionen auf #allesdichtmachen«, in: sueddeutsche.de vom 25.04.2021, <https://www.sueddeutsche.de/medien/allesdichtmachen-rueckzug-corona-kritik-videos-1.5275621> (05.11.2025).

- Brubaker, Rogers (2021): »Paradoxes of populism during the pandemic«, in: *Thesis Eleven* 164, S. 73–87.
- Buehling, Kilian/Heft, Annett (2023): »Pandemic Protesters on Telegram: How Platform Affordances and Information Ecosystems Shape Digital Counterpublics«, in: *Social Media + Society* 9.
- Bundesministerium für Gesundheit (2023): »Coronavirus-Pandemie: Was geschah wann?«, Berlin: Bundesministerium für Gesundheit, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus.html> (05.11.2025).
- Bundesverfassungsgericht (2021): »Verfassungsbeschwerden betreffend Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen im Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (»Bundesnotbremse«) erfolglos. Pressemitteilung Nr. 101/2021 vom 30. November 2021«, Karlsruhe: Bundesverfassungsgericht, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-101.html> (05.11.2025).
- Burghardt, Daniel (2022): *Opferfantasien. Zur Kritik des Antisemitismus in der Querdenken-Bewegung.* (= CARS Working Papers, # 009), Aachen: Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS).
- Butterwegge, Christoph (2022): »Corona als sozialer und politischer Spaltpilz«, in: *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 10, S. 38–46.
- Caiani, Manuela/Della Porta, Donatella (2018): »The Radical Right as Social Movement Organizations«, in: Jens Rydgren (Hg.), *The Oxford handbook of the Radical Right*, New York City: Oxford University Press, S. 327–348.
- Caiani, Manuela/Della Porta, Donatella/Wagemann, Claudius (2012): *Mobilizing on the extreme right. Germany, Italy, and the United States*, Oxford: Oxford University Press.
- Canovan, Margaret (2004): »Populism for political theorists?«, in: *Journal of Political Ideologies* 9, S. 241–252.
- Christof, Nina (2023): »In der Höhle der Linken. Querdenker-Demo in Göttingen«, in: *taz.de* vom 22.09.2023, <https://taz.de/Querdenker-Demo-in-Goettingen/!5959242/> (13.10.2025).

- Conway, Maura (2021): »Online Extremism and Terrorism Research Ethics: Researcher Safety, Informed Consent, and the Need for Tailored Guidelines«, in: *Terrorism and Political Violence* 33, S. 367–380.
- Davenport, Christian (2014): *How Social Movements Die: Repression and Demobilization of the Republic of New Africa*, Cambridge: Cambridge University Press.
- De Nadal, Lluís (2021): »On populism and social movements: From the Indignados to Podemos«, in: *Social Movement Studies* 20, S. 36–56.
- Della Porta, Donatella (2018): »Radicalization: A Relational Perspective«, in: *Annual Review of Political Science* 21, S. 461–474.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario (2006): *Social movements: an introduction*, Malden, MA: Blackwell Publishing.
- Della Porta, Donatella/Portos, Martín (2024): »Populism and social movements«, in: Yannis Stavrakakis/Giorgos Katsambekis (Hg.), *Research Handbook on Populism*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 278–290.
- Deutscher Bundestag (2025): »Bundestag setzt Enquete-Kommission zur Corona-Pandemie ein. Beschluss vom 10. Juli 2025«, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw28-de-enquete-corona-1097380> (13.11.2025).
- Deutsches Ärzteblatt (2025): »Fünf Jahre Corona: 777 Millionen Infektionen und mehr als sieben Millionen Tote«, in: [aerzteblatt.de](https://www.aerzteblatt.de/news/fuenf-jahre-corona-777-millionen-infektionen-und-mehr-als-sieben-millionen-tote-d566f82e-b98d-4c62-8881-15e80ff82cfa) vom 10.01.2025, <https://www.aerzteblatt.de/news/fuenf-jahre-corona-777-millionen-infektionen-und-mehr-als-sieben-millionen-tote-d566f82e-b98d-4c62-8881-15e80ff82cfa> (25.10.2025).
- Deutschlandfunk (2025): »Corona. Der schwierige Weg zur Aufklärung von Spahns Maskendeal«, in: [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de/spahn-corona-masken-beschaffung-kosten-100.html) vom 08.07.2025, <https://www.deutschlandfunk.de/spahn-corona-masken-beschaffung-kosten-100.html> (13.11.2025).
- Die Linke (2022): »Solidarität statt ›Querdenken‹. Beschluss des Parteivorstandes vom 15. Januar 2022. Beschluss 2022/012«, <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteiivorstand/parteiivorstand-2021-2022/detail/news/solidaritaet-statt-querdenken/> (01.11.2025).

- Dietz, Melanie/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp/Stövsand, Lars-Christopher (2023): »Rally Effect in the Covid-19 Pandemic: The Role of Affectedness, Fear, and Partisanship«, in: *German Politics* 32, S. 643–663.
- Donovan, Joan/Lewis, Becca/Friedberg, Brian (2019): »Parallel Ports: Sociotechnical Change from the Alt-Right to Alt-Tech«, in: Maik Fielitz/Nick Thurston (Hg.), *Post-Digital Cultures of the Far Right*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 49–65.
- Eberl, Jakob-Moritz/Huber, Robert A./Greussing, Esther (2021): »From populism to the ›pandemic‹: why populists believe in COVID-19 conspiracies«, in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 31, S. 272–284.
- Edgell, Amanda B./Lachapelle, Jean/Lührmann, Anna/Maerz, Seraphine F. (2021): »Pandemic backsliding: Violations of democratic standards during Covid-19«, in: *Social Science & Medicine* 285, S. 1–10.
- Edwards, Bob/McCarthy, John D. (2004): »Resources and Social Movement Mobilization«, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Malden, MA: Blackwell Publishing, S. 116–152.
- Emerson, Robert M./Fretz, Rachel I./Shaw, Linda L. (1995): *Writing Ethnographic Fieldnotes*, Chicago: University of Chicago Press.
- Fangen, Katrine (2020): »An Observational Study of the Norwegian Far Right. Some reflections«, in: Stephen D. Ashe/Joel Busher/Graham Macklin/Aaron Winter (Hg.), *Researching the far right. Theory, method and practice* (= Routledge studies in fascism and the far right), London, New York: Routledge Taylor & Francis Group, S. 241–253.
- Finkbeiner, Florian (2021): »Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten«, in: *Demokratie-Dialog* 9, S. 54–62.
- Finkbeiner, Florian (2022): »Corona-Proteste, Verschwörungsmymen und Antisemitismus«, in: *Demokratie-Dialog* 10, S. 51–59.
- Franzmann, Simon T. (2022): »Eine polarisierende Zufriedenheit: Wie die niedersächsische Bevölkerung über die Corona-Maßnahmen denkt«, in: *Demokratie-Dialog* 10, S. 2–8.

- Frei, Nadine/Schäfer, Robert/Nachtwey, Oliver (2021): »Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen: Eine soziologische Annäherung«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34, S. 249–258.
- Fröhlich, Paula/Ranft, Florian/Vollmann, Erik (2023): »Mir reicht's Bürger. Eine Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/2023« (= Studie des Progressiven Zentrums), Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Froio, Caterina/Gattinara, Pietro Castelli (2015): »Neo-fascist mobilization in contemporary Italy. Ideology and repertoire of action of CasaPound Italia«, in: *Journal for Deradicalization* 2, S. 86–118.
- Ganatra, Kanchi/Radu, Aitana/Buluc, Ruxandra (2023): »Understanding the Narrative, Argumentative and Discursive Mechanisms that Make Disinformation Attractive«, in: DOMINOES ERASMUS+-Projekt (Hg.), *Handbook on Identifying and Countering Disinformation*, [o.O.]: [o.V.], S. 106–125.
- Gaufman, Elizaveta/Ganesh, Bharath (2024): *The Trump Carnival: Populism, Transgression and the Far Right*, Berlin, Boston: De Gruyter.
- Gerring, John (2012): »Mere Description«, in: *British Journal of Political Science* 42, S. 721–746.
- Gerring, John (2018): *Case Study Research. Principles and Practices*, 2. Aufl., Cambridge: Cambridge University Press.
- Gerster, Lea/Kuchta, Richard/Hammer, Dominik/Schwieter, Christian (2021): Stützpfeiler Telegram. Wie Rechtsextreme und Verschwörungsideolog:innen auf Telegram ihre Infrastruktur ausbauen, Institute for Strategic Dialogue.
- Gibbs, Martin/Meesse, James/Arnold, Michael/Nansen, Bjorn/Carter, Marcus (2015): »#Funeral and Instagram: death, social media, and platform vernacular«, in: *Information, Communication & Society* 18, S. 255–268.
- Goertz, Stefan (2022): *Querdenker. Ein Überblick*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem (2021): »Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland« (WZB Discussion Paper, ZZ 2021–601), Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

- Greipl, Simon/Hohner, Julian/Schulze, Heidi/Rieger, Diana (2021): »Radikalisierung im Internet: Ansätze zur Differenzierung, empirische Befunde und Perspektiven zu Online-Gruppendynamiken«, in: MO-TRA-Monitor, S. 42–71.
- Groh, Elke D./Habla, Wolfgang/Löfgren, Åsa/Ziegler, Andreas (2021): Kurzstudie zu Impfstatus und Impfbereitschaft im Herbst 2021. Studie im Auftrag des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Kassel.
- Günel, Gökçe/Varma, Saiba/Watanabe, Chika (2020): »A manifesto for patchwork ethnography«, in: Cultural Anthropology, Ausg. Fieldsights, 09.06.2020.
- Gutmann, Andreas/Vetter, Tore (2021): »Der Querfront auf den Leim gegangen. Warum Versammlungsverbote nicht gegen die »Querdenken«-Bewegung helfen«, in: Kritische Justiz 54, S. 85–87.
- Guyton, Patrick (2025): »Infiziert mit der Verschwörungsgeschichte«, in: fr.de vom 04.08.2025, <https://www.fr.de/politik/reportage-ueber-eine-selbsthilfegruppe-der-angehoerigen-von-corona-leugnern-und-querdenkern-93866941.html> (12.11.2025).
- Harfst, Philipp/Franzmann, Simon T./Helmer, Joshua/Kühnel, Steffen M. (2023): »Die Systemunterstützung in Niedersachsen während der Corona-Pandemie«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 33, S. 635–658.
- Harfst, Philipp/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen M./Helmer/Rentrop, Robin J./Fitzpatrick, Sally A./Jatho, Nils/Schmidt, Sarah P./Zylla, Michael (i.E.): Niedersächsischer Demokratie-Monitor NDM 2025. Göttingen: Göttinger Universitätsverlag.
- HAZ (2020a): »»Querdenken« 750 Demo-Teilnehmer protestieren in Braunschweig gegen Corona-Maßnahmen«, in: haz.de vom 31.10.2020, <https://www.haz.de/der-norden/querdenken-in-braunschweig-750-teilnehmer-demonstrieren-gegen-corona-massnahmen-QKKAKUO6V3QLKVG4PV7QHYBWSI.html> (12.11.2025).
- HAZ (2020b): »»Querdenken«-Protest: Corona-Demo in Hannover: Umstrittene Thesen, friedlicher Verlauf«, in: haz.de vom 23.09.2020, <https://www.haz.de/lokales/hannover/corona-demo-in-hannover->

- umstrittene-thesen-friedlicher-verlauf-MQ2N26FMWQZJN4UKHSSV6BOWQQ.html (12.11.2025).
- Heidingsfelder, Markus/Lehmann, Maren (Hg.) (2020): *Corona. Weltgesellschaft im Ausnahmezustand?*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès (2023): »How Political Parties Respond to Pariah Street Protest: The Case of Anti-Corona Mobilisation in Germany«, in: *German Politics* 32, S. 563–584.
- Helmer, Joshua (i. E.): Was bleibt von den (Post-)Corona-Protesten, Querdenken & Co? Transformationen der Rechtsaußen-Protestlandschaft während und nach der Covid-19-Pandemie. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Helmer, Joshua/Buro, Lene/Jaensch, Lena (i. E.): Telegram-Kommunikation von Querdenken & Co zu deutschen Landtagswahlen 2022–2024 [Arbeitstitel]. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Helmer, Joshua/Zylla, Michael (i. E.): Telegram-Mobilisierung von Querdenken & Co in Niedersachsen 2020–2024 [Arbeitstitel]. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Hensel, Alexander/Fricke, Leander/Wehner, Dario (2025): »Partei im Aufbau. Entstehung und Entwicklung des BSW-Niedersachsen«, in: *Demokratie-Dialog* 15, S. 14–25.
- Hensel, Alexander/Jasser, Greta (2024): »Weckruf für die wehrhafte Demokratie? Zu den Massenprotesten gegen den ›Masterplan‹ zur ›Remigration‹, Rechtsextremismus und die AfD«, in: *Demokratie-Dialog* 14, S. 60–69.
- Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd (2021): »Geländegewinne in der Krise«, in: *Forum Wissenschaft* 38, S. 17–20.
- Hentschel, Christine (2021): »Das große Erwachen: Affekt und Narrativ in der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen«, in: *Leviathan* 49, S. 62–85.
- Hetzel, Natascha/Klawier, Tilman/Prochazka, Fabian/Schweiger, Wolfgang (2022): »How do COVID-19 conspiracy beliefs, exposure to alternative sources and social media correlate in Germany?«, in: *SCM Studies in Communication and Media* 11, S. 508–535.

- Hippert, Julia/Saul, Philipp (2021): »Von Stuttgart bis auf die Treppen des Reichstagsgebäudes«, in: sueddeutsche.de vom 28.04.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/querdenken-chronologie-bundestag-1.5279496> (12.11.2025).
- Holt, Kristoffer/Ustad Figenschou, Tine/Frischlich, Lena (2019): »Key Dimensions of Alternative News Media«, in: Digital Journalism 7, S. 860–869.
- Hoseini, Mohamad/Melo, Philipe/Benevenuto, Fabricio/Feldmann, Anja/Zannettou, Savvas (2023): »On the Globalization of the QAnon Conspiracy Theory Through Telegram«, in: Proceedings of the 15th ACM Web Science Conference 2023, New York, NY, USA: ACM, S. 75–85.
- Hsieh, Hsiu-Fang/Shannon, Sarah E. (2005): »Three approaches to qualitative content analysis«, in: Qualitative health research 15, S. 1277–1288.
- Hundeide, Karsten (2003): »Becoming a Committed Insider«, in: Culture & Psychology 9, S. 107–127.
- Hüther, Dirk (2024): »Wir hören auf und wir hören nicht auf«, <https://klartext-hohenlohe.de/2024/05/wir-hoeren-auf-und-wir-hoeren-nicht-auf/> (12.11.2025).
- Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter (2019): »Politicizing Europe in times of crisis«, in: Journal of European Public Policy 26, S. 996–1017.
- ISD (2021a): »Anti-Lockdown Activity: Italy Country Profile« (= The Future of Extremism Series), Beirut, Berlin, London, Paris, Washington, D.C.: Institute for Strategic Dialogue, <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2022/03/Anti-Lockdown-Activity-Italy-Country-Profile.pdf> (26.10.2025).
- ISD (2021b): »Anti-lockdown activity: Netherlands country profile« (= The Future of Extremism Series), Beirut, Berlin, London, Paris, Washington, D.C.: Institute for Strategic Dialogue, <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2022/02/ISD-Anti-lockdown-Netherlands-briefing-1.pdf> (25.10.2025).
- ISD (2022): »New World Order. A conspiracy theory that believes an elite force is trying to implement a totalitarian world government«, London: Institute for Strategic Dialogue, <https://www.isdglobal.org>

- g/wp-content/uploads/2022/09/New-World-Order-ISD-External-August2022-.pdf (26.10.2025).
- Jaquet, Finja (2024): »Konflikt auf dem Osnabrücker Nikolaiort: Beschwerden über laute Kundgebungen«, in: noz.de vom 13.09.2024, <https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/osnabrueck-kundgebungen-am-nikolaiort-sorgen-fuer-unmut-47720283> (25.10.2025).
- Jasser, Greta/Hammer, Dominik (2020): »The QAnon Conspiracy Belief: Interactive Meaning-Making and Vagueness as Strategy« (ECPR Standing Group on Extremism & Democracy, e-Extreme, 21/3), [o.O.]: ECPR Standing Group.
- Jost, Pablo/Dogruel, Leyla (2023): »Radical Mobilization in Times of Crisis: Use and Effects of Appeals and Populist Communication Features in Telegram Channels«, in: Social Media + Society 9, S. 1–12.
- Katsanidou, Alexia/Kneuer, Marianne/Bensmann, Felix/Dimitrov, Dimitar/Dietze, Stefan (2022): »Limitations of democratic rights during the Covid-19 pandemic—exploring the citizens' perception and discussions on dangers to democracy in Germany«, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 16, S. 635–661.
- Keller, Kathrin (2023): »Nur die halbe Wahrheit? Wie alternative Online-medien in der Coronapandemie berichten. Eine empirische Untersuchung«, in: Hektor Haarkötter/Jörg-Uwe Nieland (Hg.), Agenda-Cutting: Wenn Themen von der Tagesordnung verschwinden, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 157–173.
- Kern, Thomas/Opitz, Dahla/Polenz, Julian/Pruisen, Insa/Tell, Sarah (2023): »A Peripheral Movement?«, in: German Politics and Society 41, S. 16–34.
- Kiess, Johannes/Wetzel, Gideon (2023): »Die extrem rechte und verschwörungsideologische Telegram-Szene in Sachsen. Angebot und Nachfrage einer lokal eingebetteten Bewegung«, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 71, S. 309–338.
- Kitschelt, Herbert P. (1986): »Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies«, in: British Journal of Political Science 16, S. 57–85.

- Klartext. Bürgerzeitung für Niedersachsen (2023): Ausgabe 2, April 2023.
- Kleinen-von Königslöw, Katharina/von Nordheim, Gerret/Schütz, Anna-Sophie (2025): »Komplize oder Korrektiv? Die Rolle von Google und YouTube bei der Verbreitung von Verschwörungstheorien zur Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock im Kontext der Bundestagswahl 2021«, in: M&K Medien & Kommunikationswissenschaft 73, S. 35–57.
- Kluckert, Sebastian (2020): »Corona-Kontrolle in der Wohnung?: Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung in der Corona-Pandemie«, in: verfassungsblog.de vom 07.11.2020, <https://verfassungsblog.de/corona-kontrolle-in-der-wohnung/> (13.11.2025).
- Koopmans, Ruud/Olzak, Susan (2004): »Discursive Opportunities and the Evolution of Right-Wing Violence in Germany«, in: American Journal of Sociology 110, S. 198–230.
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul (1999): »Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy«, in: Mario Giugni/Doug McAdam/Charles Tilly (Hg.), How Social Movements Matter, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 225–252.
- Koos, Sebastian (2021): »Konturen einer heterogenen »Misstrauensgemeinschaft«: Die soziale Zusammensetzung der Corona-Proteste und die Motive ihrer Teilnehmer: innen«, in: Sven Reichardt (Hg.), Misstrauensgemeinschaft, S. 67–89.
- Koos, Sebastian/Binder, Nicolas (2021): »Wer unterstützt die »Querdenker«? Die Corona-Proteste im Spiegel der öffentlichen Meinung«, in: Reichardt, Sven (Hg.), Misstrauensgemeinschaft, S. 295–320.
- Kriesi, Hanspeter (2011): »Political Context and Opportunity«, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), The Blackwell companion to social movements (= Blackwell companions to sociology), Malden, MA: Blackwell Publisher, S. 67–90.
- Kriesi, Hanspeter/Oana, Ioana-Elena (2023): »Protest in unlikely times: dynamics of collective mobilization in Europe during the COVID-19 crisis«, in: Journal of European Public Policy 30, S. 740–765.

- Kuehn, David (2018): »Theoriegeleitete Fallauswahl«, in: Carsten Wagemann/Achim Goerres/Markus Siewert (Hg.), *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–26.
- Lamnek, Siegfried/Krell, Claudia (2016): *Qualitative Sozialforschung. Mit Online-Material*, 6., überarbeitete Aufl., Weinheim/Basel: Beltz.
- Lazar, Michelle M./Wan, Lixin (2022): »Remediation, media interdiscursivity and ideological ambivalence in online news reports on sexual assault«, in: *Discourse, Context & Media* 48, S. 1–8.
- Leber, Sebastian (2023): »Resozialisierung von Wendler, Naidoo & Co.: Wann verzeihen wir den Hetzern?«, in: *tagesspiegel.de* vom 26.03.2023, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/resozialisierung-von-wendler-naidoo-co-wann-verzeihen-wir-den-hetzern-9553841.html> (05.11.2025).
- Lee, Benjamin/Knott, Kim (2021): »Fascist aspirants: Fascist Forge and ideological learning in the extreme-right online milieu«, in: *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression*, S. 1–25.
- Lehmann, Armin (2024): »Die neue Strategie von Fridays for Future: Erst die Demokratie retten, dann das Klima«, in: *tagesspiegel.de* vom 20.01.2024, <https://www.tagesspiegel.de/politik/erst-die-demokratie-retten-dann-das-klima-die-neue-strategie-von-fridays-for-future-11059549.html> (13.11.2025).
- Lehmann, Pola/Zehnter, Lisa (2024): »The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic«, in: *Government and Opposition* 59, S. 1109–1127.
- Lewandowsky, Marcel/Leonhardt, Christoph/Blätte, Andreas (2022): »Germany. The Alternative for Germany in the COVID-19 Pandemic«, in: Lucio Rennó/Nils Ringe (Hg.), *Populists and the Pandemic*, London: Routledge Taylor & Francis Group, S. 237–249.
- Lieberman, Evan (2020): »Research Cycles«, in: Colin Elman/John Gerring/John Mahoney (Hg.), *The Production of Knowledge. Enhancing Progress in Social Science*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 42–69.
- Livingstone, Sonia (2009): »On the Mediation of Everything: ICA Presidential Address 2008«, in: *Journal of Communication* 59, S. 1–18.

- Louwerse, Tom/Sieberer, Ulrich/Tuttnauer, Or/Andeweg, Rudy B. (2021): »Opposition in times of crisis: COVID-19 in parliamentary debates«, in: *West European Politics* 44, S. 1025–1051.
- Mayer, Nonna (2020): »Political Science Approaches to the Far Right«, in: Stephen D. Ashe/Joel Busher/Graham Macklin/Aaron Winter (Hg.), *Researching the far right. Theory, method and practice* (= Routledge studies in fascism and the far right), London, New York: Routledge Taylor & Francis Group, S. 17–31.
- McAdam, Doug (1983): »Tactical innovation and the pace of insurgency«, in: *American Sociological Review*, S. 735–754.
- McCammon, Holly J./Chaudhuri, Soma/Hewitt, Lyndi/Muse, Courtney Sanders/Newman, Harmony D./Smith, Carrie Lee/Terrell, Teresa M. (2008): »Becoming Full Citizens: The U.S. Women's Jury Rights Campaigns, the Pace of Reform, and Strategic Adaptation«, in: *American Journal of Sociology* 113, S. 1104–1147.
- McCarthy, John D. (2013): »Social movement organization (SMO)«, in: David A. Snow/Donatella della Porta/Bert Klandermans/Doug McAdam (Hg.), *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*, Malden, MA: Blackwell Publishing, S. 1–3.
- Merkel, Angela (2020): »Regierungserklärung der Kanzlerin: ›Lassen Sie uns jetzt das Erreichte nicht verspielen‹«, Berlin: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 23.04.2020, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv-bundesregierung/regierungserklaerung-merkel-1746362> (13.11.2025).
- Merkel, Wolfgang (2017): »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie«, in: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hg.), *Parties, Governments and Elites*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 9–23.
- Miller-Idriss, Cynthia (2020): *Hate in the Homeland*, Princeton: Princeton University Press.
- Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie (Regionalbüro Nord/West) (2021): »Querverbindungen. Das verschwörungsideologische Spektrum in Niedersachsen. Einschätzungen – Erfahrungen – Handlungsempfehlungen«, Verden (Aller).

- Möller, Gerwin (2022): »220 Demonstranten in Delmenhorst. Polizei stellt vereinzelt Verstöße fest«, in: *weser-kurier.de* vom 01.02.2022, <https://www.weser-kurier.de/stadt-delmehorst/gegen-die-corona-politik-wurde-in-delmehorst-demonstriert-doc7jj7xfx2homt7kw2auu> (05.11.2025).
- Mudde, Cas (2004): »The Populist Zeitgeist«, in: *Government and Opposition* 39, S. 541–563.
- Mudde, Cas (2007): »Populist radical right parties in Europe«, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2019): »The far right today«, Cambridge: Polity Press.
- Müller, Christina (2023): »Wie Querdenken-Redner*innen eine Gefühlsgemeinschaft erzeugen«, in: Denise Klinge/Arnd-Michael Nohl/Burkhard Schäffer (Hg.), *Pädagogik des gesellschaftlichen Ausnahmezustandes: Erziehung Erwachsener in der Corona-Pandemie*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 441–472.
- Müller, Jan-Werner (2016): *What Is Populism?*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Mullis, Daniel (2020): »Protest in Zeiten von Covid-19: Zwischen Versammlungsverbot und neuen Handlungsoptionen«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, S. 528–543.
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020): *Politische Soziologie der Corona-Proteste*. Unveröffentlichtes Dokument der Universität Basel, Basel.
- Nassehi, Armin (2020): *Das große Nein: Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests*, Hamburg: kursbuch.edition.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (2022): *Kurzanalyse Vermischung radikale Coronaleugner, Reichsbürger und Rechtsextremisten. Analyse des Niedersächsischen Verfassungsschutzes*, Hannover.
- Opp, Karl-Dieter (1996): »Gesellschaft Krisen, Gelegenheitsstrukturen oder rationales Handeln? Ein kritischer Theorienvergleich von Erklärungen politischen Protests«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 25, S. 223–242.
- Osthoff, Kai (2025): »Corona-Folgen: »Meine Tochter hat ihren Abschluss nicht geschafft««, in: *wdr.de* vom 08.09.2025, <https://www1.wdr.de/>

- nachrichten/westfalen-lippe/corona-pandemie-aufarbeitung-umfrage-suedwestfalen-100.html (12.11.2025).
- Palinkas, Lawrence A./Horwitz, Sarah M./Green, Carla A./Wisdom, Jennifer P./Duan, Naihua/Hoagwood, Kimberly (2015): »Purposeful Sampling for Qualitative Data Collection and Analysis in Mixed Method Implementation Research«, in: *Administration and Policy in Mental Health* 42, S. 533–544.
- Pantenburg, Johannes/Reichardt, Sven/Sepp, Benedikt (2021): »Wissensparallelwelten der ›Querdenker‹«, in: Sven Reichardt (Hg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der ›Querdenker‹*, S. 29–66.
- Patton, Michael Quinn (2015): *Qualitative Research & Evaluation Methods. Integrating Theory and Practice*, 4. Aufl., Los Angeles: Sage Publications.
- Pfahl-Traughber, Armin (2013): »Das identitäre Demokratieverständnis im Rechtsextremismus. Ideengeschichtliche Hintergründe und gegenwärtige Erscheinungsformen«, in: Armin Pfahl-Traughber (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung*, Brühl/Rhein: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 56–76.
- Pirro, Andrea (2023): Far right: »The significance of an umbrella concept«, in: *Nations and Nationalism* 29 (1), S. 101–112.
- Pirro, Andrea L. P./Taggart, Paul (2023): »Populists in power and conspiracy theories«, in: *Party Politics* 29, S. 413–423.
- Plümper, Thomas/Neumayer, Eric/Pfaff, Katharina Gabriela (2021): »The strategy of protest against Covid-19 containment policies in Germany«, in: *Social Science Quarterly* 102, S. 2236–2250.
- Prainsack, Barbara/Pot, Mirjam (2021): *Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft*, Wien: Utb/facultas.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2019): »Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung«, in: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch der Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105–123.
- Radtke, Rainer (2025): »Aktive Fälle des Coronavirus (COVID-19) in Deutschland 2024.« Statista vom 25.06.2025, <https://de.statista.com>

- m/statistik/daten/studie/1181971/umfrage/aktive-faelle-des-corona-virus-in-deutschland/ (16.12.2025).
- Raschke, Joachim (1988): »Bewegung und Partei«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 1, S. 6–15.
- Rasehorn, Hendrik (2021): »Erstmals offiziell Demo – 660 Teilnehmer beim Montagsspaziergang«, in: *braunschweiger-zeitung.de* vom 13.12.2021, <https://www.braunschweiger-zeitung.de/wolfsburg/article234082407/Montagsspaziergaenge-in-Wolfsburg-Polizei-bittet-um-Kooperation.html> (05.11.2025).
- Regner, Helge (2022): »Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmmythen – Antisemitismus im Kontext der Pandemie in Niedersachsen«, in: *Demokratie-Dialog* 10, S. 44–50.
- Reichardt, Sven (Hg.) (2021): *Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«*. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Reuschenbach, Julia/Frenzel, Korbian (2024): *Defekte Debatten. Warum wir als Gesellschaft besser streiten müssen*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Ridder, Hans-Gerd (2017): »The theory contribution of case study research design«, in: *Business Research* 10, S. 281–305.
- Ringe, Nils/Rennó, Lucio (Hg.) (2023): *Populists and the Pandemic: How Populists Around the World Responded to COVID-19* (= Routledge studies in extremism and democracy), London, New York: Routledge.
- Rone, Julia (2022): »Far right alternative news media as ›indignation mobilization mechanisms‹: how the far right opposed the Global Compact for Migration«, in: *Information, Communication & Society* 25, S. 1333–1350.
- Rucht, Dieter (2003): »Einleitung: Vom Sinn eines Protestrituals«, in: Dieter Rucht (Hg.), *Berlin, 1. Mai 2002. Politische Demonstrationsrituale* (= Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 11), Opladen: Leske + Budrich, S. 9–20.
- Ryan, J. Michael/Nanda, Serena (2022): *COVID-19: Social Inequalities and Human Possibilities*, London: Routledge Taylor & Francis Group.

- Saldaña, Johnny (2013): *The coding manual for qualitative researchers*, Los Angeles: Patton Publications Ltd.
- Salzborn, Samuel (2017): »The Will of the People?: Carl Schmitt and Jean-Jacques Rousseau on a Key Question in Democratic Theory«, in: *Democratic Theory* 4, S. 11–34.
- Salzborn, Samuel (2021): »Verschwörungsmymen und Antisemitismus«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71, S. 41–47.
- Sauder, Adrienne E./Gilson, Cindy M. (2023): »Conducting Collaborative Qualitative Analysis Remotely«, in: *Gifted Child Quarterly* 67, S. 244–253.
- Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2021): »Rationalismus und Mystifikation: Zur formalen Pathetik des Dagegenseins«, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 5, S. 391–410.
- Schellenberg, Britta (2011): »Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus«, in: Claudia Fritz/Caroline Robertson-von Trotha (Hg.), *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa*, Baden-Baden: Nomos, S. 75–92.
- Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen (2021): *Niedersächsischer Demokratie-Monitor NDM 2021 (= FoDEx-Studie, 8)*, Göttingen: Göttingen University Press.
- Schimanski, Greta/Helmer, Joschua (2023): »Verschwörungsglaube seit der Covid-19-Pandemie«, in: *Demokratie-Dialog* 13, S. 4–13.
- Schlack, Robert(Neuperdt, Laura/Junker, Stephan/Eicher, Sophie/Hölling, Heike/Thom, Julia/Ravens-Sieberer, Ulrike/Beyer, Ann-Kristin (2023): »Changes in mental health in the German child and adolescent population during the COVID-19 pandemic – Results of a rapid review«, in: *Journal of health monitoring* 8, S. 2–72.
- Schlette, Anniek/van Prooijen, Jan-Willem/Blokland, Arjan/Thijs, Fabienne (2022): »The online structure and development of posting behaviour in Dutch anti-vaccination groups on Telegram«, in: *New Media & Society* 26, S. 4689–4710.
- Schrimpf, Tobias/Dvorak, Julia/Reich, Alexander/Vogelgesang, Johannes (2023): »Aus dem Channel, auf die Straße! Wie die Querdenken-Bewegung ihren Protest auf Telegram organisiert – eine quantitati-

- ve Netzwerkanalyse«, in: M&K Medien & Kommunikationswissenschaft 71, S. 285–308.
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2020): Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise: Aktuelle Regelungen in Deutschland und Europa (= WSI Policy Brief, No. 38), Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Schulze, Heidi/Hohner, Julian/Greipl, Simon/Girgnhuber, Maximilian/Desta, Isabell/Rieger, Diana (2022): »Far-right conspiracy groups on fringe platforms: a longitudinal analysis of radicalization dynamics on Telegram«, in: Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies 28, S. 1103–1126.
- Sievi, Luzia/Vondermaßen, Marcel (2020): »Schlafschafe und Covidioten: Über Moralisierung in politischen Debatten«, Tübingen: Universität Tübingen, <https://uni-tuebingen.de/forschung/zentren-und-institute/internationales-zentrum-fuer-ethik-in-den-wissenschaften/publikationen/bedenkzeiten-bibliothek/weitere-blog-artikel/schlafschafe-und-covidioten/> (05.11.2025).
- Siewert, Markus B./Wagemann, Claudius (2020): »Vergleichende Fallstudien und Einzelfalldesigns«, in: Carsten Wagemann/Achim Goerres/Markus B. Siewert (Hg.), Handbuch Methoden der Politikwissenschaft, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 147–168.
- Siggelkow, Pascal (2024): »Die RKI-Files und der Skandal, der keiner ist«, in: tagesschau.de vom 25.03.2024, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/rki-files-corona-100.html> (05.11.2025).
- Snow, David A. (2013): »Case studies and social movements«, in: David A. Snow/Donatella della Porta/Bert Klandermans/Doug McAdam (Hg.), The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements, Hoboken: Wiley, S. 146–172.
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1988): »Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization«, in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesche/Sidney Tarrow (Hg.), From structure to action. Comparing social movement research across cultures (= International social movement research, v. 1), London: JAI Press, S. 197–217.
- Spiegel (2021): »Olaf Scholz zu Coronamaßnahmen: »Es darf keine roten Linien geben, das hat uns diese Pandemie nun wirklich gezeigt«, in: spiegel.de vom 12.12.2021, <https://www.spiegel.de/politik/de>

- utschland/olaf-scholz-bundeskanzler-will-keine-roten-linien-im-kampf-gegen-corona-a-57506b74-0458-4928-a579-azec588fa5d2 (05.11.2025).
- Stanley, Ben (2008): »The thin ideology of populism«, in: *Journal of Political Ideologies* 13, S. 95–110.
- Starbird, Kate (2017): »Examining the Alternative Media Ecosystem through the Production of Alternative Narratives of Mass Shooting Events on Twitter« (= Proceedings of the Eleventh International AAAI Conference on Web and Social Media), Washington, D.C.: AAAI Press.
- Stier, Johannes (2023): »Karlsruhe: Rund 6.000 Teilnehmende bei ›Querdenker‹-Demonstration: Unter anderem Proteste wegen Corona-Impfungen«, in: swr.de vom 10.12.2023, <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/grosse-querdenker-demonstration-in-karlsruhe-100.html> (05.11.2025).
- Sugiura, Lisa/Wiles, Rosemary/Pope, Catherine (2017): »Ethical challenges in online research: Public/private perceptions«, in: *Research Ethics* 13, S. 184–199.
- Swedberg, Richard (2020): »Exploratory Research«, in: Colin Elman/John Gerring/John Mahoney (Hg.), *The Production of Knowledge. Enhancing Progress in Social Science*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 17–41.
- Taggart, Paul (2000): *Populism*, Buckingham/Philadelphia: Open University Press.
- Taggart, Paul (2004): »Populism and representative politics in contemporary Europe«, in: *Journal of Political Ideologies* 9, S. 269–288.
- Taylor, Verta/Van Dyke, Nella (2004): »»Get up, stand up«: Tactical repertoires of social movements«, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Malden, MA: Blackwell Publishing Ltd, S. 262–293.
- Teune, Simon (2021a): »Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder déjà-vu?«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34, S. 326–334.

- Teune, Simon (2021b): »Zusammen statt nebeneinander. Die Proteste gegen die Corona- Maßnahmen und die extreme Rechte«, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 5, S. 114–118.
- Tilly, Charles (2006): »Afterword: Political Ethnography as Art and Science«, in: Qualitative Sociology 29, S. 409–412.
- Trammer, Michael (2021): »Als Spaziergang getarnt. Rechtsextreme Demos in Niedersachsen«, in: taz.de vom 20.12.2021, <https://taz.de/Rechtsextreme-Demos-in-Niedersachsen/!5820822/> (31.10.2025).
- Tripodi, Francesca B./Garcia, Lauren C./Marwick, Alice E. (2024): »Do your own research«: affordance activation and disinformation spread«, in: Information, Communication & Society 27, S. 1212–1228.
- Urman, Aleksandra/Katz, Stefan (2022): »What they do in the shadows: examining the far-right networks on Telegram«, in: Information, Communication & Society 25, S. 1–20.
- Van Deth, Jan W. (2003): »Vergleichende politische Partizipationsforschung«, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.), Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch, 4. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167–187.
- Van Deth, Jan W. (2009): »Politische Partizipation«, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hg.), Politische Soziologie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.
- Vieten, Ulrike M. (2020): »The ›New Normal‹ and ›Pandemic Populism‹: The COVID-19 Crisis and Anti-Hygienic Mobilisation of the Far-Right«, in: Social Sciences 9, S. 1–14.
- Virchow, Fabian (2007): »Performance, Emotion, and Ideology. On the Creation of ›Collectives of Emotion‹ and Worldview in the Contemporary German Far Right«, in: Journal of Contemporary Ethnography 36, S. 147–164.
- Virchow, Fabian/Häusler, Alexander/Döring, Maurice (2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. (= CoRE-NRW Kurzgutachten, 3), Bonn: Bonn International Center for Conversion (BICC), <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/88176> (26.10.2025).

- Volk, Sabine (2022): »Explaining PEGIDA's ›strange survival‹: an ethnographic approach to far-right protest rituals«, in: *Political Research Exchange* 4, S. 1–21.
- Volk, Sabine (2023): »Resisting ›leftist dictatorship‹? Memory politics and collective action framing in populist far-right street protest«, in: *European Politics and Society* 24, S. 535–551.
- Volk, Sabine/Weisskircher, Manès (2024): »Defending democracy against the ›Corona dictatorship‹? Far-right PEGIDA during the COVID-19 pandemic«, in: *Social Movement Studies* 23, S. 1–19.
- Willaert, Tom/Peters, Stijn/Seijbel, Jasmin/van Raemdonck, Nathalie (2022): »Disinformation networks: A quali-quantitative investigation of antagonistic Dutch-speaking Telegram channels«, in: *First Monday* 27.
- Wimbauer, Christine/Motakef, Mona (2021): »Prekäre Arbeit, prekäre Anerkennung, prekäre Lebensverhältnisse – Zur erweiterten Analyse vergeschlechtlicher Ungleichheiten in pandemischen Zeiten«, in: Rasmus Hoffmann/André Knabe/Christian Schmitt (Hg.), *Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 165–186.
- Wolf, Sebastian (2022): »Betrug, Korruption und Misswirtschaft in der deutschen Pandemiebekämpfung«, in: Sebastian Wolf/Peter Graeff (Hg.), *Corona und Korruption: Gesellschaftswissenschaftliche Analysen*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 85–103.
- Wübker, Thomas/Baars, Meike (2021): »Vitamine statt Impfung: Das sagen Teilnehmer der Corona-Demo in Osnabrück«, in: *noz.de* vom 18.12.2021, <https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/corona-demo-am-18-dezember-in-osnabrueck-stimmen-der-teilnehmer-20663632> (12.11.2025).
- Yin, Robert K. (2018): *Case Study Research and Applications: Design and Methods*, Los Angeles: Sage Publications.
- Zehring, Maximilian/Domahidi, Emese (2023): »German Corona Protest Mobilizers on Telegram and Their Relations to the Far Right: A Network and Topic Analysis«, in: *Social Media + Society* 9, S. 1–12.
- Zimmermann, Melanie (2025): »Querdenken trifft sich in Göttingen – Bündnis gegen Rechts plant Aktionstag«, in: *hna.de* vom 17.01.2025,

<https://www.hna.de/lokales/goettingen/goettingen-ort28741/querdenken-trifft-sich-zum-vierten-mal-in-goettingen-93520985.html>
(31.010.2025).

Zulianello, Mattia/Guasti, Petra (2025): »The Demand and Supply of Pandemic Populism: A Global Overview«, in: *Government and Opposition* 60, S. 560–579.

Greta Jasser (Dr. rer. pol.) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Dort ist sie im Projekt »FoDEx« tätig. Ihre Forschung bewegt sich im Nexus Radikalismus, soziale Bewegungen und Technologie.

Alexander Hensel (M.A.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Dort ist er im Projekt »FoDEx« tätig. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen in der Parteien- und Bewegungsforschung.

Leander Fricke (B.A.) studiert im Master Soziologie an der Universität Göttingen und ist studentischer Mitarbeiter im Projekt »FoDEx« am Institut für Demokratieforschung.

